

KONEU Wachsen wir über uns hinaus – Das Programm für ein zukunftsfestes Baden-Württemberg

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.1 Präambel des Landtagswahlprogramm

1 Liebe Mitbürger*innen,

2 seit zehn Jahren führen wir Grüne die Regierung in Baden-Württemberg. Gemeinsam
3 mit Ihnen haben wir unser Land vorangebracht. Baden-Württemberg ist heute
4 ökologischer, innovativer und sozialer und wird gut und verlässlich regiert. Das
5 hat sich auch in den vergangenen Monaten gezeigt, seit die Corona-Pandemie uns
6 in Atem hält und uns alle auf eine harte Probe stellt.

7 Wir sind bislang besser durch die Corona-Krise gekommen als die meisten anderen
8 Länder der Welt. Weil wir uns alle zusammen angestrengt haben, um das Schlimmste
9 zu verhindern. So ist es uns gelungen, die Bevölkerung vergleichsweise gut vor
10 dem Virus zu schützen. Unser leistungsfähiges Gesundheitssystem und umsichtige
11 politische Entscheidungen haben uns dabei geholfen. Aber unsere stärksten
12 Trümpfe sind und bleiben die Vernunft und das verantwortungsvolle Handeln
13 unserer Bürger*innen.

14 Noch ist die Krise nicht zu Ende. Solange noch kein Impfstoff in ausreichender
15 Menge zur Verfügung steht und wir uns wegen der kalten Witterung überwiegend in
16 geschlossenen Räumen aufhalten, müssen wir mit Einschränkungen leben. Das Virus
17 ist zu gefährlich, um sorglos zu sein. Die Gefahr – besonders für Ältere und
18 chronisch Kranke – ist groß. Sie brauchen unsere Rücksicht und unseren Schutz.
19 Wo es um die Gesundheit und in manchen Fällen um Leben und Tod geht, treten
20 andere Fragen in den Hintergrund. Das ist verständlich, weil es menschlich ist.
21 Dennoch ist die Corona-Krise nicht die einzige Herausforderung, bei der wir
22 unsere Kräfte bündeln und als Gesellschaft über uns hinauswachsen müssen. Die
23 drohende Überhitzung des Erdklimas, der Schwund der Artenvielfalt in der Tier-
24 und Pflanzenwelt, die Digitalisierung, der Strukturwandel unserer Wirtschaft,
25 die Sicherung von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt die Sorge um den Zusammenhalt
26 in unserer Gesellschaft stellen uns vor weitere, sogar größere Aufgaben.

27 Auf die nächsten zehn Jahre kommt es an

28 Es kommt deshalb auf die nächsten zehn Jahre an. Die 2020er-Jahre müssen das
29 Jahrzehnt der Entscheidung und des entschlossenen Handelns werden. Es muss uns
30 gelingen, die Erderhitzung zu begrenzen, die Artenvielfalt zu erhalten und dafür
31 zu sorgen, dass unsere Erde für die nachkommenden Generationen lebenswert
32 bleibt. Es gilt, den wirtschaftlichen Wandel erfolgreich zu gestalten und so
33 unseren Wohlstand tatsächlich nachhaltig zu sichern, indem wir Ökonomie,
34 Ökologie und Soziales konsequent zusammendenken. Und wir müssen unsere liberale
35 Demokratie gegen autoritäre Angriffe verteidigen und den Zusammenhalt in unserer
36 Gesellschaft stärken.

37

38 Die Herausforderungen sind fundamental. Wir Grüne packen sie mutig an. Wir haben
39 die nötige Kompetenz und Erfahrung, weil wir bereits seit Jahren die
40 Veränderungen zum Wohle des Landes gestalten. Angst ist dabei ein schlechter
41 Ratgeber. Denn wer heute die Augen verschließt und versucht, am Status quo
42 festzuhalten, sieht sich morgen nur umso größeren Problemen gegenüber.

43 Wir vertrauen auf Baden-Württemberg und seine Stärken. In der Corona-Krise sehen
44 wir – bei allen Schwierigkeiten –, wozu unser Land und seine Menschen fähig
45 sind. Die Bereitschaft, auf andere Rücksicht zu nehmen, ist groß. Die
46 Bürger*innen stellen eigene Belange und Interessen zugunsten derer zurück, die
47 unseren Schutz brauchen. Unsere staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen
48 haben unter schwierigen Bedingungen gezeigt, dass sie handlungsfähig sind: vom
49 Gesundheitssystem und dem medizinischen Personal über die öffentliche Verwaltung
50 bis hin zur Wirtschaft und den politischen Entscheidungsträger*innen in
51 Regierung und Parlamenten, in Bund, Land und Kommunen. Wir können stolz auf das
52 sein, was wir gemeinsam geleistet haben. Und wir sehen, welchen wertvollen
53 Beitrag Forschung und Wissenschaft leisten können, um Krisen zu meistern.
54 Innerhalb kurzer Zeit werden Impfstoffe und Medikamente, die nötige Technologie
55 und Infrastruktur für Tests entwickelt.

56 Das macht Mut für das, was vor uns liegt. Denn Zusammenhalt, starke
57 Institutionen, Kreativität und Erfindergeist – das werden wir auch nach dem Ende
58 der Pandemie brauchen.

59 Gegen die Klimakrise gibt es keinen Impfstoff

60 Corona hat andere wichtige Herausforderungen in den Hintergrund gedrängt. Die
61 Klimakrise stellt uns vor eine Jahrhundertaufgabe. Gegen sie gibt es keinen
62 Impfstoff. Und die Zeit drängt! Die Menschheit muss jetzt umsteuern, um die
63 globale Erhitzung noch einzudämmen. Denn wir nähern uns gefährlichen Kipp-
64 Punkten – wie bei den Eiskappen an den Polen, die dramatisch schmelzen, oder bei
65 den Dauerfrostböden in Sibirien, die beim Auftauen gigantische Mengen an
66 klimaschädlichem Kohlenstoff freigeben. Wenn wir diese Kipp-Punkte reißen, gerät
67 das Klima außer Kontrolle. Die Erde wird dann nicht mehr der Ort sein, den wir
68 heute kennen.

69 Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg eine Schlüsselrolle zu. Wir
70 können der Welt zeigen: Wirtschaftlicher Erfolg und Klimaschutz gehören in
71 Zukunft zusammen. Wir können gut leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören.
72 Wenn es uns gelingt, ein Modell klimaverträglichen Wohlstands zu liefern, dann
73 werden sich andere daran orientieren, weil sie sehen, dass es funktioniert. Wir
74 sind auf diesem Weg große Schritte vorangekommen. Der Anteil von Strom aus
75 Erneuerbaren Energien liegt heute im Südwesten fast doppelt so hoch wie vor zehn
76 Jahren. Wir stoßen pro Kopf deutlich weniger klimaschädliches Kohlendioxid aus
77 als im Bundesdurchschnitt. In keinem anderen Bundesland wird mehr Geld dafür
78 ausgegeben, die Gebäude energetisch zu sanieren. Und Unternehmen aus dem Land
79 sind weltweit führend bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz. Aber wir
80 wissen auch: Das reicht noch nicht. Deshalb wollen wir den eingeschlagenen Weg
81 konsequent weitergehen und das Tempo deutlich erhöhen – mit einem umfassenden
82 Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende.

83 Ein solches Umschalten ist nicht nur ökologisch notwendig, es ist auch
84 ökonomisch sinnvoll. Nur wer klimafreundliche Autos, ressourceneffiziente
85 Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf den Märkten von morgen
86 bestehen.

87 Aber wir müssen auch ehrlich sein: Anreize und Subventionen allein reichen nicht
88 aus. Und auch die unsichtbare Hand des Marktes richtet es nicht. Wenn wir die
89 Klimakatastrophe verhindern wollen, braucht es eine entschlossene
90 Ordnungspolitik mit klaren Regeln. Das wird nicht ohne Zumutungen gehen. Wir

91 werden dabei jedoch viel mehr gewinnen als verlieren. Nämlich eine lebenswerte
92 Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder auf diesem Planeten.

93 Dazu müssen wir noch eine weitere ökologische Krise bewältigen: Vor unseren
94 Augen vollzieht sich das größte globale Artensterben seit dem Ende der
95 Dinosaurier. Auch unsere schöne Natur hier im Land ist bedroht. Mehr als jede
96 dritte heimische Art ist gefährdet. Um gegenzusteuern, haben wir im vergangenen
97 Sommer das fortschrittlichste Biodiversitätsgesetz der Republik verabschiedet.
98 Ein großer Verbund an Schutzgebieten, ein deutlich höherer Anteil an
99 ökologischer Landwirtschaft und die Halbierung der Pestizide sind ein
100 Meilenstein für den Artenschutz. Jetzt gilt es weiter voranzugehen. Wir werden
101 die Mittel für den Naturschutz noch weiter erhöhen und einen neuen
102 Gesellschaftsvertrag verankern, damit Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und
103 Verbraucher*innen beim Naturschutz an einem Strang ziehen.

104 Die Wirtschaft stark machen für die Zukunft

105 Baden-Württemberg gehört zu den stärksten Wirtschaftsregionen in Europa. Und
106 unser Land hat in den vergangenen zehn Jahren weiter an Wirtschaftskraft
107 gewonnen: Über 750.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind
108 entstanden.

109 Gleichzeitig befanden wir uns schon vor Corona inmitten eines tiefgreifenden
110 wirtschaftlichen und technologischen Umbruchs. Die Pandemie hat diese Situation
111 massiv verschärft. Zwar hat sich die Wirtschaft im Sommer langsam wieder erholt.
112 Aber die Herausforderungen sind und bleiben gewaltig. Die Arbeitslosigkeit liegt
113 weiter höher als im Vorjahr. Viele Beschäftigte befinden sich in Kurzarbeit. Und
114 ein Teil der Unternehmen im Land baut Stellen ab.

115 Die grün-geführte Landesregierung hat schnell und entschlossen auf die Pandemie
116 reagiert und den größten Schutzschirm in der Geschichte des Landes aufgespannt.
117 Damit haben wir eine Welle von Insolvenzen verhindert und viele Tausende
118 Arbeitsplätze gerettet. Das zeigt: Politik und Gesellschaft können nicht nur
119 verwalten, sie können gestalten. Nicht nur in der Krise, sondern darüber hinaus.

120 Jetzt gilt es nicht nur, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Wir wollen
121 die Krise für einen Aufbruch nutzen, um den sozial-ökologischen Wandel
122 entscheidend voranzubringen. Indem wir Ökonomie, Ökologie und Soziales
123 konsequent verbinden, sichern und schaffen wir die Arbeitsplätze von morgen und
124 werden Vorreiter für nachhaltigen Wohlstand mit einer echten
125 Kreislaufwirtschaft, die Klima und Ressourcen schont. Als starke
126 Wirtschaftsregion sind wir uns dabei auch unserer europäischen und globalen
127 Verantwortung für Solidarität und Kooperation bewusst.

128 Die grün-geführte Landesregierung hat bereits in den vergangenen Jahren die
129 Weichen gestellt, etwa mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft: Hersteller,
130 Zulieferer, Arbeitnehmer*innen, Wissenschaft, Umweltverbände und die Politik
131 arbeiten gemeinsam daran, dass die Transformation gelingt und das emissionsfreie
132 Auto der Zukunft in Baden-Württemberg entwickelt und gebaut wird. Mit dem Cyber
133 Valley haben wir das europaweit führende Zentrum für die Erforschung Künstlicher
134 Intelligenz geschaffen – eine Schlüsseltechnologie für das 21. Jahrhundert. Die
135 Gesundheitswirtschaft entwickeln wir konsequent zu einem echten wirtschaftlichen
136 Standbein des Landes weiter.

137 All das gibt uns den nötigen Schub für das Comeback, das uns aus der Corona-
138 Krise führt. Dabei stellen wir unsere Innovationskraft in den Mittelpunkt.
139 Forschung und Technologie aus Baden-Württemberg haben entscheidend dazu
140 beigetragen, die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Diese Kreativität und dieser
141 Erfindergeist sind unsere Trümpfe, um die Technologien der Zukunft zu
142 entwickeln, den Strukturwandel zu meistern und den nachhaltigen Wohlstand von
143 morgen zu sichern.

144 Liberale Demokratie verteidigen, Zusammenhalt stärken

145 Wenn wir uns in der Welt umschauen, sehen wir: Die liberale Demokratie und der
146 Zusammenhalt der Gesellschaft sind vielerorts unter Druck. Dabei haben gerade
147 die Rechtspopulisten in der Corona-Krise versagt: Donald Trump, Jair Bolsonaro
148 und Boris Johnson haben im internationalen Vergleich die schlechteste Bilanz
149 vorzuweisen. Rechtspopulisten können starke Sprüche formulieren, aber ihre
150 Politik ist schwach.

151 Gleichzeitig haben wir Baden-Württemberger*innen in der Corona-Krise erlebt: Wir
152 brauchen einander. Und es kommt auf jede*n Einzelne*n an. Wir haben gesehen, was
153 wir erreichen können, wenn wir gemeinsam handeln. Wenn wir uns als Gesellschaft
154 auf diese Tugenden besinnen, auf Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und
155 Solidarität, können wir zuversichtlich sein. Wenn wir alle uns stärker
156 einbringen und die Voraussetzungen schaffen, dass die Menschen mit den Umbrüchen
157 der Zeit gut umgehen können, dann werden unsere liberale Demokratie, unsere
158 Vielfalt und unser Zusammenhalt eine neue Kraft entfalten.

159 Wachsen wir über uns hinaus und bauen starke Brücken in die Zukunft!

160 Was eine Regierung tut, welche Ziele sie verfolgt, wohin sie das Land steuern
161 will – das macht den Unterschied. Und deshalb macht es auch einen Unterschied,
162 wer das Land regiert. Wir Grüne haben eine klare Vorstellung, in welche Richtung
163 sich Baden-Württemberg entwickeln soll. Die Werte, die unsere Politik tragen,
164 sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden. Wir
165 kämpfen für Klimaschutz, Innovation und Zusammenhalt, damit Baden-Württemberg
166 das lebenswerte Land bleibt, das wir alle kennen und schätzen.

167 Ideen und Visionen für die Zukunft entwickeln aber nur dann Zugkraft, wenn
168 politische Führung die Menschen mitnimmt. Vernünftige Argumente setzen sich
169 nicht immer von selbst durch. Deshalb brauchen wir Menschen an der Spitze des
170 Landes, die mit ihrer Art des Führens ins 21. Jahrhundert passen. Breitbeiniges
171 Auftreten oder schmissiges Durchregieren sind von gestern. So lässt sich keine
172 Zukunft gewinnen. Vielmehr geht es darum, Orientierung zu bieten, einer klaren
173 Haltung zu folgen und sich dabei nicht allein von Stimmungen leiten zu lassen.
174 So verstandene politische Führung denkt nicht nur an den Moment, sondern an die
175 langfristigen Folgen des eigenen Handelns. Sie hat das Gemeinwohl im Blick und
176 weiß, dass die Summe von Einzelinteressen nicht automatisch das Gesamtinteresse
177 ergibt.

178 Diese Art der Führung hat in Baden-Württemberg einen Namen: Winfried
179 Kretschmann.

180 Er hat einen verlässlichen Kompass und zieht die langen Linien. Er bietet den
181 Menschen Orientierung und Halt. Winfried Kretschmann steht für Tatkraft und
182 Besonnenheit – genau diese Balance braucht es für kluges und verantwortliches
183 Regieren. Denn Besonnenheit ohne Tatkraft ist Zaudern. Tatkraft ohne

184 Besonnenheit ist Aktionismus. Erst die richtige Mischung aus beiden
185 Eigenschaften gibt den Menschen Halt in der Veränderung und Sicherheit im
186 Wandel. Das Richtige zu tun und voranzugehen, konsequent, aber ohne in Hektik zu
187 verfallen und ohne Effekthascherei: Das zeichnet Winfried Kretschmann aus –
188 während der Corona-Krise und darüber hinaus.

189 Wir Grüne wollen das Land weiter führen, weil wir die richtigen Ideen und
190 Konzepte für eine gute Zukunft haben. Davon sind wir fest überzeugt. Unser
191 klares Ziel: Winfried Kretschmann muss Ministerpräsident bleiben. In Zeiten
192 großer Unsicherheiten und Umbrüche braucht es jemanden, der es kann und der wie
193 kein anderer weiß, was wir Baden-Württemberger*innen können. Deshalb macht es
194 gerade jetzt einen großen Unterschied, wer dieses wichtige Amt innehat.

195 Die nächsten zehn Jahre sind entscheidend. Deshalb geht es bei der kommenden
196 Landtagswahl um viel. Unser Weg, auf dem wir nachhaltig aus der Krise und
197 erfolgreich in eine gute Zukunft kommen, hat klare Leitplanken: Wir wollen
198 Baden-Württemberg erhalten und kämpfen für konsequenten Klimaschutz, damit unser
199 Planet auch für kommende Generationen lebenswert bleibt. Wir wollen Baden-
200 Württemberg erneuern und streben eine Wirtschaft an, die innovativ, ökologisch
201 und sozial gerecht ist. Wir wollen Baden-Württemberg zusammenhalten und treten
202 ein für eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gerechte Chancen
203 haben. Und wir wollen Baden-Württemberg leben und all das stärken, was unser
204 Land ausmacht – Demokratie und Freiheit, lebendige Kommunen und europäische
205 Solidarität.

206 Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß. Aber wir haben auch die Kraft, den
207 Gemeinsinn und die Kreativität, sie zu meistern. Wachsen wir also gemeinsam über
208 uns hinaus und bleiben wir mutig. Denn nur ein Aufbruch führt uns aus der Krise
209 – und in ein zukunftsfestes Baden-Württemberg.

210 Machen Sie am 14. März Ihr Kreuz bei Bündnis 90/Die Grünen und lassen Sie uns
211 mit unserem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann die Erfolgsgeschichte
212 Baden-Württembergs weiterschreiben.

B1NEU Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

- 1 Baden-Württemberg hat alles, was es für ein gutes Leben braucht. Unser Land ist
- 2 reich an wunderschönen Naturlandschaften. Das alles wollen wir erhalten und an
- 3 unsere Kinder und Enkelkinder weitergeben. Aber Bewahren heißt auch Verändern.
- 4 Denn Klimakrise und Artensterben bedrohen unsere Lebensgrundlagen. Wir müssen es
- 5 in den nächsten zehn Jahren schaffen, die globale Erderhitzung einzudämmen und
- 6 die Artenvielfalt zu schützen. Wenn wir scheitern, wird die Erde nicht mehr der
- 7 Ort sein, den wir kennen. Die gute Nachricht: Noch haben wir es in der Hand.
- 8 Deshalb werden wir unseren Weg hin zu einem klimaneutralen Baden-Württemberg
- 9 entschlossen weitergehen und Tempo machen: Wir werden ein Klimaschutz-
- 10 Sofortprogramm auflegen und die ökologische Verkehrswende weiter konsequent
- 11 vorantreiben. Mit einem neuen Gesellschaftsvertrag machen wir Landwirtschaft und
- 12 Naturschutz zu starken Partnern und sorgen so für eine naturnahe und
- 13 tiergerechte Landwirtschaft, von der die Bäuerinnen und Bauern gut leben können.
- 14 Die Corona-Krise hat uns nochmals gezeigt: Die Basis, um für große
- 15 Herausforderungen gewappnet zu sein, sind solide Finanzen. Auch deshalb ist
- 16 Baden-Württemberg bisher besser als andere durch die Krise gekommen. Wir werden
- 17 den Haushalt weiter sanieren, klug investieren und Vorsorge für künftige Risiken
- 18 treffen.
- 19 Es geht um viel: Erhalten wir gemeinsam Baden-Württemberg – für uns und die, die
- 20 nach uns kommen.

Begründung

Präambel für den Kapitelblock "Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten"

K1NEU Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 1: Umwelt, Energie und Klima

2 Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

3 Unsere Natur mit ihrem Artenreichtum ist ein einzigartiger Schatz. Wir lieben
4 unsere Natur und unsere Kulturlandschaften. Wir wollen diesen Schatz für
5 kommende Generationen bewahren. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Die
6 biologische Vielfalt ist unsere natürliche Lebensversicherung – und sie ist
7 bedroht durch das Artensterben. Ebenso wie unser gesamter Planet durch die
8 Klimakrise bedroht ist.

9 Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris und der
10 Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Dieser verdeutlicht: Jedes
11 Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kipp-Punkten im
12 Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu
13 kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den nächsten
14 Jahren entscheidend. Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist für uns der globale
15 Budget-Ansatz.

16 Nach dem Konzept des CO₂-Budgets, zum Beispiel des Sachverständigenrats für
17 Umweltfragen (SRU), hat Baden-Württemberg noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur
18 Verfügung, gerechnet ab 1. Januar 2018. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses
19 Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem neuen Bericht des Zwischenstaatlichen
20 Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change,
21 IPCC) muss das verbleibende Carbon-Budget angepasst werden.

22 Als eines der ersten Bundesländer haben wir als grün-geführte Regierung 2013 ein
23 Klimaschutzgesetz verankert. Es legt konkret fest, wie viel CO₂ wir einsparen
24 müssen. Unser Ziel: bis Ende 2020 den CO₂-Ausstoß im Land um 25 Prozent zu
25 senken – das haben wir fast erreicht. Klar ist: Die Klimakrise kennt keine
26 Grenzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem US-Bundesstaat Kalifornien die
27 „Under2 Coalition“ auf den Weg gebracht – das mittlerweile weltweit größte
28 Bündnis von Regionen im Kampf gegen die Erderhitzung.

29 Wir treiben die Steigerung der Effizienz und auch den Ausbau der sauberen und
30 klimafreundlichen Erneuerbaren Energien voran: Bevor wir Grüne an der Regierung
31 waren, machte die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser im Land gerade mal
32 16 Prozent aus. Nach acht Jahren grün-geführter Landesregierung hat sich dieser
33 Anteil im Jahr 2019 auf knapp 30 Prozent fast verdoppelt.

34 Naturschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere
35 Lebensversicherung – und die unserer Kinder und Enkelkinder. Wir geben dem
36 Naturschutz den Wert, der ihm gebührt. Wir haben in der Regierung dafür gesorgt,
37 dass die Mittel dafür von 30 Millionen Euro im Jahr 2011 bis heute mehr als
38 verdreifacht wurden: Mittlerweile investieren wir über 100 Millionen Euro pro
39 Jahr in den Schutz unserer Flüsse, Seen und Wälder. Wir haben ein Sonderprogramm
40 zum Schutz der biologischen Vielfalt aufgelegt, das bundesweit einmalig ist. Das
41 Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben wir als grün-geführte Landesregierung

42 gemeinsam mit Naturschutz und Landwirtschaft weiterentwickelt und gesetzlich
43 verankert. Darin haben wir konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, um die
44 Biodiversität weiter zu stärken. Zu dem bestehenden Biosphärengebiet auf der
45 Schwäbischen Alb haben wir 2016 ein zweites im Südschwarzwald geschaffen. Und
46 wir haben 2014 den Nationalpark Schwarzwald gegründet – den ersten in Baden-
47 Württemberg. Hier darf sich die Natur in den Kernzonen ungestört entwickeln –
48 ohne menschliche Eingriffe.

49 Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen
50 Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-geführte Landesregierung den
51 effizienten und nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir haben
52 die Fachagentur Umweltechnik Baden-Württemberg gestärkt und gemeinsam mit der
53 Industrie die Initiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ gestartet. Mit
54 dem Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ haben wir eine bundesweit
55 einmalige Denkfabrik aufgebaut, die Ideen für ressourcenschonende
56 Produktionstechniken voranbringt. Auch die Rolle unseres Standorts bei der
57 nachhaltigeren Gestaltung globaler Lieferketten nehmen wir dabei stärker in den
58 Blick.

59 Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben

60 Wir haben in den vergangenen zehn Jahren viel für Umwelt, Klima und Natur getan,
61 aber die Herausforderungen bleiben groß. Die Klimakrise verschärft sich – auch
62 bei uns in Baden-Württemberg: Es gibt immer mehr heiße und trockene Tage,
63 Wassermangel, Dürresommer. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen oder Hagel
64 nehmen zu. Unser Wald leidet. Unsere Landwirtschaft leidet. Viele Tiere und
65 Pflanzen leiden. Und viele Menschen leiden. Die Klimakrise bedroht unsere
66 Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen existenziell. Wenn wir nicht handeln,
67 setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Uns Menschen bleibt nicht mehr
68 viel Zeit, die Klimakrise auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Die
69 Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, was zu tun ist. Alle Fakten liegen auf
70 dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die
71 Klimakrise zu leugnen, ändert nichts an den bedrohlichen Fakten.

72 Die Natur schreibt auf der ganzen Welt weiter rote Zahlen. Auch im Land sind 40
73 Prozent der Arten gefährdet. Das Insektensterben hält an. Von den geschätzten
74 acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit könnten in den nächsten
75 Jahrzehnten eine Million verschwinden. Was ausstirbt, ist unwiederbringlich
76 verloren. Und reißt ein Loch in das Sicherheitsnetz, das uns alle umspannt.

77 Werden wir diese Krisen bewältigen oder unsere eigene Zukunft aufs Spiel setzen?
78 Das kommende Jahrzehnt wird entscheidend sein. Mit konsequent ökologischer
79 Politik und starken Grünen im Land können wir Teil der Lösung sein und die
80 Herausforderungen meistern.

81 Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen

82 Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg bei der Bewältigung dieser
83 Krisen eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen mutig vorangehen und vorleben: Erfolg
84 in der Wirtschaft und der Schutz des Klimas gehen zusammen. Wir können gut
85 leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Hier in Baden-Württemberg wollen wir
86 unter Beweis stellen, dass klimaverträglicher Wohlstand gelingt. Wir wollen eine
87 Inspiration für viele sein, die für Klimaschutz kämpfen. Ein solches
88 wirtschaftliches Umschalten ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer

89 klimafreundliche Autos und schlaue Mobilitätsdienstleistungen,
90 ressourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf
91 den Märkten von morgen bestehen. Deshalb soll Baden-Württemberg schnellstmöglich
92 klimaneutral werden und die Treibhausgas-Emissionen in den unmittelbar vor uns
93 liegenden Jahren besonders stark senken. Wir wollen unseren Beitrag dafür
94 leisten, die globale Erhitzung unterhalb des kritischen Werts von 1,5 Grad zu
95 halten. Wir wissen, dass wir ein ambitioniertes Ziel wie die Klimaneutralität
96 vor 2040 nicht ohne grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene
97 erreichen können.

98 Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine
99 echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wiederverwenden, statt die Erde auszubeuten
100 – in immer größerem Umfang und mit immer größerem Aufwand. Unser Leitbild ist
101 die Ultraeffizienzfabrik: hoch innovativ, emissionsarm und ressourcenschonend.

102 Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkelkinder sollen die gleiche
103 Schönheit der Natur und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen, Blumen
104 oder Pilzen erleben können wie wir heute. Unsere einmaligen Natur- und
105 Kulturlandschaften sind auch unser Zuhause, unsere Rückzugs- und Erholungsorte.

106 Schon bei der Weiterentwicklung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hat sich
107 gezeigt: Naturschutz und Landwirtschaft können erfolgreich an einem Strang
108 ziehen. Das wollen wir weiterführen und einen neuen Gesellschaftsvertrag
109 zwischen Naturschutz und Landwirtschaft verankern. Dabei wollen wir auch die
110 Lebensmittelindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren
111 Beitrag dazu leisten, damit die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen
112 bezahlt werden. Denn um unsere Kulturlandschaften zu erhalten, brauchen wir die
113 Landwirtschaft. Und diese wiederum ist auf eine intakte Natur angewiesen. Wir
114 wollen das gegenseitige Verständnis fördern und die Gemeinsamkeiten vertiefen.

115 Wir machen Tempo: Unser Klimaschutz-Sofortprogramm

116 Die Europäische Union legt beim Klimaschutz vor. Wir machen mit und gehen voran.
117 Wir wollen ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg
118 bringen. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden direkt nach der
119 Regierungsbildung die Klimaziele Baden-Württembergs im Klimaschutzgesetz und im
120 Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) an die neusten
121 wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Pariser Klimaziele, insbesondere den 1,5-
122 Grad-Pfad, und die Klimaziele der Europäischen Union anpassen. Wir zeigen, wie
123 konsequenter Klimaschutz in einem Industrieland geht.

124 Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien:

125 Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen.
126 Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude.

127 Wir werden diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine
128 grundlegende Dachsanierung ansteht.

129 Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen,
130 ebenso in der Fläche. So könnten über 1000 neue Anlagen entstehen. Wir werden
131 alle Freiflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen und geeignete Baggerseen
132 prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-
133 Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir
134 erschließen wollen.

- 135 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren
136 und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch
137 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.
- 138 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
139 Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
140 wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
141 einsetzen.
- 142 Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch
143 die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.
- 144 Runter mit den CO₂-Emissionen:
- 145 Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund
146 einsetzen.
- 147 Wir führen einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte
148 ein und prüfen, wie dieser für klimarelevante Entscheidungen von landeseigenen
149 Unternehmen angewendet werden kann.
- 150 Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um
151 klimaschädliche Förderungen zu vermeiden.
- 152 Wir wollen die kommunalen Wärmepläne – und dazu gehört auch die Kühlung im
153 Sommer – schnell umsetzen und so die Kohlenstoff-Emissionen der Wärmenetze
154 reduzieren.
- 155 Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen
156 ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen
157 Klimabericht, in dem es Maßnahmen für die Politik vorschlagen kann. Es kann auch
158 wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und überprüft die Maßnahmen der
159 Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad-
160 Ziel und das CO₂-Budget. Bisher hat noch kein Bundesland ein verbindliches CO₂-
161 Budget eingesetzt. Wir wollen als erstes Bundesland den CO₂-Budget-Ansatz
162 anwenden. Dazu wollen wir Vorschläge erarbeiten, wie der Budget-Ansatz umgesetzt
163 werden kann.
- 164 Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie
165 klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutraler Wohngebiete
166 für Kommunen auflegen.
- 167
- 168 Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir beispielsweise
169 Recycling-Baustoffe wie Recycling-Beton fördern und für diese eine Quote für
170 Neubauten des Landes einführen. Klimafreundliche Bauten sollen so lange stehen
171 wie möglich. Für größere Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, dass
172 Rückbaukonzepte mit dem Bauantrag vorgelegt werden.
- 173 Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen:
174 auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit
175 implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir
176 wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken und prüfen, wo und in welchem
177 Umfang Klimaschutz zur kommunale Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Diese
178 Prüfung umfasst, welche Mittel den Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgabe zur

179 Verfügung stehen müssten, sodass kommunale Klimaschutzmaßnahmen in allen unseren
180 Gemeinden umgesetzt werden können.

181 Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen.

182 Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir
183 die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5-Grad-Ziel und auf die
184 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich
185 verankern. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land
186 größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren
187 wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.
188 Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien
189 nicht entsprechen.

190 Klimafreundliche Verkehrswende:

191 Wir geben eine Garantie für den öffentlichen Nahverkehr: Mit uns werden alle
192 Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen
193 Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von
194 ÖPNV on demand, also auf Abruf.

195 Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe
196 einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

197 Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken
198 zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und
199 schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Wir unterstützen
200 Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.

201 Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen
202 Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in
203 Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede*r soll im Umkreis von
204 fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch
205 Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.

206 Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg

207 Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere
208 Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser
209 Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro pro
210 Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung
211 einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit
212 müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die
213 zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe
214 und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel
215 vorangehen und bis zum Jahr 2035 bilanziell klimaneutral arbeiten.

216 Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen
217 und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre
218 Klimaverträglichkeit prüfen. Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild
219 sein. Dazu soll die Landesverwaltung bis 2030 bilanziell klimaneutral arbeiten.
220 Dabei gilt: Je schneller wir die Treibhausgas-Emissionen senken können, desto
221 besser. Wir wollen so viel klimaschädliche Treibhausgase wie möglich einsparen.
222 Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg an CO₂ binden können, zum Beispiel
223 durch Moore, Humusaufbau in der Landwirtschaft (auch mithilfe von Pflanzenkohle)

224 oder die Entsiegelung von Flächen, wollen wir so gut es geht vor Ort umsetzen.

225 Dafür wollen wir wieder Mittel im Haushalt bereitstellen.

226 Für öffentliche Gebäude wollen wir den von der EU geforderten
227 Niedrigstenergiestandard für Neubauten auf dem Niveau des Effizienzhauses 40
228 festlegen. Dies entspricht in etwa dem Passivhausstandard. Bei umfassender
229 Sanierung im Bestand soll das Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein. Die
230 Effizienzstandards sollen auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und
231 Nichtwohngebäuden gelten. Wir setzen uns für die Steigerung der energetischen
232 Gebäude-Sanierungsrate im Rahmen unseres Klimaziels ein. Bei der Umsetzung von
233 innovativen Ansätzen muss die Landesverwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen.
234 Die Erfahrungen in der Umsetzung bei Landesprojekten verringern die Hürden für
235 eine Verbreitung dieser Ansätze in der freien Wirtschaft, was die marktweite
236 Transformation zur Klimaneutralität beschleunigt.

237 Auch auf die Städte und Gemeinden kommt es an: ob beim Umstieg auf saubere und
238 sichere Energie, dem ressourcenschonenden Bauen, bei der energetischen
239 Gebäudesanierung, der nachhaltigen Stadtentwicklung oder der klimafreundlichen
240 Mobilität. Dabei wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, etwa, indem
241 wir die bestehenden vielfältigen Förderprogramme und den Klimaschutzpakt
242 aufstocken. Wir werden die rechtliche Umsetzbarkeit von neuartigen kommunalen
243 Klimaschutzinstrumenten wie zum Beispiel einem Klimabeitrag prüfen.

244 Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle
245 Planungen und Baumaßnahmen, die zur Entscheidung anstehen, sind auf ihre
246 Klimaverträglichkeit hin zu prüfen. Erst dann soll die politische Entscheidung
247 zur Umsetzung erfolgen. Außerdem braucht es wirksame Sanktionen, wenn Klimaziele
248 nicht eingehalten werden.

249 Digitalisierung klimafreundlich gestalten: Wir brauchen zügig CO₂-neutrale
250 Rechenzentren, die Abwärme nutzen und mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser
251 betrieben werden. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes müssen in
252 allen Bereichen klimaneutral werden – von der elektronischen Akte über Tablets
253 in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz. Gleiches gilt für
254 die Vorhaben der Städte und Gemeinden, die das Land bei der Digitalisierung
255 unterstützt.

256 Raus aus den fossilen Energieträgern

257 Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Wir setzen auf die
258 Vielfalt der grünen Energien, auf Energieeinsparung und effizienteren Verbrauch.
259 Wir setzen auf intelligente Lösungen, um Energie aus natürlichen Quellen zu
260 speichern. Wasserstoff kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Für uns Grüne ist
261 jedoch klar: Wasserstoff ist nur dann nachhaltig, wenn er aus erneuerbaren
262 Quellen kommt. Nur grüner Wasserstoff ist förderfähig und sinnvoll. Dieser grüne
263 Wasserstoff kann in den Sektoren Energie, Industrie und Schwerlastverkehr direkt
264 eingesetzt werden und für eine erfolgreiche Abkehr vom Kohlenstoff sorgen.
265 Deshalb werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes vorantreiben. Allerdings
266 verbraucht die Herstellung von grünem Wasserstoff viel Energie. Dafür brauchen
267 wir zusätzliche Kapazitäten an grünem Strom. Denn diese zusätzliche Nachfrage
268 darf nicht unserem Ziel zuwiderlaufen, den Strombedarf der Sektoren Energie,
269 Verkehr und Wärme klimaneutral auf Basis Erneuerbarer Energien zu decken.

270 Wettbewerbsfähig und erfolgreich zu produzieren geht ohne CO₂-Ausstoß. Das
271 wollen wir in Baden-Württemberg beweisen. Dafür müssen wir die Transformation so
272 gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben
273 erhalten, damit sie die notwendigen Investitionen tätigen können. Unser Ziel
274 ist, dass sich neue Industrieanlagen ohne fossile Brennstoffe betreiben lassen
275 und bestehende nach und nach auf nicht-fossile Technologien umgestellt werden.
276 Dazu benötigen wir auf Bundes- und EU-Ebene eine CO₂-Bepreisung, die zu
277 substanziellen Emissionsminderungen führt, und einen wirksamen CO₂-
278 Grenzausgleichsmechanismus. Den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen
279 wir durch die Erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz
280 kompensieren. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der
281 Betriebe nutzen. So kann sie z.B. in die Nah- und Fernwärmenetze eingespeist
282 werden.

283 Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen
284 effizient einsetzt und schützt. Besonders in der Bauwirtschaft setzen wir auf
285 eine Ressourcen- und Bauwende. Wir wollen mehr Holz als Baumaterial, den Einsatz
286 von Recyclingmaterial in Produkten stärken und den Einsatz von Recycling-Beton
287 voranbringen. Das erreichen wir z.B., indem wir die Verwendung von Holz und
288 Recycling-Beton als Baumaterial bei öffentlichen Bauten verbindlich
289 festschreiben. Zudem werden wir uns für eine Lebenszyklusbetrachtung von
290 Gebäuden und die Entwicklung eines Ressourcengebäudeausweises einsetzen. Wir
291 wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken. Unnötige
292 Transporte sparen wir, indem wir dezentral gewonnenen, heimischen Rohstoffen
293 Vorrang einräumen und gebrauchte mineralische Rohstoffe rückgewinnen.
294 Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Rohstoffen im
295 Land deutlich reduzieren. Wo deren Einfuhr nicht zu vermeiden ist, wollen wir
296 unter anderem durch zertifizierte Lieferketten soziale, ökologische und
297 menschenrechtliche Standards sicherstellen.

298 Effizienz bei Ressourcen und Material – das werden wir zum Markenzeichen unseres
299 Industriestandortes machen. Das Zentrum für Ultraeffizienzfabriken verstehen wir
300 als Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke. Hier entstehen Ideen,
301 wie die energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann.
302 Mit den Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und
303 den Forschungseinrichtungen wollen wir den wirksamen und wirtschaftlichen
304 Einsatz von Energie und Material in den Unternehmen konsequent unterstützen.

305 Energieeffizienz ist ein zentrales Element einer nachhaltigen Wirtschaft. Dazu
306 haben wir Angebote für Beratungs- und Investitionsförderung gemacht. Die dafür
307 bereits aufgebauten Kompetenzzentren für Energieeffizienz (KEFF) machen wir zu
308 Kompetenzzentren für Material- und Ressourceneffizienz. Mit der Wirtschaft
309 wollen wir ein Bündnis für eine klimaneutrale Produktion schließen.

310 Vielfalt der grünen Energien nutzen

311 Die Erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel zum Schutz unseres Klimas. Statt
312 von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, produzieren wir
313 klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land. Das zukunftsfähige Fundament
314 für die Versorgung mit Erneuerbaren Energien besteht aus der Kombination von
315 Sonnen- und Windkraft. Beide Energiequellen ergänzen sich gut und sind auch bei
316 steigendem Bedarf noch ausbaubar. In dieser Kombination werden wir eine sichere

317 Versorgung mit Erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung unserer
318 Industrie ermöglichen, ebenso durch einen konsequenten Netzausbau. Wir werden
319 konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie
320 naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir
321 noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten.
322 Für so eine ambitionierte Klimapolitik wollen wir im Land werben.

323
324 Deutschlandweit müssen wir bis zur Klimaneutralität eine installierte Leistung
325 von 562 Gigawatt Erneuerbare Energie erreichen. Dafür wollen wir in Baden-
326 Württemberg unseren Beitrag leisten. Hier gibt es noch viel Flächenpotenzial für
327 den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieses wollen wir heben, indem wir
328 verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen. So wollen wir
329 bis zum Jahr 2030 über 1000 neue Anlagen ermöglichen. Wir werden alle
330 Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob
331 wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat
332 ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen.

333
334 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
335 Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
336 wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
337 einsetzen.

338
339 Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht
340 durchgesetzt. Denn die Photovoltaik rechnet sich – für den Geldbeutel und fürs
341 Klima! Bislang gilt die Pflicht für neu gebaute Gebäude, in denen keine
342 Wohnnutzung vorgesehen ist, also etwa für Fabrik- und Logistikhallen,
343 Verwaltungsgebäude oder Supermärkte sowie große Parkplatzanlagen. Im nächsten
344 Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude
345 ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren
346 Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere
347 Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf
348 landwirtschaftlichen Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen. Es gibt
349 viele geeignete landwirtschaftlichen Flächen, die ein hohes Potenzial für den
350 Ausbau der Agro-Photovoltaik bieten. Unser Ziel ist es, dass diese genutzt
351 werden. Schon 2,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen würden einen großen
352 Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg leisten.
353 Ausbauen wollen wir genauso Freiflächenanlagen entlang von Straßen und
354 schwimmende Solarparks. Dafür wollen wir auch auf Bundesebene die
355 Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb werden wir im ersten Jahr nach der Wahl
356 eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

357 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren
358 und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch
359 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

360
361 Energie in Bürger*innen-Hand!

362
363 Wir stehen dafür ein, dass die Energiewende für alle Bürger*innen im Land zur
364 Erfolgsgeschichte wird. Energie, die vor Ort dezentral in Bürgerhand erzeugt
365 wird, und die finanzielle Beteiligung von Anliegerkommunen bei Windkraft- und
366 Freiflächen-Photovoltaik-Projekten schaffen Akzeptanz, stärken die Resilienz im
367 Energiesystem und sorgen für Wertschöpfung bei vielen Bürger*innen und

368 Gemeinden. Wir wollen dafür sorgen, dass Bürger*innen-Energiegenossenschaften
369 unterstützt werden und Anliegerkommunen attraktive Anreize bekommen, die
370 Erneuerbaren Energien auszubauen.

371

372 Der heutige Strommarkt funktioniert nach Regeln, die 20 Jahre alt und auf die
373 fossilen Energieerzeuger zugeschnitten sind. Sie waren auf einen kleinen Beitrag
374 von Erneuerbaren Energien ausgelegt. Heute ist das anders. Deshalb sind an
375 vielen Stellen grundlegend andere Rahmenbedingungen notwendig, für die wir uns
376 auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen: Zum Beispiel muss der Energiemarkt neu
377 gestaltet werden, sodass die Bedürfnisse der Erneuerbaren Energien ins Zentrum
378 gestellt werden. Rechtliche Hürden für den Bau von Anlagen und das Teilen von
379 Energie müssen abgebaut und Ausbaudeckel abgeschafft werden. Die
380 Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort muss erleichtert werden.
381 Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Ausschreibungen für
382 Energieprojekte so angelegt sind, dass sich auch Genossenschaften darauf
383 bewerben können und im Wettbewerb mit anderen Akteur*innen eine faire Chance
384 haben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Hemmnisse abzubauen und
385 die Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort zu erleichtern. Und wir
386 fordern vom Bund, den wirtschaftlichen Weiterbetrieb von sogenannten Alt-Anlagen
387 unbürokratisch zu sichern, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen und noch
388 viele Jahre zu niedrigen Kosten erneuerbaren Strom liefern können.

389 Nach dem Atomausstieg bzw. im Vorgriff auf den Kohleausstieg muss die Versorgung
390 in Baden-Württemberg gewährleistet sein. Wir setzen uns im Bund für einen
391 Kohleausstieg bis 2030 ein, die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit
392 vorausgesetzt. Wir streben an, diese soweit es geht mit Erneuerbaren Energien
393 sicherzustellen. Zusätzlich wollen wir uns über die landeseigenen Beteiligungen
394 bei energieerzeugenden Unternehmen für ihren eigenen Kohleausstieg bis 2030
395 einsetzen. Dazu wollen wir den Ausbau von Energiespeichern und intelligenten
396 Netzen vorantreiben, die Verbrauch und Erzeugung von Strom aufeinander
397 abstimmen. Und wir vollenden den Atomausstieg, wenn Neckarwestheim 2 im Jahr
398 2022 vom Netz geht. Den Rückbau der fünf Atomkraftwerke im Land wollen wir in
399 den nächsten Jahren auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards weiter zügig
400 vorantreiben. Dabei wollen wir die Öffentlichkeit umfassend beteiligen.

401 Wir bringen die Wärmewende weiter voran

402 Auch wenn wir die Heizung aufdrehen, können wir das Klima schützen – nämlich
403 dann, wenn die Wärme aus sauberen Quellen stammt. Deshalb wollen wir auch bei
404 der Wärmeversorgung raus aus Öl und Gas und rein in Wärme aus grüner Energie.
405 Unser Ziel heißt auch hier: Klimaneutralität. Der erste Schritt ist bereits
406 getan: Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig
407 eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen. Das bedeutet: Sie entwickeln
408 eine Strategie, wie sie klimaneutral mit Wärme versorgt und gekühlt werden
409 können. Kleinere Kommunen werden wir dabei auch finanziell unterstützen, ihre
410 Wärme von Öl, Kohle und Gas auf klimafreundliche Technologien umzustellen.

411 Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer
412 eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus
413 erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen
414 mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen
415 abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft

416 werden. Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der
417 Industrie werden wir vorantreiben.

418 Naturschutz zahlt sich aus – für alle

419 Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der
420 Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die
421 finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026.
422 Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wollen
423 wir weiterführen. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter
424 umsetzen und fortschreiben.

425 Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark
426 Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet
427 entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der
428 Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche
429 Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen
430 sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich
431 vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von
432 Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Für besonders gefährdete Arten
433 übernehmen wir Verantwortung und stärken Artenschutzprojekte. So setzen wir uns
434 für eine aktive Bestandsstützung des Luchses in Baden-Württemberg ein. Mit einem
435 neuen Programm wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis
436 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken im Land mindestens 20 neue
437 Naturschutzgebiete entstehen, wobei wir auf Biotopverbünde achten. Das Land soll
438 Wald und naturschutzrelevante Flächen wo möglich aufkaufen, um landesweite
439 Biotopverbünde herzustellen und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Beim Verkauf
440 von Landesflächen sollen strenge Nachhaltigkeitskriterien gelten, insbesondere
441 bei Landwirtschafts- und Waldflächen sowie in Schutzgebieten.

442 Unsere naturschutzfachlich wertvollen Kulturlandschaften wie artenreiche
443 Blumenwiesen und Streuobstwiesen wollen wir konsequent schützen, zugleich aber
444 die Bewirtschaftung attraktiver gestalten. Etwa, indem wir die Nutzung und die
445 Vermarktung der Produkte fördern und die bestehenden Agrarförderprogramme
446 weiterentwickeln.

447 Um in ihrem Bestand bedrohte Arten besser zu schützen, werden wir die Allianz
448 für Niederwild mit einem Bodenbrüter-Programm zum Schutz bedrohter Feld- und
449 Wiesenvögel ergänzen und gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern im Land
450 umsetzen. Auch hierzu soll die Flurneuordnung zu einem Instrument des modernen
451 Naturschutzes weiterentwickelt werden. Wildnis- und Naturbildung sowie die
452 Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in
453 außerschulischen Einrichtungen weiter stärken.

454
455 Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Stadtnatur weiter fördern – für Mensch und
456 Natur. Dazu gehören Naturerfahrungs- und Naturerlebnisräume in Großstädten, die
457 naturnahe Bewirtschaftung von Grünflächen und Parks sowie Kooperationen mit
458 Wald- und Naturkindergärten.

459 Wir wollen Flüsse und Bäche weiter revitalisieren. Bei der Abwasserbehandlung
460 sind wir schon heute europaweit Spitze. Damit das auch so bleibt, wollen wir den
461 Großteil der 900 Kläranlagen mit der sogenannten „vierten Reinigungsstufe“
462 aufrüsten. Damit ist es möglich, den Giftcocktail aus Arzneimittelresten oder

463 Haushalts-Chemikalien aus unseren Fließgewässern fernzuhalten. Das stärkt die
464 Artenvielfalt in sauberen Flüssen und Bächen.

465 Darum Grün!

466 Wer Grün wählt, stimmt für

- 467 • ein klimaneutrales Baden-Württemberg
- 468 • die Stärkung von biologischer Vielfalt und Naturschutz
- 469 • ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende
- 470 • den konsequenten Ausbau grüner Energie aus Sonne, Wasser und Wind
- 471 • einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz,
472 Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen

K2NEU Eine klimagerechte Mobilität für alle ist in unserem Land erreichbar

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 2: Mobilität

2 Eine klimagerechte Mobilität für alle ist in unserem Land erreichbar

3 Mobil zu sein ist für viele Menschen eine wichtige Grundlage für ein gutes,
4 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land schnell,
5 sicher, bequem und klimafreundlich ans Ziel kommen – egal, ob sie in der Stadt
6 oder auf dem Land wohnen. Deshalb haben wir Baden-Württemberg seit 2011 zum
7 Wegbereiter für nachhaltige und moderne Mobilität gemacht. Wir setzen auf einen
8 gut ausgebauten ÖPNV, der günstig und unkompliziert ist. Mit dem bwTarif haben
9 wir den Verkehr über Verbundgrenzen hinweg vereinfacht und günstiger gemacht.
10 Wir gestalten die Transformation der Automobilindustrie und bringen die
11 Elektromobilität voran. Wir bauen Radwege aus und machen die Innenstädte auch
12 für Fußgänger*innen attraktiver. Wir stehen für eine Mobilität von morgen, die
13 Mensch, Natur und Klima guttut.

14 Baden-Württemberg ist heute nicht nur als Autoland bekannt, sondern auch als
15 Vorreiter für neue Mobilität: Andere Regionen Deutschlands schauen auf uns – auf
16 unsere Vorzeigestädte oder den systematischen Ausbau des Radverkehrs. Auch in
17 Sachen Lärmschutz haben wir einiges erreicht. Dank neuer Beläge und Tempolimits
18 ist es leiser geworden auf unseren Straßen: Immerhin ein Viertel der Menschen im
19 Land wird nicht mehr durch Lärm oberhalb der Richtwerte belästigt. Bedeutende
20 Erfolge haben wir auch bei der Luftreinhaltung erreicht: Einst war unser Land
21 bundesweiter „Spitzenreiter“ bei schlechter Luft. Heute hält Baden-Württemberg
22 fast überall die Grenzwerte ein. All dies ist das Ergebnis von beharrlicher
23 grüner Verkehrspolitik für saubere Mobilität.

24 Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein neues Bewusstsein für Mobilität
25 geschaffen. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen benötigen mehr Fläche und
26 Aufmerksamkeit – das ist mittlerweile weitgehend gesellschaftlicher Konsens. Am
27 deutlichsten wird dies beim Fußverkehr. 200 Kommunen haben sich um einen
28 sogenannten Fußverkehrscheck beworben. Das heißt: Sie suchen den Rat von
29 Expert*innen und Bewohner*innen, wie sie ihre Stadt und Gemeinde noch
30 attraktiver für Fußgänger*innen machen können. So entstehen überall im Land neue
31 Zebrastreifen. Das Zuparken von Geh- und Radwegen wird nicht mehr als
32 Kavaliersdelikt geduldet. Und spielende Kinder sind nicht länger „Störfaktor“,
33 sondern lebendige und belebende „kleine Bürger*innen“ im öffentlichen Raum,
34 deren Interessen und Belange von uns mitgedacht und berücksichtigt werden.

35 Wir brauchen die ökologische Verkehrswende – jetzt!

36 Egal ob zur Schule, zur Arbeit oder zum Einkaufen – wir sind ständig unterwegs.
37 Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe. Damit wir
38 dieses stetig wachsende Bedürfnis mit den Klimazielen vereinbaren können,
39 brauchen wir eine Wende in der Verkehrsplanung. Nur wenn wir umweltfreundliche
40 Verkehrsmittel fördern und gleichzeitig schmutzige Antriebe einschränken, kommen
41 wir voran. Eine moderne Planung arbeitet mit quantifizierbaren Zielvorgaben. Sie
42 gestaltet die Maßnahmen entsprechend und kontrolliert ihre Wirkungen.

43 Wir wollen die Mobilität für alle auf eine nachhaltige Grundlage stellen. Dabei
44 wollen wir auch diejenigen mitnehmen, die bei Verkehrsfragen auch heute noch
45 allzu oft außen vor bleiben: Kinder, ältere und gesundheitlich beeinträchtigte
46 Menschen. Wir stehen vor der Mammutaufgabe, unsere Mobilität schnellstmöglich
47 klimaneutral zu gestalten. Und wir sind überzeugt: Wir können die Verkehrswende
48 voranbringen und auch weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein.

49 Wir wollen eine ambitionierte, klimataugliche Verkehrspolitik. Dazu haben wir
50 für das Land ambitionierte Ziele formuliert: eine Minderung der CO₂-Emissionen
51 im Verkehr um 40 Prozent bis 2030, die Verdopplung des öffentlichen Verkehrs,
52 die Reduzierung der mit dem Auto zurückgelegten Strecken um ein Drittel. Jedes
53 dritte Auto soll bis dahin klimaneutral fahren, jeder zweite Weg zu Fuß oder mit
54 dem Fahrrad zurückgelegt werden und jede dritte Tonne im Güterverkehr
55 klimaneutral transportiert werden. Aber wir wissen: Wir müssen noch
56 ambitionierter handeln, um die Klimakrise einzudämmen. Wir werden daher das
57 Klimaschutzszenario für den Verkehr aktualisieren und an die Klimavorgaben des
58 EU-Parlaments anpassen, um schnellstmöglich vollständige Klimaneutralität zu
59 erreichen und im Rahmen des Pariser Klimaabkommens und des 1,5-Grad-Ziels zu
60 bleiben.

61 Für lokale Klimamobilitätspläne und ein Mobilitätswendegesetz

62 Kommunen entwickeln Klimamobilitätspläne, um die Klimaschutzziele zu erreichen
63 und die Städte und Gemeinden zugleich attraktiver zu gestalten. Im Gegensatz zur
64 bisherigen Planung wollen wir erreichen, dass die Wirkung dieser Maßnahmen
65 berechnet, die Umsetzung kontrolliert und gegebenenfalls nachjustiert wird. Das
66 Land soll Kommunen finanziell und logistisch dabei unterstützen, diese Pläne zu
67 erstellen und umzusetzen. Dafür müssen wir die Planungskapazitäten deutlich
68 erhöhen. Alle 44 Stadt- und Landkreise sollen einen Klimamobilitätsplan
69 erstellen.

70 Durch die Novellierung des Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)
71 sind die Mittel des Landes von 2020 an nahezu verdoppelt worden. Wir wollen eine
72 weitere Stärkung des Umweltverbundes, indem die LGVFG-Mittel zu 75 Prozent für
73 Infrastrukturen der Busse, Bahnen, Fahrräder und für Fußwege eingesetzt werden.
74 Der Klimaschutz als Ziel ist in dem Gesetz neu verankert. Wir fordern: Größere
75 Investitionen im Rahmen des LGVFG müssen daran geknüpft sein, dass ein
76 Klimamobilitätsplan erstellt wird. Dieser muss die Einhaltung der Klimaziele
77 2030 nachweisen. Die unterschiedlichen Verkehrsarten sollen optimal vernetzt
78 werden, um die Ressourcen bestmöglich einzusetzen.

79 Diese lokale Strategie wollen wir durch ein landesweites Mobilitätswendegesetz
80 ergänzen, das verkehrspolitische Maßnahmen und Standards fest schreibt. Dazu
81 braucht es eine Mobilitätszentrale, d.h. eine starke Landesorganisation zur
82 Mobilitätswende. Sie soll bereits bestehende Angebote wie die
83 Mobilitätsdatenplattform Mobi Data BW bündeln und neue Aufgaben übernehmen. Zu
84 diesen gehört z.B. die Konzeption von Ridepooling-Diensten, die Personen mit
85 ähnlichem Ziel sinnvoll zusammenbringen.

86 Nutzung von Bus und Bahn bis 2030 verdoppeln

87 Ein weiteres grünes Ziel: Wir wollen die Wahl der Verkehrsmittel klimafreundlich
88 verbessern, also mehr Leute dazu bringen, das Auto stehen zu lassen. Bis 2030
89 wollen wir die Zahl der Kilometer verdoppeln, die Fahrgäste mit öffentlichen

90 Verkehrsmitteln zurücklegen. Das funktioniert nur, wenn Bahnen und Busse
91 flächendeckend im dichten Takt verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und
92 preislich attraktiv sind. Auch der Schienenverkehr muss als wichtige Säule des
93 öffentlichen Verkehrs weiter ausgebaut werden. Das haben wir in den vergangenen
94 Jahren kontinuierlich getan und sind unserem Ziel mit großen Schritten
95 nähergekommen. Ein „Weiter so“ ist hier ein grüner Garant für mehr
96 umweltfreundlichen Verkehr.

97 Wir werden im ganzen Land den Mindeststandard des Stundentakts von 5 bis 24 Uhr
98 umsetzen und auf vielen Strecken den Halb- oder Viertelstundentakt realisieren.
99 Bis zum Jahr 2030 können dann die allermeisten Bus- und Bahnfahrergäste in Baden-
100 Württemberg mindestens im Halbstundentakt fahren. Wir wollen dazu die
101 Kapazitäten weiter ausbauen und den ÖPNV zur Pflichtaufgabe von Kommunen machen.
102 In Nahverkehrsplänen müssen Landkreise und kreisfreie Städte dafür sorgen, dass
103 eine Mobilität ohne Auto günstig, einfach und sicher möglich ist. Dafür wollen
104 wir die Städte, Kreise und Gemeinden finanziell noch besser ausstatten. Für
105 ambitionierte Projekte muss es kommunal gestaltbare Finanzierungsmöglichkeiten
106 geben. Ein umlagefinanzierter Mobilitätspass sowie Parkgebühren auf öffentlichen
107 Stellplätzen sind nachhaltige Finanzquellen für kommunale Verbesserungen. Wir
108 wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen auf eigenen
109 Wunsch einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den ÖPNV
110 ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können. Wir bauen den ÖPNV aus,
111 halten dabei aber daran fest, die Zahl der Verkehrsverbünde im Land schrittweise
112 zu verringern.

113 Wir starten eine Investitionsoffensive in klimaneutrale Fahrzeuge und
114 Infrastruktur. Die bestehenden Kapazitäten umweltfreundlicher Mobilität wollen
115 wir deutlich steigern. Dies gilt beispielsweise für den neuen Bahnknoten
116 Stuttgart. Mit der großen Wendlinger Kurve und zusätzlichen Gleisen im
117 Nordzulauf auf den Hauptbahnhof ist dies bereits gelungen. Für den Nahverkehr
118 fordern wir eine leistungsfähige Ergänzungsstation im zukünftigen Hauptbahnhof,
119 an die auch die bestehende Panoramabahn-Trasse der Gäubahn angebunden wird.
120 Damit können spätere irreversible Engpässe im Regionalverkehr und bei der S-Bahn
121 vermieden werden. Bis 2030 sollen 90 Prozent des Schienennahverkehrs mit Strom
122 fahren. Zentrale Strecken werden wir elektrifizieren, auf den restlichen
123 Strecken klimaneutrale Fahrzeuge mit Batterie oder grünem Wasserstoff einsetzen.
124 Um Strecken zu reaktivieren oder auszubauen, wollen wir eine BW-Netz-
125 Gesellschaft etablieren. Stadt- und Landkreise sowie Unternehmen wollen wir noch
126 stärker dabei unterstützen, auf emissionsfreie Busse mit Batterie- oder
127 Wasserstoff-Antrieb umzusteigen.

128 Innovationen im öffentlichen Verkehr konsequent fördern

129 Wir setzen konsequent auf Innovationen im öffentlichen Verkehr: Schon heute
130 fördert das Land urbane Seilbahnen. Schnellbussysteme fahren staufrei auf
131 separaten Spuren. Sie können schneller geplant und kostengünstig gebaut werden.
132 Der öffentliche Verkehr muss im ländlichen Raum und in den Randzonen und -zeiten
133 flexibel und bedarfsgerecht angeboten werden.

134 An 1000 Mobilitätsstationen verknüpfen wir Bahn, Bus, Rad und Auto und ergänzen
135 sie durch multimodale Angebote wie Car- und Bikesharing. Besonders im ländlichen
136 Raum brauchen wir zudem neue Ansätze und Ideen. Dazu gehört zum Beispiel eine
137 einheitliche Mobilitäts-App und eine Mobilitäts-Chipkarte für ganz Baden-

138 Württemberg, die Informationen und Zugang zu allen Mobilitätsformen bis hin zur
139 landesweiten Nutzung von Fahrradboxen bietet. Auch ein flexibler und
140 bedarfsorientierter ÖPNV, Ridepooling-Dienstleistungen und online buchbare
141 Rufbusse, die ohne Rufbus-Zulage in den Tarif eingebunden sind, können
142 bestehende Angebote ergänzen und die „letzte Meile“ schließen.

143 Der ÖPNV von morgen: preisgünstig, zuverlässig, flexibel, barrierefrei

144 Öffentliche Verkehrsmittel müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein.
145 Dafür müssen noch zahlreiche Bushaltestellen und Bahnhöfe umgebaut werden.
146 „Barrierefrei“ ist mehr als „stufenfrei“: Barrierefreiheit berücksichtigt
147 beispielsweise auch die Bedürfnisse von Menschen mit Seh-, Hör- und
148 Lernbehinderungen. Dafür sind ein aussagekräftiges Fahrgastinformationssystem
149 und ein landesweiter Standard wichtig.

150 Der Preis allein lockt niemanden aus dem Auto. Aber zu hohe Preise machen den
151 ÖPNV für Menschen mit kleinem Geldbeutel unattraktiv. Unser Ziel ist ein
152 flexibles Tarifsystem, das Vielfahrer*innen belohnt und durch einen Höchstpreis
153 gedeckelt ist. Im Jahresticket soll der öffentliche Verkehr – nach
154 österreichischem Vorbild – vor Ort nicht mehr als einen Euro pro Tag kosten, im
155 Tarifverbund der Region nicht mehr als zwei Euro und im ganzen Land nicht mehr
156 als drei Euro. Wir wollen, dass die Verkehrsverbünde die BahnCard akzeptieren.
157 Beim Landestarif bwTarif haben wir die Anerkennung umgesetzt. Hier gelten die
158 BahnCard-Rabatte. Darüber hinaus muss für besonders einkommensschwache Gruppen
159 Mobilität garantiert werden. Dafür erarbeiten wir Lösungen mit den
160 Verkehrsverbänden. Dies erfordert erheblich mehr finanzielle Mittel. Diese
161 wollen wir u.a. durch einen Mobilitätspass auf der Basis von zum Beispiel einer
162 kommunalen Abgabe (Nahverkehrsabgabe), einer Benutzergebühr oder eines Beitrags
163 ermöglichen.

164 Wir machen den Autoverkehr schnellstmöglich klimaneutral

165 Wir können mobil sein – auch mit deutlich weniger Autos. Ganz ohne Auto aber ist
166 Mobilität vielerorts kaum denkbar oder extrem aufwändig. Deshalb fordern wir
167 eine schnelle Elektrifizierung aller Kraftfahrzeuge. Im Jahr 2030 soll jeder
168 dritte Pkw klimaneutral unterwegs sein. Dafür müssen wir die Infrastrukturen
169 schaffen.

170 Wir haben in Baden-Württemberg in kürzester Zeit eine exzellente flächendeckende
171 Ladeinfrastruktur aufgebaut. Mit den ersten öffentlichen innerstädtischen
172 Schnell-Ladeparks in Deutschland sorgen wir dafür, dass der Hochlauf bei der
173 Elektromobilität nicht ins Stocken kommt, sondern weiter Fahrt aufnimmt. Mit
174 einer Ladeinfrastruktur-Offensive werden wir noch einmal eine Schippe
175 drauflegen.

176 Das Parken wollen wir mit dem Laden von E-Autos zusammenführen. Anstatt
177 öffentlichen Straßenraum zu Parkplätzen zu machen, sollen Parkhäuser und
178 Tiefgaragen zum Parken und Laden genutzt werden – gerade auch nachts. Wir wollen
179 dazu schrittweise Stellplätze mit Lademöglichkeiten ausstatten. Durch ein
180 intelligentes Lademanagement können wir Energie- und Mobilitätswende verzahnen
181 und die Erneuerbaren Energien optimal für die Mobilität von morgen nutzen und
182 integrieren. Wer klimaneutral fährt, soll für einen begrenzten Zeitraum Vorteile
183 erhalten, etwa kostenlos parken oder eine Extra-Fahrspur nutzen können.

184 Mit der „Landesinitiative Elektromobilität III“ haben wir erfolgreich Fahrzeuge
185 gefördert. Jetzt wollen wir schlagkräftig dazu übergehen, die öffentliche und
186 private Ladeinfrastruktur zu fördern. Wir brauchen zwei Millionen private und
187 öffentliche Ladepunkte – eine Herkulesaufgabe. Um diese enormen Investitionen
188 leisten zu können, müssen wir die Bauherr*innen in die Pflicht nehmen. Dank der
189 Landesförderung für das SAFE-Ladenetz gibt es bereits heute in Baden-Württemberg
190 mindestens alle zehn Kilometer eine Ladesäule. Wir wollen erreichen, dass in
191 verdichteten Siedlungsbereichen Lademöglichkeiten in fußläufiger Entfernung
192 vorhanden sind, zum Beispiel in Quartiersgaragen. Wir wirken auf eine einfache
193 Benutzbarkeit von Ladesäulen hin, vor allem durch ein standardisiertes
194 Bezahlssystem. Darüber hinaus müssen wir es schaffen, Batterien besser als bisher
195 wiederzuverwerten.

196 Wir machen Baden-Württemberg zum nachhaltigen Mobilitätsland

197 Bis heute ist Baden-Württemberg ein Auto-Mobilitätsland: Etwa jeder zehnte
198 Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Automobil ab. Das sind rund 470.000
199 Beschäftigte. Wir exportieren viele Fahrzeuge in die ganze Welt. Damit tragen
200 wir als Wirtschaftsstandort auch eine globale Verantwortung für die
201 verkehrsbedingten CO₂-Emissionen. Wenn wir diese Anzahl an Arbeitsplätzen in
202 Baden-Württemberg halten wollen, dann brauchen wir eine umfassende
203 Transformation in Richtung Zukunft. Wir Grüne sind überzeugt: Der Wandel der
204 Automobilwirtschaft Baden-Württembergs hin zum Leitanbieter für nachhaltige
205 Mobilität ist notwendig – für den Klimaschutz genauso wie für die langfristige
206 Sicherung von Arbeitsplätzen. Deshalb werden wir den Strategiedialog
207 Automobilwirtschaft fortsetzen und die Privatwirtschaft, die Gewerkschaften, die
208 Wissenschaft, die Fachverbände und die Nutzer*innen einbinden. Nur wenn die
209 Transformation dieses Sektors als Teil nachhaltiger globaler Lieferketten
210 gelingt, werden wir die Arbeitsplätze erhalten können. Baden-Württemberg muss
211 und kann sich zum nachhaltigen Mobilitätsland entwickeln!

212 Für gute, sichere und leise Straßen – und weniger Pkw-Verkehr

213 Baden-Württemberg hat ein gut ausgebautes Straßennetz. Vielerorts ist es aber in
214 die Jahre gekommen. Bei der Sanierung der Bundes- und Landesstraßen sind wir
215 bereits vorangekommen. Einen neuen Schwerpunkt werden wir auf die Brücken legen.
216 Darüber hinaus steht der Umbau von Straßen an. An vielen Orten gilt es,
217 Fahrspuren für umweltfreundliche Verkehrsmittel freizugeben: Busse, E-Autos und
218 mehrfachbesetzte Fahrzeuge sollen eigene Spuren erhalten. Auch Ampeln sollen
219 Fahrrädern und anderen klimaneutralen Verkehrsmitteln Vorrang geben. Die Reform
220 der Straßenbauverwaltung wollen wir bis 2026 umsetzen.

221 Im Jahr 2019 hat sich die Zahl der Fahrzeuge, die in Deutschland zugelassen
222 sind, gegenüber dem Vorjahr um über eine Million erhöht. Mit 20 Prozent ist die
223 Zahl der großen und schweren SUVs am stärksten gestiegen. Diese Entwicklung
224 läuft den Klimazielen komplett zuwider! Mit neuen Mobilitätskonzepten wollen wir
225 bis 2030 landesweit den Pkw- und Lieferverkehr um ein Drittel senken. Damit
226 machen wir nicht nur Platz frei für Straßenbahnen, Busse, Fahrräder und Fußwege,
227 sondern fördern auch lebensfreundliche Städte. Bundesweit setzen wir uns für
228 einen Bundesnetzplan als Ersatz für die bisherige Bundesverkehrswegeplanung ein.
229 Wir wünschen uns vom Bund keine neuen Autobahnen und Bundesstraßen. Wir werden
230 die Landesstraßenbauprojekte alle fünf Jahre evaluieren und wollen stärker

231 ökologisch ausgerichtete Kriterien bei der finanziellen Förderung von
232 Kreisstraßen.

233 Im Liefer- und Lkw-Verkehr wollen wir die gesetzlichen Voraussetzungen für eine
234 landesweite Lkw-Maut schaffen. So wollen wir auch dem wachsenden Online-Handel
235 Grenzen setzen und den lokalen Einzelhandel stärken.

236 Verbesserungen beim Umweltverbund allein – also bei Bus, Bahn, Fahrrad und Co. –
237 werden nicht ausreichen, um Autofahrer*innen in großer Zahl zum Umsteigen zu
238 bewegen. Deshalb müssen wir mutige Schritte beim Autoverkehr gehen. Beispiele
239 aus dem Europäischen Ausland zeigen: Der Autoverkehr kann durch eine konsequente
240 Parkraumbewirtschaftung umweltfreundlich gelenkt werden. Städte sollten die Zahl
241 der Parkplätze Jahr für Jahr zugunsten von Rad- und Fußwegen sowie öffentlichen
242 Plätzen reduzieren. Kommunen können die Gebühren für Anwohner*innenparken zur
243 Verkehrslenkung und -finanzierung nutzen. Zusätzlich wollen wir die
244 Stellplatzpflicht streichen.

245 Lärm sorgt nicht nur für schlaflose Nächte. Er hat auch massive gesundheitliche
246 Folgen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund als ersten Schritt eine
247 Pflicht zur Lärmsanierung einführt. Die bestehenden Schwellenwerte für
248 gesundheitsschädliche Belastungen – 70 Dezibel (A) tagsüber und 60 Dezibel (A)
249 nachts – wollen wir absenken. Darüber hinaus soll der Bund die Erstellung eines
250 Lärmschutzkonzepts einklagbar machen. Welche Bedeutung dieses Thema hat, zeigt
251 die kommunale Initiative zur Reduzierung von Motorradlärm. Das macht zudem
252 deutlich: Es ist wichtig, dass ein*e Lärmschutzbeauftragte*r sich weiterhin um
253 die Belange lärmbelasteter Bürger*innen kümmert.

254 Der Straßenverkehr fordert zu viele Tote und Schwerverletzte, insbesondere wegen
255 nicht angemessener und überhöhter Geschwindigkeit. Unsere Handlungsmaxime ist
256 die Vision Zero: Niemand soll im Straßenverkehr sterben. Dabei ist klar: Ohne
257 Tempolimits werden die Opferzahlen nicht sinken. Daher setzen wir uns gemeinsam
258 mit vielen Bürger*innen für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Kilometern pro
259 Stunde (km/h) auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h als
260 Regelgeschwindigkeit innerorts ein. Wir werben für mehr Achtsamkeit und
261 Rücksicht aller Verkehrsteilnehmer*innen und wollen Verstöße konsequent ahnden.
262 Damit Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können
263 und so schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen,
264 werden wir die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen zur Pflicht machen.
265 Außerdem setzen wir uns für den verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten in
266 Lkw ein.

267 Innenstädte attraktiv für Rad- und Fußverkehr gestalten

268 Auf sicheren Wegen oder durch Parks mit Rad oder Pedelec zu fahren und zu Fuß zu
269 gehen – das macht nicht nur Spaß, es ist auch gesund und emissionsfrei. Unser
270 Ziel: Bis 2030 soll jeder zweite Weg aktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt
271 werden. Das kann nur gelingen, wenn der nicht-motorisierte Verkehr in unseren
272 Innenstädten und Stadtteilzentren Priorität bekommt. Die erfolgreiche
273 Radstrategie des Landes muss auch weiterhin konsequent umgesetzt werden. Das
274 heißt: mehr und sichere Rad- und Radschnellwege. Wir setzen uns dafür ein, bis
275 2030 mindestens 30 Radschnellverbindungen mit vordringlichem Bedarf zu
276 realisieren. Zudem wollen wir die Radstrategie um eine Fußverkehrsstrategie
277 ergänzen. Sie soll auf den vorhandenen guten Projekten aufbauen und mit den
278 Bürger*innen und relevanten Akteur*innen erarbeitet werden.

279 Wir fördern nicht nur Fahrradstellplätze und -parkhäuser an allen Bahnhöfen,
280 sondern ebenso Sammelgaragen in bestehenden Wohngebieten, auch als Fahrradboxen
281 am Straßenrand. Die Zahl der Bike-and-Ride-Stellplätze wollen wir im Land mit
282 100.000 zusätzlichen sicheren Stellplätzen verdoppeln.

283 Wir wollen attraktive Städte, die zum Verweilen im öffentlichen Raum einladen.
284 Nicht nur in den Stadtzentren soll es schattige Plätze für Kommunikation, Spiel
285 und Erholung geben. In den Stadtzentren wollen wir sogenannte verkehrsberuhigte
286 Begegnungszonen einrichten, in denen alle Verkehrsteilnehmende gleichberechtigt
287 sind. Aus Parkplätzen sollen ökologisch wertvolle Freiflächen werden.
288 Verbindende Fußwege werden ausgebaut und Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr
289 befreit. Das schafft mehr Aufenthaltsqualität!

290 Wir unterstützen Initiativen darin, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z.B.
291 für Nachbarschaftsfeste, Begegnungsräume, Sport, Aktionen, Cafés, Märkte,
292 temporäre Spielstraßen, Pop-up-Radwege und vieles mehr. Genehmigungsverfahren
293 dafür wollen wir vereinfachen und vergünstigen. Wir unterstützen Kommunen in
294 ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies. Beim Bund
295 setzen wir uns für eine fußgängerfreundlichere Straßenverkehrsordnung ein.

296 Gute Mobilität in ländlichen Räumen wird auf absehbare Zeit nur mit den
297 öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich sein. Die Herausforderung liegt
298 darin, ein Netz von Knotenpunkten zu schaffen, an denen man bequem und
299 barrierefrei umsteigen kann.

300 Güterverkehr auf Klimaschutz-Kurs bringen

301 Für ein exportorientiertes Land wie Baden-Württemberg hat der Güterverkehr eine
302 außerordentlich große wirtschaftliche Bedeutung. Prognosen gehen davon aus, dass
303 dieser in Zukunft weiter stark wächst. Leider konnten die Schiene und die
304 Binnenschifffahrt in der Vergangenheit davon kaum profitieren. Das wird auch
305 künftig das Klima zunehmend belasten. Diesen fatalen Trend wollen wir stoppen
306 und den Güterverkehr modernisieren. Bis 2030 soll jede dritte Tonne
307 klimaverträglich transportiert werden: mit Bahn, Binnenschiff, E-Lkw oder
308 regenerativem Kraftstoff.

309 Die Güterbahn muss weiter gefördert werden. Wir werden das Schienennetz
310 ertüchtigen und es weiter elektrifizieren. Wir wollen Schienenanschlüsse für
311 große Gewerbegebiete (wieder)herstellen und mit Umschlagplätzen für Lkw
312 kombinieren. Dazu müssen wir öffentliche Flächen sofort sichern – sie dürfen
313 nicht umgewidmet werden. Das Land fördert neue Zentren für den kombinierten
314 Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten mit Bahn und elektrischen
315 Transportern. Weil Batterien über lange Distanzen für große Lkw noch nicht
316 geeignet sind, setzen wir uns für die Entwicklung von Lkw-Oberleitungen auf
317 Grundlage eines Konzeptes mit der Logistikbranche ein. Die letzte Meile kann
318 dabei mit Batterien oder Brennstoffzellen gefahren werden. Wir setzen uns auf
319 Bundesebene für den Oberleitungsausbau auf Autobahnen und wichtigen
320 Bundesstraßen ein. So kann der Straßengüterverkehr schnell elektrifiziert
321 werden. Die europäischen Emissionsziele für Lkw sehen wir auch für unsere Region
322 als bindend an und unterstützen alle Initiativen auch auf Bundesebene.

323 Wir werden uns vehement dafür einsetzen, den Güterverkehr von der Straße auf die
324 Schiene und die Wasserwege zu verlagern. Die ambitionierten Vorschläge des

325 Gutachtens zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Wasserwege
326 des Verkehrsministeriums wollen wir dazu mit Nachdruck umsetzen.

327 Um Regionen und Städte zu versorgen, eignen sich City-Logistikzentren. Hier
328 werden die Frachtgüter auf elektrische Lieferwagen, Lastenräder und -Pedelecs
329 umgeladen. Auch die Einrichtung von Mikrodepots für Pakete und Päckchen nach dem
330 Vorbild von Hamburg und Berlin wollen wir unterstützen.

331 Flugverkehr eindämmen – klimaschädliche Subventionen stoppen

332 Der klimaschädliche Flugverkehr darf nicht unbegrenzt wachsen. Wir lehnen es ab,
333 die bestehenden Flughäfen durch zusätzliche Start- und Landebahnen auszubauen.
334 Aus dem Landesetat darf es keine Finanzhilfen für Regionalflughäfen geben. Wir
335 setzen uns dafür ein, die klimaschädlichen Auswirkungen des Flugverkehrs mit
336 Start oder Ziel in Baden-Württemberg zu reduzieren. Mit dem Ausbau schneller
337 Schienenverbindungen lassen sich sowohl Autofahrten als auch Kurzstreckenflüge
338 vermeiden.

339

340 Das kommende Beihilfeverbot für den operativen Betrieb von Flughäfen der
341 Europäischen Union gilt ab 2024 und sollte schon in der nächsten
342 Legislaturperiode in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Ein Mehr an
343 Subventionen für die Flugsicherung oder die Infrastruktur für Regionalflughäfen
344 wollen wir verhindern. Wir streben an, die Flughafengebühren künftig noch
345 stärker auf Grundlage der realen Klimakosten des Fliegens zu reformieren.

346 Kerosin muss endlich CO₂-orientiert besteuert werden! Dafür setzen wir uns im
347 Bund ein. Den Einsatz von regenerativ erzeugtem Kerosin bzw. reFuels wollen wir
348 vorantreiben. Außerdem möchten wir die Schadstoff- und Lärmemissionen des
349 Flugverkehrs reduzieren. Das erreichen wir, indem wir bei der Staffelung von
350 Start- und Landeendgebühren eine CO₂-Komponente einführen. Außerdem setzen wir
351 uns auf Bundesebene für ein Ende von innerdeutschen Flügen ein. Damit könnte
352 Baden-Württemberg auch im Flugverkehr einen Impuls für mehr Nachhaltigkeit
353 setzen.

354 Die Verkehrswende hin zu klimafreundlicher und nachhaltiger Mobilität ist
355 überfällig. Sie gelingt, wenn wir alle Innovationen, neue Technologien und
356 gesellschaftliche Kreativität dafür nutzen. Die Wirtschaft wird einen
357 umfassenden Transformationsprozess durchlaufen. Wir alle werden unsere
358 Mobilitätsmuster und unser Mobilitätsverhalten nachhaltig ändern!

359 Darum Grün!

360 Wer Grün wählt, stimmt für

- 361 • Klimamobilitätspläne und ein Mobilitätswendegesetz
- 362 • einen starken, gut ausgebauten ÖPNV, die Verdopplung des öffentlichen
363 Verkehrs bis 2030 sowie einen konsequenten Ausbau der Fahrradinfrastruktur
- 364 • ein Jahresticket, das vor Ort nicht mehr als einen Euro pro Tag kostet
365 (zwei Euro in der Region und drei Euro im ganzen Land)
- 366 • eine Investitionsoffensive für klimafreundliche Fahrzeuge und
367 Infrastruktur
- 368 • sichere Straßen mit ausreichend Platz für Rad- und Fußverkehr, weniger
369 klimaschädlichen Auto- und Flugverkehr, weniger Verkehrslärm und einen
370 klimafreundlichen Güterverkehr

K3NEU Unsere ländlichen Räume ökologisch und lebenswert weiterentwickeln

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 3: Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Tierschutz

2 Unsere ländlichen Räume ökologisch und lebenswert weiterentwickeln

3 Dörfer und kleine Städte, die allen Menschen in ihrer ganzen Vielfalt eine
 4 Heimat sind; Orte, an denen auch junge Menschen, Berufseinsteiger*innen, Frauen
 5 und Familien ein Zuhause und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen finden: Das ist
 6 unsere Vision für attraktive und lebenswerte ländliche Räume in Baden-
 7 Württemberg. Wir Grüne stehen für eine naturverträgliche Landwirtschaft, die
 8 Tiere artgerecht hält und das Klima schützt. Für eine Landwirtschaft, die ihren
 9 Beschäftigten ein Auskommen bietet, das dem Wert ihrer Arbeit entspricht. Der
 10 von der Europäischen Kommission formulierte Europäische Green Deal, die Farm-to-
 11 Fork Strategie und die Biodiversitätsstrategie weisen in die richtige Richtung.
 12 Die darin formulierten Ziele tragen dazu bei, unsere ambitionierte grüne
 13 Agrarpolitik in Baden-Württemberg umzusetzen. Es gilt nun im Rahmen der
 14 Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, die Leistungen der Bäuerinnen
 15 und Bauern für Klima- und Naturschutz sowie für den Erhalt der Biodiversität
 16 fair zu honorieren und so das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche
 17 Leistungen“ konsequent umzusetzen.

18 Grüne Politik für ländliche Räume hat in Baden-Württemberg Wurzeln geschlagen.
 19 Wir sind mit unserer Holzbau-Offensive das innovativste Holzbauland in
 20 Deutschland. Wer seine wertvollen Streuobstbäume pflegt, wird hierzulande mit
 21 einer Prämie belohnt. Vielerorts sprießen innovative, generationenübergreifende
 22 Wohnprojekte aus dem Boden. Die Mittel für eine ordentliche Daseinsvorsorge auf
 23 dem Land – vom Dorfladen bis zum Gasthaus – haben wir verdoppelt. In Baden-
 24 Württemberg werden keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut und auch
 25 nicht zu Forschungszwecken ausgesetzt: Unser Qualitätszeichen Baden-Württemberg
 26 zeichnet nur Lebensmittel aus, wenn sie frei von Gentechnik sind – in Anbau und
 27 Fütterung. Damit kommen wir dem Wunsch von Erzeuger*innen und Verbraucher*innen
 28 nach: Baden-Württemberg bleibt gentechnikfrei!

29 Seit wir Grüne im Land in der Regierungsverantwortung stehen, hat sich der
 30 Anteil des Ökolandbaus verdoppelt. Das wollen wir fortführen: Bis 2030 streben
 31 wir einen Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche von mindestens 40
 32 Prozent an. Die Menschen in Baden-Württemberg haben mit dem Volksbegehren zum
 33 Schutz der Artenvielfalt gezeigt, wie elementar wichtig eine naturverträgliche
 34 Landwirtschaft ist. Als echte Gemeinschaftsleistung von Politik, Naturschutz und
 35 Landwirtschaft wurde im Anschluss ein Beteiligungsprozess gestaltet, aus dem das
 36 Gesetz zur Stärkung der Biodiversität hervorgegangen ist. Eine Blaupause, die
 37 deutlich zeigt: Landwirtschaft und Naturschutz sind keine Gegenspieler – sie
 38 sind nur als Partner stark. Wir haben den Weg zu einer Landwirtschaft
 39 eingeschlagen, die verantwortungsvoll mit der Umwelt umgeht und gesellschaftlich
 40 wieder Wertschätzung erfährt. Umweltverträglichkeit und Biodiversität in der
 41 Agrarlandschaft und die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Landwirt*innen
 42 sind uns sehr wichtig. Damit haben wir einen Transformationsprozess in der
 43 Landwirtschaft angestoßen, der einmalig in Deutschland ist.

45 Und doch: Die Herausforderungen bleiben riesig. Die Lebensmittelpreise in
46 Deutschland sind extrem niedrig. Der enorme Preisdruck führt zu Dumpinglöhnen
47 und verursacht zum Teil unhaltbare Zustände in der landwirtschaftlichen
48 Tierhaltung und Schlachtung. Die Land- und Forstwirtschaft sieht Jahr für Jahr
49 an ihren eigenen Äckern und Wäldern: Das Klima erhitzt sich. Die Folgen sind
50 auch bei uns Dürren, Stürme, Überschwemmungen. Land- und Waldwirtschaft stehen
51 vor echten Herkulesaufgaben und müssen sich dem Klimawandel anpassen. Mit
52 unserer grünen Agrarpolitik wollen wir eine konsequente Reduktion von
53 Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffüberschüssen aus Düngung. Der
54 Lebensmittelverschwendung sagen wir den Kampf an. Es gilt, die Daseinsvorsorge
55 im ländlichen Raum zu sichern und ihn weiter als attraktiven Lebens- und
56 Arbeitsraum zu stärken.

57 Höfesterben entgegenwirken, Preisdumping bekämpfen

58 Baden-Württemberg hat eine kleinstrukturierte Landwirtschaft. Das ist zugleich
59 Chance und enorme Herausforderung. Ganze 80 Prozent der bäuerlichen Betriebe
60 werden im Nebenerwerb geführt. Das Wirtschaften auf dem Hof muss ein stabiles
61 Einkommen und Zufriedenheit bringen, damit die Hofnachfolge nicht zum echten
62 Problem wird. Wir werden eine Strategie erarbeiten, um die Hofnachfolge vor
63 allem auf kleineren und Nebenerwerbsbetrieben zu unterstützen – insbesondere
64 durch Beratung. So wollen wir dem Höfesterben entgegenwirken. Um der
65 fortschreitenden Klimakrise zu begegnen, brauchen wir spezielle
66 Anpassungskonzepte für alle Betriebstypen.

67 In der Landwirtschaft gibt es zahlreiche Zielkonflikte, die es zu lösen gilt: Um
68 effizient zu wirtschaften, müssen die Bäuerinnen und Bauern möglichst hohe
69 Erträge erzielen. Gleichzeitig aber sollen das Grundwasser, die Böden und die
70 Vielfalt der Arten keinen Schaden nehmen – das geht nur, wenn Weizen, Milch und
71 Fleisch einen angemessenen Preis haben.

72 Die moderne, krisensichere Landwirtschaft prägt auch in Zukunft unsere
73 ländlichen Räume. Sie arbeitet ressourcenschonend, naturverträglich und
74 orientiert sich mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und
75 Freiheit von synthetischen Pestiziden am Leitbild der ökologischen
76 Landwirtschaft. Nutzen wir die Chance, die uns unsere bäuerlich strukturierte
77 Landwirtschaft bietet. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorreiter bei
78 tiergerechter Landwirtschaft wird. Unser Motto heißt: Klasse statt Masse! Wenn
79 wir Fleisch essen, dann von Tieren, die in der Region artgerecht aufwachsen, die
80 Platz im Stall, Tageslicht und frische Luft haben. Wir wollen Zweinutzungsrasen
81 fördern und damit auch das Kükenschreddern und -vergasen beenden. Einen Baustein
82 bildet hier die Förderung von mobiler und Weideschlachtung. Unser Ziel ist eine
83 Tierhaltung, bei der Geburt, Aufzucht und Schlachtung in der Region stattfinden.
84 Landwirt*innen, die bereit sind, mehr in Tierschutz zu investieren oder
85 intensive Tierhaltung zu reduzieren, wollen wir dabei unterstützen.

86
87 Grund und Boden sind knapp und werden immer teurer. Das macht unseren Betrieben
88 das Leben zunehmend schwer. Hinzu kommt die Konkurrenz auf dem Bodenmarkt durch
89 außerlandwirtschaftliche Investor*innen. Damit der Boden dauerhaft in den Händen
90 der Bäuerinnen und Bauern bleibt, überprüfen wir unser
91 Agrarstrukturverbesserungsgesetz und setzen nötige Anpassungen um.

92
93 Wir lassen nichts unversucht, um den Druck auf unsere Flächen zu verringern und

94 intelligente Lösungen für zusätzliche Einkommen in der Landwirtschaft zu finden.
95 Agro-Photovoltaik ermöglicht einen nahezu uneingeschränkten Anbau von
96 Lebensmitteln bei gleichzeitiger Stromerzeugung auf der Fläche. Diese effiziente
97 Nutzung von Fläche soll mit uns in Baden-Württemberg in Serie gehen. Gerade in
98 Sonderkulturen sehen wir große Chancen für Landwirtschaft und Klimaschutz. Eine
99 zweite anzustrebende Form der Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen
100 sind Agro-Forst-Systeme: Forstflächen in Kombination mit Ackerkulturen oder
101 Weidetierhaltung. Wir wollen Landwirt*innen finanziell bei den hohen
102 Erstinvestitionen für Agro-Forst-Systeme unterstützen. Die Landwirtschaft der
103 Zukunft braucht innovative, klimaschonende und biodiversitätsfördernde Methoden.
104 Sie braucht Bildung, Ausbildung und Beratung, die Ökolandbau,
105 Ressourceneffizienz und Naturschutz umfasst. Daher müssen Lehrpläne angepasst
106 und Lehrkräfte geschult werden.

107 Ein neuer Gesellschaftsvertrag: Landwirtschaft und Naturschutz ziehen an einem
108 Strang

109 Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern unsere Nahrung und erhalten unsere
110 einzigartige Kulturlandschaft. Wir wollen unsere bäuerliche Landwirtschaft und
111 unsere Natur erhalten und stärken. Dazu braucht es ein gemeinsames Verständnis
112 aller Beteiligten, wie das funktionieren kann und wer welchen Beitrag leistet.

113 Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und
114 Naturschutz auf den Weg bringen und dabei auch die Lebensmittelindustrie und die
115 Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass sich
116 Landwirtschaft wieder lohnt und die Leistungen der bäuerlichen Betriebe
117 angemessen bezahlt werden. Wenn ein Kalb billiger ist als eine Handyhülle, dann
118 läuft etwas schief! Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern alle, die an
119 der Wertschöpfungskette beteiligt sind: Auch der Handel und die
120 Verbraucher*innen müssen mit ins Boot. Wir sehen in einem solchen Vertrag eine
121 große Chance für fruchtbare Kooperationen zwischen Stadt und Land, Handel,
122 Verarbeiter*innen, Handwerk und Erzeuger*innen. Diesen Dialog und seine
123 Umsetzung werden wir mit aller Kraft angehen!

124 Agrarförderung des Landes konsequent auf Nachhaltigkeit ausrichten

125

126 Neben der Preisgestaltung für Lebensmittel wird die Agrarförderung auch
127 weiterhin ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer umfassend nachhaltigen
128 Landwirtschaft sein. Wir setzen darauf, die Agrarförderung im Land auch in
129 Zukunft konsequent nachhaltig auszurichten. Dazu wollen wir die Ausstattung der
130 Förderprogramme FAKT und LPR weiter erhöhen. Eine generationengerechte
131 bäuerliche Landwirtschaft sorgt für gesunde Lebensmittel, schützt unser Klima,
132 erhält die Artenvielfalt und pflegt unsere Kulturlandschaft. Bäuerinnen und
133 Bauern sind unsere Partner*innen, wir werden daher auch ohne zusätzliche EU-
134 Mittel in diesen Bereich investieren.

135 Eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg

136 Wir streben eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg an. Die
137 Förderprogramme in der Landwirtschaft sollen daran ausgerichtet werden, dass
138 eine Förderung nur erfolgt, wenn deutlich höhere Tierschutzstandards erfüllt
139 werden. In Baden-Württemberg wollen wir den Ausstieg aus dem Tierversuch
140 einleiten. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel in der Wissenschaft, bei dem
141 die gesetzlichen Regelungen nicht mehr länger an der Logik des Tierversuchs

142 ausgerichtet werden. Wir wollen die Professuren zur Entwicklung und Anwendung
143 von Alternativen zu Tierversuchen ausbauen. Hierfür unterstützen wir sowohl die
144 Entwicklung als auch die praktische Umsetzung von Alternativmethoden, die zum
145 Beispiel auf digitalen Systemen und Künstlicher Intelligenz basieren, und wollen
146 die Landesförderung in diesem Bereich ausbauen. Mit den beteiligten Unternehmen
147 und Hochschulen wollen wir einen Maßnahmenplan mit dem Ziel erstellen,
148 Tierversuche um zunächst 50 Prozent zu reduzieren.

149 Ob mobile Schlachteinheit, Hofschlachtung oder Schlachthof: Die Schlachtung in
150 Baden-Württemberg wollen wir flächendeckend anbieten und dafür ein Konzept
151 erstellen und umsetzen. Wir wollen eine lückenlose Überwachung der
152 tierschutzrelevanten Bereiche der Schlachtung und dazu digitale Systeme nutzen.
153 Eine verbindliche Zulassungspflicht für Betäubungsgeräte muss eingeführt werden.
154 In einem Masterplan erarbeiten wir eine Strategie zum Verzicht auf
155 Tiertransporte von mehr als 200 Kilometer. Eine neue Taskforce „Tiertransporte“,
156 in der Teams aus Veterinärbehörden, Polizei und Staatsanwaltschaft
157 zusammenarbeiten, soll Verstöße bei Tiertransporten konsequent ahnden. Wir
158 wollen Notversorgungsstellen in Baden-Württemberg einrichten, wo Tiere bei
159 Feststellung von Verstößen untergebracht werden können und nicht unter
160 tierschutzwidrigen Umständen weitertransportiert werden müssen.

161
162 Bei der Haltung von Tieren in Privathaushalten sind mehr Aufklärung und Beratung
163 für tiergerechte Haltungsformen notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass
164 Tierschutz bei Haustieren gestärkt wird, und wollen uns im Bundesrat für eine
165 Tierschutz-Heimtierverordnung stark machen.

166
167 Kühe auf die Weide! Das hilft dem Klima und trägt zum Erhalt unserer
168 Kulturlandschaft bei. Weidende Kühe sind mehr als nur nett anzusehen. Sie sind
169 Landschaftspflegerinnen, erhalten Biodiversität und leisten auch einen wichtigen
170 Beitrag für den Klimaschutz. Die nachhaltige Beweidung von Grünland fördert die
171 Humusbildung. Und humusreicher Boden macht vor allem eines – er speichert CO₂.
172 Daher wollen wir die nachhaltige Weidetierhaltung verstärkt fördern. Das freut
173 nicht nur die Kuh, sondern auch den Boden, die Biodiversität und das Klima – und
174 damit auch uns und die, die nach uns kommen!

175 Die Schäfererei schafft einzigartige Landschaften, sorgt für beste Lebensmittel
176 und bewahrt ein wertvolles kulturelles Erbe. Wacholderheiden und Kalkmagerrasen
177 sind auf Schäfer*innen angewiesen. Denn sie erzeugen mit Schafen und Ziegen
178 nebenbei unsere artenreichsten Landschaften – trotz sinkender Erlöse,
179 Nachwuchssorgen und Billigkonkurrenz aus Übersee. Ihren Beitrag zur Sicherung
180 der Artenvielfalt wollen wir noch stärker belohnen und neue Märkte fördern.

181
182 Wir halten Baden-Württemberg gentechnikfrei

183 Agro-Gentechnik wollen wir weder auf unseren Tellern noch auf unseren Äckern, in
184 unseren Wäldern oder im Futter unserer Tiere – das gilt sowohl für hier
185 produzierte als auch für importierte Produkte. Deshalb nutzen wir konsequent
186 alle landespolitischen Spielräume, um Baden-Württemberg gentechnikfrei zu
187 halten. Neue gentechnische Verfahren müssen – wie alle anderen Technologien auch
188 – mit Blick auf ihre Chancen, Risiken und ökologischen sowie sozioökonomischen
189 Folgen umfassend auf wissenschaftlicher Grundlage bewertet werden. Wir halten
190 bei den neuen gentechnischen Methoden am strengen Zulassungsverfahren und am

191 europäisch verankerten Vorsorgeprinzip fest. So hat es auch der Europäische
192 Gerichtshof 2018 bestätigt. Die Zulassung und Freisetzung von Gene-Drive-
193 Organismen lehnen wir wegen der enormen ökologischen Tragweite und generellen
194 Unumkehrbarkeit grundsätzlich ab. Wir unterstützen ein weltweites Moratorium der
195 Freisetzung von Gene-Drive-Organismen.

196 Gesunde Lebensmittel – regional erzeugt und klar gekennzeichnet

197 Unsere Ernährung und unser Konsumverhalten haben Auswirkungen auf Umwelt und
198 Klima. Wir wollen gesundes Essen ohne Pestizide, klimaschonend, regional,
199 ökologisch und fair produziert. Die Förderung pflanzlicher Ernährung sowie die
200 Reduzierung von Lebensmittelverschwendung und Verpackungsmüll sind Bausteine
201 einer nachhaltigen und klimafreundlichen Ernährungsweise.

202 Baden-Württemberg als Genussland steht für gute und gesunde Lebensmittel. Das
203 wollen wir ausbauen. Deswegen stärken wir unsere regionalen
204 Lebensmittelerzeuger*innen. Die Landesverwaltung wird Vorbild: Wir wollen die
205 landeseigenen Kantinen und Mensen auf regionale Kost umstellen und hier den Bio-
206 Anteil auf 30 Prozent bis 2025 und auf 100 Prozent bis 2030 steigern. Die
207 Umstellung der Kantinen in Gemeinden, Kreisen und privatwirtschaftlichen
208 Betrieben sowie den Aufbau der erforderlichen Wertschöpfungsketten wollen wir
209 gezielt fördern. Fleisch aus Weidetierhaltung und Saft aus Streuobst soll ebenso
210 ins Angebot. Außerdem sollen auch Kantinen in öffentlichen Einrichtungen jeden
211 Tag eine vollwertige vegane bzw. vegetarische Alternative anbieten sowie den
212 Anteil an regionalen und biologisch erzeugten Lebensmitteln erhöhen. Das Land
213 soll Flächen naturschutzgerecht bewirtschaften. Die landeseigenen Domänen und
214 Flächen wollen wir auf biologische Bewirtschaftung umstellen. Das örtliche
215 Handwerk wie Bäckereien und Metzgereien sind zentrale Partner für hochwertige
216 Lebensmittel aus der Region.

217 Ökologische Lebensmittel sollen für alle Menschen zugänglich sein, auch für
218 Menschen in Alten- und Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen, Kinderheimen,
219 Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen.

220 Wir wollen unseren erfolgreichen Ökolandbau weiter ausbauen – und dafür die Bio-
221 Musterregionen um weitere ergänzen und sie zu Bio-Landschaften weiterentwickeln.
222 Außerdem fördern wir Projekte der Solidarischen Landwirtschaft als eine faire,
223 partnerschaftliche und alternative Form der Produktion von Lebensmitteln. Die
224 aktuelle Pandemie zeigt uns, wie anfällig globale Handelsströme sind. Wir wollen
225 uns bei Lebensmitteln unabhängiger machen und streben mehr Obst- und Gemüseanbau
226 an. Das garantiert kurze Wege vom Feld auf den Tisch – aus der Region, für die
227 Region. Der Fokus liegt dabei auf ökologischem Anbau. Bisher erzeugen wir nicht
228 einmal die Hälfte des Obsts und Gemüses, das wir verbrauchen, selbst.

229 Baden-Württemberg mit seiner Genuss-Landschaft soll – gemeinsam mit seinen
230 Nachbarregionen – Europas Feinkostladen werden. Im Angebot: erstklassige und
231 fair produzierte Lebensmittel und – ganz nach dem Wunsch der überwiegenden
232 Mehrheit der Erzeuger*innen und Verbraucher*innen – selbstverständlich frei von
233 Gentechnik. Hier wollen wir mit unseren Nachbarregionen kooperieren und zur
234 europäischen Spitze gehören sowie das Europäische Netzwerk gentechnikfreier
235 Regionen weiter ausbauen.

236 Verbraucher*innen haben Macht. Diese Macht können sie aber nur ausüben, wenn sie
237 den Produkten auch ansehen, ob diese ihren Ansprüchen bei der Herstellung

238 gerecht werden. Hier klafft eine riesige Lücke. Von der Kennzeichnung der
239 Regionalität über nachhaltig produzierten Wein aus den
240 Kulturlandschaftserhaltenden Steillagen bis hin zur klaren Kennzeichnung der
241 Haltungsform auf der Fleischpackung: Derzeit ist es richtige Detektivarbeit,
242 nachhaltig einzukaufen. Was wir dringender denn je in Deutschland brauchen, ist
243 eine einheitliche, transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln, Produkten und
244 Dienstleistungen nach Herkunft und Qualität. Alle wichtigen Informationen
245 sollten den Verbraucher*innen leicht zugänglich sein.

246 Im Bund wollen wir eine Initiative „Verlässliche Lebensmittelkennzeichnung“ auf
247 den Weg bringen. Es braucht eine Kennzeichnung, die gesetzlich verpflichtend ist
248 und Produkteigenschaften wie Tierhaltung, Regionalität, vegetarisch, vegan oder
249 fair umfasst. Nur so können die Verbraucher*innen die Herstellungsbedingungen
250 unterstützen, die sie sich wünschen. Zusammen mit Wirtschaft und Handel wollen
251 wir eine Strategie entwickeln, um die Lebensmittelverschwendung in den nächsten
252 zehn Jahren zu halbieren.

253 Wir wollen Informations- und Beratungsangebote für Verbraucher*innen sichern und
254 fördern sowie die notwendige Transparenz herstellen, die einen
255 eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Konsum ermöglicht. Im Mittelpunkt
256 steht dabei die Verbraucherzentrale, deren analoges und digitales Beratungsnetz
257 wir ausbauen wollen. Eine verbraucherpolitische Strategie des Landes soll als
258 Kompass dienen. Unser Ziel ist es, behördliche Verbraucherinformationen künftig
259 noch einfacher verbrauchergerecht und transparent abrufen zu können. Das
260 Internetportal zur gesetzlichen Verbraucherinformation wollen wir entsprechend
261 überarbeiten.

262 Weinland Baden-Württemberg: Qualität bewahren, Pestizide reduzieren

263 Unser Land ist für Spitzenweine bekannt. Aber die Klimakrise fordert auch den
264 Weinbau heraus. Deshalb ist es uns wichtig, ihn in das Aktionsprogramm der
265 Landwirtschaft einzubeziehen. Der Weinbau muss eine Strategie entwickeln, wie er
266 sich den Folgen der Klimakrise anpassen kann. Ein wichtiges Augenmerk soll auf
267 dem Umgang mit Trockenheit liegen.

268 Auch der Weinbau soll seinen Beitrag leisten, die Umweltbelastung durch
269 Pestizide zu reduzieren. Das wollen wir durch bessere Beratung und effektive
270 Förderung von biologischen und anderen, nicht-chemischen Pflanzenschutzverfahren
271 wie zum Beispiel dem Pheromon-Dispense-Verfahren erreichen. Ebenfalls wichtig
272 ist es, das Marketing für pilzresistente Rebsorten, sogenannte Piwis, zu
273 fördern. Da es gute mechanische Alternativen für die Unkrautvernichtung gibt,
274 wollen wir den Glyphosateinsatz im Weinbau zurückdrängen. Die richtige
275 Sortenwahl hilft. Sorten, die gegen Pilze resistent sind, benötigen keine
276 Spritzmittel dagegen. Deshalb wollen wir diese Sorten bei den Verbraucher*innen
277 bekannter machen. Auf unsere drei Staatsweingüter sind wir stolz. Wir wollen sie
278 zügig auf eine biologische Bewirtschaftung umstellen und damit Vorbild sein. Und
279 auch bei der Staatsbrauerei Rothaus soll es Bio-Bier geben!

280 Auch die Streuobstwiesen in unserem Land sind wahre Schätze. Im
281 Streuobstparadies am Albtrauf liegt der größte zusammenhängende Streuobstgürtel
282 Europas. Um ihn und andere solche Gebiete zu erhalten, wollen wir gemeinsam mit
283 den Kommunen eine Strategie entwickeln. „Streuobst aus BW“ soll zu einer
284 einheitlichen Marke entwickelt und offensiv beworben werden. Den Ausbau der

285 Streuobstbestände wollen wir auch mit Landesmitteln weiter fördern. Unser Ziel
286 ist es, den Streuobstbestand zu erhalten und auszubauen.

287 Widerstandsfähige Waldökosysteme statt Monokulturen

288 Baden-Württemberg ist Waldland. Doch unser Wald ist bedroht, besonders durch die
289 Klimakrise. Das neue Waldsterben ist vielerorts schon deutlich sichtbar. In
290 ganzen Landstrichen vertrocknet der Wald oder ist so geschwächt, dass Schädlinge
291 und Krankheiten verheerende Schäden anrichten. Die Bäume, die vor Jahrzehnten
292 oft in Monokulturen gepflanzt wurden, sind den Dürresommern nicht gewachsen.
293 Dabei ist der Wald neben Mooren und Grünland unser wichtigster
294 Kohlenstoffspeicher. Wir müssen jetzt die Aufgabe angehen, den Wald und seine
295 Bewirtschaftung umzugestalten. Und zwar so, dass widerstandsfähige
296 Waldökosysteme entstehen. Nur dann bringen sie den nachfolgenden Generationen
297 Erlöse ein. Ebenso gilt: Die Landwirtschaft, der Obst- und Weinbau müssen sich
298 auf immer häufigere wetterbedingte Schäden einstellen und ihren Anbau anpassen.
299 Gleichzeitig müssen sie ihr Klimaversprechen einlösen und den Ausstoß von
300 schädlichen Treibhausgasen verringern.

301 Der Waldbau der Zukunft wird der Dauerwald sein, der naturnah angelegt ist und
302 nachhaltig bewirtschaftet wird. Wälder, die sich naturnah entwickeln können,
303 sind besser gegen Austrocknung, Stürme, Brände und Schädlingsplagen gewappnet
304 als Nadelholz-Monokulturen. Deshalb wollen wir den Waldumbau insbesondere im
305 Kleinprivatwald weiter vorantreiben und unterstützen – hin zu artenreichen
306 Mischwäldern und naturnaher Waldwirtschaft. Die Naturverjüngung mit heimischen
307 Laubbaumarten muss dabei Vorrang haben. Dafür sind angepasste Wildbestände zur
308 Reduktion des Wildverbisses nötig. Wir werden prüfen, in welchem Maße der
309 öffentliche Wald – Staatswald und kommunaler Wald – seiner Vorbildfunktion in
310 Sachen Nachhaltigkeit tatsächlich gerecht wird und wo Verbesserungen nötig sind.
311 Die FSC- oder Naturland-Zertifizierung soll dabei das flächendeckende
312 Nachhaltigkeits-Siegel und damit das Gütekriterium für unseren Wald sein.

313
314 Die Zukunft des Waldes hängt auch von gut aus- und weitergebildeten Menschen ab,
315 die den Waldumbau voranbringen. Das Land soll auch über 2021 hinaus 100
316 Ausbildungsplätze für Forstwirt*innen finanzieren: für eine klimapositive
317 Forstwirtschaft. Wir setzen die Gesamtkonzeption Waldnaturschutz von ForstBW
318 konsequent um.

319 Das Landeswaldgesetz wollen wir optimieren, um den Erholungswert des Waldes zu
320 stärken und Standards für eine schonende Bewirtschaftung zu setzen. Wir wollen
321 die Jagd gemeinsam mit Wissenschaft, Jagdverbänden, Natur- und Tierschutz zu
322 einem ökosystemorientierten Wildtiermanagement weiterentwickeln.

323 Wald muss sich auch natürlich entwickeln können. Wer schon einmal im
324 Nationalpark Schwarzwald zum Wildsee hinabgestiegen ist, hat die Kraft eines
325 alten Waldes erlebt. Um auch Waldgebiete ohne menschliche Eingriffe als wichtige
326 natürliche Rückzugsräume zu sichern, wollen wir bis zum Ende der
327 Legislaturperiode das Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie erreicht
328 haben, zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche als Prozessschutzflächen
329 bereitzustellen. Zusätzlich planen wir, einen Waldwildnisfonds einzurichten, um
330 ökologisch besonders wertvolle Waldflächen anzukaufen.

331 Holz ist ein klimafreundlicher, nachwachsender Baustoff. Deshalb werden wir die
332 Holzbauoffensive weiterführen und das Laubholz-Technikum stärken, in dem
333 nachhaltige und klimafreundliche Materialien aus Laubholz entwickelt werden.

334 Für starke und lebendige ländliche Räume

335 Wir wollen nicht, dass Täler zuwachsen und Menschen sich abgehängt fühlen.
336 Unsere Vorstellung des ländlichen Raums: Jung und Alt, Menschen mit und ohne
337 Behinderungen, Alteingesessene und Zugewanderte hocken gemeinsam im
338 Dorfgasthaus. Homeoffice ist kein Problem, es gibt schnelles Internet und guten
339 Mobilfunkempfang. Das Architekturbüro oder der landwirtschaftliche Betrieb
340 können Datenpakete ohne Mühe versenden und empfangen. Funklöcher gehören der
341 Vergangenheit an. Mittelständische Unternehmen bleiben gern im ländlichen Raum
342 und bieten den Menschen ein gutes Einkommen.

343 Dafür müssen die Voraussetzungen stimmen und dafür werden wir sorgen. Etwa für
344 eine flächendeckende exzellente Breitband- und Mobilfunk-Infrastruktur, damit
345 Unternehmen und Selbstständige dezentral arbeiten können und gut erreichbar
346 sind. Gute Schulen und verlässliche Kinderbetreuung sind genauso wichtig wie ein
347 attraktives Angebot an allem, was der Mensch so braucht: von der Lesenacht in
348 der Stadtbibliothek für die Kleinen bis zum Biergarten oder der Apotheke und dem
349 Aquafitnesskurs für die Älteren in der nächstgrößeren Gemeinde. So bleiben
350 unsere ländlichen Räume lebendig und attraktiv.

351 Bank, Post, Bäckerei, Café, Bürger*innenbüro, Apotheke, Mitfahrbank und
352 Mobilitätsstation – alles soll an einem Fleck und leicht erreichbar sein. Dafür
353 wollen wir Multifunktionszentren fördern, die als Knotenpunkte eines
354 flächendeckenden Netzes der Daseinsvorsorge dienen. Um dieses Thema in der
355 Verwaltung zu verankern, sollen alle Regierungspräsidien sogenannte
356 „Unterstützerteams Daseinsvorsorge“ bilden. Diese sollen auch das
357 gesellschaftliche Engagement in diesem Bereich unterstützen. Mit Blick auf die
358 Klimakrise wollen wir einen Notfallplan zur Versorgung mit Trink- und Nutzwasser
359 erstellen. Gaststätten sind seit eh und je wichtige Treffpunkte einer dörflichen
360 Gemeinschaft. Sie zu erhalten, neu aufzubauen und weiterzuentwickeln ist eine
361 wichtige Aufgabe, die wir verstärkt unterstützen werden.

362 Auch Jugendlichen wollen wir mehr Raum bieten, sich unabhängig und flexibel zu
363 treffen und zu vernetzen. Dazu unterstützen wir die Kommunen bei der Schaffung
364 von Treffpunkten im öffentlichen Raum, mit attraktiven Sitzgelegenheiten und
365 Trainingsgeräten für alle Altersklassen.

366 Die ländliche Strukturpolitik wollen wir an die neuen Herausforderungen
367 anpassen: Als Grundlage dafür brauchen wir ein Leitbild für den ländlichen Raum,
368 an dem sich Regionalmanagements und Förderung vor Ort ausrichten. Die
369 Regionalmanagements sollen auf Landesebene koordiniert werden. Für die
370 Strukturentwicklung wollen wir ein Monitoring etablieren und den Rahmen für die
371 Planung ändern: Ziel ist es, das Versiegeln wertvoller Agrarflächen zu
372 reduzieren und zugleich ausreichend Platz für den Ausbau der Erneuerbaren
373 Energien zu schaffen. Dafür werden wir den Landesentwicklungsplan von 2002
374 erneuern. Und: Wir wollen die Förderprogramme für den ländlichen Raum an
375 regionalen und interkommunalen Entwicklungsplänen ausrichten, damit sie
376 zielgenauer zu den Bedürfnissen vor Ort passen.

377 Wir setzen die aktive Standortpolitik für den ländlichen Raum fort, die die
378 grün-geführte Landesregierung seit Jahren erfolgreich betreibt. Konkret bedeutet
379 das, Landeseinrichtungen im Gleichgewicht zwischen Stadt und Land zu verteilen.

380 Den Tourismus nachhaltig zukunftsfähig machen

381 Der Tourismus im Land soll konsequent nachhaltig werden. Dafür wollen wir ein
382 „Förderprogramm Naturtourismus“ nach bayerischem Vorbild und eine „Modellregion
383 konsequent nachhaltiger Tourismus“ einrichten. Hier soll die nachhaltige
384 Ausrichtung von Freizeitangeboten, von Mobilität – bei der Anreise und vor Ort –
385 sowie von Marketing und Organisationen erprobt werden. Ziel ist es, diese
386 Erkenntnisse auf das gesamte Land zu übertragen. Die Förderinstrumente im
387 Tourismus müssen insgesamt überprüft und konsequent an Nachhaltigkeitskriterien
388 ausgerichtet werden.

389 Die Landschaften sind das große touristische Kapital unserer ländlichen
390 Regionen. Darum sind Land- und Waldwirtschaft, Naturschutz und Tourismus
391 untrennbar als „magisches Dreieck“ miteinander verwoben. Der Tourismus ist somit
392 Eckpfeiler krisenstabiler ländlicher Räume. Urlaub zu Hause ist attraktiv
393 geworden. Viele Menschen haben in Krisenzeiten ihre nahe und weitere Umgebung
394 wiederentdeckt. Den Schwung werden wir für unsere Tourismusbranche nutzen. Wir
395 setzen verstärkt auf Inlandsmarketing und locken mit kleinen und großen
396 Auszeiten daheim.

397

398 Auch unsere Großschutzgebiete – der Nationalpark, die Naturparks, unsere
399 Biosphärengebiete und der Bodensee – sind Tourismusmagnete. Wir wollen deshalb
400 für eine bessere personelle und strukturelle Ausstattung sorgen – insbesondere
401 in den Naturparks. Wenn wir Naturparks, Biosphärengebiete und den Nationalpark
402 gemeinsam vermarkten, können wir Baden-Württemberg noch besser als nachhaltigen
403 Tourismusstandort etablieren. Dazu zählt auch, den Bodensee – der zudem der
404 wichtigste Trinkwasserspeicher des Landes ist – von Fischgehegen, den
405 sogenannten Aquakulturen, freizuhalten.

406 Der Tourismus im Land hat durch die Corona-Krise sehr gelitten. Die grün-
407 geführte Landesregierung hat Hilfen auf den Weg gebracht. Mit einem
408 Sonderkonjunkturprogramm „Nachhaltiger Tourismus“ wollen wir die Branchen
409 gezielt wiederaufbauen.

410 Der Fahrradtourismus ist ein wichtiger und wachsender Wirtschaftsfaktor für das
411 Land, die Regionen und unsere Tourismusbetriebe. Wir wollen unsere Aktivitäten
412 verstärken: bei der Infrastruktur, den Förderprogrammen und der Vermarktung. Wir
413 wollen sensible Bereiche im Wald schützen und zugleich Erholungssuchenden die
414 Möglichkeit geben, auch mit dem Rad den Wald zu erleben. Mountainbiker sollen
415 die Möglichkeit haben, auf geeigneten Strecken ihren Sport auszuüben, und
416 Fahrradtouristen sollen in Baden-Württemberg attraktive Routen vorfinden. An
417 einem runden Tisch wollen wir Lösungen für Nutzungskonflikte erarbeiten, die
418 allen Beteiligten gerecht werden.

419 Intakte Landschaften und die Natur sind neben attraktiven Städten unser größtes
420 touristisches Kapital. Über zwei Drittel aller Urlaubsreisen im Land führen in
421 die Natur. Baden-Württemberg ist deutschlandweit Taktgeber dieser Entwicklungen.
422 Wir wollen das Innovationspotenzial von konsequentem Klima- und Artenschutz
423 nutzen, um die Anziehungskraft Baden-Württembergs als Reiseziel weiter
424 auszubauen.

425 Darum Grün!

426 Wer Grün wählt, stimmt für

- 427 • einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz,
428 Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen
- 429 • eine ressourcenschonende, nachhaltige, naturverträgliche, gentechnikfreie
430 und tiergerechte Landwirtschaft, die ihren Bewirtschafter*innen ein faires
431 Einkommen ermöglicht
- 432 • eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg und effektivere
433 Kontrollen von tierhaltenden Betrieben, Schlachthöfen und Tiertransporten
- 434 • eine „Verbraucherpolitische Strategie“ für Baden-Württemberg und den
435 Ausbau der Verbraucherzentrale
- 436 • die Stärkung der ländlichen Räume und umfangreiche Maßnahmen für eine
437 gesicherte Daseinsvorsorge vor Ort
- 438 • einen konsequent nachhaltigen Tourismus in Baden-Württemberg

K4NEU Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 4: Finanzen

2 Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen

3 Wir Grüne stehen für eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen sichert und
4 stetig ausbaut, die mit den Steuermitteln der Bürger*innen sorgsam umgeht und
5 die gleichzeitig in die Zukunft investiert. Indem wir unsere Schwerpunkte klug
6 setzen, sorgen wir dafür, dass genügend Mittel bereitstehen – für die
7 Kernaufgaben des Landes und die Herausforderungen der Zukunft.

8 In der Pandemie konnte Baden-Württemberg einen umfangreichen Rettungsschirm
9 aufspannen. Das war möglich, weil die Finanzpolitik der grün-geführten
10 Landesregierung zuvor Steuergelder mit Bedacht eingesetzt hat. Wir haben
11 Schulden abgebaut, klug investiert und vor allem Vorsorge für zukünftige Risiken
12 getroffen. Unsere Schuldenbremse sorgt dafür, dass die Haushaltspolitik
13 dauerhaft nachhaltig bleibt und das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig
14 ist.

15 Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise haben entschlossenes Handeln
16 verlangt. Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein Corona-Rettungspaket
17 mit gewaltigen Summen auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft, einschließlich
18 der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu stützen. So haben wir Konkurse und
19 Arbeitslosigkeit verhindert. Mit einem Förderprogramm für Innovationsvorhaben
20 bringen wir den Transformationsprozess voran. Unser Ziel: Durch Erneuerung
21 wollen wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Die hierfür eingesetzten
22 Milliarden auf Kreditbasis waren und sind in der katastrophalen Notlage, die
23 durch die weltweite Pandemie entstanden ist, gerechtfertigt. Ansparen gegen
24 diese Krise hätte die Wirtschaft noch tiefer in die Depression gerissen. Der
25 wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Schaden wäre ohne die nötige
26 Staatsverschuldung um ein Vielfaches höher gewesen. Klar ist auch: Die
27 aufgenommenen Schulden werden nach einem Tilgungsplan wieder abgebaut.

28 Mit der Landesvermögensrechnung haben wir 2017 ein neues Instrument eingeführt,
29 das es erstmals ermöglicht, die Vermögensentwicklung exakt zu messen und zu
30 steuern. Ein sorgsamer Umgang mit dem Landeseigentum bedeutet auch, Straßen,
31 Brücken und Gebäude zu erhalten und das Anlagevermögen des Landes zu stärken.
32 Daher haben wir das Bauprogramm des Landes ausgeweitet und umfangreiche
33 Sanierungsmittel bereitgestellt – für landeseigene Gebäude und Unikliniken, aber
34 auch für kommunale Gebäude wie Schulen.

35 Wir haben die Steuerverwaltung ausgebaut, digital fit gemacht und
36 Steuerschlupflöcher geschlossen. Eine gerechte Steuererhebung ist die Grundlage
37 der öffentlichen Haushalte. Wir haben den Service der Finanzämter für
38 Bürger*innen verbessert. Für die Grundsteuer haben wir mit der baden-
39 württembergischen Bodenwertsteuer ein gerechtes Modell gefunden, das wir
40 gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

41 Den weitaus größten Posten im Landeshaushalt machen die Ausgaben für Löhne und
42 Gehälter sowie für Pensionen aus, die das Land an Beamt*innen sowie

43 Richter*innen zahlt. Damit zukünftige Generationen Spielräume haben, haben wir
44 die Zuführungen zu den Pensionsfonds des Landes deutlich erhöht. Zudem haben wir
45 auf Kriterien der Divestment-Bewegung umgestellt. Das bedeutet: Die Rücklagen
46 legen wir nach hohen ethischen und ökologischen Standards an.

47 Inhaltlich haben wir die Finanzpolitik des Landes erfolgreich an Nachhaltigkeit
48 und Innovation ausgerichtet. So sorgen wir für unsere Zukunft vor. Wir haben den
49 Breitbandausbau und die Digitalisierung vorangetrieben und die Mittel der
50 Hochschulen deutlich und dauerhaft erhöht. Auch in den Arten- und Klimaschutz
51 investieren wir umfangreich. So haben wir den Flächenankauf für den Naturschutz
52 ausgeweitet. Das Land baut nachhaltig und setzt verstärkt Holz und recycelte
53 Baustoffe ein. Bei landeseigenen Flächen und Gebäuden achten wir auf den
54 Klimaschutz. Inzwischen haben wir hier auf mehr als 100.000 Quadratmetern
55 Photovoltaik installiert. Die CO₂-Emissionen der Landesgebäude konnten wir
56 gegenüber 1990 halbieren. Die Landesunternehmen orientieren sich an den
57 Klimaschutzzielen. Und mit der ForstBW hat der erste Landesbetrieb eine
58 Gemeinwohlbilanzierung vorgelegt.

59 Die Corona-Pandemie hat uns nochmals deutlich vor Augen geführt: Eine
60 vorausschauende Haushaltspolitik, die für Risiken vorsorgt und so im Krisenfall
61 handlungsfähig bleibt, ist elementar wichtig.

62 Die notwendigen Schutzmaßnahmen wirken sich auf die finanzielle Lage des Landes
63 aus. In den nächsten Jahren bekommen wir es mit einigen Unwägbarkeiten zu tun.
64 Sicher ist: Die Kreditaufnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und
65 ihren Folgen notwendig waren, bringen hohe Tilgungsverpflichtungen mit sich. Sie
66 werden die zukünftigen Landeshaushalte belasten. Hinzu kommen weitreichende
67 Steuerausfälle der Jahre 2020 und 2021, die schon jetzt im Haushalt sichtbar
68 sind. Nicht absehbar ist, wie sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren
69 entwickeln wird. Direkt davon hängt ab, mit welchen Steuereinnahmen Baden-
70 Württemberg rechnen kann.

71 Nach Jahren des stetig wachsenden Haushaltsvolumens stehen wir in Baden-
72 Württemberg vor der Herausforderung, mit weniger Geld mehr erreichen zu müssen.
73 Das Land steht in den kommenden Jahren vor zusätzlichen Aufgaben, etwa aufgrund
74 der sich verschärfenden Klimakrise. Dies kann nur gelingen, wenn wir den
75 eingeschlagenen Kurs fortsetzen und weiterhin sorgsam und klug haushalten.

76 Grüne Finanzpolitik: transparent, nachhaltig, steuergerecht

77 Beim Landeshaushalt setzen wir auf Transparenz: Bürger*innen in einer liberalen
78 Demokratie müssen jederzeit nachvollziehen können, wofür das Land ihre
79 Steuergelder einsetzt und wie sich Finanzen und Vermögen entwickeln.

80 Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am Kriterium der
81 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen Nachhaltigkeitsziele gemessen
82 werden. Dabei wollen wir die sozialen und ökologischen Auswirkungen, aber auch
83 die Bemühungen um einen geschlechtergerechten Landeshaushalt noch deutlicher
84 sichtbar machen.

85 Baden-Württemberg soll nicht nur bei der Kreditwürdigkeit beste Noten bekommen.
86 Wir wollen auch bei Nachhaltigkeitsratings an der Spitze stehen. Die
87 Finanzanlagestrategie des Landes und die Landeshaushaltsordnung entwickeln wir

88 deshalb mit Blick auf die Pariser Klimaschutzziele sowie Umwelt-, Sozial- und
89 Menschenrechtsstandards weiter.

90 Die Grundstücke und Gebäude des Landes sind in einem guten Zustand. Und das
91 sollen sie auch bleiben! Wir stellen sicher, dass sie für künftige Generationen
92 bewahrt und vorbildlich bewirtschaftet werden. Damit leisten wir einen Beitrag
93 für den Erhalt der Artenvielfalt, für den Klimaschutz und den sozialen
94 Zusammenhalt. Ein wichtiger Baustein ist das Energie- und Klimaschutzkonzept
95 für landeseigene Liegenschaften. Dieses Konzept werden wir weiterhin konsequent
96 umsetzen und fortentwickeln. Da zusätzliche Flächen zusätzlichen Ressourcen- und
97 Energieverbrauch bedeuten, entwickeln wir Konzepte für eine effiziente Nutzung
98 der Gebäudeflächen in Behörden und Hochschulen.

99 Auch bei Beschaffungen des Landes und bei Förderprogrammen orientieren wir uns
100 an Kriterien der Nachhaltigkeit. Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
101 bringen wir auf Klimaschutzkurs und stärken ihre Orientierung am Gemeinwohl.
102 Wir sind überzeugt: Was mit öffentlichem Geld unterstützt wird, muss dem
103 Gemeinwohl dienen!

104 Dass Baden-Württemberg die Corona-Krise gut meistern konnte, ist nicht zuletzt
105 ein Erfolg unserer starken mittelständischen Wirtschaft. Sie bringt Stabilität
106 und Innovationskraft zusammen. Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, die
107 Wirtschaft auf ihrem Weg in die Zukunft bei ihrem notwendigen Strukturwandel
108 bestmöglich zu unterstützen. Nur so bleibt Baden-Württemberg ein starkes Land,
109 das für die Aufgaben der Zukunft gerüstet ist.

110 Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben von Land und Kommunen steht und fällt
111 mit den Steuereinnahmen. Dabei ist uns Steuergerechtigkeit wichtig. Wir wollen
112 die Steuerverwaltung in allen Bereichen bis hin zur Steuerfahndung personell und
113 technisch gut ausstatten. Bei der Weiterentwicklung des Steuerrechts behalten
114 wir unsere sozialen und ökologischen Ziele fest im Blick.

115 So werden wir uns auf Bundesebene weiter für die Bekämpfung sogenannter "Share
116 Deals" einsetzen. Damit umgehen große Investor*innen häufig die
117 Grunderwerbsteuer, die dem Land zufließt, indem sie Gesellschaftsanteile
118 weitergeben.

119 Wir Grüne stehen für eine sorgsame und vorsorgende Haushalts- und Finanzpolitik.
120 Um unsere grünen Ziele zu erreichen, setzen wir an sechs zentralen
121 Stellschrauben an:

122 Wir erhalten das Landesvermögen und entwickeln es weiter

123 Das öffentliche Anlagevermögen umfasst Gebäude, Straßen und weitere
124 Infrastruktur. Wesentliche Grundlage einer nachhaltigen Finanzpolitik ist für
125 uns, diese zu erhalten und weiterzuentwickeln – zukunftsfähig und
126 generationengerecht. Wir wollen weiter kraftvoll investieren, sodass die
127 jährlichen Investitionen dauerhaft die Höhe der Abschreibungen übersteigen. Der
128 Vermögenserhalt hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

129 Nach wie vor gibt es einen über Jahrzehnte gewachsenen Sanierungsstau: bei den
130 Landesgebäuden, -liegenschaften und -straßen, bei den Hochschulen und
131 Unikliniken. Wir haben begonnen, diesen Sanierungsstau abzubauen. Es bleibt aber
132 noch viel zu tun. Diese „versteckten“ Schulden belasten künftige Generationen
133 und schränken ihre Gestaltungsspielräume ein. Deshalb hat es für uns Vorrang,

134 die Gebäude und die Infrastruktur im Land konsequent weiter zu sanieren und
135 instand zu halten.

136 Keine ökologischen Schulden – wir setzen auf die „grüne Null“

137 Die Finanzpolitik des Landes wollen wir konsequent an dem Ziel ausrichten,
138 unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und eine nachhaltige Entwicklung
139 zu fördern. Mehr noch als der Erhalt des öffentlichen Anlagevermögens ist der
140 Schutz des Klimas und der Artenvielfalt die existenzielle Grundlage einer
141 generationengerechten Politik. Unser Reichtum an natürlichen Ressourcen darf
142 nicht länger auf Verschleiß gefahren werden. Wir wollen eine erfolgreiche
143 Finanzpolitik nicht mehr an einer „schwarzen Null“ messen. Wir setzen vielmehr
144 die „grüne Null“ als Ziel. Das ist eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen
145 erhält, notwendige Investitionen tätigt und zugleich auf ökologische Schulden
146 verzichtet. Dazu gehören auch rechtzeitige Investitionen zum Schutz vor
147 Klimafolgeschäden, denn sonst werden wir in Zukunft einen viel höheren Preis
148 bezahlen müssen.

149 Investitionen in den Klima- und Artenschutz bekommen Vorrang. Das Land hat
150 Vorbildfunktion, auch als Bauherr. Neben hohen Standards bei Energieeffizienz
151 und Baustoffen werden wir den systematischen Einsatz eines CO₂-Schattenpreises
152 von 180 Euro in diesem Bereich vorantreiben. Das bedeutet: Wir berechnen die
153 ökologischen Kosten, die gewöhnlich nach außen verlagert werden, und
154 berücksichtigen sie bei der Entscheidung über Bauvergaben und Beschaffungen.

155 Mit einem Green Bond Baden-Württemberg haben wir ein Anleihen-Programm
156 initiiert, mit dem Anleger*innen am Kapitalmarkt gezielt in ökologisch
157 nachhaltige Vorhaben des Landes investieren können. Wir machen damit keine neuen
158 Schulden. Vielmehr schichten wir bestehende konventionelle Finanzierungsformen
159 des Landes durch eine regelmäßige, jährliche Ausgabe von ökologischen Anleihen
160 sukzessive um.

161 Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das ökologisch nachhaltige
162 Anleihen nach den Kriterien der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige
163 Wirtschaftsaktivitäten an den Markt bringt. Diese anspruchsvollen EU-Kriterien
164 waren im Sommer 2020 verabschiedet worden. Maßnahmen, die über Green Bonds
165 Baden-Württemberg finanziert werden, müssen einen substanziellen Beitrag zu den
166 sechs Umweltzielen der EU leisten. Sie werden damit zugleich für eine breitere
167 Öffentlichkeit und den Kapitalmarkt sichtbar und transparent.

168 Mit seinen Green Bonds spricht das Land gezielt die wachsende Zahl an
169 Investor*innen an, die mit hohem ökologischen Anspruch nach
170 Nachhaltigkeitskriterien investieren wollen. Zugleich befördert das Land damit
171 die Entwicklung des Markts für nachhaltige Finanzprodukte. Es wirkt als Vorbild
172 für die regionale Wirtschaft und andere staatliche Akteure.

173 Landesdomänen und -betriebe sowie Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
174 werden wir noch konsequenter zur Einhaltung unserer Ziele des Klima- und
175 Artenschutzes verpflichtet. Dabei gilt es, die gesellschaftsrechtlichen
176 Rahmenbedingungen zu beachten.

177

178 Wir wollen die Verteilung der Gelder des Wettmittelfonds von Toto-Lotto ändern:
179 Der Naturschutz soll als neuer Empfänger, so genannter „Destinatär“, eingeführt

180 werden, ohne dass die Mittel für die bisherigen Destinatäre Soziales, Kultur,
181 Denkmalpflege und Sport gekürzt werden.

182 Bevor wir den Landeshaushalt aufstellen, wollen wir künftig regelmäßig alle
183 Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel und dem Artenschutz
184 überprüfen. Dies betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und
185 Finanzhilfen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in die Haushaltsaufstellung
186 einfließen. Förderprogramme, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir
187 gegebenenfalls neu ausrichten.

188 Bei den Pensionsfonds des Landes haben wir in der vergangenen Legislaturperiode
189 erfolgreich eine Divestment-Strategie implementiert. Bis zum Jahr 2022 werden
190 wir in der Finanzanlagestrategie des Landes die Ausrichtung auf das 1,5-Grad-
191 Ziel und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen per Gesetz verankern.
192 Das bedeutet, dass wir die Gelder des Landes aus Anlagen abziehen, die diesen
193 Kriterien nicht entsprechen. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei
194 denen das Land größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran.
195 Dabei orientieren wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige
196 Wirtschaftsaktivitäten.

197 Baden-Württemberg wird Marktplatz für Nachhaltigkeit

198 Nachhaltigkeit im Finanzsystem – oder „Sustainable Finance“: Dafür setzen wir
199 uns ein. Den Finanzplatz Baden-Württemberg wollen wir bei dieser Entwicklung
200 unterstützen. Auf Bundes- und europäischer Ebene wirken wir darauf hin,
201 verlässliche Regeln und Investitionssicherheit für nachhaltige Geldanlagen zu
202 schaffen. So können wir die notwendige Transformation – von Geschäftsmodellen
203 und der Wirtschaft insgesamt – verlässlich gestalten und gleichzeitig die
204 Stabilität des Finanzmarktes erhöhen.

205 Eine Gemeinwohlbilanz macht transparent, wie die Wertschöpfung eines
206 Unternehmens zum Gemeinwohl beiträgt. Diese Bilanz liefert den Betrieben,
207 Einrichtungen und Institutionen selbst vertiefte Einblicke in die Nachhaltigkeit
208 ihres wirtschaftlichen Handelns. In dem Prozess werden Entwicklungspotenziale
209 und neue Strategien für die Zukunft sichtbar. Ökologische, soziale und
210 ökonomische Risiken können besser abgeschätzt werden. Zugleich schafft eine
211 Gemeinwohlbilanz eine hohe Transparenz für die Konsument*innen: Sie können ihre
212 Kaufentscheidung daran ausrichten, ob und in welchem Umfang ein Unternehmen mit
213 seinen Produkten und Dienstleistungen dem Gemeinwohl dient.

214 In Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahren immer mehr Unternehmen mit
215 dieser nachhaltigen Art der Bilanzierung begonnen. Wir wollen sie unterstützen
216 und diese Initiativen bekannter machen. Auch als Land wollen wir vorbildhaft
217 vorgehen. In den nächsten Jahren sollen alle Landesunternehmen eine
218 Gemeinwohlbilanz vorweisen, so wie es der Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg
219 vormacht. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen mindestens zehn weitere
220 Landesbetriebe und Unternehmen mit Landesbeteiligung folgen.

221 Die Erkenntnisse, die dieses Pilotprojekt und die weiteren Schritte bringen,
222 werden wir allen interessierten Unternehmen zur Verfügung stellen. So wollen wir
223 dazu beitragen, solche nachhaltigkeitsorientierten Bilanzierungsformen weiter zu
224 etablieren.

225 Für eine starke Finanz- und Steuerverwaltung

226 Eine starke, hochqualifizierte und modern ausgestattete Finanz- und
227 Steuerverwaltung ist unser Schlüssel zu mehr Steuergerechtigkeit und soliden
228 Finanzen. Die Besteuerung muss gerechter werden. Dafür wollen wir das
229 Steuerrecht anpassen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, kleinere und
230 mittlere Einkommen gezielt zu entlasten. Wir treten ein für eine konsequente
231 Ökologisierung des Steuerrechts und für mehr Geschlechtergerechtigkeit im
232 Steuerwesen. Die Grundsteuer wollen wir um eine „Grundsteuer C“ auf Bauland
233 erweitern. Damit schieben wir Bodenspekulationen einen Riegel vor und setzen
234 Anreize, innerörtliche Baulücken zu schließen.

235 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Steuerstraftäter*innen effektiv und
236 konsequent zu verfolgen.

237 Für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

238 In den vergangenen Legislaturperioden haben wir die langjährige schwarz-gelbe
239 Politik des Stellenabbaus gestoppt. Wir haben die Finanz- und Steuerverwaltung
240 mit mehr Ausbildungsplätzen, zusätzlichen Stellen, Stellenanhebungen und einer
241 moderneren Ausstattung gestärkt. Wir haben kräftig in die Digitalisierung
242 investiert und Besoldung und Arbeitsbedingungen verbessert. All das hat die
243 Attraktivität für Bewerber*innen erhöht.

244 Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Es gibt noch viel zu tun – im
245 Wettbewerb um die besten Fachkräfte und den Nachwuchs genauso wie im Kampf gegen
246 Steuerhinterziehung. Unsere Schwerpunkte: offene Stellen schnell besetzen und
247 die Digitalisierung weiter vorantreiben.

248 Attraktiv bedeutet: Die Mitarbeitenden finden eine sinnstiftende Tätigkeit,
249 bestmögliche Arbeitsbedingungen und gute Verdienst- und Karrierechancen. In der
250 vergangenen Legislaturperiode haben wir viel dafür getan, zum Beispiel mit
251 tariflichen und besoldungsrechtlichen Maßnahmen. Aber auch Jobticket,
252 Radleasing, die digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres mobiles
253 Arbeiten haben den öffentlichen Dienst attraktiver gemacht. Um gegenüber der
254 Privatwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben, werden wir diesen Weg konsequent
255 weitergehen. Wir wollen Baden-Württemberg zum attraktivsten Arbeitgeber unter
256 den Ländern machen!

257 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir noch weiter verbessern. Der
258 öffentliche Dienst muss sich vielfältigen Arbeitswelten und flexiblen
259 Arbeitszeiten anpassen. Und er muss sich an zeitgemäßen Maßstäben orientieren:
260 bei der technischen Ausstattung genauso wie bei Arbeitsorganisation,
261 Personalführung und -management. Die Digitalisierung der öffentlichen
262 Verwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Nachwuchskräfte sich
263 auch in Zukunft für den öffentlichen Dienst entscheiden.

264 Der öffentliche Dienst ist dann attraktiv, wenn sich hier die Vielfalt der
265 Gesellschaft widerspiegelt. Daher wollen wir Zugänge weiter öffnen. Wer sich
266 persönlich bewährt und entsprechend fortgebildet hat, sollte einen
267 Laufbahnwechsel ohne weitere Prüfungen vollziehen können.

268 Die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst wollen wir weiter
269 zurückdrängen. Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, damit Beschäftigte
270 ihre Arbeitszeit an ihre individuelle Lebenssituation und ihre aktuellen
271 Bedürfnisse anpassen können. Beamt*innen wollen wir den Zugang zur gesetzlichen

272 Krankenversicherung erleichtern. Entscheiden sie sich dafür, sollen sie keine
273 höheren Beiträge zahlen müssen als Tarifbeschäftigte.

274 Darum Grün!

275 Wer Grün wählt, stimmt für

- 276 • ein kluges und sorgsames Haushalten sowie den Erhalt und die
277 Weiterentwicklung des Landesvermögens
- 278 • die konsequente Ausrichtung der Finanzpolitik an Nachhaltigkeit und
279 Klimaschutz
- 280 • attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, in der Steuer- und
281 Finanzverwaltung

B2 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.11.2020
Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

- 1 Baden-Württemberg ist Innovationsmotor in Europa. Wir haben kreative Menschen
2 und starke Unternehmen. Wir haben exzellente Hochschulen und
3 Forschungseinrichtungen. Hier wachsen Wissen, Kreativität und Innovation – die
4 Rohstoffe der Zukunft! Deshalb haben wir allen Grund, die Umbrüche der Zeit
5 mutig und zuversichtlich anzugehen. Und die sind gewaltig: Wir müssen unser
6 Wirtschaften auf eine nachhaltige Basis stellen. Wir wollen Wohlstand vom
7 Ressourcenverbrauch entkoppeln und Baden-Württemberg zum Vorbild für
8 klimaverträgliches Wirtschaften machen. Wir brauchen die Erneuerung! Nur dann
9 wird es uns gelingen, auf den Märkten von morgen zu bestehen und Natur und
10 Artenvielfalt zu schützen. Wir können gut leben, ohne unsere Erde zu zerstören.
11 Deshalb werden wir den sozial-ökologischen Wandel mutig gestalten und eine echte
12 Kreislaufwirtschaft etablieren, die Ressourcen und Klima schont. Wir werden die
13 Forschung in Schlüsseltechnologien weiter vorantreiben und die Chancen der
14 Digitalisierung nutzen. Aber so, dass Mensch, Umwelt und Wirtschaft
15 gleichermaßen profitieren. Auch beim Wohnen und Bauen heißt die Zukunft:
16 Bezahlbarer Wohnraum und Klimaschutz gehören zusammen. Die großen Umwälzungen
17 lassen sich nicht aufhalten. Aber wir haben es in der Hand, welche Richtung wir
18 dem Wandel geben.
- 19 Es geht um viel: Erneuern wir gemeinsam unser Land für die Zukunft – nachhaltig,
20 klimafreundlich und sozial gerecht.

Begründung

Präambel zum Kapitelblock "Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern"

K5NEU Grünes Wirtschaften sichert unseren Wohlstand nachhaltig

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

1 Kapitel 5: Wirtschaft und Arbeit

2 Grünes Wirtschaften sichert unseren Wohlstand nachhaltig

3 Baden-Württemberg als Innovationsregion in Europa, die den Wohlstand sichert,
4 Klima und Natur schont und sozial gerecht ist – das ist unser Ziel. Innovationen
5 werden von Menschen gemacht. Heute studieren so viele junge Menschen in Baden-
6 Württemberg wie nie zuvor. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele
7 Exzellenzuniversitäten wie bei uns. Gemeinsam mit der dualen Ausbildung in
8 unseren unzähligen Unternehmen bilden sie eine wertvolle Basis zur erfolgreichen
9 Umsetzung unserer Innovationsstrategie. Wir Grüne sind uns der Bedeutung von
10 Bildung, Ausbildung, Studium und Weiterbildung für die Innovationsfähigkeit
11 unseres Landes bewusst und werden sie ausbauen und fördern. Wir wollen noch
12 stärker Erneuerbare Energien nutzen, Ressourcen schonen und Müll und Schadstoffe
13 vermeiden. Klimakrise, Digitalisierung und Corona-Pandemie zeigen uns deutlich:
14 Ein tiefgreifender sozial-ökologischer Wandel ist nötig. Wir Grüne wollen diese
15 Transformation nachhaltig beschleunigen und mit Unternehmen und Gewerkschaften
16 im Land gestalten. Gemeinsam werden wir die Corona-Pandemie als Chance zum
17 Aufbruch nutzen und unsere Wirtschaft widerstandsfähiger gegenüber Krisen und
18 konjunkturellen Schwankungen machen.

19 Baden-Württemberg zählt zu den stärksten Wirtschaftsregionen Europas. Mit
20 unserem Ministerpräsidenten an der Spitze haben wir gezeigt, dass wir es können:
21 das Industrieland Baden-Württemberg verlässlich und erfolgreich regieren,
22 Wohlstand und Ökologie verbinden, die Arbeitsplätze von morgen schaffen.

23 In den vergangenen zehn Jahren hat das Land weiter an Wirtschaftskraft gewonnen.
24 Baden-Württemberg ist einer der führenden Innovationsstandorte der Welt. Die
25 Investitionen in Forschung und Entwicklung sind auf Rekordniveau. Wir Grüne
26 haben die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft vorangetrieben. Die
27 Unternehmen aus dem Südwesten sind weltweit führend bei grünen Technologien und
28 Ressourceneffizienz. Kein anderes Land investiert so konsequent in die Zukunft
29 wie Baden-Württemberg.

30 Die Corona-Krise stellt nun vieles infrage. Schon davor hatte sich die
31 Konjunktur leicht eingetrübt. Dann hat die Pandemie unsere Wirtschaft mit voller
32 Wucht getroffen. Aufträge blieben aus, Einkommen brachen dramatisch ein,
33 Lieferketten waren unterbrochen. Das brachte viele Unternehmen, Betriebe und
34 Selbstständige in Existenznot. Die Landesregierung hat schnell und entschlossen
35 reagiert. Dank einer vorsorgenden grünen Haushaltspolitik, die in der Geschichte
36 des Landes erstmals Schulden abgebaut hat, konnten wir sofort unsere
37 finanziellen Rücklagen mobilisieren: Wir haben den größten Schutzschirm seit
38 Bestehen unseres Landes aufgespannt. Damit haben wir eine Welle von Insolvenzen
39 verhindert und Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert.

40 Wir sind besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen Regionen der
41 Welt. Aber wir stehen vor einer historischen Bewährungsprobe. Die Folgen der
42 Pandemie machen den Unternehmen und den Arbeitnehmer*innen weiterhin schwer zu

43 schaffen. Und das in einer ohnehin schwierigen Zeit des wirtschaftlichen
44 Umbruchs. Die Digitalisierung fordert unsere Unternehmen grundlegend heraus.
45 Weil unsere Gesellschaft durch den demografischen Wandel immer älter wird, kommt
46 es ganz besonders auf gut ausgebildete junge Leute an. Handelskriege und
47 Protektionismus verändern das internationale Umfeld. Und wir haben allenfalls
48 noch wenige Jahre Zeit, um die Klimakrise einzudämmen – die größte
49 Herausforderung für die Menschheit in diesem Jahrhundert.

50 Auf die nächsten zehn Jahre kommt es an

51 Bis zum Jahr 2030 ist ein ökologischer Durchbruch in allen Bereichen der
52 Wirtschaft nötig. Zu lange haben wir die ökologischen Grenzen unseres Planeten
53 ignoriert. Wir wollen Wachstum und Wohlstand nachhaltig gestalten; beides muss
54 am Wohlergehen von Menschen, Klima und Umwelt orientiert sein. Deshalb wollen
55 wir Wachstum und Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Formen des
56 alternativen Wirtschaftens zeigen schon heute, dass Wohlstand losgelöst von
57 Wachstum entstehen kann. Dies wollen wir mit weiteren Indikatoren wie
58 beispielsweise dem Nationalen Wohlfahrtsindex herausstellen.

59 Wir wollen einen verlässlichen Rahmen etablieren, in dem es sich für viele
60 kreative Menschen, Initiativen und Unternehmer*innen in allen
61 Wirtschaftsbereichen finanziell lohnt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu
62 bewahren. Wir schärfen dazu die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und bauen
63 die erfolgreiche Wirtschaftsinitiative „Nachhaltigkeit für kleine und
64 mittelständische Betriebe“ weiter aus. Das Land stellt den etablierten
65 Akteur*innen der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg praxisnahes Wissen
66 und Beratung zur Verfügung, damit diese die nachhaltige Transformation unserer
67 Wirtschaft besser unterstützen können. Wenn unsere Gründer*innen,
68 Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen vorangehen und andere mitziehen, können
69 wir zeigen, dass und wie es geht: nachhaltigen Wohlstand und Klimaschutz zu
70 verbinden.

71 Gemeinsam geht das besser. Deshalb wollen wir die Sozialpartnerschaft stärken.
72 Wir stehen zu Tariflöhnen und Mitbestimmung, damit sich die Beschäftigten
73 einbringen und über ihre Arbeitsbedingungen mitentscheiden können. Arbeit darf
74 nicht krankmachen. Sie muss den Lebensunterhalt und eine auskömmliche
75 Altersvorsorge ermöglichen. Nur dann können die Beschäftigten gesund bis zur
76 Rente arbeiten und den Ruhestand aktiv gestalten. Privatleben, Familie und Beruf
77 müssen vereinbar sein – die Arbeitsbedingungen müssen in allen Lebenslagen ein
78 gutes Leben ermöglichen.

79 Nachhaltiger Wohlstand: Baden-Württemberg zeigt, wie's geht

80 Unsere Wirtschaft ist stark. Aber Erfolg muss immer wieder aufs Neue erkämpft
81 werden. In Zukunft werden diejenigen die Nase vorn haben, die sich am besten auf
82 ökologische Modernisierung und digitalen Wandel einstellen. Die kommenden Jahre
83 sind für unseren Wirtschaftsstandort entscheidend. Es geht um unsere
84 wirtschaftliche und technologische Vorreiterrolle. Es geht um Arbeitsplätze und
85 die Lebensqualität in unserem Land. Es geht um den Schutz unseres Klimas und
86 einen nachhaltigen Wohlstand, der unsere Ressourcen schont. Es geht darum,
87 unsere Wirtschaft und Gesellschaft robust und widerstandskräftig für die
88 Herausforderungen der Zukunft zu machen. An dem, was wir heute tun, hängen
89 unsere Chancen von morgen – und das gute Leben unserer Kinder und Enkelkinder.

90 Wir können die Klimakrise nur aufhalten, wenn wir anders wirtschaften. Das ist
91 nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch und sozial sinnvoll. Wir
92 haben allen Grund, zuversichtlich zu sein.

93 Wir Baden-Württemberger*innen sind stark, kreativ und mutig. Auf diese Stärken
94 können wir vertrauen. Wir haben starke Unternehmen, innovative
95 Mittelständler*innen, kreative Arbeitnehmer*innen, mutige Gründer*innen,
96 neugierige Wissenschaftler*innen und eine exzellente industrielle
97 Forschungslandschaft. Wer, wenn nicht wir, sollte also die großen
98 Herausforderungen meistern, die vor uns liegen!

99 Innovation hat bei uns Tradition. In Baden-Württemberg wird Neues gedacht und
100 gemacht. Ob Auto, Fahrrad, Streichholz oder Motorsäge: Unzählige Erfindungen aus
101 dem Südwesten haben die Welt verändert. Jedes Jahr werden hier etwa 14.000
102 Patente angemeldet. Mit technologischen und sozialen Innovationen setzen wir
103 richtungsweisende Impulse.

104 Wir Grüne stellen Mensch und Natur in den Mittelpunkt unseres Wirtschaftens. Wir
105 setzen die Rahmenbedingungen, damit die Kreativität und Innovationskraft der
106 Menschen dem gesellschaftlichen Wohlstand durch ein klimaneutrales und soziales
107 Baden-Württemberg zugutekommen.

108 Wir fördern die Zukunft: Green Tech und Kreislaufwirtschaft

109 Wir wollen unser Land aus der Krise führen und die Wirtschaft wieder in Schwung
110 bringen. Gleichzeitig gilt es, den Strukturwandel zu meistern und unseren
111 Wohlstand ressourcenschonend zu sichern. Nur dann wird Baden-Württemberg auch
112 zukünftig wirtschaftlich in der Champions League spielen.

113 Die Klimaerhitzung können wir nur mit einer Wirtschaftspolitik eindämmen, die
114 Ökonomie und Ökologie konsequent zusammendenkt. Wir müssen die Wende hin zu
115 einer konsequenten Kreislaufwirtschaft schaffen, die widerstandsfähiger
116 gegenüber Krisen ist.

117 Im Pariser Klimaschutzabkommen haben sich alle Länder zur Klimaneutralität
118 verpflichtet. In Zukunft werden nur Produkte nachgefragt, die in Material und
119 Herstellung CO₂-neutral sind. Das ist eine Chance für Maschinen- und
120 Anlagenbauer*innen, für Ingenieur*innen und die gesamte Industrie in Baden-
121 Württemberg. Wir arbeiten daran, dass grüne Industriearbeitsplätze entstehen,
122 die in anderen Bereichen durch Automatisierung und Digitalisierung wegfallen. In
123 Baden-Württemberg setzen wir auf Erfindungsreichtum und die grüne
124 Diversifizierung der Industrie. Wir stärken die Aus- und Weiterbildung im
125 Handwerk über die überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Denn gerade in den
126 gefragten grünen Handwerksberufen wie z.B. der Gebäudesanierung oder der
127 Wärmeplanung zeigt sich ein enormer Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren.

128 Unser Industriestandort setzt die Standards für den Ressourcen- und
129 Energieverbrauch in vielen Teilen der Welt. Deshalb sollen unsere Industrie- und
130 Konsumgüter so produziert werden, dass sie gut recycelt werden können. Recycling
131 ist mehr als nur gebrauchte Güter zu demontieren. Mit einer digitalisierten
132 Recyclingfabrik senken wir den Ressourcenverbrauch und steigern die
133 Versorgungssicherheit. Dabei knüpfen wir an die Kompetenzen unserer Hochschulen
134 und Unternehmen an und schließen eine Lücke im Markt. Die Wiedergewinnung von

135 kritischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Nickel, Mangan und Seltenen Erden
136 steht dabei besonders im Fokus.

137 Wir starten die Effizienzrevolution und entwickeln mit Hochschulen und
138 Unternehmen die digitalisierte Recyclingwirtschaft Baden-Württemberg. Unsere
139 Hochschulen unterstützen mit Forschung, Lehre und Weiterbildung ein
140 recyclinggerechtes Konstruieren im Maschinenbau, im Fahrzeugbau, in der
141 Kunststofftechnik und im Bauingenieurwesen.

142 Das Auto wird gerade neu erfunden. Es fährt zunehmend emissionsfrei und autonom,
143 es wird geteilt genutzt und mit Bus, Bahn oder Fahrrad kombiniert. Zusammen mit
144 effizienteren Produktionsweisen, mit Digitalisierung und Automatisierung stellt
145 es die Automobilindustrie und die Zulieferer im Land vor große
146 Herausforderungen. Für unser Land steht viel auf dem Spiel: Jeder vierte
147 Arbeitsplatz im Industriesektor hängt direkt oder indirekt am Auto. Das
148 emissionsfreie Auto von morgen soll in Sindelfingen, Zuffenhausen, Untertürkheim
149 oder Neckarsulm erdacht, geplant, entwickelt und auch produziert werden – ganz
150 oder in Teilen. Wir Grüne wollen, dass Baden-Württemberg auch in der neuen
151 Mobilitätswelt an der Spitze ist.

152 Die Verkehrswende umfasst aber nicht nur den Weg hin zu neuen Antrieben und
153 weniger motorisiertem Individualverkehr. Sie hat auch erhebliche Auswirkungen
154 auf den Arbeitsmarkt. Wir unterstützen die Arbeitnehmer*innen und die
155 Unternehmen durch umfassende und bedarfsgerechte Möglichkeiten zur
156 Weiterbildung. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir Möglichkeiten zu
157 Arbeitszeitverkürzungen öffnen. So schaffen wir Zukunftsperspektiven für
158 Arbeitnehmer*innen, helfen den Unternehmen, auf betriebsbedingte Kündigungen zu
159 verzichten, und stärken die Transformations- und Innovationskraft unserer
160 Wirtschaft.

161 Wir haben die Dimension dieser Herausforderung frühzeitig erkannt und gehandelt.
162 Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft BW hat die grün-geführte
163 Landesregierung ein einmaliges politisches Format etabliert, in dem alle
164 wichtigen Akteur*innen zusammenarbeiten. Ziel ist es, die Transformation zu
165 einem dreifachen Erfolg zu führen: für die Unternehmen, für die
166 Arbeitnehmer*innen und für das Klima.

167 Durch unsere Initiative ist Baden-Württemberg auf vielen Feldern führend: Wir
168 verfügen über ein flächendeckendes Lade-Netz für Elektroautos und ein
169 einzigartiges Testfeld für das autonome Fahren. Wir investieren massiv in
170 alternative Antriebe – von der Batterie über grünen Wasserstoff bis zu
171 synthetischen Kraftstoffen. Diesen Kurs wollen wir entschlossen fortsetzen.

172 Um diese Wende weiter voranzutreiben, werden wir unsere Investitionen in die
173 klimaneutrale Antriebstechnik weiter stärken. Wir wollen, dass 2030
174 emissionsfreie Fahrzeuge keine Rarität, sondern Normalität auf unseren Straßen
175 sind. Die Batterie der Zukunft wollen wir bei uns im Land entwickeln und
176 produzieren. Sie soll energie- und ressourceneffizient, nachhaltig und
177 wiederverwertbar sein.

178 Wir wollen, dass Baden-Württemberg hier Technologieführer wird. Wer
179 unternehmerisch denkt, weiß: Wer frühzeitig in Zukunftsmärkte investiert, wird
180 später mit einem Technologievorsprung belohnt. Klimaschutz ist kluge,
181 vorausschauende Wirtschaftspolitik. Dafür bauen wir unsere Forschungs- und

182 Produktionsstätten weiter aus und schaffen ein internationales Leuchtturm-
183 Projekt für die Batterie der Zukunft. Was wir kurzfristig erreichen wollen:
184 Hybridfahrzeuge sollen die extrem niedrigen Verbrauchswerte auch real
185 gewährleisten, die sie auf dem Papier versprechen. Heute sind sie oft eine
186 umweltpolitische Mogelpackung. Unsere Industrie hat hier eine hohe
187 technologische Kompetenz, deren Umsetzung ihr auch Marktchancen im
188 Transformationsprozess eröffnet. Das stärkt uns nicht nur bei der
189 Elektromobilität, sondern auch im Maschinenbau, in der Medizintechnik, in der
190 Kommunikationstechnik und bei der Energiewende. Kurz: überall dort, wo Akkus
191 notwendig sind. Elektrische Energie mobil zu speichern, wird eine
192 Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts sein. Um den Transformationsprozess
193 erfolgreich zu gestalten, ist sie branchenübergreifend von größter Bedeutung.
194 Die Batterien für die Elektromobilität wollen wir besser wiederverwerten als
195 bisher. Wir stärken daher über den Strategiedialog die Batterieforschung im
196 Exzellenzcluster „Post Lithium Storage“ der Universität Ulm und des Karlsruher
197 Instituts für Technologie weiter. Einen weiteren besonderen Fokus legen wir auf
198 feinstaubfreie Bremsanlagen sowie auf ein Konzept für die nahezu feinstaubfreie
199 Absorption von Reifenabrieben.

200

201 Wir machen Baden-Württemberg zur Vorzeige-Region für grünen Wasserstoff. Er wird
202 in der Zukunft in vielen Bereichen der Industrie unersetzbar sein. Bei der
203 Stahlherstellung, in der Chemieindustrie, für den Luft- und Schiffsverkehr sowie
204 im Schwerlastverkehr werden wir grünen Wasserstoff einsetzen müssen. Die dazu
205 benötigte Erneuerbare Energie übersteigt unsere heutige Stromproduktion um ein
206 Vielfaches. Das ist auch eine Chance für Baden-Württemberg. Unseren Anlagen- und
207 Maschinenbauer*innen bietet die Technologie zur Herstellung und Verwendung von
208 grünem Wasserstoff ein lukratives neues Geschäftsfeld, bei deren Erschließung
209 wir sie unterstützen werden.

210 In Baden-Württemberg sollen nicht nur die saubersten, sondern auch die
211 smartesten Fahrzeuge gebaut werden. Das ist unser Ziel. Deshalb wollen wir ein
212 Zentrum für Künstliche Intelligenz in der Mobilität etablieren. Ausgestattet mit
213 Sensoren, Kameras und Bordelektronik wird das Fahrzeug zum selbstfahrenden
214 Dienstleister. Wir wollen, dass Baden-Württemberg auch die Software entwickelt.
215 Denn die IT rückt mehr und mehr ins Zentrum der Automobil-Wertschöpfung. Schon
216 heute hat die Software daran einen Anteil von knapp 40 Prozent.

217 Digitalisierung und KI vorantreiben – klimagerecht und menschenfreundlich

218 Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) verändern unsere gesamte
219 Wirtschaft. Die Maschine wird grundlegend verändert. Für uns als das Land des
220 Maschinenbaus ist das eine große Chance, bringt aber zugleich einen umfassenden
221 Umbruch mit sich: Die Software wird zum entscheidenden Faktor, auch in unseren
222 Kernindustrien. Diesen Umbruch wollen wir menschenwürdig gestalten und
223 problematische Begleiterscheinungen der Digitalisierung möglichst vermeiden.

224 Wir wollen eine Digitalisierung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und
225 Klima und Ressourcen schont. Dabei müssen wir uns in einem scharfen
226 internationalen Wettbewerb behaupten. Hier geht es nicht nur um Technik – hier
227 geht es auch um Werte. Unser Ziel ist, diesen Wandel entscheidend mitzuprägen
228 und Baden-Württemberg zu einem Laboratorium für eine an ethischen und
229 ökologischen Kriterien orientierte Digitalisierung zu machen.

230 Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen Jahren sehr gut vorangekommen. Als
231 erste Landesregierung haben wir eine umfassende Digitalisierungs- und KI-
232 Strategie auf den Weg gebracht. Das Cyber Valley in Tübingen hat sich zum
233 führenden Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Europa entwickelt. Ihm
234 haben wir einen Ethik-Beirat zur Seite gestellt, um sicherzustellen, dass hier
235 auch die ethischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von KI berücksichtigt
236 werden. Das Cyber Valley wollen wir weiter ausbauen und zum Kern eines
237 Ökosystems machen, das Unternehmen, Start-ups, Forschung und Entwicklung
238 miteinander vernetzt. Wir werden eine breite Brücke zum Mittelstand schlagen,
239 damit dieser bestmöglich von KI-Spitzenforschung made in Baden-Württemberg
240 profitieren kann.

241 Wir wollen den KI-Standort Baden-Württemberg noch weiter stärken. Mit unserer
242 Digitalisierungsprämie unterstützen wir zahlreiche kleine und mittelständische
243 Unternehmen in Baden-Württemberg bei der Digitalisierung. Jetzt wollen wir mit
244 einer KI-Prämie und KI-Beratungsangeboten nachlegen. KI-basierte Lösungen sollen
245 so leichter den Weg in den unternehmerischen Alltag finden. Auch die öffentliche
246 Verwaltung werden wir für den Einsatz mit KI fit machen. Dazu prüfen wir die
247 Nutzung von solchen Anwendungen – gerade aus dem Start-up-Bereich – und setzen
248 ressortübergreifend Maßnahmen zum Einsatz von KI um.

249 Digitales Entertainment, Animation, virtuelle Realität und Spezialeffekte – auch
250 darin ist Baden-Württemberg stark und ein weltweit beachteter Standort. Unser
251 Ziel ist es, dieses Cluster gezielt zu einer europäischen Traumfabrik des
252 Digitalzeitalters weiterzuentwickeln.

253 Die Digitalisierung hat längst auch das Handwerk erreicht und wird an Bedeutung
254 weiter zunehmen. Wir haben handwerkliche Unternehmen erfolgreich mit innovativen
255 Maßnahmen unterstützt. Diese wollen wir fortführen und kontinuierlich
256 weiterentwickeln. Vor allem über digitale Marktplätze können die Betriebe neue
257 Kund*innen gewinnen und ihre Umsätze steigern. Solche Plattformen bergen auch
258 das Potenzial, dass sich verschiedene Gewerke vernetzen und so ihren Kund*innen
259 Handwerksdienstleistungen „aus einer Hand“ anbieten können.

260 Auch die Technologie von übermorgen haben wir schon heute im Blick: die
261 Quantentechnologie. Sie verspricht Fortschritte auf zahlreichen Gebieten – von
262 der medizinischen Diagnostik bis zur organischen Solarzelle. Unser Land steht
263 schon jetzt exzellent da und profitiert von einem Netzwerk, das die Stärken von
264 sieben Forschungsstandorten bündelt: Ulm, Stuttgart, Freiburg, Heidelberg,
265 Karlsruhe, Tübingen und Konstanz. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen und
266 mit anderen Technologiebereichen zusammenführen. Die Entwicklung des
267 quantentechnologischen „Computers der Zukunft“ fassen wir in einem
268 leistungsfähigen Netzwerk mit einem eigenen Forschungsprogramm zusammen.

269 Digitalisierung der Arbeit ja, aber sozial! Unser Ziel: Die Arbeit soll sich
270 besser in das Leben der Menschen einfügen. Die Digitalisierung eröffnet dafür
271 riesige Chancen. WLAN, Laptop oder Smartphone – mehr brauchen Beschäftigte oft
272 nicht, um zeitlich und räumlich unabhängiger zu arbeiten. Auch flexiblere und
273 verkürzte Arbeitszeiten lassen sich einfacher umsetzen. Bei so viel Freiheit
274 sind Regeln wichtig. Auch und gerade in der digitalen Arbeitswelt müssen wir die
275 tägliche Arbeitszeit begrenzen und ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung
276 sicherstellen. Von der Digitalisierung sollen beide profitieren: die Wirtschaft
277 und die Beschäftigten.

278 Für eine neue Gründer*innenzeit

279 Gründer*innen sind ein Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Wir brauchen
280 Menschen, die mit ihrem Mut und ihren Ideen unsere mittelständisch geprägte
281 Wirtschaft mitgestalten und voranbringen.

282 Start-ups sind zentrale Innovationstreiber und spielen eine herausragende Rolle,
283 um die großen ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit zu
284 bewältigen. Wir wollen deshalb die Start-up-Förderung des Landes ausbauen. In
285 jedem Start-up steckt eine potenzielle Erfolgsgeschichte „Made in Baden-
286 Württemberg“. Dieses Potenzial wollen wir ausschöpfen. Einen besonderen
287 Schwerpunkt wollen wir auf unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen
288 setzen. Hier werden die entscheidenden Weichen in Richtung Selbstständigkeit
289 gestellt. Es geht darum, Menschen zu befähigen, Unternehmer*in zu werden. Wer
290 Kenntnisse und Fähigkeiten in diesem Bereich erwirbt, sollte dies auch als
291 Studienleistung oder für die Lehr- und Forschungstätigkeit anerkannt bekommen.
292 Unabhängig davon: Wir brauchen noch bessere Bedingungen an Hochschulen und
293 Forschungseinrichtungen, damit innovative Ideen zur Reife gebracht werden
294 können. Wir wollen Förderprogramme und Zentren wie den „Gründermotor“ oder das
295 Start-up BW ASAP – „Academic Seed Accelerator Program Baden-Württemberg“ – an
296 Hochschulen weiter ausbauen und vernetzen, thematische Cluster bilden und
297 staatliche Mittel für Risikokapital aufstocken. Mit thematischen Wettbewerben
298 wollen wir Gründer*innen motivieren, ihre Ideen zu nachhaltigen
299 Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln, die auch das Land in Zukunftsthemen
300 voranbringen. Mit gezielten Förderprogrammen wollen wir Start-ups aus dem Green
301 Tech- und Social Entrepreneurship-Bereich unterstützen.

302 Unsere gute Arbeit für Gründer*innen wollen wir weiter ausbauen und einen Klub
303 besonders erfolgsversprechender Start-ups schaffen, die sich auch an
304 ökologischen und sozialen Zielen orientieren. Auch in der Aufbau- und der ersten
305 Wachstumsphase sollen diese Start-ups vom Land in besonderer Weise gefördert
306 werden, damit sie ihre Unternehmenstätigkeit schneller ausweiten können.

307 Oft bleiben bahnbrechende Innovationen lange unentdeckt oder ihr
308 wirtschaftliches Potenzial wird unterschätzt. Beispielsweise wurde der MP3-
309 Standard, mit dem Musik übertragen und wiedergegeben werden kann, in Deutschland
310 entwickelt. Vermarktet aber haben ihn Unternehmen in anderen Ländern. Damit
311 solche grundlegenden Erfindungen entdeckt und gefördert werden, machen wir mit
312 unserem InnoLab_bw die Unterstützung bahnbrechender Innovationen zur Priorität.
313 Dieses werden wir perspektivisch mit der Agentur für Sprunginnovationen auf
314 Bundesebene verknüpfen und dahingehend ausbauen. Damit wollen wir die Chancen,
315 die der Erfindergeist der Menschen in unserem Land bietet, besser nutzen. Wir
316 wollen bahnbrechende Geschäftsmodelle und innovative Lösungen für die großen
317 Herausforderungen einer Welt im ökologischen und sozialen Wandel fördern.

318 Noch immer gibt es zu wenige Gründerinnen. Frauen, die den Sprung in die
319 Selbstständigkeit wagen wollen, fehlen oft Netzwerke und ein Zugang zu
320 Investor*innen. Damit lassen wir wichtige Potenziale ungenutzt. Mit der
321 Initiative „Start-up BW Women“, die die grün-geführte Landesregierung auf den
322 Weg gebracht hat, setzen wir bereits wichtige Akzente, um Gründerinnen besser zu
323 unterstützen. Das reicht aber nicht. Wir wollen die Strukturen der „Start-up
324 BW“-Accelerator-Programme noch besser dafür nutzen, um Gründerinnen zu fördern

325 und ihre Erfolgchancen zu verbessern. Beispielsweise durch explizite
326 Unterstützungsangebote in den Bereichen Finanzierung, Networking und Coaching.

327 Wir machen unser Land zum führenden Gesundheitsstandort

328 Baden-Württemberg ist schon heute in vielen Bereichen der Medizin und
329 Medizintechnik führend. Über eine Million Menschen – doppelt so viele wie im
330 Automobilsektor – arbeiten derzeit im Gesundheitsbereich mit einer Wertschöpfung
331 von mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr. Die Corona-Krise hat uns nochmals
332 eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig die Gesundheitswirtschaft für unsere
333 Gesellschaft ist. Die Medizin steht an vielen Stellen gerade vor einem
334 Durchbruch: Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, Krankheiten zu
335 erkennen und zu behandeln. Biotechnologie und personalisierte Medizin machen
336 wegweisende Fortschritte.

337 Neben der Automobilwirtschaft und dem Maschinenbau ist der Gesundheitsbereich
338 eine tragende Säule unserer Wirtschaftsstärke und Prosperität. Diese Säule
339 wollen wir nochmals stärken. Wie für die Autoindustrie hat die grün-geführte
340 Landesregierung auch für die Gesundheitswirtschaft ein Strategieformat
341 gestartet: das „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“. Es soll durch
342 Förderprogramme technologische Innovationen voranbringen und unsere
343 Gesundheitsunternehmen mit einer Exportinitiative auf den internationalen
344 Märkten stärken. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die BioTech-Branche. Mit
345 einem auskömmlichen Investitionsfonds werden wir ihr die Chance zum Wachsen
346 geben, damit die Erfolgsgeschichte von CureVac erst der Anfang ist. Ziel ist es,
347 Baden-Württemberg zu einem der weltweit führenden Gesundheitsstandorte zu
348 machen. Indem wir neben der Automobilbranche und dem Anlagen- und Maschinenbau
349 einer weiteren Leitbranche zum Durchbruch verhelfen, machen wir unsere
350 Wirtschaft robuster und resilienter.

351 Mit dem „Forum Gesundheitsstandort BW“ wollen wir auch die Versorgungssicherheit
352 bei Arzneimitteln und Medizinprodukten weiter verbessern. Die Bürger*innen
353 erwarten zu Recht, dass lebensnotwendige Medizinprodukte jederzeit verfügbar
354 sind. Hier ist der Staat in der Pflicht, eine strategische Reserve mit
355 ausreichenden Lagerbeständen an kritischen, überlebenswichtigen Medikamenten und
356 Schutzausrüstung aufzubauen.

357 Qualifizierung und Weiterbildung für alle

358 Der digitale Wandel und die Transformation hin zur klimaneutralen Wirtschaft
359 werden unsere Arbeitswelt umkrempeln. Die Arbeitsplätze vieler Beschäftigter
360 werden sich ganz konkret verändern. Morgen werden andere berufliche Kenntnisse
361 und Kompetenzen gefordert sein als heute. Das bereitet vielen Arbeitnehmer*innen
362 Sorgen. Um von dem Wandel zu profitieren, brauchen sie zukunftsfähige
363 Qualifizierungsangebote. Weiterbildung ist einer der zentralen Faktoren, um die
364 Transformationsprozesse positiv zu gestalten. Mit einem breiten, jeweils
365 passgenauen Weiterbildungsangebot wollen wir alle Beschäftigten fit für die
366 Arbeitswelt 4.0 machen. Ziel ist es, dass sie sich selbstbestimmt und sicher in
367 unserer sich schnell verändernden Gesellschaft bewegen können.

368 Jede*r soll aktiv die eigene Bildungs- und Berufsbiografie gestalten können. In
369 der vergangenen Legislaturperiode hat die grün-geführte Landesregierung intensiv
370 in Weiterbildung und lebenslanges Lernen investiert. Wir haben eine
371 Qualifizierungsoffensive gestartet und 16 Lernfabriken an beruflichen Schulen

372 etabliert. Zudem haben wir ein Weiterbildungs-Sofortprogramm für die
373 Autobranche, die besonders große Umbrüche bewältigen muss, auf den Weg gebracht.
374 Und dieser Weg ist erfolgreich: Baden-Württemberg ist deutschlandweit
375 Spitzenreiter bei Weiterbildungsangeboten und bei der Teilnahme der
376 Arbeitnehmer*innen. Diesen Weg wollen wir noch intensiver fortführen. Wir wollen
377 allen Arbeitnehmer*innen die Möglichkeiten geben, sich weiterzuentwickeln.

378 Im Dialog mit den Sozialpartnern werden wir ein Grundeinkommen für
379 Qualifizierung und Weiterbildung auflegen. Beim Bezug von Arbeitslosengeld oder
380 Kurzarbeitergeld ist die Finanzierung des Lebens während der Qualifizierung zwar
381 weitgehend gesichert. Dies gilt aber nicht für die Menschen, die keine
382 Leistungen wie Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld beziehen. Und gerade
383 Frauen haben durch Unterbrechungen ihrer Erwerbsbiografie oft keinen Anspruch
384 auf Qualifizierungen, die aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden.
385 Das Grundeinkommen für Qualifizierung und Weiterbildung soll allen Menschen
386 erlauben, sich beruflich zu qualifizieren. Lebensbegleitendes Lernen und
387 Weiterbildung sind bereits heute wichtig. In Zukunft werden sie zu einem
388 Schlüsselfaktor für die Erwerbstätigkeit und die berufliche Entwicklung. Der
389 Wunsch nach beruflicher Weiterbildung und Entwicklung darf nicht am Geldbeutel
390 scheitern! Weiterbildung soll dabei in Vollzeit und Teilzeit möglich sein.

391 Wir wollen zukunftsgerichtet weiterbilden und erkennen den hohen Wert der Berufe
392 im sozialen Bereich an. Wir streben die Aufwertung dieser Berufe an,
393 beispielsweise durch die neue generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau und
394 zum Pflegefachmann.

395
396 Auszubildende sind ein zentraler Bestandteil unserer Wirtschaft. Wir wollen sie
397 in ihrer Ausbildung stärker unterstützen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene
398 sowohl für eine Ausbildungsgarantie als auch eine Mindestausbildungsvergütung
399 ein, die jungen Menschen unabhängig konjunktureller Schwankungen auch nach der
400 Krise sichere Brücken ins Berufsleben baut.

401
402 Die Gebühren für die berufliche Weiterbildung im Handwerk wollen wir weiter
403 senken. Unsere Handwerksmeister*innen stärken wir mit unserer Meisterprämie. Mit
404 der Meistergründungs- und der Übergabepremie trägt das Land zum Fortbestand
405 unserer Betriebe bei.

406
407 Das Programm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ der grün-geführten
408 Landesregierung ist ein Ideenlabor für die Arbeitsmarktpolitik. Mit innovativen
409 Ansätzen zur maßgeschneiderten Assistenz von benachteiligten Menschen auf dem
410 Arbeitsmarkt hat es zum Teil bereits Eingang in die Bundesgesetzgebung gefunden.
411 So wird der Passiv-Aktiv-Tausch zur ergänzenden Finanzierung von
412 leistungsgeminderten Beschäftigten mittlerweile vom Bund finanziert. Andere
413 erfolgreiche Ansätze werden wir fortführen und weiterentwickeln. Ein wichtiger
414 Baustein ist das Netzwerk Teilzeitausbildung, das insbesondere Alleinerziehenden
415 und gesundheitlich beeinträchtigten jungen Menschen eine vollwertige Ausbildung
416 ermöglicht. Die Vernetzung von Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung
417 ermöglichen wir über unser erfolgreiches Programm „BeJuga“. Für junge Menschen,
418 die aus allen schulischen Bezügen herausgefallen sind, wollen wir mit einem
419 Modellprojekt „Produktionsschulen“ neue Zugänge zu Schulabschluss und
420 Ausbildungsreife ermöglichen. Qualifizierungsprogramme speziell auch für sozial
421 benachteiligte Menschen sind für uns ein wichtiger Beitrag zur Teilhabe an der

422 digitalen Gesellschaft. Dazu gehört auch das Angebot einer assistierten
423 Ausbildung speziell für die Berufe der Pflege und Alltagsbetreuung. Darüber
424 hinaus brauchen wir eine weitergehende Förderung von sozialen
425 Beschäftigungsunternehmen für soziale Integrationsjobs. Der Integration in das
426 Erwerbsleben dient auch die unabhängige Erwerbslosenberatung in
427 Arbeitslosenzentren. Sie hilft bei der Antragsstellung, bei der Durchsetzung von
428 Rechtsansprüchen und erleichtert durch ihren vermittelnden Ansatz die
429 konstruktive Zusammenarbeit mit dem Jobcenter. Die Grüne Linie in der sozialen
430 Arbeitsmarktpolitik steht für passgenaue Assistenz zur Befähigung und für
431 selbstbestimmte soziale Teilhabe.

432 Gute Arbeitsbedingungen stärken, Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen

433 Der Wandel der Arbeitswelt kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten, ihren
434 Interessenvertretungen und den Gewerkschaften gelingen. Die Arbeitnehmer*innen
435 müssen Veränderungsprozesse aktiv mitgestalten können. Das gelingt nur, wenn
436 gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist und die Beschäftigten früh einbezogen
437 werden. In einem Beirat wollen wir die sozialpartnerschaftliche Expertise
438 nutzen. Das hilft, technische Innovationen mit sozialem Fortschritt in den
439 Betrieben zu verknüpfen.

440 Keine sachgrundlosen Befristungen, kein Missbrauch von Leiharbeit und
441 Werkverträgen! Darauf wollen wir hinwirken. Wenn öffentliche Aufträge vergeben
442 werden, stellen wir die Förderung guter Arbeit in den Fokus. Mit dem
443 Landestariftreuegesetz schützen wir Mindestentgelte und Tariftreue bei
444 öffentlichen Aufträgen. Wir wollen es weiterentwickeln und einen
445 Vergabemindestlohn von zwölf Euro einführen. Darüber hinaus wollen wir
446 Anbieter*innen bevorzugen, die sich verpflichten, zusätzlich auch soziale und
447 gleichstellungspolitische Kriterien einzuhalten. Also Anbieter*innen, die
448 Schwerbehinderte beschäftigen, die Chancengleichheit sowie die Gleichstellung
449 der Geschlechter im Beruf fördern, die junge Nachwuchskräfte ausbilden, die
450 Menschen nach einer Umschulung einstellen und sich an Ausbildungsverbänden
451 beteiligen. Auch wer ökologische Kriterien einhält, soll bei öffentlichen
452 Aufträgen eher zum Zug kommen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die
453 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern. Entsandte
454 Beschäftigte wollen wir durch gute Beratung besser vor schlechten
455 Arbeitsbedingungen und Arbeitsausbeutung schützen.

456 Wir sorgen dafür, dass sich Beamt*innen ohne Nachteile freiwillig in der
457 gesetzlichen Krankenversicherung versichern können. Ihre Arbeitszeit gleichen
458 wir schrittweise an die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten an und ermöglichen
459 mit einem Langzeitarbeitszeitkonto mehr Flexibilität für die Beschäftigten.

460 Gemeinwohlökonomie fördern – zum Wohl für alle

461 Auch die Gemeinwohlökonomie wollen wir stärken. Dafür wollen wir im
462 Wirtschaftsministerium eine Anlaufstelle für Gemeinwohlökonomie (GWÖ) schaffen
463 und auch landeseigenen Institutionen und Unternehmen der GWÖ eine besondere
464 Beachtung schenken. Alle Unternehmen, die eine Gemeinwohlbilanz erstellen,
465 sollen leichte Zugänge zu Fördermitteln erhalten. Wir starten ein eigenes
466 Förder- und Beratungsprogramm für Genossenschaften, Sozialunternehmen und
467 gemeinnützige Unternehmen sowie für Formen der Solidarischen Landwirtschaft, um
468 deren Aufbau und Entwicklung zu erleichtern. Wir wollen Sharing-Konzepte
469 unterstützen und eine landesweite digitale Tausch- und Verleihplattform auf den

470 Weg bringen. Gründer*innenzentren sollen Mittel erhalten, wenn sie einen Teil
471 ihres Angebots für Social Entrepreneurs und Soziales Unternehmertum freihalten.
472 Wir wollen eine soziale Innovationsstrategie für Baden-Württemberg entwickeln
473 und so auch bessere Finanzierungsinstrumente für Sozialunternehmen schaffen.

474 Wir bringen Gleichstellung und Inklusion weiter voran

475 Wir sind auf dem Weg und gehen ihn konsequent weiter. Am Ziel sind wir, wenn
476 Frauen genauso viel verdienen wie Männer und Eltern nicht benachteiligt werden.
477 Wenn sie in der Start-up-Szene genauso vertreten sind. Wenn Menschen mit
478 Migrationshintergrund, People of Color, Menschen mit Behinderungen und mit
479 anderen Diskriminierungserfahrungen angemessen im öffentlichen Dienst
480 repräsentiert sind. Um dahin zu kommen, wollen wir die unterschiedlichen
481 Tätigkeiten im öffentlichen Dienst des Landes mit einem statistischen Tool
482 erfassen und miteinander vergleichen. Das Messinstrument beruht auf einem
483 analytischen Verfahren der diskriminierungsfreien Arbeitsbewertung.
484 Unterrepräsentierte Gruppen laden wir mit einer breiten Kampagne dazu ein, sich
485 für eine Ausbildung oder eine Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst zu
486 entscheiden. Gleichzeitig achten wir darauf, dass der öffentliche Dienst
487 diskriminierungsfrei ist. Wir fördern Bildungsangebote im Bereich Antirassismus
488 und Antidiskriminierung. Den Anteil von Gründerinnen steigern wir, indem wir die
489 Förderangebote besser auf die spezifischen Herausforderungen von Gründerinnen –
490 gerade in den Bereichen Finanzierung und Netzwerke – ausrichten und ausbauen.

491 In Baden-Württemberg wollen wir allen Menschen Chancen und Perspektiven
492 ermöglichen. Das Land, seine Ministerien und Behörden werden den sozialen
493 Arbeitsmarkt aktiv unterstützen und langzeitarbeitslosen Menschen durch
494 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze soziale Teilhabe ermöglichen. Für
495 Menschen mit Behinderungen wollen wir verstärkt das Budget für Arbeit nutzen.
496 Jugendliche und junge Erwachsene sollen mit einem Modellprojekt
497 „Produktionsschulen“ die Chance bekommen, den Schulabschluss oder die
498 Ausbildungsreife über neue Zugänge zu erreichen. Das Netzwerk Teilzeitausbildung
499 soll gerade für Alleinerziehende und gesundheitlich beeinträchtigte junge
500 Menschen eine vollwertige Ausbildung ermöglichen. Die assistierte Ausbildung
501 wollen wir speziell für die Berufe der Pflege und Alltagsbetreuung aktivieren.

502 Darum Grün!

503 Wer Grün wählt, stimmt für

- 504 • die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, um auf den Märkten
505 der Zukunft zu bestehen und das Klima zu schützen
- 506 • Baden-Württemberg als das Innovationsland der Zukunft, in dem das
507 emissionsfreie, künstlich-intelligente Auto gebaut und die Mobilität von
508 morgen entwickelt wird
- 509 • eine sozial und nachhaltig gestaltete Digitalisierung
- 510 • eine neue Gründer*innenzeit für unser Land
- 511 • gute und faire Arbeit, Chancengleichheit, Weiterbildung und Teilhabe für
512 alle

K6NEU Gemeinsam für eine gute Zukunft in unserem Land forschen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

1 Kapitel 6: Hochschule, Wissenschaft und Forschung

2 Gemeinsam für eine gute Zukunft in unserem Land forschen

3 Wir Grüne stehen für nachhaltigen Fortschritt, der den Menschen, der
4 Gesellschaft und der Umwelt dient. Forschung und Wissen schaffen Zukunft. Daher
5 setzen wir uns ein für starke Hochschulen und exzellente
6 Forschungseinrichtungen, für internationale Kooperation und einen regen
7 Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

8 Baden-Württemberg ist ein Land der Forschung und des Wissens. Unser Land
9 profitiert von seiner breiten und vielfältigen Hochschul- und
10 Forschungslandschaft. Starke Hochschulen und überregional bedeutende
11 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind unsere Markenzeichen. Sie stehen
12 für ausgezeichnete Lehre und Forschung. Dies zeigt sich etwa in den Erfolgen
13 unserer Universitäten im Wettbewerb um nationale und internationale Exzellenz.
14 Hochschulen prägen Land und Leute. Sie ermöglichen Innovationen. Sie sind
15 Partner von Politik und Zivilgesellschaft. Hochschulen in ihrer Vielfalt –
16 Pädagogische Hochschulen und Universitäten, die Duale Hochschule und die
17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften ebenso wie die Kunst- und
18 Musikhochschulen – beleben alle Regionen des Landes kulturell und intellektuell.

19 Das soll so bleiben! Darum haben wir die Hochschulverfassung modernisiert. Eine
20 kraftvolle Verfasste Studierendenschaft, eine eigene Stimme für Promovierende
21 in den Hochschulgremien und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten –
22 das macht ein konstruktives Miteinander an den Hochschulen möglich. Wir Grüne
23 haben die Stellen im akademischen Mittelbau gemeinsam mit den Hochschulen
24 ausgebaut. Den Tenure Track haben wir als Instrument besser planbarer
25 Karrierewege umgesetzt. Das bedeutet: Junge Wissenschaftler*innen können nach
26 einer befristeten Bewährungszeit auf einer Junior-Professur eine dauerhafte
27 Professur bekommen. Unsere beiden bundesweit einmaligen
28 Hochschulfinanzierungsvereinbarungen stellen die Hochschulen auf eine stabile
29 und verlässliche Grundlage.

30 Wichtig ist uns die Förderung der Forschung an zentralen Zukunftsthemen für das
31 Land. Hier haben wir Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft und Kompetenz
32 in der Breite verknüpft, zum Beispiel bei dem Thema Künstliche Intelligenz im
33 Cyber Valley.

34 Nachhaltigkeit durchzieht unsere Wissenschaftspolitik als grüner Faden. An den
35 neuen Zentren für Nachhaltigkeit, für Ökolandbau und für Naturkunde wird an
36 einer nachhaltigen Zukunft geforscht. In diesem Zusammenhang haben Reallabore,
37 in denen Bürger*innen an der Forschung beteiligt sind, einen besonderen
38 Stellenwert. Auch der Tierschutz liegt uns Grünen besonders am Herzen. Deshalb
39 haben wir ein Spitzenzentrum zur Reduzierung des Versuchstierbedarfs
40 eingerichtet.

41 Die Zukunft der Mobilität wird sich verändern. Die Stuttgarter Forschungsfabrik
42 „ARENA 2036“ gestaltet diese Zukunft ebenso mit wie das Testfeld autonomes

43 Fahren oder die Batterieforschung in Ulm und Karlsruhe. Dafür haben wir den
44 Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ und das Institut für Nachhaltige
45 Mobilität ins Leben gerufen. Seine Finanzierung wollen wir dauerhaft
46 gewährleisten. Den Hochschulen kommt mit dem Projekt „emissionsfreier Campus“
47 eine Pionierrolle zu.

48 Gesundheit und Medizintechnik sind von höchster Bedeutung. Die Corona-Krise
49 zeigt eindrucksvoll, wie wichtig diese Aufgaben sind. Hier liegen die Stärken
50 Baden-Württembergs und wir haben sie weiter ausgebaut. Unsere Unimedizin ist
51 vorn mit dabei, wenn es um die Erforschung der alternden Gesellschaft, um Big
52 Data und Künstliche Intelligenz (KI) oder um personalisierte Medizin geht. Wir
53 haben als grün-geführte Landesregierung die ärztliche Versorgung durch den
54 Ausbau der Studienplätze und durch Telemedizin optimiert. Wir setzen unseren
55 bereits begonnenen Pfad zur notwendigen Akademisierung der Gesundheitsfachberufe
56 fort.

57 Mit Digitalisierung und KI gestalten wir die Zukunft. Wir sind das Land mit den
58 meisten KI-Professuren. Das Cyber Valley in Tübingen ist unsere
59 Spitzeneinrichtung für maschinelles Lernen. Zusammen mit den Universitäten, der
60 Max-Planck-Gesellschaft und unserer starken Wirtschaft haben wir es aufgebaut.
61 Denn wer über den Einsatz der KI-Technologie mitentscheiden will, muss sie
62 mitentwickeln. Wir setzen dabei auf eine Digitalisierung, die Mensch und Umwelt
63 nützt und zugleich energie- und ressourcensparend ist. Zudem haben wir das
64 Höchstleistungsrechenzentrum und die Forschung zur Cybersicherheit erweitert.
65 Die Hochschulen setzen in der Forschung vollständig auf Ökostrom.

66 Hochschulen sind Zukunftslabore. Soziale und technische Innovationen müssen auch
67 in der Gesellschaft ankommen. Dazu braucht es Hochschulen, die ein offenes Ohr
68 haben. Es braucht Forschende, die gemeinsam mit der Gesellschaft und der
69 Wirtschaft Wissen schaffen. Dabei sind alle Fächer relevant, die Sozial- und
70 Geisteswissenschaften genauso wie die von uns gestärkten „Kleinen Fächer“.
71 Insbesondere disziplinübergreifendes Arbeiten gewinnt an Bedeutung. In
72 Reallaboren arbeiten Wissenschaftler*innen gemeinsam mit Vertreter*innen aus
73 Wirtschaft und Gesellschaft daran, konkrete Zukunftsprobleme zu lösen.
74 Regionale Hochschulpartnerschaften und Weiterbildungsstudiengänge fördern den
75 Wissenstransfer. Mit passgenauen Angeboten haben wir eine neue
76 Gründer*innenkultur an den Hochschulen etabliert. Mit dem Gründermotor oder dem
77 Wettbewerb Start-up BW ASAP („Academic Seed Accelerator Program“) motivieren wir
78 studentische Gründungsteams, ihre kreativen Ideen zu Geschäftsmodellen
79 weiterzuentwickeln und umzusetzen. So bringen wir Innovationen ins Land.

80 Für einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik

81 Die vergangenen Wochen und Monate haben uns eines noch einmal eindringlich vor
82 Augen geführt: Wissenschaft und Forschung sind wichtig für unsere Gesellschaft,
83 für unser Leben und unsere Gesundheit. Die Stimme der Wissenschaft hat in der
84 Corona-Krise zu Recht an Gewicht gewonnen. Wissenschaftliche Erkenntnisse können
85 zwar eine Zeit lang ignoriert werden. Auf Dauer jedoch kommen sie als Bumerang
86 zurück, wenn sie nicht beachtet werden. Das sehen wir in der Klimakrise ebenso
87 wie in der Corona-Krise.

88 Klar ist dabei: Politik und Wissenschaft haben unterschiedliche Rollen. Politik
89 entscheidet – aber verantwortungsvolle Politik entscheidet auf der Basis
90 wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir Grüne wollen den dafür notwendigen Dialog

91 zwischen Wissenschaft und Politik sowie Wissenschaft und Gesellschaft weiter
92 fördern und ausbauen. Nicht nur in der Krise, sondern auch im politischen
93 „Normalbetrieb“.

94 Gleichzeitig steht die Wissenschaft gerade in diesen Tagen durch Populismus und
95 Verschwörungsmythen stark unter Druck. Das reicht vom schlichten Leugnen
96 wissenschaftlicher Erkenntnisse bis hin zu öffentlichen Drohungen und Angriffen.
97 Dem treten wir Grüne entschieden entgegen. Wir zeigen Haltung für Wissenschaft
98 und für Wissenschaftsfreiheit!

99 Das gilt erst recht in Baden-Württemberg – der wichtigsten europäischen
100 Innovationsregion. Wir sind stolz auf unser erfolgreiches Forschungsland.
101 Nirgendwo sonst wird Zukunft so greifbar wie in Wissenschaft und Forschung.
102 Forscher*innen erkennen frühzeitig Probleme. Sie entwickeln Lösungen und tüfteln
103 an neuen Technologien. Studierende entfalten an den Hochschulen ihre
104 Persönlichkeit und bereiten sich auf das Lösen der Aufgaben von morgen vor.

105 Wissenschaft braucht einen fruchtbaren Nährboden und einen geschützten Raum,
106 damit sie in all ihren Disziplinen florieren kann. Sie braucht eine verlässliche
107 Grundfinanzierung, sie braucht Unabhängigkeit und Freiheit, und sie muss sich
108 dezentral entfalten können.

109 Aber Wissenschaft ist nicht unabhängig von Gesellschaft. Sie ist Teil von ihr.
110 Die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt sich an unseren Hochschulen wider.
111 Wissenschaft lebt von Vielfalt – wo dies noch nicht der Fall ist, wollen wir
112 Diversität, Inklusion sowie Barrierefreiheit in die Hochschulen tragen.

113 Wissenschaft steht im Austausch mit Gesellschaft. Sie befähigt die Gesellschaft
114 zu Reflexion und Kritik, zu einem verantwortlichen Handeln. Deswegen sind
115 Teilhabe und Partizipation für uns wichtige wissenschaftspolitische Werte. Im
116 Hochschulgesetz haben wir deshalb die Aufgabe der Wissenschaft verankert, an der
117 Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft mitzuwirken. Das
118 Vorsorgeprinzip gehört zu unserem europäischen Weg in Innovation und Forschung.

119 Eine zentrale Kompetenz des Landes ist seine Zuständigkeit für die Hochschulen.
120 Zugleich war Wissenschaft schon immer grenzüberschreitend. Der europäische und
121 internationale Austausch prägt sie heute mehr denn je. Denn die
122 Herausforderungen, vor denen wir als Menschheit stehen, sind global – die
123 Klimakrise ebenso wie die Frage, wie gutes Zusammenleben im digitalen Zeitalter
124 gestaltet werden kann und soll. Wir tragen zur Lösung dieser globalen
125 Herausforderungen bei. Das bedeutet für uns Fortschritt. Wissenschaft denkt
126 europäisch und international. Deshalb unterstützen wir den Austausch von
127 Studierenden und Wissenschaftler*innen genauso wie den Austausch von Ideen.
128 Statt Wissen zu monopolisieren, wollen wir auch zukünftig das Ideal der
129 wissenschaftlichen Gemeinschaft fördern: Wissen zu teilen und zu mehren. Deshalb
130 setzen wir uns für eine umfassende Open-Access- und Open-Science-Strategie des
131 Landes ein.

132 KI, Digitalisierung, Medizin: die Forschung an Zukunftsthemen stärken

133 Wir setzen auf eine strategisch ausgerichtete Forschungsförderung. Dabei bleiben
134 wir dem Prinzip „Breite und Spitze“ treu: Wir stärken Kompetenzen in den urbanen
135 Zentren wie im ländlichen Raum. Zugleich bündeln wir Spitzenkompetenzen und
136 vernetzen zentrale Akteur*innen. Unsere strategischen und
137 disziplinübergreifenden Themen für Baden-Württemberg sind: der Wandel der

138 Mobilität, die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, die Energie- und
139 Klimaforschung, der Fortschritt in Medizin und Lebenswissenschaften sowie
140 Digitalisierung und KI.

141 Der Innovationscampus Cyber Valley entfaltet schon jetzt internationale
142 Strahlkraft im Bereich der KI. Hier werden Spitzenforschung und Anwendung
143 zusammengebracht. Nach diesem Vorbild wollen wir auch für unsere weiteren
144 Zukunftsthemen dauerhafte Strukturen etablieren und damit jetzt beginnen. Dazu
145 gehört für uns jeweils zwingend die begleitende und unabhängige Forschung zu
146 ethischen Fragen und zur umfassenden Technikfolgenabschätzung. Die öffentlichen
147 Gelder für die Forschung zu Zukunftsthemen sollen wieder dem Gemeinwohl
148 zugutekommen. Wir werden hierzu die landesweite Vernetzung und Kommunikation
149 zwischen Forschenden und der Wirtschaft weiter unterstützen. Außerdem möchten
150 wir die Forschung zur nachvollziehbaren Künstlichen Intelligenz (Trustworthy
151 Artificial Intelligence) fördern, um zu verhindern, dass die Aussicht auf
152 schnelle Vorteile den kritischen Umgang mit der Technologie untergräbt.

153 Um die Hochschulfinanzierung weiterzuentwickeln, sehen wir ein
154 Landesforschungsbudget vor, über das wir Akzente setzen können – in einem
155 wissenschaftsgeleiteten und transparenten Verfahren.

156 In der Corona-Pandemie wurde die überragende Bedeutung der Hochschulmedizin
157 eindrucksvoll unter Beweis gestellt – indem auf Krisen reagiert und die
158 Gesundheitsversorgung sichergestellt wurde sowie innovative Ansätze für das Land
159 entwickelt wurden. Aus der Not ist schnell eine Tugend geworden – und aus
160 Konkurrenz nun dynamische Kooperation: Gemeinsam mit den vielen starken Zentren
161 der Hochschulmedizin im Land werden wir die Erfahrungen aus der Pandemie nutzen
162 und ein baden-württembergisches Netzwerk schaffen. In medizinischer Versorgung,
163 Forschung und Ausbildung sowie insbesondere Digitalisierung und KI fördern wir
164 dafür mit Nachdruck den Ausbau von Kooperationen im Land. Das kommt nicht nur
165 der Gesundheit der Bürger*innen direkt zugute. Es bringt auch das Land nach
166 vorne: Mit einem solchen Verbund kann Baden-Württemberg mit anderen
167 Spitzenregionen in Deutschland und international mithalten und wirtschaftlich
168 profitieren.

169 Zudem wollen wir in der Region Rhein-Neckar die Gesundheits- und
170 Lebenswissenschaften stärker bündeln – in Form eines weiteren Innovationscampus
171 ähnlich dem Cyber Valley. Von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung, von der
172 Krebsforschung bis zur KI werden wir Unikliniken, Hochschulen, außeruniversitäre
173 Forschung und Wirtschaft zusammenbringen. Durch enge regionale Vernetzung
174 schaffen wir so einen weiteren internationalen Leuchtturm der Spitzenforschung
175 im Land.

176 Wir unterstützen die baden-württembergische Forschung dabei, zukunftssträchtige
177 Forschungsfelder zu erschließen. Dazu gehören Quantencomputing und
178 Quantensensorik, Materialforschung, adaptive Fertigung und andere. Damit die
179 Mobilitäts- und Energiewende gelingt, müssen wir die Batterieforschung weiter
180 ausbauen. Wir unterstützen weitere Forschung in der Biotechnologie. Insbesondere
181 Bioökonomie und Verfahrenstechnik sind entscheidende Zukunftsfelder. In Medizin
182 und biotechnologischen Anwendungen konnten durch die Gentechnik wichtige
183 Fortschritte erzielt werden, während ihre Anwendung im Agrarbereich zu neuen
184 Problemen geführt hat. Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum
185 Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die

186 Freiheit der Forschung zu gewährleisten und andererseits bei der Anwendung
187 Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht die Technologie, sondern
188 ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt daher, an einem
189 strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip
190 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher
191 Basis und eine Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen
192 und über eine verbindliche Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die
193 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützen. Entsprechend braucht es eine
194 Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung. Gerade im Agrarbereich soll die
195 Forschung zu alternativen Ansätzen, die auf traditionelle und ökologische
196 Züchtungsverfahren setzen, gestärkt werden.

197 Corona-Krise und Klimakrise werfen Fragen der gesellschaftlichen
198 Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit auf. Auch darin sehen wir ein
199 zukunftsrelevantes Forschungsfeld. Bei der Förderung von Forschung, die für die
200 zentralen Transformationsprozesse im Zuge der Klimakrise relevant ist, gehen wir
201 inter- und transdisziplinär vor. Besonders im Fokus stehen dabei die
202 Gesellschaftswissenschaften, etwa wenn es um Fragen des gesellschaftlichen
203 Zusammenhalts oder der Einbindung gesellschaftswissenschaftlicher Perspektiven
204 in natur- und technikwissenschaftliche Fragenstellungen geht. Ein weiterer
205 Bereich sind Forschung und Lehre im Kontext pluraler Ökonomik, die wir zusammen
206 mit den volkswirtschaftlichen Fakultäten im Land stärken wollen. Um hier
207 wichtige Forschungsvorhaben angemessen fördern zu können, wollen wir
208 Begutachtungsprozesse bei der Fördermittelvergabe vermehrt an inter- und
209 transdisziplinären Ansätzen ausrichten.

210 Baden-Württemberg ist Vorreiter bei der Forschung zu KI und Digitalisierung.
211 Dies wollen wir weiter ausbauen – insbesondere die Robotik, die
212 Medizininformatik und die Verbindung zwischen KI und Gesundheitsfragen. Dazu
213 gehört auch eine verbesserte Datenbereitstellung, die die Diversität der
214 Menschen ausdrückt. Der „Gender Data Gap“ insbesondere in der KI-Forschung muss
215 geschlossen werden. Das bedeutet: Wir werden aktiv dafür Sorge tragen, dass der
216 Forschung gleichberechtigt Daten aller Geschlechter zugrunde gelegt werden. Wir
217 setzen uns für eine diskriminierungsfreie Datenverarbeitung ein. Damit werden
218 wir der Vielfalt gesellschaftlicher Realitäten gerecht. Wir setzen uns deswegen
219 für einen wertorientierten europäischen Weg der KI-Forschung ein.

220 Wir entwickeln unsere Hochschulen partnerschaftlich weiter

221 Wir stehen für die vollständige Umsetzung der Hochschulfinanzierungsvereinbarung
222 II. Sie bietet den baden-württembergischen Hochschulen finanzielle
223 Verlässlichkeit und eine sichere Grundfinanzierung – auch und gerade in der
224 Post-Corona-Zeit. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren lehnen wir weiter
225 ab.

226 In der kommenden Legislaturperiode muss über die Fortführung der
227 Hochschulfinanzierung entschieden werden. Mit einer
228 Hochschulfinanzierungsvereinbarung III wollen wir den Kurs einer verlässlichen
229 Grundfinanzierung fortsetzen. Neben einem Landesforschungsbudget, das nach
230 wissenschaftlichen Kriterien vergeben wird, legen wir dabei einen Schwerpunkt
231 auf die Themen Bau und Unterhalt.

232 Wir überprüfen die Hochschulgesetzgebung fortwährend auf ihre Krisenfestigkeit.
233 Daher etablieren wir beispielsweise Regeln für pandemiebedingte Verzögerungen in

234 Qualifikationsphasen oder die Anerkennung von Familienzeiten. Und zwar mit Blick
235 auf Studierende, wissenschaftliche Angestellte und Professor*innen, die aufgrund
236 fehlender Betreuung in ihrem Studium bzw. in Forschung und Lehre eingeschränkt
237 sind.

238 In einem „Dialogprozess Zukunftslabor Hochschulen“ wollen wir die Hochschulen
239 weiterentwickeln. Vertreter*innen aller Statusgruppen sollen hier gemeinsam mit
240 gesellschaftlichen Akteur*innen das Entwicklungspotenzial des baden-
241 württembergischen Hochschulsystems ausloten. Damit eröffnen wir einen Raum, in
242 dem mutig über zentrale Fragen nachgedacht werden kann: über die konkrete
243 Weiterentwicklung der Lehre, der Beteiligung, der Karrierewege und der
244 Hochschulgovernance. Als Vorbild kann hier der erfolgreich abgeschlossene
245 Kulturdialog dienen. Wir wollen die Ergebnisse des „Dialogprozesses
246 Zukunftslabor Hochschulen“ umsetzen. Die Hochschulgesetzgebung, Karrierewege und
247 landesweite Vorgaben für die Lehre entwickeln wir im Anschluss daran
248 entsprechend weiter.

249 Wir unterstützen zudem eine Modellhochschule dabei, mit neuen Lehr-, Forschungs-
250 und Governancekonzepten zu experimentieren und diese ganzheitlich umzusetzen.
251 Die Modellhochschule wird in einem wettbewerblichen Verfahren ausgewählt.

252

253 Auf Basis der Weiterentwicklungsklausel werden wir Hochschulverbänden, die ein
254 tragfähiges Konzept zur Qualitätssicherung vorlegen, ein eigenständiges
255 Promotionsrecht verleihen.

256 Update für Studium, digitale Lehre und innovative Lernmodelle

257 Wir verpassen Studium und Lehre ein Update. Dazu evaluieren wir die Erfahrungen,
258 die besonders im Corona-Semester gemacht wurden, gemeinsam mit Studierenden und
259 Lehrenden. Mit einer „Landesstrategie für digitale Lehre“ bringen wir die
260 sichere Digitalisierung der Hochschulen in Lehre und Forschung weiter voran.
261 Ziel ist es dabei, die digitale Lehre zur Grundlage einer „Bildung für alle“
262 auszubauen. Damit können sich Hochschulen weiter für die Gesellschaft öffnen –
263 ein gewünschter Wissenstransfer in die Gesellschaft.

264

265 Eine Hochschule für alle ist nicht nur baulich, sondern auch im Lehrmaterial und
266 in den Lehrformaten barrierefrei. Damit dies an allen Hochschulen gelingt,
267 werden wir das Studienzentrum für Sehgeschädigte (SZS) am Karlsruher Institut
268 für Technologie zu einem Dienstleistungszentrum für barrierefreie Lehre für alle
269 Hochschulen des Landes ausbauen.

270 Wir sorgen dafür, dass Studierende stärker in allen Gremien mit direktem Lehr-
271 und Studienbezug vertreten sind als heute und so ihre Erfahrung dort direkt
272 einbringen können. Perspektivisch stärken wir die Studierenden in den Gremien
273 der Studierendenwerke und geben ihnen mehr Mitspracherechte.

274 Wir fördern innovative Lehrmodelle wie beispielsweise das sogenannte „Service
275 Learning“ oder Hackathons. Hackathons sind Wettbewerbe, bei denen Studierende
276 gemeinsam mit Lehrenden hochschulübergreifend praxisorientierte Lösungen für
277 Zukunftsaufgaben suchen. Beim „Service Learning“ geht es darum, ein Studium mit
278 bürgerschaftlichem Engagement zu bereichern. Auch hierfür muss man Freiräume im
279 Studium und Leistungspunkte (ECTS) erhalten können.

280 Das Lehramtsstudium, das gemeinsam von Pädagogischen Hochschulen, Universitäten
281 und den Seminaren organisiert wird, ist entscheidend für die Qualität der
282 Lehrer*innen. Wir haben dieses Studium reformiert und Medienbildung sowie den
283 Umgang mit Heterogenität und Inklusion darin verankert. Darauf bauen wir auf.
284 Wir werden überprüfen, wo sich das reformierte Studium bewährt hat und wo es
285 Nachjustierungsbedarf gibt.

286 Vielfalt fördern, Freiheiten erhalten

287 Wir stärken die Vielfalt an den Hochschulen. Wir begleiten die Hochschulen in
288 Baden-Württemberg dabei, die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen, die im
289 Landeshochschulgesetz sowie in der Hochschulfinanzierungsvereinbarung II
290 verankert sind. Dazu zählt unter anderem die transparente Erfassung
291 gleichstellungsrelevanter Daten, etwa zu einem möglichen Gender Pay Gap. Wir
292 nehmen insbesondere die Studieneingangsphase sowie die Karriereverläufe wie
293 Berufungen und Tenure Track in den Blick. Die Maßnahmen zur Förderung von
294 Wissenschaftlerinnen werden wir ausbauen und verzahnen, die
295 Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen stärken. Perspektivisch setzen wir
296 uns für Unisex-Toiletten an unseren Hochschulen ein. Außerdem setzen wir uns für
297 einen diskriminierungsfreien Hochschulalltag von TIN-Studierenden (trans*,
298 intersex, nicht-binär) ein, zum Beispiel indem wir einfache Namensänderungen
299 ermöglichen und sämtliches Verwaltungspersonal sensibilisieren. Transphobie hat
300 an unseren Hochschulen keinen Platz.

301 Baden-Württembergs Hochschulen leben von engagierten Wissenschaftler*innen aus
302 der ganzen Welt. Gelingende Forschung braucht nicht nur eine gute finanzielle
303 Absicherung, sondern auch die Möglichkeit, frei zu denken und sich frei
304 auszutauschen. Für uns ist es eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, die
305 Vielfalt zu fördern und diese Freiheiten zu erhalten.

306

307 Hochschulen waren aber auch schon immer Orte kritischer Selbstreflexion. Die
308 Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) hat uns nochmal eindrücklich ins Bewusstsein
309 gerufen, wie sehr diskriminierende Strukturen und Denkweisen in der
310 Gesellschaft, aber auch in Institutionen verankert sind. Mit der Gesamtstrategie
311 „Koloniale Verantwortung“ arbeiten wir die koloniale Geschichte auch an unseren
312 Hochschulen auf. Jede Hochschule, die als Institution, durch ihre Sammlungen
313 oder durch Personen einen Bezug zur Kolonialzeit aufweist, soll ihre Strukturen
314 und Bezüge öffentlich aufarbeiten.

315 Die Hochschulen im Land bilden die Gestalter*innen von morgen aus. Hier wird
316 Zukunft gemacht! Wir Grüne wollen Studiengänge wie Informatik oder Technik- und
317 Naturwissenschaften so gestalten, dass diese für alle attraktiv sind. So können
318 unterschiedliche Lebenswelten und Perspektiven in die Gestaltung der Zukunft
319 einfließen. Im Sinne tatsächlicher Gleichberechtigung unterstützen wir dabei
320 besondere Angebote für Frauen in Studiengängen, in denen diese
321 unterrepräsentiert sind.

322 Studierende haben es oft schwer, ein bezahlbares Zimmer oder eine Wohnung zu
323 finden. Diese soziale Frage betrifft längst nicht mehr nur die
324 Universitätsstädte. Wir unterstützen daher die baden-württembergischen
325 Studierendenwerke bei ihrer Aufgabe, günstigen Wohnraum bereitzustellen.
326 Studierende mit Behinderungen sollen nachteilslos und diskriminierungsfrei an
327 unseren Universitäten studieren können. Deshalb setzen wir uns für

328 Barrierefreiheit der Gebäude sowie für einen fairen Nachteilsausgleich ein,
329 inklusive Prüfungsangeboten und der Sensibilisierung für Inklusion an
330 Hochschulen. Wir wollen den Austausch mit Studierenden mit psychischen
331 Störungen, chronischen Krankheiten oder unsichtbaren Behinderungen stärken, um
332 deren Bedürfnissen nach inklusiver Lehre nachzukommen.

333 Für Hochschulen, die Nachhaltigkeit erforschen – und umsetzen

334 Forschung trägt dazu bei, die drängenden Probleme des Klima- und Artenschutzes
335 zu lösen. Zugleich stecken im Bau und Betrieb der Hochschulen und
336 Studierendenwerke noch ungenutzte ökologische Potenziale. Beides wollen wir
337 miteinander verbinden.

338 Wissenschaft für Nachhaltigkeit – wir gehen voran. Dazu wollen wir einen
339 Schwerpunkt in der Forschungsförderung setzen. Hierzu werden wir erneut eine
340 „Expertengruppe Nachhaltigkeit“ einsetzen, die Handlungsempfehlungen für gute,
341 nachhaltige Forschungskonzepte erarbeitet. Wir wollen den „Umweltforschungsplan
342 Baden-Württemberg für Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ von Umwelt- und
343 Wissenschaftsministerium deutlich erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dem
344 ökologischen Grundlagenwissen in den relevanten Fächern einen stärkeren
345 Stellenwert zu geben. In der Lehramtsausbildung wollen wir Nachhaltigkeit und
346 Klimaschutz stärker verankern.

347 Sowohl in der Forschung als auch im Hochschulbetrieb soll Baden-Württemberg
348 Leitregion für emissionsfreie Mobilität werden. Dazu bauen wir analog zum Cyber
349 Valley eine landesweite Plattform Mobilitätsforschung entlang der Achse
350 Karlsruhe-Stuttgart-Ulm auf. Hierzu gehört auch das neue „Baden-Württemberg
351 Institut für Nachhaltige Mobilität“. Das Modellprojekt emissionsfreier Campus
352 wollen wir auf weitere Hochschulen ausweiten.

353 Unser Ziel: Hochschulen und Studierendenwerke sind ökologische Vorreiter in
354 Baden-Württemberg. Dafür machen wir Klimaschutz zur Chef*innensache: Wir haben
355 Nachhaltigkeit zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen erhoben und die
356 Verantwortung direkt bei den Hochschulleitungen angesiedelt. Sämtliche
357 Hochschulen sollen in den nächsten zehn Jahren auf einen CO₂-neutralen Betrieb
358 umgestellt werden. Dazu beschleunigen wir die Sanierungen der Hochschulgebäude,
359 um die Energieeffizienz zu steigern.

360 In den Hochschulmensen und Cafeterien der Studierendenwerke gehen täglich mehr
361 als 50.000 Essen über die Theke. Wir wollen den Anteil an biologischem und
362 regionalem Essen hier deutlich ausbauen. Außerdem soll jeden Tag ein preiswertes
363 veganes bzw. vegetarisches Gericht angeboten werden.

364 Wir unterstützen Forschungsvorhaben zur Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf
365 Fertigung und Konsumverhalten. Hochschulen und Studierendenwerke sollen nach
366 dem Zero-Waste-Prinzip eigene Strategien für eine vollständige
367 Kreislaufwirtschaft entwickeln und umsetzen. Wir stärken ihnen den Rücken!

368 Die gesellschaftliche Verantwortung der Forschung wird beim Thema Tierversuche
369 besonders deutlich. Wir fordern, eine bundesweite Negativdatenbank einzurichten.
370 So können unnötige Versuchswiederholungen verhindert werden. Wir wollen, dass
371 der Tierschutz im Landeshochschulgesetz verankert wird. Um Tierversuche zu
372 ersetzen, wollen wir Alternativmethoden stärken. Diese Methoden sind die
373 Zukunft. Wir haben deshalb in der vergangenen Legislaturperiode das 3R-Netzwerk

374 (Replacement, Reduction, Refinement) eingerichtet, das hier eine Vorbildfunktion
375 einnimmt. Damit wollen wir die Zahl der Tierversuche senken.

376 Technikfolgeabschätzung stärken – im Dialog mit Gesellschaft und Wirtschaft

377 Technikfolgenabschätzung stärken – Dialog verankern: Wir Grüne stehen für eine
378 Politik, die sich an wissenschaftlicher Evidenz orientiert. Es ist wichtig,
379 ethische Perspektiven und Fragen der Technikfolgenabschätzung frühzeitig in
380 die Forschung zu integrieren. Dabei geht es auch um die gesellschaftlichen
381 Auswirkungen von Forschungserkenntnissen und ihren möglichen Anwendungen. Hier
382 muss die Gesellschaft einbezogen werden. Daher wollen wir die
383 Technikfolgenabschätzung stärken und den Dialog der Wissenschaft mit Politik,
384 Gesellschaft und Wirtschaft institutionell verankern. Das Vorsorgeprinzip
385 liefert dazu eine wichtige Orientierung. Wir haben bereits einen Ethik-Beirat
386 zum Thema KI im Cyber Valley eingesetzt. Analog wollen wir ein landesweites
387 Forum Forschungsethik einrichten, das den Dialog zwischen Gesellschaft und
388 Wissenschaft, Politik und Wirtschaft organisiert.

389 Zudem wollen wir neue Formate der Beratung des Landtags durch die Wissenschaft
390 erproben. Das kann beispielsweise ein Rat sein, der mit zufällig ausgewählten
391 Bürger*innen und Wissenschaftler*innen besetzt ist und Impulse zu wichtigen
392 landespolitischen Themen gibt.

393 Eine wichtige Rolle beim Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft kommt der
394 Wissenschaftskommunikation zu. Das hat nicht zuletzt ihre Bedeutung in Zeiten
395 der Pandemie gezeigt. Wissenschaftliche Erkenntnisse so vermitteln zu können,
396 dass sie auch über die Fachwelt hinaus einem interessierten Publikum zugänglich
397 werden, ist eine wichtige Grundlage für wissenschaftlich fundiertes Handeln in
398 Politik und Gesellschaft. Dies stellt eine bedeutende Kompetenz für
399 Wissenschaftler*innen dar, die erlernt und eingeübt werden muss. Wir wollen
400 Wissenschaftskommunikation ausbauen und in der Hochschuldidaktik verankern. Das
401 Nationale Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWik) in Karlsruhe ist für
402 uns Ausgangspunkt für den Aufbau starker Orte für Wissenschaftskommunikation.
403 Sie sollen nicht nur Forschende weiterbilden, sondern auch die gesamte
404 Gesellschaft erreichen.

405 Den Austausch zwischen Hochschulen und ihren Standortkommunen wollen wir
406 stärken. Wir schlagen vor, dass Hochschulen hierzu unter Beteiligung
407 gesellschaftlicher Akteur*innen und der Hochschulangehörigen Leitbilder
408 erarbeiten. Im Ergebnis könnte geprüft werden, ob Gemeinderäte ein beratendes
409 Mitglied in die jeweiligen Hochschulräte entsenden.

410 Reallabore sind das Flaggschiff einer Wissenschaft, die am engen Austausch mit
411 der Gesellschaft orientiert ist. Hier lösen Wissenschaft und Gesellschaft
412 partnerschaftlich konkrete Probleme und tragen so dazu bei, die großen
413 gesellschaftlichen Herausforderungen zu lösen. Dieses Format wollen wir
414 verstetigen und ausbauen, auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa
415 im EUCOR-Verbund.

416 Bürger*innenwissenschaft oder „citizen science“ findet nicht nur im Reallabor
417 statt. Als Land wollen wir Anreize setzen, damit Hochschulen und
418 Forschungseinrichtungen diese Instrumente des beidseitigen Austauschs verstärkt
419 nutzen. Transfer und Partizipation in der Wissenschaft möchten wir weiter

420 ausbauen. Dazu wollen wir die Entwicklung und Umsetzung neuer
421 Beteiligungsformate fördern.

422 Hochschulen und Start-ups vernetzen, internationalen Austausch ausbauen

423 Wir gestalten innovative Wissenschaft aus einer Hand. Von der Grundlage bis zur
424 Anwendung braucht es eine gemeinsame Zuständigkeit und kluge Scharniere. Dies
425 betrifft insbesondere die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und der
426 Innovationsallianz, für die derzeit das Wirtschaftsministerium zuständig ist.
427 Hier kommt es immer wieder zu Reibungsverlusten. Wie in anderen Ländern wollen
428 wir daher die Zuständigkeit für die wirtschaftsnahe Forschung künftig im
429 Wirtschaftsministerium ansiedeln.

430 Die Wirtschaft in Baden-Württemberg befindet sich in einem grundlegenden
431 Transformationsprozess. Die Bedeutung der Hochschulen als Orte der
432 Weiterbildung, der beruflichen Neuorientierung und des lebensbegleitendes
433 Lernens nimmt zu. Wir stärken die Hochschulen in dieser Rolle – unter anderem
434 durch weitere flexible Studienmodelle, Online-Kurse und indem wir die
435 Rahmenbedingungen für ihre Weiterbildungsangebote anpassen. Auch bei ihren
436 Aktivitäten im Bereich Transfer und Start-ups werden wir die Hochschulen
437 weiterhin und noch umfassender als bisher unterstützen.

438 Wir wollen Förderprogramme und Gründungszentren wie den Gründermotor an
439 Hochschulen weiter ausbauen und vernetzen. An jeder Hochschule in Baden-
440 Württemberg wollen wir eine Außenstelle des Gründermotors etablieren, um junge
441 Gründer*innen zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die staatlichen Mittel
442 für Risikokapital aufstocken – für die sogenannte Pre-Seed-Phase vor der
443 Gründung, in der z.B. mit Forschung und Entwicklung die Basis gelegt wird, bis
444 zur Venture-Phase, in der das neue Unternehmen gegründet wird und Produktion und
445 Vertrieb aufgebaut werden. Damit helfen wir Start-ups im Land, auch
446 international sichtbar zu werden und sich schneller zu etablieren.

447 Der wissenschaftliche Austausch über alle Grenzen hinweg ist heute wichtiger
448 denn je. Wir unterstützen den europäischen und internationalen Austausch der
449 Hochschulen und der Studierenden. So beteiligen sich viele Hochschulen in Baden-
450 Württemberg an Europäischen Hochschulen. Der Europäische Campus Oberrhein
451 (EUCOR) ist hier ein Schrittmacher. Wir werden die europäische Vernetzung der
452 Hochschulen ausbauen und weiterentwickeln.

453 Darum Grün!

454 Wer Grün wählt, stimmt für

- 455 • Baden-Württemberg als starkes Hochschul- und Forschungsland, das die
456 strategischen Zukunftsthemen in der Forschung und die regionale und
457 internationale Vernetzung stärkt
- 458 • den Austausch zwischen Hochschule, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft
459 durch partizipative Forschungsformate
- 460 • neue Instrumente der Technikfolgenabschätzung und der wissenschaftlichen
461 Politikberatung
- 462 • ein Update beim digitalen Lernen und Lehren
- 463 • die Förderung der Vielfalt an den Hochschulen
- 464 • die Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit und für nachhaltig
465 betriebene Hochschulen

K7NEU Digitalisierung soll Mensch und Umwelt dienen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

1 Kapitel 7: Digitalisierung

2 Digitalisierung soll Mensch und Umwelt dienen

3 Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um unser
4 Leben nachhaltiger zu machen, den Alltag der Menschen zu erleichtern und
5 Prozesse zu vereinfachen. Hierfür braucht es einen politischen Rahmen, der
6 zukunftsweisende Innovationen fördert und negative Teilaspekte vermeidet. Wir
7 wollen die analoge und die digitale Welt klug verzahnen und sehen die
8 Digitalisierung als Querschnittsaufgabe. Dazu benötigt unsere vernetzte
9 Gesellschaft offene Diskussionsräume und eine kritische Digitalbildung.
10 Nachhaltige, ressourcenschonende Digitalisierung wird die Lebensqualität der
11 Menschheit verbessern und die Natur als unsere Existenzgrundlage erhalten.
12 Baden-Württemberg als führende Wissenschafts- und Wirtschaftsregion hat hier
13 einen großen Standortvorteil. Den müssen wir nutzen, um mit grüner Technologie
14 den sozialen und ökologischen Wandel international zu gestalten.

15 Wir verstehen den Breitbandausbau als Aufgabe der Daseinsvorsorge und wollen
16 weiter intensiv daran arbeiten, die Infrastruktur zu verbessern. Wir setzen uns
17 für einen flächendeckenden Ausbau ein und wollen auch die letzten weißen Flecken
18 mit schnellem Internet versorgen. Mit dem Betreibermodell sind wir bereits sehr
19 erfolgreich. Wir möchten die Landkreise und Kommunen damit weiterhin
20 unterstützen, leistungsstarke Netze ausbauen zu können. Dazu gehört für uns auch
21 der Ausbau von Smarter Infrastruktur. Teil dieser Offensive ist ein enges Netz
22 an WLAN-Hotspots, die öffentlich vollumfänglich zugänglich sind. Dabei wollen
23 wir auch Freifunk-Initiativen vor Ort unterstützen.

24 Weil die Bedeutung digitaler Infrastruktur und Wirtschaft im ganzen Land weiter
25 steigt, aktualisieren wir den Landesentwicklungsplan. Wir erweitern die
26 Regionalplanung um die Aufgabe, regionale Digitalpläne zu erstellen. Innovative
27 und verallgemeinerbare Vorhaben daraus werden wir fördern. Wir unterstützen eine
28 digitale Musterregion im ländlichen Raum, in der Kommunen, Landkreise, lokale
29 Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen gemeinsam ein solches
30 regionales Entwicklungskonzept umsetzen. Wichtig ist uns dabei eine
31 wissenschaftliche Begleitung von Anfang an.

32 Die Chancen der Digitalisierung für gute Arbeit wollen wir nutzen. Dafür wollen
33 wir die betriebliche Mitbestimmung stärken.

34 Innovationen ein Zuhause geben

35 Als erste Landesregierung haben wir eine umfassende Digitalisierungs- und KI-
36 Strategie auf den Weg gebracht. Das Cyber Valley in der Region Stuttgart-
37 Tübingen hat sich als führendes Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz
38 (KI) in Europa etabliert. Ihm haben wir einen Ethik-Beirat zur Seite gestellt,
39 um sicherzustellen, dass hier auch die ethischen und gesellschaftlichen
40 Auswirkungen von KI berücksichtigt werden. Das Cyber Valley wollen wir weiter
41 ausbauen und zum Kern eines Ökosystems machen, das Unternehmen, Start-ups,
42 Forschung und Entwicklung miteinander vernetzt. Eine wichtige Rolle kommt dabei

43 dem anwendungsorientierten KI-Innovationspark zu, den wir eng mit dem Cyber
44 Valley vernetzen wollen.

45 Neben den großen Chancen, die die Künstliche Intelligenz uns bietet, sind wir
46 uns der Risiken von Diskriminierung und unfairer Behandlung bewusst. Da KI immer
47 mehr Lebensbereiche – von Versicherungen, über Bewerbungsverfahren bis hin zu
48 polizeilichen Ermittlungen – betrifft, wollen wir führend im Bereich der
49 verantwortungsvollen KI-Entwicklung werden. Als Land wollen wir Vorbild sein und
50 KI nur einsetzen oder fördern, wenn die ethischen und gesellschaftlichen
51 Auswirkungen berücksichtigt worden sind.

52 Auch die Technologie von übermorgen haben wir schon heute im Blick: die
53 Quantentechnologie. Sie verspricht Fortschritte auf zahlreichen Gebieten – von
54 der medizinischen Diagnostik bis zur organischen Solarzelle. Unser Land steht
55 schon jetzt exzellent da und profitiert von einem Netzwerk, das die Stärken von
56 sieben Forschungsstandorten bündelt: Ulm, Stuttgart, Freiburg, Heidelberg,
57 Karlsruhe, Tübingen und Konstanz. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen und
58 mit anderen Technologiebereichen zusammenführen. Die Entwicklung des
59 quantentechnologischen „Computers der Zukunft“ fassen wir in einem
60 leistungsfähigen Netzwerk mit einem eigenen Forschungsprogramm zusammen.

61
62 Der digitale Markt wird oft von einzelnen Großunternehmen beherrscht, deren
63 Monopole für gesellschaftliche Teilhabe und fairen Wettbewerb oft eine Hürde
64 darstellen. Das europäische Wertemodell, bei dem Datenschutz und Netzneutralität
65 im Vordergrund stehen, soll am Technologiestandort Baden-Württemberg ein Antrieb
66 für neue Ideen und Unternehmen sein. Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung
67 von Sicherheitsmaßnahmen für Standard-Computer in einer „Post-Quanten-Zeit“.

68 Oft bleiben bahnbrechende Innovationen lange unentdeckt oder ihr
69 wirtschaftliches Potenzial wird unterschätzt. Beispielsweise wurde der MP3-
70 Standard, mit dem Musik übertragen und wiedergegeben werden kann, in Deutschland
71 entwickelt. Vermarktet aber haben ihn Unternehmen in anderen Ländern. Damit
72 solche grundlegenden Erfindungen entdeckt und gefördert werden, machen wir mit
73 unserem InnoLab_bw die Unterstützung bahnbrechender Innovationen zur Priorität.
74 Wir werden es perspektivisch mit der Agentur für Sprunginnovationen auf
75 Bundesebene verknüpfen und dahingehend ausbauen. Damit wollen wir die Chancen,
76 die der Erfindergeist der Menschen in unserem Land bietet, besser nutzen.

77 Digitalisierung als grünes Instrument gestalten

78 Wir wollen die Digitalisierung nach grünen Leitlinien gestalten: nachhaltig,
79 dezentral und offen sowie sicher und frei für alle. Wir nutzen den digitalen
80 Wandel, um soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit voranzubringen,
81 und machen Baden-Württemberg zum Vorreiter entsprechender
82 Informationstechnologie. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Digitalisierung auch
83 materielle Ressourcen verbraucht. Die digitale Welt ist energieintensiv und
84 keineswegs automatisch grün. Energie, die an einer Stelle eingespart wird, soll
85 nicht an anderer Stelle doppelt verbraucht werden. Damit wir unseren
86 Energieverbrauch insgesamt reduzieren, braucht es dringend politische
87 Weichenstellungen.

88 Wir werden die Nachhaltigkeit in der Digitalisierung zu einem
89 ressortübergreifenden Schwerpunktthema machen. Wir müssen den Fokus der Green-
90 IT-Strategie um den Software-Bereich erweitern, denn hier liegen enorme

91 Emissionseinsparpotenziale. Green Coding, also umweltfreundliche und
92 stromsparende Programmierung, wollen wir stärker in den betroffenen
93 Studiengängen und Ausbildungen integrieren. Auch auf der Hardware-Ebene werden
94 wir die Green-IT-Strategie des Landes weiterentwickeln. Es gilt, die IT-
95 Infrastruktur des Landes und der Kommunen klimaneutral aufzustellen. Wir wollen
96 den Stromverbrauch senken, indem wir zum Beispiel die Abwärme von Rechenzentren
97 nutzen und digitale Wartungs-, Steuerungs- und Regelungstechnik einsetzen.

98 Zur Produktion elektronischer Geräte werden viele seltene Ressourcen verwendet,
99 die nicht verbraucht werden, aber am Ende der Lebensdauer des Geräts im Müll
100 landen. Hier gilt es, eine Recyclingstrategie zu entwerfen, damit eine
101 Kreislaufwirtschaft entsteht und die Rohstoffe längerfristig aus der lokalen
102 Wirtschaft rückgeführt werden. Zusätzlich wollen wir die Rohstoffgewinnung und
103 die Arbeitsbedingungen entlang der IT-Wertschöpfungskette in den Blick nehmen
104 und Ansätze fördern, die fair produzierte und reparierbare Geräte entwickeln.

105
106 Wir werden die Prozesse der öffentlichen Verwaltung noch intensiver auf ihre
107 Digitalisierungspotenziale untersuchen und dabei den Blick insbesondere auf den
108 Ressourcenverbrauch und die Klimaauswirkungen legen. Wir unterstützen dies durch
109 einen revolvierenden Green-IT-Fonds, der eingesparte Ressourcen und eine bessere
110 Klimabilanz von Prozessen belohnt und so den Umstieg auf oder die Erweiterung um
111 einen digitalen Prozess erleichtert.

112 Wir verbinden Digitalisierung und Ökologie und machen Baden-Württemberg zur
113 europäischen Leitregion für eine nachhaltige Entwicklung der Digitalisierung.
114 Wir schaffen ein Netzwerk europäischer Regionen, das das Wissen und die Kräfte
115 in diesem Bereich bündelt.

116 Auch die Verkehrsinfrastruktur wird in den kommenden Jahren verstärkt mit
117 digitalen Technologien ausgestattet werden. Dazu gehört etwa das Europäische
118 Zug-Kontroll-System ETCS, eine Art Autopilot für die Schiene. Dazu gehören neue
119 Informations- und Kommunikationsmittel, die den Verkehr steuern. Oder die
120 intelligente Straße, die mit Fahrzeugen kommuniziert. In allen Feldern werden
121 wir die Digitalisierung vorantreiben, um Mobilität besser, vernetzter, sicherer
122 und nachhaltiger zu gestalten.

123 Ein freier und gleichberechtigter Zugang zur vernetzten Welt für alle

124 Wir setzen uns ein für eine digitale Welt, die niemanden ausschließt, die hass-
125 und diskriminierungsfrei ist. Alle sollen teilhaben können und den digitalen
126 Wandel mitgestalten. Mehr Angebote der Medienbildung und Informatik an Schulen,
127 aber auch Angebote für Senior*innen sind erforderlich, damit ein selbstbewusster
128 Umgang mit der Technologie in Zukunft Standard wird und die Digitalisierung die
129 Generationen nicht spaltet, sondern verbindet.

130 Wir setzen uns aktiv dafür ein, sichtbare und unsichtbare Diskriminierungen im
131 IT-Bereich abzubauen. Das betrifft etwa die Wahl von Schul- und Studienfächern
132 oder die Berufswahl. Das betrifft aber auch selbstlernende Systeme, die
133 Vorurteile in ihrer Datenbasis verankern. Mit umfassenden Bildungsangeboten
134 sowie Wettbewerben, Förderprogrammen und Hackathons wollen wir alle an der
135 Entwicklung digitaler Werkzeuge beteiligen, die solche Barrieren abbauen.

136 In der Corona-Krise wurde sehr deutlich, wie essenziell eine stabile und
137 schnelle Internetverbindung für Teilhabe ist und dass die Infrastruktur in

138 Baden-Württemberg hier weiter stark ausgebaut werden muss. Der Zugang zu
139 schnellem Internet gehört zur Daseinsvorsorge und muss deshalb flächendeckend,
140 sicher und diskriminierungsfrei sein. Denn eine funktionierende digitale
141 Infrastruktur ist Voraussetzung für Arbeit, gesellschaftliches Leben, Bildung,
142 Kultur und unsere alltägliche Kommunikation. Ist das gewährleistet, kann
143 Digitalisierung für Chancengerechtigkeit sorgen. Dann löst sie Abhängigkeiten
144 und wird zum Innovationssprungbrett für Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und
145 Zivilgesellschaft. Wir wollen der Zivilgesellschaft Raum geben, um die digitale
146 Zukunft mitzugestalten – zum Beispiel in Hackerspaces. Wir wollen aber auch
147 Menschen, die aufgrund ihres Alters mit digitalen Medien nicht vertraut sind,
148 bezüglich der gesellschaftlichen Teilhabe im Blick behalten und mit entsprechend
149 angepassten Angeboten unterstützen.

150 Wir forcieren eine neue Kultur der Offenheit. Wir werden Daten,
151 Forschungsergebnisse und Bildungsmaterialien zur Verfügung stellen und
152 Schnittstellen offenlegen. So wollen wir die Vernetzung fördern sowie Open-
153 Source-Anwendungen und -Communitys unterstützen. Wir sind überzeugt: Was mit
154 öffentlichen Geldern bezahlt wurde, soll auch öffentlich verfügbar sein.

155
156 Wir setzen uns dafür ein, das digitale Ehrenamt zu fördern. Zudem treten wir für
157 verbesserte rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen für die „Open“-Bewegung
158 ein.

159 Schutz unserer Privatsphäre und persönlichen Daten

160 Selbstbestimmung über die eigenen Daten und höchste Standards beim Datenschutz
161 und der IT-Sicherheit – darin soll Baden-Württemberg ganz vorne stehen. Wir
162 stärken den Verbraucherschutz, indem wir die Kapazitäten und Kompetenzen für die
163 Überprüfung von Software bei der Marktaufsicht erhöhen. So können wir Mängel
164 hinsichtlich IT-Sicherheit und Datenschutz bei vernetzbaren Konsumgütern finden
165 und ahnden.

166 Durch die fortschreitende Vernetzung und Digitalisierung in allen
167 Gesellschaftsbereichen eröffnen sich auch Sicherheitslücken. Insbesondere der
168 Bereich der kritischen Infrastruktur und sensible Daten der Bürger*innen müssen
169 streng geschützt werden. Dafür stärken wir das Amt des*der Landesbeauftragten
170 für Datenschutz und Informationsfreiheit. Unsere Unternehmen unterstützen wir
171 über die Cyberwehr Baden-Württemberg und verknüpfen diese mit der Wissenschaft.

172 Der souveräne Umgang mit digitalen Angeboten ist eine Schlüsselkompetenz in der
173 Digitalität. Und dies umfasst weit mehr, als Handy, Tablet und Co. technisch
174 bedienen zu können. Die Medienbildung haben wir daher schon in den vergangenen
175 Jahren in Schule, Hochschule und außerschulischen Angeboten fest verankert. Hier
176 werden wir anknüpfen und unter anderem die erfolgreiche Initiative
177 Kindermedienland verstetigen und weiter ausbauen.

178 Fake News und Verschwörungsmythen, die sich über das Netz ausbreiten, schüren
179 Hass und Angst. Befördert wird dies vielfach durch die Algorithmen von
180 Internetgiganten wie Facebook und Google. Sie lassen regelrechte Echokammern
181 entstehen, in denen die Meinungsvielfalt keinen Platz hat. Dem wollen wir
182 entschieden entgegenreten und werden auch weiterhin Fake News und Hass im Netz
183 bekämpfen!

184 Für eine modernisierte und digital-souveräne Verwaltung

185 Mit dem Beteiligungsportal des Landes haben wir im Zeitalter der
186 fortschreitenden Digitalisierung einen wichtigen Baustein einer modernen
187 partizipativen Politik konzipiert, der neue Maßstäbe setzt. Damit nutzen wir das
188 Wissen und die Kreativität der Menschen im Land. Die zahlreichen Rückmeldungen
189 auf diesem Weg sind wertvolle Impulse für die politische Arbeit der
190 Landesregierung, mit denen wir uns weiterhin ernsthaft auseinandersetzen.

191 Um Transparenz zu garantieren und Beteiligung zu ermöglichen, wollen wir die E-
192 Government-Angebote weiter ausbauen. Verwaltungsleistungen wie die Anmeldung zum
193 Kindergarten, Plakatiergenehmigungen oder der Bauantrag werden so barrierefrei
194 und mehrsprachig digital zur Verfügung gestellt. Sie können über das
195 Verwaltungsportal service-bw unkompliziert genutzt werden. Das Once-Only-Prinzip
196 (einmal anmelden, Daten weitergeben, Datenschutz beachten), der Schutz
197 personenbezogener Daten der Bürger*innen und beste IT-Sicherheit sind für uns
198 dabei zentral. Der Gang zum Amt, das lästige Ausfüllen von Formularen und lange
199 Wartezeiten gehören damit der Vergangenheit an. Dazu wollen wir tiefgreifende
200 Kompetenzen in der Verwaltung aufbauen. Wir wollen die Verwaltungsdaten des
201 Landes und der Kommunen im Sinne von Open Government Data verständlich machen
202 und entsprechend aufbereitet zur Verfügung stellen. Alle sollen darauf zugreifen
203 und sie als Innovationstreiber nutzen können.

204 Wir werden die Digitalisierung zur Chefsache machen. Denn hier gilt es, über die
205 Ressortgrenzen hinaus zu denken und zu agieren, um Innovationen und Ideen in
206 Wirtschaft und Verwaltung zu fördern und die Digitalisierung in der
207 Öffentlichkeit zu repräsentieren.

208 Um die digitale Souveränität des Landes und der Kommunen sicherzustellen, setzen
209 wir in der Beschaffung und Entwicklung von Software konsequent auf Open-Source-
210 Lösungen. In der IT-Infrastruktur des Landes verhindern wir digitale Monopole
211 und stellen uns gegen beherrschende Marktstrukturen. Die digitale Autonomie ist
212 uns insbesondere im Bildungsbereich wichtig, etwa beim Aufbau digitaler
213 Lernplattformen. Wir wollen Abhängigkeiten von IT-Großkonzernen vermeiden. Wir
214 stärken die öffentlichen IT-Dienstleister BITBW und Komm.ONE und stellen ihre
215 Eigenentwicklungen künftig unter offene Lizenzen. Auf lange Sicht wollen wir
216 unsere öffentlichen IT-Dienstleister fusionieren, damit Land und Kommunen hier
217 noch enger zusammenarbeiten können. So bündeln wir die Zuständigkeiten für die
218 Verwaltungsdigitalisierung und -modernisierung. Der Vorstand dieses künftigen
219 IT-Verbundes, der von Land und Kommunen gemeinsam getragen wird, soll zugleich
220 Chief Information Officer (CIO) werden, also IT-Leiter*in des Landes – mit
221 entsprechender Ausstattung und zusätzlichen Kompetenzen.

222 In enger Kooperation mit den Kommunen im Land wollen wir die Digitalisierung der
223 Verwaltung in die Fläche tragen. Ein Instrument, das wir hierzu weiter ausbauen
224 wollen, ist die Digitalakademie@bw. Sie trägt den digitalen Kulturwandel in die
225 Verwaltung, fördert Innovationen und macht sie allen zugänglich.

226
227 Ein weiteres Instrument zur Stärkung der Verwaltung ist die Zusammenarbeit mit
228 GovTech Start-ups. Darum werden wir in allen öffentlichen Verwaltungen nicht nur
229 die Vergabeprozesse auf ihre Start-up-Freundlichkeit ausrichten, sondern auch
230 systematisch überprüfen, wo wir selbst Verwaltung durch zeitgemäße digitale und
231 KI-basierte Lösungen modernisieren, effizienter und bürger*innenfreundlicher
232 gestalten können. Wir wollen über die nächsten fünf Jahre zusammen mit unseren
233 kommunalen Körperschaften europaweit führend in der Einbindung von

234 GovTechs/Start-ups werden und uns so auch als Standort für diese globale
235 Wachstumsindustrie etablieren.

236 Darum Grün!

237 Wer Grün wählt, stimmt für

- 238 • eine Politik, die den digitalen Wandel konsequent nutzt, um soziale,
239 ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit voranzubringen
- 240 • den Ausbau des InnoLab_bw zu einer Agentur, die den Erfindergeist nutzt
241 und bahnbrechende Geschäftsmodelle fördert
- 242 • eine Open-Data-Politik, die mehr Transparenz schafft und allen den Zugang
243 zu Daten der öffentlichen Hand gewährt
- 244 • höchste Standards bei Datenschutz und IT-Sicherheit
- 245 • digitale Autonomie von Land und Kommunen
- 246 • eine barrierefreie, digitale Verwaltung, die den Alltag von Bürger*innen
247 und Unternehmen erleichtert

K8NEU Nachhaltiges Wohnen bringt Lebensqualität und Klimaschutz zusammen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

1 Kapitel 8: Wohnen und Raumplanung

2 Nachhaltiges Wohnen bringt Lebensqualität und Klimaschutz zusammen

3 Wohnen ist mehr als eine Adresse zu haben. Mehr als Zimmer, Küche, Bad. Wohnen
4 bedeutet, ein Zuhause zu haben und eingebunden zu sein in eine Gemeinschaft.
5 Dies wollen wir als Grüne so lebenswert wie möglich gestalten: mit einer
6 Aufwertung der Stadtviertel und Ortskerne, einer Anbindung an den öffentlichen
7 Nahverkehr und einer Art zu bauen, die innovativ, menschen- und umweltfreundlich
8 ist. Wir denken bezahlbaren Wohnraum und Klimaschutz zusammen. Wir stehen für
9 eine Raumplanung, die Flächen schont und Quartiere lebendig hält.

10 Grüne Wohnungspolitik zeigt zunehmend Wirkung! Wir haben ein starkes
11 Landeswohnraumförderprogramm auf den Weg gebracht und es mit 250 Millionen Euro
12 jährlich ausgestattet. Sowohl bei unserem Schwerpunkt Mietwohnungsbau als auch
13 beim Wohneigentum haben wir die Bedingungen deutlich verbessert. Mehr als eine
14 Milliarde Euro wird die Landesregierung bis 2021 in die Förderung von
15 bezahlbarem Wohnraum investieren. Wir haben die Kommunen gestärkt, damit sie ihr
16 Ziel erreichen und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Mit dem neu
17 aufgelegten Grundstücksfonds des Landes ermöglichen wir es auch Kommunen mit
18 weniger Finanzkraft, Grundstücke aufzukaufen. So schaffen wir die
19 Voraussetzungen für eine vorausschauende und gemeinwohlorientierte Grundstücks-
20 und Wohnungspolitik. Dieser Grundstücksfonds bildet zusammen mit dem
21 „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ den „Kommunalfonds Wohnraumoffensive BW“. Damit
22 unterstützen wir die Kommunen passgenau beim Bauen und Planen. Sie sind hierfür
23 die entscheidenden Akteure. Über den Grundstücksfonds hinaus wollen wir ihnen
24 über das Agrarverbesserungsstrukturgesetz den Zugang zu Grundstücken
25 erleichtern.

26 Wir wollen nicht nur bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern auch den Klimaschutz
27 stärken. Das war und ist uns besonders wichtig. Seit 2020 müssen geförderte
28 Neubauten energetischen Standards genügen, die auch langfristig das Klima
29 schützen und für geringere Wohnkosten sorgen. Um dieses Ziel für die
30 Bauträger*innen möglich zu machen, haben wir als grün-geführte Landesregierung
31 die Förderung erhöht. In der Landesbauordnung haben wir die Hemmnisse beim
32 Holzbau beseitigt und damit regionales, klimaschonendes und innovatives Bauen
33 vorangetrieben. Wir haben die Voraussetzungen für zukunftsfähige Mobilität
34 vorangebracht und es leichter gemacht, innerörtliche Flächen zu nutzen. Im
35 Klimaschutzgesetz haben wir die Pflicht für Photovoltaikanlagen auf allen
36 Neubauten ohne Wohnnutzung verankert und damit bundesweit Maßstäbe gesetzt. Im
37 nächsten Schritt wollen wir eine Solarpflicht auch für neue Wohngebäude
38 durchsetzen und das Ziel „Photovoltaik auf allen geeigneten Bestandsgebäuden“
39 angehen. Dies erreichen wir durch die Einführung eines kommunalen
40 Solarpotenzialkatasters, das jede Kommune ab dem Jahr 2023 erstellt.

41 Als grün-geführte Landesregierung haben wir die Mietpreisbremse für 89 Kommunen
42 auf ein stabiles Fundament gesetzt und die Kappungsgrenzen abgesenkt, um
43 Mieterhöhungen auszubremsen. Zudem haben wir in diesen Kommunen die

44 Kündigungssperrfrist von drei auf fünf Jahre verlängert, um die Mieter*innen zu
45 schützen, wenn aus einer Mietwohnung eine Eigentumswohnung wird. Für bestimmte
46 Stadtgebiete muss aufgrund der Umwandlungsverordnung eine Genehmigung erteilt
47 werden, wenn eine Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird. Wir
48 verstehen die Mietpreisbremse als Schutzschirm für bezahlbare Wohnungen. Wenn
49 Wohnungen neu vermietet werden, darf der*die Vermieter*in in diesen 89 Kommunen
50 maximal zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Bei
51 bestehenden Verträgen darf die Miete nur noch um 15 Prozent innerhalb von drei
52 Jahren erhöht werden.

53 Wir sind überzeugt: Wohnungen sind zum Wohnen da! In angespannten
54 Wohnungsmärkten müssen wir sie wirksam vor Zweckentfremdung schützen. Darum
55 haben wir Anbietern wie Airbnb mit einem Zweckentfremdungsverbotsgesetz Grenzen
56 gesetzt. So verhindern wir, dass aus Wohnungen dauerhafte Pensionen werden.
57 Zudem haben wir Gemeinden ermöglicht, Vermieter*innen von Ferienwohnungen zu
58 einer Registrierung zu verpflichten. Das schafft mehr Transparenz und
59 Rechtssicherheit – sowohl für Kommunen als auch für Betreiber*innen von
60 digitalen Vermittlungsplattformen.

61 Wohnraum für alle – bezahlbar und klimaneutral

62 Jede*r hat das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Zuhause. Insbesondere
63 in den Ballungszentren Baden-Württembergs konkurrieren Familien,
64 Alleinerziehende, Senior*innen mit kleiner Rente und junge Menschen um günstigen
65 Wohnraum. Deshalb wollen wir in den kommenden zehn Jahren dem Mietwucher die
66 Grundlage entziehen und den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt erhöhen,
67 sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich. Zudem wollen wir
68 ausreichend altersgerechten Wohnraum schaffen. Was uns wichtig ist: Der
69 Geldbeutel darf dabei nicht entscheiden, ob wir beim Wohnen auch das Klima
70 schützen können. Klimaneutrales Wohnen soll für alle selbstverständlich werden.

71
72 Als Land wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sanieren die
73 landeseigenen Gebäude kreislaufgerecht und wollen – wo möglich – durch
74 Aufstockungen der landeseigenen Wohngebäude neuen und bezahlbaren Wohnraum
75 schaffen. Mit den jetzigen Eigentümer*innen der 21.000 ehemals landeseigenen
76 LBBW-Wohnungen wollen wir Gespräche führen. Unser Ziel ist, dass wir möglichst
77 viele dieser Wohnungen nach Auslaufen des Kündigungsschutzes 2022 zum Beispiel
78 mittels Belegungsbindungen bezahlbar halten. Die Förderprogramme wollen wir
79 ständig aktuell attraktiv halten und so viele Mittel bereitstellen, dass alle
80 Anträge bedient werden können.

81
82 Das Kompetenzzentrum Wohnen wollen wir zu einem umfassenden
83 Unterstützungsangebot des Landes beim Thema Bauen und Wohnen ausweiten. Diese
84 Unterstützung wollen wir neben den Kommunen auch gemeinwohlorientierten Trägern
85 zugänglich machen. Das gilt besonders auch für Genossenschaften. Sie spielen
86 eine wichtige Rolle, um sowohl bezahlbaren als auch klimaneutralen Wohnraum zu
87 schaffen. Mit einer Gründungsoffensive für kommunale Wohnungsbaugesellschaften
88 wollen wir Kommunen stärken, Boden und Wohnraum selbst vor Ort zu erwerben und
89 gestalten.

90 Wir Grüne wollen lebendige Dörfer und lebenswerte Städte! Dazu brauchen wir eine
91 sorgfältige Raumplanung und Siedlungsentwicklung. Sie muss den Marktkräften
92 einen Rahmen setzen, Erneuerung ermöglichen und Investitionen anziehen. Ob eine

93 Stadt lebenswert ist, entscheidet sich auch daran, wie viele Kinder auf der
94 Straße spielen. Ob ein Dorf lebendig ist, zeigt sich auch daran, wie viele 80-
95 Jährige daheim leben und am örtlichen Leben teilhaben können. Beides soll bis
96 2030 nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein! Dazu müssen wir vor allem die
97 Planung neu denken, die Versorgung mit Geschäften, Ärzt*innen und Behörden
98 wieder dezentralisieren und lokale Angebote stärken. Wir wollen eine
99 Alltagsversorgung, die zu Fuß erreichbar ist. Alle Altersgruppen wollen wir ins
100 Boot holen. Auch junge Menschen sollen eine Möglichkeit erhalten, sich an der
101 Planung ihrer Lebensumgebung zu beteiligen. Das Kompetenzzentrum Wohnen soll
102 daher ein Beteiligungsformat für Kinder und Jugendliche an der Stadtplanung
103 erarbeiten und den Kommunen zur Verfügung stellen.

104 Mehrgenerationenhäuser und barrierefreies Wohnen fördern

105 Unsere Gesellschaft ändert sich und mit ihr die Wohnbedürfnisse. Es gilt, die
106 Gebäude und ihre Nutzung an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Der
107 Bedarf an Mehrgenerationenhäusern oder barrierefreiem Wohnraum steigt ebenso wie
108 der Bedarf an neuen gemeinschaftlichen Wohnformen. Statt neu zu bauen, wird das
109 Umbauen und Modernisieren wichtiger. Wir werden deshalb die vorhandene Förderung
110 intensivieren und weiterentwickeln, um bestehenden Wohnraum besser und
111 effektiver zu nutzen.

112 Wo immer Menschen mehrerer Generationen zusammenleben wollen, sollten wir sie
113 unterstützen. Dies fördert nicht nur den Zusammenhalt, sondern wirkt auch vielen
114 Problemen der modernen Gesellschaft entgegen – von Vereinsamung bis
115 Kinderbetreuung. Um das Mehrgenerationenwohnen zu fördern, wollen wir das
116 Informations- und Beratungszentrum Mehrgenerationenhäuser (IBZ) fest etablieren.
117 Auch das Bauen in Baugemeinschaften wollen wir stärken und gemeinschaftliches
118 Wohnen etwa von Studierenden fördern.

119

120 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Homeoffice eine ernsthafte Alternative zur
121 Arbeit im Büro darstellt. Im ländlichen Raum kämpft man aber häufig mit einer
122 schlechten Internetanbindung. Zudem fehlt oft Platz in der eigenen Wohnung.
123 Daher wollen wir ein Pilotprojekt „Coworking-Spaces“ im eher ländlichen Raum
124 starten, das gut ausgestattete und angebundene Büroräume zur Verfügung stellt
125 und so nachhaltig lange Pendelweg erspart.

126 Barrierefreiheit erleichtert das Wohnen im Alter. Daher wollen wir das
127 Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ausweiten und für das Thema „Wohnen im
128 Alter“ und für private Anfragen öffnen. Die Einrichtung „halböffentlicher“
129 Räume, die Privatpersonen bei Bedarf anmieten können, sowie Gemeinschaftsflächen
130 wollen wir fördern. Zusätzlich zu den Programmen der Kreditanstalt für
131 Wiederaufbau (KfW) brauchen wir eine Förderlinie des Landes für barrierefreies
132 Bauen.

133 Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die sich bemühen, das Qualitätssiegel
134 „Age-friendly City“ („Altersfreundliche Stadt“) der Weltgesundheitsorganisation
135 (WHO) zu erlangen.

136 Auch in Baden-Württemberg gibt es viele Menschen ohne festen Wohnsitz. Für sie
137 muss neben sozialen Hilfsangeboten vor allem kurzfristig verfügbarer Wohnraum
138 bereitstehen. Wir orientieren uns hier am Ansatz des „Housing first“. Das
139 bedeutet: Zuerst wird eine Unterkunft vermittelt, erst dann folgen alle weiteren

140 Hilfen. Wir werden die Kommunen bei dieser Praxis, die in Finnland bereits
141 erfolgreich ist, unterstützen.

142 Für faire Mieten und ein nachhaltiges Flächenmanagement

143 Wir unterstützen Initiativen, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes
144 ändern wollen. Unsere gemeinsamen Ziele sind, die Wohngemeinnützigkeit wieder
145 einzuführen, gemeinwohlorientierte Mietshäuser zu fördern und das Mietrecht
146 sozial weiterzuentwickeln. Wir wollen alle Kompetenzen des Landes nutzen, um
147 explosive Mietsteigerungen zu bremsen oder zu begrenzen – entweder durch
148 Regelungen des Landes selbst oder durch mögliche Ermächtigung der Kommunen,
149 entsprechende Regelungen für ihr Gebiet erlassen zu können.

150 Flächen sind ein begrenztes Gut. Deshalb ist es uns Grünen wichtig, schonend
151 damit umzugehen. Grundlage für die Raumordnung im Land ist der
152 Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Jahr 2002. Er steckt zentrale Ziele ab: die
153 natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes
154 als Wirtschafts- und Wohnstandort zu sichern, die Funktion von Land- und
155 Forstwirtschaft zu erhalten und angemessene Gestaltungsmöglichkeiten für
156 kommende Generationen zu bewahren. Mit Blick auf diese Ziele stehen wir vor
157 großen neuen Herausforderungen! Deshalb muss der LEP novelliert werden, um dem
158 Umwelt- und Klimaschutz sowie der Flächeneinsparung noch mehr Gewicht zu geben.
159 Auch die digitale Infrastrukturplanung muss aufgenommen werden. In einem breiten
160 Beteiligungsverfahren wollen wir zudem für mehr Transparenz sorgen und so auch
161 die Akzeptanz erhöhen.

162 Vor Ort sind die Städte und Gemeinden für das Flächenmanagement zuständig. Wir
163 wollen sie im „Kompetenzzentrum Wohnen“ unterstützen, einen Fonds für
164 Flächentausch zu gründen. Hier werden bereits bebaubare Grundstücke gegen
165 Anteile an einem Wohnraumpool oder zukünftig umzulegende Grundstücke getauscht.
166 Und dies gerne auch interkommunal! Das Kompetenzzentrum soll um den Sektor
167 Gewerbebau erweitert werden und gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft
168 einen Aktionsplan „Flächensparen“ erarbeiten. Wir wollen uns moderierend
169 einbringen, um Brachflächen zu aktivieren. Wir werden dafür über das
170 Kompetenzzentrum Wohnen „Flächen-Scouts“ vermitteln. Ihre Aufgabe wird es sein,
171 geeignete Flächen für den Wohnungsbau zu identifizieren, Hindernisse im Dialog
172 mit Eigentümer*innen und Kommunen abzubauen und gegebenenfalls auch
173 Flächentausche zu vermitteln. Des Weiteren wollen wir die Kommunen dabei
174 unterstützen, auf Grundstücksbesitzer*innen zuzugehen, um Flächen für sogenannte
175 Tiny Houses, also Minihäuser, freizugeben. So setzen wir dem Wohnungsmangel
176 nachhaltige, flexible Konzepte entgegen. All dies unterstützt den Bau von
177 bezahlbarem Wohnraum!

178 Um den Flächenverbrauch einzudämmen, soll bezahlbarer Wohnraum durch Bauen nach
179 oben entstehen. Wir wollen ein Förderprogramm für Dachausbauten und
180 Aufstockungen für private Hausbesitzer*innen sowie kleine und mittlere
181 Wohnungsunternehmen, beispielsweise mit der landeseigenen Förderbank L-Bank, auf
182 den Weg bringen. Voraussetzung für die Förderung ist die Schaffung von
183 bezahlbarem Wohnraum.

184

185 Auch das Wohnraumförderprogramm kann dazu beitragen, nachhaltig mit Flächen
186 umzugehen. Deshalb wollen wir dort Erbbaurechtsmodelle fördern. Nachdem

187 verschiedene Hemmnisse für Aufstockungen in der Landesbauordnung ausgeräumt
188 wurden, wollen wir ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

189 Innovatives Bauen bringen wir voran – nachhaltig!

190 Wir Grüne legen großen Wert auf das Bauen mit regionalen und nachhaltigen
191 Baustoffen. Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit wollen wir die Holzbauoffensive
192 fortführen und nachhaltige Bauweisen unterstützen. Allein die Herstellung von
193 Beton verursacht rund acht Prozent des weltweit ausgestoßenen CO₂. Allerdings
194 werden Gebäude weiterhin in Massivbauweise errichtet. Im Sinne einer
195 nachhaltigen Entwicklung muss sich der Massivbau deshalb bis spätestens 2030
196 komplett auf kreislauffähige und klimaneutrale Bauweisen umgestellt haben. Daher
197 fördern wir Recycling-Beton und führen eine Recycling-Beton-Quote für Neubauten
198 des Landes ein. Um dem aktuellen Rohstoffmangel entgegenzuwirken, setzen wir uns
199 für die Entwicklung eines Katasters für Materialien ein. Damit können Gebäude
200 als Rohstofflager und Städte als Rohstoffminen geplant und genutzt werden. Wir
201 fördern die Einrichtung eines Zentrums für Architektur und Ingenieurbau. Die
202 Baukompetenz in Baden-Württemberg werden wir weiter aktivieren und nutzen.
203 Modellprojekte für preisgünstige und innovative Bauweisen wollen wir erproben
204 und Plus-Energie-Siedlungen zum Normalfall machen – also Siedlungen, die über
205 das Jahr gesehen aus grünen Quellen wie Photovoltaik mehr Energie erzeugen als
206 sie verbrauchen. Wir wollen die Solarpflicht auf Wohngebäude ausweiten und die
207 Nachrüstung von Bestandsgebäuden beschleunigen. Bei Bestandsgebäuden muss der
208 Energieverbrauch sinken. Das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene
209 Liegenschaften setzen wir weiter konsequent um und erweitern es um den Aspekt
210 der Ressourcenschonung. Wir sanieren die landeseigenen Gebäude mit
211 kreislaufgerechten Materialien und geeigneten Sanierungsfahrplänen.
212 Sanierungsförderprogramme koordinieren wir zentral und sorgen für die
213 ganzheitliche Betrachtung nach den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens. Dazu
214 gehört es, die CO₂-Bilanzierung und alle Ressourcen- und Energieflüsse zu
215 betrachten.

216 Die Digitalisierung bietet viele Chancen: Sie kann etwa Verwaltungsprozesse
217 beschleunigen und eine vernetzte Planung und Bewirtschaftung von Gebäuden
218 ermöglichen – das sogenannte Building Information Modeling (BIM). Diese Chancen
219 wollen wir ergreifen. Den Weg der Kommunen zu nachhaltigen, digitalen,
220 partizipativen und smarten Städten und Dörfern werden wir von Landesseite
221 unterstützen, insbesondere durch digitale Beteiligungsprozesse bei der
222 Bauleitplanung. Bauen für Menschen geht nur mit Beteiligung von Menschen!

223 Wir Grüne sehen die Kapazitätsengpässe im deutschen Bausektor mit Sorge. Ein
224 entscheidendes Problem, auch bei der Bauwirtschaft, ist der Fachkräftemangel.
225 Wir wollen deshalb in Baden-Württemberg eine Ausbildungs- und Studienoffensive
226 für Berufe im Bausektor starten und die Forschung im Bereich der Städteplanung
227 und der Bauwirtschaft stärken.

228 Für lebendige Ortsmitten und Stadtviertel

229 Baden-Württemberg hat viele attraktive Städte und Gemeinden. Aber manch ein Ort
230 könnte noch lebendiger werden. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche lebendige
231 und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dazu zählen autofreie
232 Zonen, Shared Spaces oder Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild. Sie steigern
233 die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Dörfern und Städten, werten den

234 öffentlichen Raum auf und machen die Straße zum Lebensraum für alle. Aber auch
235 autoarme Stadtviertel wie die Super Blocks nach dem Beispiel der Niederlande und
236 Barcelona gehören für uns Grüne dazu. Hier wird der Durchgangsverkehr aus den
237 Wohngebieten zurückgedrängt. Wir unterstützen Kommunen in ihrem Anliegen,
238 autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.

239
240 Eine lebendige Stadt lädt zum Verweilen und Plauschen ein und bietet dazu
241 attraktive Plätze, die allen zugänglich sein sollten. Sie motiviert zur
242 Bewegung, ob auf Spielplätzen oder in der Halfpipe. Und Flanieren bringt
243 Frequenz: Der Einzelhandel profitiert davon, wenn die Aufenthaltsqualität in den
244 Dorf- und Quartiersmitten steigt. Gleichzeitig können durch eine Zusammenführung
245 von Wohnquartieren und Arbeitsstätten lange Arbeitswege und damit
246 klimaschädlicher Pendlerverkehr vermieden werden.

247 Nicht der Höchstbietende soll eine Fläche für den Wohnungsbau bekommen. Sie soll
248 vielmehr zum Richtpreis an die*den Bauwillige*n mit dem besten Konzept gehen.
249 Diese Konzeptvergabe wollen wir zum Regelfall machen. So ist es möglich, stetig
250 einen Mehrwert für Quartiersentwicklung, Städtebau und Nachhaltigkeit zu
251 erzielen.

252 Eine lebenswerte Stadt gibt Rad- und Fußverkehr deutlich mehr Raum. Dies
253 verbessert die Aufenthalts- und Lebensqualität nachhaltig. Wir bauen ein Netz
254 von sicheren Fuß- und Radwegen und schaffen neue Fahrradstellplätze. Wir wollen
255 ein flächendeckendes Tempo 30 und ein Parkraummanagement in Städten. Wir wollen
256 mehr verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen und Carsharing-Stellplätze im
257 öffentlichen Raum.

258 Flächenverbrauch eindämmen, Wohnraum ermöglichen

259 Am Rand von Ballungsräumen wachsen viele Einfamilienhaussiedlungen. Auch dafür
260 werden jeden Tag in Deutschland knapp 60 Hektar als Siedlungs- und
261 Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Solche Flächen kann der ÖPNV schlecht
262 erschließen. Durch die intensive Bautätigkeit sind in den vergangenen Jahren
263 weitere wertvolle Bodenflächen verlorengegangen. Für den Naturschutz und für
264 unsere Landwirtschaft müssen wir diesen anhaltend hohen Flächenverbrauch
265 reduzieren. Nur dann können wir unser Ziel erreichen: eine Netto-Null beim
266 Flächenverbrauch. Derzeit liegt die Flächeninanspruchnahme in Baden-Württemberg
267 bei fünf Hektar pro Tag.

268 In der nächsten Wahlperiode wollen wir den täglichen Flächenverbrauch für
269 Siedlungszwecke auf drei Hektar pro Tag begrenzen. Dazu werden wir in
270 Modellregionen handelbare Flächenausweisungszertifikate erproben. Die heute
271 mögliche Baugebietsausweisung mit beschleunigtem Verfahren und ohne
272 Umweltprüfung nach Paragraph 13b Baugesetzbuch lehnen wir in der derzeitigen Form
273 ab. Wenn diese gesetzliche Regelung dennoch verlängert werden sollte, werden wir
274 darauf hinarbeiten, dass entsprechende Baugebiete bestimmte Kriterien zu
275 erfüllen haben. Dazu gehören etwa Wohnraumangel vor Ort, eine erhöhte Dichte,
276 ein definierter Mindestanteil an günstigen Mietwohnungen, Anbindungen an den
277 ÖPNV sowie an die Radwegeinfrastruktur. Ein weiteres Instrument, um den
278 Flächenverbrauch zu senken, ist es, unsere Ortszentren weiter zu revitalisieren
279 und vorhandene Infrastruktur für umweltfreundliche Verkehrsmittel freizugeben.
280 Wir wollen den Kommunen beispielsweise die Innenentwicklung erleichtern und die
281 Pflicht einführen, die Potenziale zur Innenentwicklung zu erfassen und

282 offenzulegen.

283

284 Flächenschutz ist Natur- und Artenschutz und hat hohe Priorität. Neben der
285 Senkung des Flächenverbrauchs wollen wir bestehende Freiflächen und freie
286 Fassaden in Kommunen tier- und pflanzenfreundlich gestalten. Diese Flächen
287 sollen Arten, die vom Aussterben bedroht sind, wie Insekten und Vögeln einen
288 Lebensraum durch hochstehende Wiesen, Sträucher und begrünte Dächer bieten. Das
289 Verbot von Schottergärten ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die
290 Erstellung von Flächenkatastern, in denen diese Potenziale erhoben und auch
291 Potenziale zur Dachaufstockung ausgewiesen werden, wollen wir über das Land
292 fördern.

293 Regionale Baukultur pflegen und entwickeln

294 Bauen ist viel mehr als nur vier Wände zum Wohnen zu schaffen.

295 Identitätsstiftende und ansprechende Orte, an denen man sich wohlfühlt, machen
296 Quartiere menschenfreundlich. Wir Grüne begrüßen Projekte der doppelten
297 Innenentwicklung, d.h. mehr bauliche Verdichtung und mehr urbanes Grün! Hierzu
298 etablieren wir im „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ einen neuen Sektor „Artenvielfalt
299 in der Stadtplanung und Architektur“ und beraten Städte, Gemeinden und
300 Planer*innen bei der Umsetzung von innerstädtischen Biodiversitätsclustern. Wir
301 unterstützen Initiativen, die sich dafür einsetzen, dass nichtkommerzielle
302 Begegnungsräume wie „Ortslinden“ entstehen. Gute Architektur bei neuen Gebäuden
303 ist kein Widerspruch zur Zweckmäßigkeit, sondern eine Frage der Baukultur: Sie
304 kann Identität stiften. Wir wollen regionale Besonderheiten von Bauformen,
305 Materialien und Siedlungsensembles pflegen und behutsam weiterentwickeln.

306

307 Denkmale zu bewahren, unsere Geschichte sichtbar und erlebbar zu machen, Gebäude
308 für künftige Generationen zu erhalten: Das ist in Baden-Württemberg qua
309 Verfassung eine Landesaufgabe. Bei der tatsächlichen Ökobilanz von Gebäuden ist
310 auch die sogenannte Graue Energie zu berücksichtigen. Jedes Gebäude, das
311 weitergenutzt wird, spart Abriss, Deponie und Rohstoffkosten. Bei einer
312 Generalsanierung können 80 Prozent erhalten werden. Auch bei Altbauten können
313 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zur positiven Ökobilanz beitragen.
314 Deshalb sollen Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon der verpflichtend
315 abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz aufgenommen werden. Darüber
316 hinaus wollen wir ein Fach- und Netzwerkzentrum zur Sanierung von
317 denkmalgeschützten Gebäuden aufbauen.

318

319 Wir wollen die Vielfalt stärken und gleichzeitig zukunftsste, grüne Siedlungen
320 erschaffen. Mit Einfamilienhaus-Siedlungen und Supermarkt-Flachbauten auf der
321 grünen Wiese kann dies nicht gelingen. Daher wollen wir mehrgeschossige Gebäude
322 voranbringen, auch durch Aufstockung und Erweiterung von bestehenden Gebäuden.
323 Wo viele Menschen wohnen, braucht es eine gute Anbindung an Bus und Bahn. Wir
324 Grüne setzen uns dafür ein, dieses Angebot entsprechend auszubauen.

325 Darum Grün!

326 Wer Grün wählt, stimmt für

- 327 • bezahlbaren, ökologischen Wohnraum für alle
- 328 • eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit lebendigen Orts- und
329 Quartiersmitten
- 330 • die Begrenzung des Flächenverbrauchs für Natur- und Artenschutz
- 331 • barrierefreies Bauen und Wohnen

B3 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.11.2020
Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

- 1 Wir Baden-Württemberger*innen haben Gemeinsinn. Nirgendwo sonst engagieren sich
2 so viele Menschen ehrenamtlich. Der Zusammenhalt ist groß – auch und gerade in
3 der Corona-Pandemie: Die Menschen helfen sich gegenseitig und tragen die
4 notwendigen Einschränkungen zum Schutze aller mit. Das macht uns stark. Daran
5 ändert auch eine laute, aber kleine Minderheit nichts. Aber unser Zusammenhalt
6 gerät mehr und mehr unter Druck – durch Hass im Netz, durch Rassismus,
7 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die Menschen ausgrenzen und unsere
8 Gesellschaft spalten. Wir halten diesem Hass die Strahlkraft einer solidarischen
9 Gesellschaft entgegen, in der alle gerechte Chancen haben. Das fängt bei den
10 Kleinsten an: Wir werden die Qualität in den Kitas weiter verbessern und die
11 Digitalisierung der Schulen mit Nachdruck vorantreiben. Gerade jetzt gilt es,
12 Familien in all ihrer Vielfalt den Rücken zu stärken. Wir werden Kinderarmut
13 weiter konsequent bekämpfen und einen Masterplan Kinderschutz auf den Weg
14 bringen. Auch beim Thema Gesundheit darf niemand ins Hintertreffen geraten. Wir
15 werden die öffentliche Versorgung in der Stadt und auf dem Land bedarfsgerecht
16 ausbauen. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel oder vom Wohnort abhängen! Wir
17 wollen Geflüchtete und Migrant*innen gut integrieren und die Chancengleichheit
18 für alle Geschlechter vorantreiben. Wir sind überzeugt: Miteinander erreichen
19 wir viel mehr als gegeneinander.
- 20 Es geht um viel: Halten wir zusammen in einer offenen, solidarischen und
21 vielfältigen Gesellschaft.

Begründung

Präambel für den Kapitelblock "Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten"

K9NEU Für beste Bildung von Anfang an

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 9: Kita, Schule und Bildung

2 Für beste Bildung von Anfang an

3 „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage
4 das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ So
5 steht es in der baden-württembergischen Landesverfassung. Das ist für uns Grüne
6 Auftrag und Ansporn, für Bildungsgerechtigkeit und faire Bildungschancen für
7 alle Kinder und Jugendliche zu sorgen.

8
9 Wir denken Bildungspolitik vom Kind aus. Jedes Kind ist eine einzigartige
10 Persönlichkeit mit eigenen Talenten und Fähigkeiten, mit individuellen Stärken
11 und Schwächen. Wir sind überzeugt: Das Bildungssystem muss individuelle
12 Entwicklungswege und Chancengerechtigkeit unabhängig von der Herkunft
13 ermöglichen. So ist gewährleistet, dass alle ihre Fähigkeiten und Kompetenzen
14 erweitern und sich in die Gesellschaft einbringen können. Damit werden die
15 Grundbedürfnisse nach Zugehörigkeit und dem Wachsen an selbstgewählten Aufgaben
16 erfüllt.

17 In Baden-Württemberg wollen wir allen durch gute Bildung die Chance geben, ihre
18 Talente und Fähigkeiten auszuschöpfen und so das eigene Leben selbstbestimmt in
19 die Hand zu nehmen. Deshalb stehen wir für die bestmögliche Förderung
20 jeder*jedes Einzelnen von der Kita bis zum Beruf und darüber hinaus durch
21 lebensbegleitende Bildung.

22 Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen zehn Jahren schon ein gutes Stück
23 vorangekommen. 2011 haben wir als grün-geführte Landesregierung damit begonnen,
24 den jahrzehntelangen Reformstau aufzulösen.

25 Ein besonderes Herzensanliegen ist es uns, Kinder in Krippe und Kindergarten gut
26 zu betreuen und zu fördern. Hier war der Nachholbedarf am größten. Seit 2011
27 haben wir deshalb die Mittel für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren
28 massiv gesteigert. Und das mit Erfolg: Heute gibt es über 60 Prozent mehr
29 Krippenplätze als damals. Die Zuschüsse für die Kindertageseinrichtungen für die
30 über Dreijährigen haben wir bedarfsgerecht angepasst. Und wir haben im Land den
31 besten Betreuungsschlüssel der Republik: Bei uns ist im Schnitt ein*e
32 Erzieher*in für drei Kinder unter drei Jahren verantwortlich. Auch mit dem
33 Ausbau der Sprachbildung an unseren Kindergärten haben wir begonnen – in
34 Quantität und Qualität. Denn ohne gute Deutschkenntnisse wird sich ein Kind in
35 der Schule immer schwertun.

36 Qualität in den Kitas gibt es nur, wenn gutes Personal in ausreichendem Umfang
37 zur Verfügung steht. Darauf haben wir mit PiA, der Praxisintegrierten
38 Ausbildung, reagiert – eine vergütete Ausbildungsmöglichkeit für angehende
39 Erzieher*innen. Dieses Erfolgsmodell haben wir auch über den Pakt für gute
40 Bildung und Betreuung weiter gestärkt.

41
42 Wir haben die Kindertagespflege auf eine solide Basis gestellt. Als zweite Säule

43 neben den Kindertageseinrichtungen spielt diese eine wichtige Rolle, um den
44 Rechtsanspruch sicherzustellen. Es war uns daher ein wichtiges Anliegen, die
45 Kindertagespflege qualitativ zu stärken und insbesondere die Tagespflegepersonen
46 finanziell zu stärken.

47 Bevor wir Grüne ab 2011 in Regierungsverantwortung waren, gab es in Baden-
48 Württemberg Ganztagschulen nur als Schulversuche. Mit der gesetzlichen
49 Verankerung der Ganztagsgrundschule haben wir verlässliche Rahmenbedingungen
50 geschaffen. Wir haben deutlich in den Ausbau der Ganztagschule investiert.
51 Diesen Weg wollen wir nicht nur im Grundschulbereich konsequent weitergehen,
52 sondern ihn auch auf den weiterführenden Bereich ausweiten, weil dieses
53 Schulmodell pädagogisch sinnvoll ist: Hier lernen Kinder und Jugendliche mehr
54 und besser. Die Ganztagschule sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

55
56 An den Grundschulen haben wir vier zusätzliche Unterrichtsstunden für Lesen,
57 Schreiben und Rechnen eingeführt. Diese Grundfertigkeiten sind entscheidend für
58 den weiteren Bildungsweg eines Kindes. In der Ganztagschule müssen dabei auch
59 außerschulische Partner*innen einen Platz finden, um lebensnahes Lernen zu
60 ermöglichen. Diese Partner*innen müssen auf Augenhöhe mit der Schule behandelt
61 und ihre Leistung muss entsprechend vergütet werden.

62 Mit der Gemeinschaftsschule haben wir 2012 erfolgreich eine neue Schulart
63 eingeführt, bei der die individuelle Förderung im Zentrum steht. Auch das Lernen
64 von- und miteinander hat gerade in der Gemeinschaftsschule eine große Bedeutung,
65 die Vielfalt der Schüler*innenschaft wird so produktiv genutzt. Die
66 Schüler*innen lernen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit im jeweiligen Fach
67 auf unterschiedlichen Lernwegen – und entfalten so ihre Fähigkeiten optimal.
68 Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. Das zeigen
69 auch die Abschlussergebnisse. Die Gemeinschaftsschule – ob mit oder ohne
70 Oberstufe – hat sich zu einem echten Erfolgsmodell entwickelt: Bereits nach
71 wenigen Jahren gibt es über 300 im ganzen Land. Regelmäßig werden
72 Gemeinschaftsschulen mit dem deutschen Schulpreis oder als Smart School
73 ausgezeichnet. Und es zeigt sich noch etwas: Die Schüler*innen lernen dort mit
74 höherer Motivation. 2021 werden in Tübingen und Konstanz die ersten
75 Schüler*innen ihr Abitur an einer Gemeinschaftsschule erwerben. Die Oberstufe an
76 der Gemeinschaftsschule wollen wir weitmöglichst ausbauen.

77 Die Realschule haben wir in erheblichem Umfang mit zusätzlichen Stunden
78 ausgestattet. Sie sollen die individuelle Förderung stärken, um Schüler*innen
79 dort gleichermaßen auf den mittleren und den Hauptschulabschluss vorzubereiten.
80 Das Gymnasium haben wir ebenfalls mit zusätzlichen Stunden zur individuellen
81 Förderung ausgestattet und den Bildungsplan an die verkürzte Lernzeit angepasst.
82 Die Reform der Oberstufe ermöglicht es den Schüler*innen, ihre persönlichen
83 Interessen und Begabungen auf dem Weg zum Abitur noch besser zu vertiefen.

84 Durch die Förderung der Schulsozialarbeit gibt es heute mehr als doppelt so
85 viele Schulsozialarbeiter*innen wie vor dem Start der grün-geführten Regierung.
86 Denn manchmal sind es Probleme in der Familie oder auf dem Pausenhof, die Kinder
87 in der Schule ausbremsen. Wir unterstützen den weiteren Ausbau der
88 Schulsozialarbeit und stehen zu unserem Versprechen, als Land ein Drittel zu
89 finanzieren.

90 Kinder und Jugendliche mit Behinderung gehören in unsere Mitte. Wir Grüne stehen
91 deshalb – in Übereinstimmung mit der UN-Behindertenrechtskonvention – für ein
92 inklusives Bildungssystem. Wir haben die rechtliche Grundlage dafür geschaffen,
93 dass Eltern selbst entscheiden können, ob ihr Kind eine allgemeine Schule oder
94 ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum besucht und damit einen
95 wichtigen Zwischenschritt auf diesem Weg erreicht. Kinder mit und ohne
96 Behinderung lernen nun an vielen Schulen im Land gemeinsam. Es bleibt unser
97 Ziel, dass jedes Kind die Förderung erhält, die es braucht. Wir sorgen für
98 zusätzliches Betreuungspersonal und Lehrkräfte. Gleichzeitig stärken wir die
99 sonderpädagogische Unterstützung.

100 An den beruflichen Schulen haben wir die beruflichen Gymnasien weiter ausgebaut,
101 die an unsere Realschulen und Gemeinschaftsschulen anschließen. Mit der
102 Ausbildungsvorbereitung dual erleichtern wir Jugendlichen den Berufseinstieg,
103 die zusätzliche Förderung benötigen. Und mit Lernwelten und Lernfabriken 4.0
104 führen wir die berufliche Aus- und Weiterbildung gemeinsam mit der Industrie in
105 das digitale Zeitalter.

106 Egal, ob die bewährte duale Ausbildung oder ein Studium: Nach der Schule sollen
107 junge Menschen unabhängig von ihrem Abschluss den Berufsweg finden, der zu ihnen
108 passt. Dafür haben wir die Berufs- und Studienorientierung an allen Schularten
109 gestärkt und durch die Leitperspektive Berufsorientierung flankiert.

110 Die Schulen in freier Trägerschaft ergänzen unsere Bildungslandschaft. Hier
111 entstehen oftmals pädagogische Angebote, die auch für öffentliche Schulen
112 beispielhaft sind. Es ist uns wichtig, die Finanzierung der freien Schulen auf
113 eine auskömmliche Basis zu stellen. Sie sollen grundsätzlich auch Schüler*innen
114 aus sozial-schwächeren Haushalten offenstehen und die gesellschaftliche Vielfalt
115 abbilden. Daher haben wir das Sonderungsverbot konkretisiert und entlasten
116 Schulen, wenn sie auf Schulgeld verzichten.

117 Nach Schule, Ausbildung oder Studium hört das Lernen nicht auf: Wir leben in
118 einer Welt, die immer komplexer wird. Deshalb wird das lebensbegleitende Lernen
119 – beruflich und privat – immer wichtiger. Entsprechend haben wir die
120 Finanzierung der Weiterbildungsträger angehoben und an den Bundesdurchschnitt
121 angenähert. Wir bleiben an unserem Ziel dran, dass Baden-Württemberg zukünftig
122 über dem Bundesschnitt in Weiterbildung investiert.

123 Wir sind noch nicht am Ziel

124 Die Welt verändert sich – und mit ihr verändert sich unsere Gesellschaft. Daraus
125 ergeben sich neue Anforderungen an unsere Bildungseinrichtungen. Mit unseren
126 Bildungsreformen der vergangenen Jahre haben wir das beherzigt und wichtige
127 Schritte nach vorn gemacht. Aber wir wissen auch: Wir sind noch nicht am Ziel.

128 Uns ist bewusst: Der Schulerfolg eines Kindes hängt noch immer stark von der
129 Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab. Das wollen wir ändern!

130 In Baden-Württemberg nimmt die familiäre, soziale und kulturelle Vielfalt der
131 Schüler*innen in hohem Maße zu. Die einen können bei der Einschulung schon
132 lesen, andere verstehen noch nicht alles auf Deutsch. Manche Eltern unterstützen
133 ihre Kinder intensiv bei den Schulaufgaben, in anderen Familien sind die Kinder
134 dabei auf sich gestellt.

135 Die digitale Transformation fordert auch unsere Schulen fundamental heraus. Es
136 geht um weit mehr als schnelles Internet und ausreichend Tablets. Es geht ums
137 Lernen mit und über digitale Medien. Wir müssen die jungen Menschen befähigen,
138 ihr Leben in der digitalen Welt frei und selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.
139 Das ist nicht minder ein unverzichtbares Element einer zeitgemäßen politischen
140 Bildung.

141 Die Corona-Krise hat all diese Herausforderungen weiter verschärft. Damit hat
142 sich auch die Kluft zwischen den Schüler*innen vergrößert: Die einen hatten
143 einen Computer zu Hause und Eltern, die ihnen beim Homeschooling helfen konnten.
144 Die anderen hatten das nicht. Viele Schulen sind in den vergangenen Monaten
145 engagiert neue digitale Wege gegangen. Die digitale Ausstattung der Schulen hat
146 Fahrt aufgenommen, um den Zugang zu digitalen Endgeräten für alle Schüler*innen
147 zu sichern. Dabei ist es entscheidend, dass wir die Ausstattung der
148 Schüler*innen mit digitalen Endgeräten für ein zukunftsfähiges Bildungssystem
149 auch als Aufgabe des Landes betrachten. Bei der Vergabe der Mittel müssen wir
150 dabei die sozioökonomische Situation der Schulen berücksichtigen, damit die
151 Chancengerechtigkeit auch im digitalen Unterricht gelebt wird. Gleichzeitig hat
152 sich gezeigt: Beim digitalen Lernen gibt es großen Nachholbedarf, sowohl
153 technisch als auch pädagogisch. Hier können Leuchtturmschulen wichtige
154 Beispielgeber sein, wie die digitale Schule von morgen aussehen kann.

155 Medienkompetenz als Teil des digitalen Lernens ist heutzutage auch Teil der
156 politischen Bildung. Nur wer sich in der immer komplexeren Medienlandschaft
157 kompetent bewegt, kann Fake News von Real News unterscheiden, kann Postings in
158 digitalen sozialen Medien einschätzen und kritisch reflektieren. Die Corona-
159 Krise hat uns nachdrücklich verdeutlicht: Demokratie lebt durch mündige
160 Bürger*innen. Deshalb brauchen wir an den Schulen politische Bildung – im
161 Lehrplan genauso wie im Schulalltag, wo Demokratie durch Beteiligung mit Leben
162 gefüllt werden muss.

163 Faire Bildungschancen für alle Kinder

164 Wir Grüne sind überzeugt: Auf den Anfang kommt es an! Die ersten Jahre des
165 Lebens sind besonders wichtig. Nie wieder lernen wir so viel und so schnell wie
166 in dieser Zeit. Diese Phase ist entscheidend dafür, wie sich ein Kind persönlich
167 und sozial entwickelt. Hier werden die Weichen für den weiteren Bildungsweg
168 gestellt. Deshalb muss jedes Kind von Beginn an die Chance bekommen, seine
169 Potenziale zu entfalten und sich gut und frei zu entwickeln. Neben der Familie
170 sind unsere Krippen und Kindergärten die wichtigsten Orte, um ein Kind in seiner
171 Entwicklung zu begleiten und zu unterstützen. Trotz großer Investitionen in den
172 vergangenen Jahren reichen die Kita-Plätzen bis heute nicht aus. Wir werden
173 daher den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung in Krippe und Kindergarten
174 vorantreiben.

175 Wir wollen den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln. Dabei ist es
176 unser Anspruch, dass jedem Kind die gleichen Chancen zustehen, unabhängig vom
177 familiären Hintergrund.

178

179 Wie gut gelingt die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte? Diese
180 Frage ist entscheidend für unseren künftigen Wohlstand und unseren
181 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Etwa 40 Prozent der Menschen, die in Baden-
182 Württemberg leben und jünger als 25 Jahre sind, haben einen

183 Migrationshintergrund. Vier von fünf Kindern und Jugendlichen mit
184 Zuwanderungsgeschichte sind hier aufgewachsen. Schule als Lern- und Lebensort
185 ist – neben der Familie – besonders wichtig, um Sprachkompetenzen zu erlernen
186 und demokratische Werte und Einstellungen aufzubauen.

187 Wir verstehen Bildung ganzheitlich – als „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“. Es
188 geht darum, Wissen und Kompetenzen zu erwerben, die Persönlichkeit zu
189 entwickeln, Kreativität und Motorik zu fördern. Wir streben ein Recht auf
190 Förderung an: Kein junger Mensch soll die Schule verlassen, ohne einen
191 Mindeststandard beim Lesen, Schreiben und Rechnen zu erreichen. Besonders
192 begabte Kinder und Jugendliche werden ihren Interessen entsprechend gefördert.
193 Es ist unser Ziel, dass alle Schüler*innen eine breite Bildung erfahren, die auf
194 ihren individuellen Stärken aufbaut und ihnen ein erfülltes und erfolgreiches
195 Leben ermöglicht.

196
197 Es ist unser Ziel, den Weg für eine gute Bildung freizumachen. Die einen finden
198 auf diesem Weg mehr Hindernisse, die anderen weniger. Nicht das Schicksal soll
199 über den persönlichen Lebensweg entscheiden, sondern Engagement, Talent, Fleiß
200 und persönliche Interessen. Dazu brauchen wir ein Bildungssystem, das
201 ermöglicht, ermutigt, fördert und Fehler als Chancen begreift. Alle Kinder sind
202 von Natur aus neugierig und wollen lernen. Die Qualität der Schulen entscheidet
203 mit darüber, ob sie es auch können. Wir wollen nicht alle Kinder über einen Kamm
204 scheren, sondern sie individuell fördern. Nur so können sie ihr volles Potenzial
205 entfalten. Gut ausgestattete Schulen sind eine wichtige Grundlage. Aber am Ende
206 entscheidet die richtige Pädagogik und die Arbeit der Lehrkräfte darüber, ob
207 dies gelingt.

208 Für ein ganzheitliches Verständnis von Leistung und Bildung

209 Es ist auch unser Ziel, den Weg für gute Leistungen freizumachen. Zugleich
210 wollen wir den Leistungsbegriff im Bildungswesen neu denken. Leistung bemisst
211 sich für uns nicht in erster Linie daran, Faktenwissen anzuhäufen und Erlerntes
212 wiederzugeben. Leistung bedeutet für uns Grüne auch die Fähigkeit, Verantwortung
213 für sich und andere zu übernehmen. Leistung bedeutet, in der digitalen
214 Gesellschaft von morgen gemeinsam mit anderen Problemen zu identifizieren und zu
215 lösen. Leistung bedeutet, mit unvorhergesehenen Situationen konstruktiv
216 umzugehen – auch wenn es dafür noch keine Formel und keinen Lehrsatz gibt. So
217 stärken wir Schüler*innen auf ihrem Weg, Teil einer solidarischen Gesellschaft
218 zu werden.

219 Schwierigen Situationen mit Mut und Zuversicht begegnen: Resilienz ist wichtig
220 für jedes einzelne Kind, aber auch für uns als Gesellschaft. Wir alle müssen
221 lernen, in einer zunehmend unübersichtlichen und sich ständig wandelnden Welt zu
222 leben. Selbstbewusste und kompetente, starke und empathische Bürger*innen sind
223 unser größter Trumpf. Der Grundstein für die Persönlichkeit wird auch in der
224 Schule gelegt. Deshalb sind die Schulen nicht nur Orte, die für die Individuen
225 große Bedeutung haben, sondern auch für unser Gemeinwesen als Ganzes.
226 Voraussetzung für die Bildung schöpferischer, selbstwirksamer und resilienterer
227 Persönlichkeiten ist jedoch eine neue Lernkultur, die auf Potenzial statt Normen
228 setzt.

229 Wir werden mit der Zivilgesellschaft einen Dialog „Schule 2030“ führen. Denn die
230 veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen machen es erforderlich,

231 dass wir als Gesellschaft ein gemeinsames Verständnis eines neuen
232 Bildungsbegriffes entwickeln. Die Ergebnisse dieses Bildungsdialoges werden der
233 Landesregierung als Empfehlungen übergeben.

234 „Grüne Schulwelt“ von morgen

235 In der „grünen Schulwelt“ von morgen ist das Schulleben geprägt von Respekt,
236 Vertrauen und demokratischer Beteiligung auf Augenhöhe. Alle Beteiligten
237 arbeiten konstruktiv zusammen: Schulleitung und Lehrer*innen, Eltern,
238 multiprofessionelle Teams, Sportvereine, Musikschulen und viele andere externe
239 Akteur*innen. Die Schulleitungen haben als Motoren der Innovation eine
240 Schlüsselfunktion. Schulen leben „Vielfalt unter einem Dach“. Damit ist Schule
241 gemeint, die Diversität in all ihren Dimensionen gerecht wird. An den Schulen
242 findet rhythmisierter Ganztagsunterricht statt, der den Schüler*innen auch
243 flexible Zeiten für Vereinsaktivitäten und für Unternehmungen mit den Eltern
244 ermöglicht.

245

246 Grüne Bildungspolitik orientiert sich an international erfolgreichen
247 Bildungssystemen und nimmt wissenschaftliche Expertise auf. Im Dialog zwischen
248 Wissenschaft, Praxis und Gesellschaft werden Ideen, Perspektiven und Konzepte
249 für Baden-Württemberg entwickelt. Wir werden den wissenschaftlichen Beirat des
250 Kultusministeriums neu ausrichten, aufwerten und seine Empfehlungen
251 veröffentlichen. Zu einem ganzheitlichen Lernen gehört für uns Bildung für
252 nachhaltige Entwicklung. Dieses im Bildungsplan verankerte Leitbild wollen wir
253 mit Schulgarten- und Landwirtschaftsprojekten sowie Ernährungsbildung mit Leben
254 füllen. Ein gutes Mittagessen – lecker, gesund und bio – gehört zu nachhaltigen
255 Kitas und Schulen dazu. Das sorgt für gesunde Kinder und bringt zudem den baden-
256 württembergischen Ökolandbau und damit den Natur- und Umweltschutz voran.

257 Qualität in der Kita weiter verbessern, Sprachbildung ausbauen

258 Für uns Grüne steht über allem das Kindeswohl. Die ersten Lebensjahre prägen den
259 Menschen am meisten. Daher ist eine gute Qualität in der Kinderbetreuung
260 unerlässlich. Baden-Württemberg ist laut Bertelsmann-Studie zum dritten Mal in
261 Folge bundesweiter Spitzenreiter bei der Strukturqualität von Krippen und
262 Kindergärten. Dennoch werden wir alles dafür tun, um die Qualität in der
263 frühkindlichen Bildung weiter zu verbessern und den Ausbau der Kita-Plätze nach
264 Kräften zu fördern. Wir setzen uns für ausreichend viele, gut ausgebildete
265 pädagogische Fachkräfte sowie hauswirtschaftliches Personal und
266 Verwaltungsfachkräfte ein. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene dafür ein, die
267 Öffnungszeiten auszuweiten, um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
268 Beruf zu ermöglichen.

269 Wir wollen die Qualitätskriterien des Orientierungsplans weiterentwickeln und an
270 die heutige Lebenswirklichkeit anpassen. In den Kindertagesstätten im ganzen
271 Land soll der Orientierungsplan verbindlich umgesetzt werden. Damit das gelingt,
272 streben wir eine Vereinbarung mit den Verbänden der Kita-Träger an.

273 Sprache ist der Schlüssel für eine gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.
274 Wir werden die Sprachbildung im Kindergartenalltag entschlossen weiter ausbauen
275 und verbessern. Dabei werden wir uns am Bundesprogramm „Sprach-Kita“
276 orientieren. Dialekte sind Teil der Sprachkultur. Die Beschäftigung mit
277 Dialekten sollte in Kitas und Schulen sowie in Kunst und Kultur ihren
278 Stellenwert erhalten.

279 Wir haben in Baden-Württemberg engagierte und qualifizierte pädagogische
280 Fachkräfte. Um die Kita-Plätze weiter auszubauen und den Fachkraft-Kind-
281 Schlüssel an die wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen, ist es dringend
282 notwendig, ausreichend Fachpersonal zu gewinnen, auszubilden und
283 weiterzuqualifizieren. Wir wollen den Beruf attraktiver machen, indem wir die
284 Arbeitsbedingungen verbessern und Erzieher*innen besser bezahlen. Zudem werden
285 wir eine weitere Fachkräfteoffensive starten und diesen Beruf auch für junge
286 Männer attraktiv machen. Dafür bauen wir die Ausbildungsplätze in der
287 Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) aus. Die Kindertagespflege werden wir als
288 wichtige Säule der Kindertagesbetreuung auch in Zukunft in ihrer Arbeit
289 unterstützen.

290 Viele Städte und Gemeinden erheben die Kita-Gebühren gestaffelt nach der
291 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Familie. Wir unterstützen das. Denn
292 starke Schultern können mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir mit den
293 Kita-Trägern in Verhandlungen eintreten, um für sozial gestaffelte Gebühren im
294 ganzen Land zu sorgen. Eine komplette Gebührenfreiheit für Kitas und
295 Kindergärten halten wir zwar langfristig für erstrebenswert, aber derzeit noch
296 nicht für machbar. Durch sozial gestaffelte Gebühren steht das Geld für den
297 qualitativen und quantitativen Ausbau der Kita-Plätze sowie für die Ausbildung
298 neuer Fachkräfte zur Verfügung.

299 Unsere Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Um Kinder bestmöglich zu
300 schützen, wirken wir darauf hin, dass die Präventions- und Kinderschutzkonzepte
301 in allen Kitas und Schulen verbindlich und sichtbar umgesetzt werden. Gleiches
302 gilt für die Anforderungen, die die Kinderrechtskonvention und das
303 Kinderschutzgesetz vorgeben.

304 **Qualitätsentwicklung der Schule konsequent weiterverfolgen**

305 Wir stehen für ein leistungsstarkes und leistungsgerechtes Bildungssystem, mit
306 dem wir im internationalen Vergleich an der Spitze mitspielen. Deswegen werden
307 wir die Schritte, die wir mit dem „Qualitätskonzept Baden-Württemberg“ begonnen
308 haben, konsequent fortsetzen. Zu Beginn der neuen Legislatur wollen wir die
309 beiden neuen Institute – das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL)
310 und das Institut für Bildungsanalysen (IBBW) – kritisch analysieren. Wir werden
311 ihre Kernaufgaben und Strukturen, das bisher von ihnen Erreichte und den durch
312 sie verursachten Ressourcenmehrbedarf in den Blick nehmen und dort nachsteuern,
313 wo es Bedarf gibt. In diese Analyse werden wir alle Akteur*innen der Aus- und
314 Fortbildung von Lehrkräften einbeziehen. Sowohl die Neuausrichtung der
315 Fortbildung für Lehrkräfte und der Ausbildung in der zweiten Phase als auch die
316 datenbasierte Unterstützung der Schulentwicklung müssen zukünftig ihre Wirkung
317 entfalten. Schulen benötigen passgenaue Fortbildungen. Neben den Fortbildungen
318 des Landes wollen wir Fortbildungsbudgets für schulspezifische Bedarfe
319 bereitstellen. Damit können idealerweise mehrere Schulen in regionalen
320 Netzwerken Fortbildungsangebote externer Anbieter*innen wahrnehmen. Es muss
321 selbstverständlich werden, dass sich Schulen kontinuierlich weiterentwickeln.
322 Dabei können regelmäßige, interne digitale Befragungen aller am Schulleben einer
323 Schule Beteiligten zu einer besseren Schulqualität beitragen. Ein besonderes
324 Augenmerk wollen wir auf die Stärkung und Unterstützung der Schulleitungen
325 legen, die für den Qualitätsprozess an Schulen zentral sind. Um diese Aufgaben
326 mit Leben füllen zu können, müssen sie mit den notwendigen Ressourcen
327 ausgestattet werden. Schon im Studium müssen Führungskompetenzen vermitteln

328 werden, damit angehende Lehrkräfte schon frühzeitig eine Karriere als
329 Schulleiter*in ins Auge fassen können.

330 Grundschulen stärken – mit multiprofessionellen Teams und gezielter finanzieller
331 Förderung

332 Wir werden eine Konzeption für multiprofessionelle Teams erarbeiten. In diesen
333 Teams, die zunächst an Grundschulen zum Einsatz kommen sollen, arbeiten die
334 Lehrkräfte mit weiteren Berufsgruppen zusammen. Dazu gehören zum Beispiel
335 Pädagog*innen, Psycholog*innen, Logopäd*innen, Ergo- und Lerntherapeut*innen,
336 aber auch Praktikant*innen und im Freiwilligendienst Engagierte. Gemeinsam
337 können sie die Kinder in ihrer ganzen Vielfalt an sozialer, kultureller und
338 familiärer Herkunft ganzheitlich fördern. Wir wollen die Schulleitungen an den
339 Grundschulen stärken, damit sie ihre Leitungsaufgaben gut ausführen können, und
340 sie weiter von Lehrverpflichtungen entlasten. Denn die Schulleitungen sind
341 zentral für die gesamte Schulentwicklung.

342 Wir stehen für einen zielgerichteten und bedarfsgerechten Ressourceneinsatz.
343 Manche Schulen stehen vor größeren Herausforderungen als andere, weil sie mehr
344 Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf haben. Diesen Schulen wollen wir mehr
345 Mittel zur Verfügung stellen. Mit dieser sogenannten „sozialindexbasierten
346 Ressourcenzuweisung“ wollen wir finanzielle Unterschiede zwischen unseren
347 Schulen ausgleichen und Schulen mit besonderem Bedarf unterstützen, um
348 Chancengleichheit zu leben. Dabei richtet sich die sozialindexbasierte
349 Ressourcenzuweisung nicht nur nach dem Förderbedarf, sondern auch nach
350 sozioökonomischen Faktoren der einzelnen Schulen und deren Quartiere.

351 Mit dem Einstieg in multiprofessionelle Teams und einer sozialindexbasierten
352 Ressourcenzuweisung stärken wir die Grundschulen nachhaltig – und damit das
353 Fundament der Lernbiografie aller Schüler*innen. Um den langfristigen
354 Lehrkräftebedarf zu decken, werden wir die Zahl der Studienplätze für das
355 Grundschullehramt weiter erhöhen. Den Ethikunterricht werden wir auch in der
356 Grundschule einführen.

357 Wir bekennen uns zu wohnortnahen Grundschulstandorten und zum Prinzip „Kurze
358 Beine – kurze Wege“. Regionale Verbünde und freiwillige Zusammenschlüsse,
359 Grundschulen mit mehreren Standorten können dazu beitragen, die Qualität zu
360 erhöhen. So kann die Schulleitung gestärkt, können multiprofessionelle Teams
361 aufgebaut und fachfremder Unterricht verringert werden. In Südtirol gelingt es
362 auf diese Weise, auch kleine Schulstandorte mit hoher Qualität zu erhalten. Im
363 Rahmen der regionalen Schulentwicklung wollen wir die Grundschullandschaft mit
364 Anreizen zukunftsfähig machen. Wir setzen dabei – wie im Bereich der
365 Sekundarschulen – auf die Initiative der Grundschulen und der Schulträger.

366 Schule funktioniert am besten, wenn Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen
367 vertrauensvoll und eng zusammenarbeiten und gemeinsam Verantwortung
368 übernehmen. Diese Bildungs- und Erziehungspartnerschaft wollen wir stärken. Wir
369 werden es Grundschulen in Zukunft wieder ermöglichen, eine differenzierte
370 Leistungsbewertung statt reiner Ziffernoten einzuführen.

371 Beim Wechsel auf die weiterführende Schule setzen wir weiterhin auf die bewährte
372 Kombination von qualifizierter Beratung durch die Schulen und Verantwortung der
373 Eltern. Um sie bestmöglich bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, haben wir die
374 Beratung weiter ausgebaut. Eine verbindliche Grundschulempfehlung lehnen wir ab.

375 Demokratie in der Schule erlebbar machen

376 Wir stärken die Demokratiebildung in allen Schularten. Sie soll altersgerecht
377 und in unterschiedlichen Facetten erfolgen. Es geht nicht nur darum, Wissen über
378 Demokratie und demokratische Institutionen zu erwerben. Die Schüler*innen sollen
379 demokratische Grundwerte an der Schule unmittelbar und selbstwirksam erleben und
380 über tagespolitische Entscheidungen und Wirtschaftsprozesse diskutieren können.
381 Wir wollen ihnen vermitteln: Die eigene Meinung zählt und Rechte und
382 Verantwortung gehen Hand in Hand. Wir wollen Schulen darin unterstützen,
383 Partizipationsmöglichkeiten von Schüler*innen am Schulleben auszubauen. An
384 Pilotschulen jeder Schulart wollen wir wertvolle Erfahrungen für eine
385 Demokratisierung des Bildungswesens sammeln, indem wir das Schulleben
386 demokratisch organisieren und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Schule als
387 Lern- und Lebensort ist – neben der Familie – besonders wichtig, um
388 demokratische Werte und Einstellungen aufzubauen.

389 Wir stärken die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an allen Schularten und
390 streben die Einführung eines gesellschaftlichen Profulfaches „Geschichte,
391 Gemeinschaftskunde, Geografie“ an. Außerdem wollen wir die kritische
392 Auseinandersetzung mit der deutschen und weltweiten kolonialen Vergangenheit im
393 Bildungsplan an allen weiterführenden Schulen verankern.

394 Die Demokratiebildung ist für uns eng mit der Bildung für nachhaltige
395 Entwicklung verbunden. Diese wollen wir weiter stärken. Angesichts der
396 Klimakrise soll jeder junge Mensch das Wissen, die Fähigkeiten, Werte und
397 Einstellungen erwerben, um zu einem nachhaltigeren, gerechteren und
398 friedlicheren Zusammenleben in der Welt beitragen zu können.

399 Schulen und Schüler*innen fit machen für die digitale Gesellschaft

400 Wir wollen, dass die Schüler*innen in der digitalen Gesellschaft ihr Leben frei
401 und selbstbestimmt in die Hand nehmen können. Dazu sollen die Schulen sie
402 befähigen.

403 Gemeinsam mit den Schulträgern sorgen wir für eine leistungsfähige digitale
404 Infrastruktur: Alle Schüler*innen und Lehrer*innen brauchen eine Ausstattung mit
405 digitalen Endgeräten, die Schulen mit Breitband und WLAN. Sie erhalten
406 administrativen und technischen Support bei der Verwaltung, Instandhaltung und
407 Weiterentwicklung der Netzwerke und IT-Strukturen. Gemeinsam mit dem Bund
408 unterstützen wir die Kommunen dabei, IT-Stellen an den Schulen auszubauen.

409 Wir stellen aufeinander aufgebaute Lernmanagement- und Lernplattform-Module
410 sowie digitale Lehr- und Lernmaterialien bereit und passen diese kontinuierlich
411 und bedarfsorientiert an. Wir entwickeln die Leitperspektive Medienbildung
412 weiter und bauen Mediencurricula auf, die auf die verschiedenen Schularten und
413 Klassenstufen abgestimmt sind.

414 Wir sind überzeugt: Diagnostik und Förderung gehören untrennbar zusammen. Mit
415 einer guten, digital gestützten Diagnostik kann das Lernen individualisierter
416 und zielgerichteter gestaltet werden. Wir wollen deshalb datenbasierte
417 Fördersysteme entwickeln lassen und so Schüler*innen und Lehrkräfte
418 unterstützen. Dabei müssen die Daten von Kindern und Jugendlichen besonders
419 geschützt und den Schulen sowohl datenschutzkonforme Software als auch Kompetenz
420 im Umgang mit den entsprechenden Anwendungen zur Verfügung gestellt werden.

421 Wir unterstützen Schulen durch ein zielgerichtetes Programm bei der Entwicklung
422 digitaler Schulkonzepte.

423 Auch in der digitalen Welt braucht es gut ausgebildete Lehrkräfte, damit
424 Schüler*innen erfolgreich lernen können. Deshalb stärken wir in der ersten und
425 zweiten Phase der Lehrer*innenbildung die Pädagogik der digitalen Bildung durch
426 Module zur digitalen Didaktik. Gleichzeitig entwickeln wir in der dritten Phase
427 des Lehrer*innenberufs ein kohärentes Fortbildungskonzept im Einklang mit den
428 Mediencurricula und Medienentwicklungsplänen.

429 Wir schaffen schulübergreifende Möglichkeiten für digitale Lehr- und
430 Lernerfahrungsräume. Das Prinzip der Lernwelten und Lernfabriken 4.0 weiten wir
431 an den beruflichen Schulen aus und machen Künstliche Intelligenz in Kooperation
432 mit Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und Unis erfahrbar. In der Weiterbildung
433 und beruflichen Bildung nutzen wir die digitale Transformation als Chance, um
434 Veränderungspotenziale auszuschöpfen und Wandlungsprozesse voranzutreiben.

435 Wir stärken den wissenschaftlichen Überbau und schaffen eine vernetzte
436 Forschungsplattform unter dem Titel „Digitalität in der Pädagogik“. Ziel ist es,
437 die Chancen und Risiken der Digitalisierung abzuschätzen und die veränderten
438 Lebensbedingungen durch digitales Lernen kontinuierlich wissenschaftlich zu
439 begleiten. Gleichzeitig schaffen wir auf Landesebene einen interdisziplinären
440 Beratungskreis „Schule digital“. Er soll Bildungsakteur*innen vernetzen,
441 Erfahrungen sammeln und evaluieren sowie Best-Practice-Bespiele austauschen. All
442 dies soll als Grundlage dienen, um die bestehenden Angebote fortlaufend
443 weiterzuentwickeln.

444 Vorrang für das inklusive Lernen

445 Kinder mit und ohne Behinderung haben ein Recht darauf, gemeinsam aufwachsen zu
446 können. Dies entspricht den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, die
447 Deutschland 2009 ratifiziert hat. Das ist uns Grünen wichtig. Deshalb wollen wir
448 Inklusion in den Kitas und Schulen weiter ausbauen und stehen für den Vorrang
449 inklusiver Beschulung. Wir wollen die Rahmenbedingungen, die dafür im
450 personellen, räumlichen und administrativen Bereich notwendig sind, spürbar
451 verbessern. Wir machen Inklusion in der Kultusverwaltung zur Querschnittsaufgabe
452 über alle Schularten hinweg. Dies werden wir in einem Qualitätsrahmen Inklusion
453 absichern.

454 In den nächsten Jahren gilt es, mehr Lehrkräfte mit Kompetenzen für die
455 Inklusion auszubilden und einzustellen. Eine gute inklusive Bildung muss mit
456 ausreichenden personellen Ressourcen ausgestattet werden. Wir werden deshalb den
457 Bedarf an Sonderpädagog*innen so berechnen, dass in inklusiven Settings das
458 Zwei-Pädagog*innenprinzip durchgehend realisiert werden kann. Dafür müssen auch
459 die Kapazität an Studienplätzen der Sonderpädagogik – auch im Aufbaustudium –
460 erhöht und die berufsbegleitende Qualifizierung deutlich ausgebaut werden. Wir
461 werden ein Modell entwickeln, das Lehrkräften mit einer anderen
462 Lehramtsausbildung berufsbegleitend mit entsprechenden Freistellungen ein
463 Aufbaustudium ermöglicht.

464 Alle Schulen müssen sich für Inklusion öffnen. Dafür soll in jedem
465 Schulamtsbezirk ein Zeitplan für einen inklusiven Schulentwicklungsprozess an
466 allen Schulen erstellt werden. In die Gespräche der Schulverwaltung mit den
467 Schulen ist der Aspekt Inklusion verbindlich aufzunehmen und Entwicklungen in

468 regionaler Abstimmung zu vereinbaren. An den Hochschulen haben wir entsprechende
469 Inhalte schon jetzt in die Lehramtsbildung für alle Schulen aufgenommen. Ihre
470 Wirkung werden wir evaluieren und bei Bedarf weiterentwickeln. Dabei werden wir
471 auch die Erkenntnisse aus dem „Wellensiek-Zentrum für inklusive Bildung“
472 einbeziehen. Inklusionskompetenzen werden wir auch in die Fortbildungskonzepte
473 aller Lehrämter integrieren. Inklusion darf mit der Sekundarstufe I nicht enden.
474 Daher setzen wir uns für inklusive Anschlüsse in Ausbildung, Berufsschulsystem
475 und Oberstufe ein.

476 Wir stärken die Qualität des rhythmisierten Ganztags

477 Ein qualitativ hochwertiges schulisches Ganztagsangebot kann Schüler*innen in
478 ihrer Entwicklung ganzheitlich fördern. Deshalb werden wir die Qualität des
479 rhythmisierten Ganztags stärken. Die Einbeziehung von außerschulischen Partnern
480 wie Vereinen oder Musikschulen stärkt dabei die Verankerung vor Ort und bietet
481 ein ganzheitliches Angebot. Gute schulische Ganztagsangebote sind nur in
482 gebundenen Ganztagsklassen möglich. Wir wollen den Schüler*innen und Eltern
483 dabei dennoch mehr Flexibilität für Vereinsaktivitäten oder für gemeinsame
484 familiäre Unternehmungen geben. Im Dialog mit allen Beteiligten werden wir die
485 Betreuungsangebote an Grund- und weiterführenden Schulen weiterentwickeln und
486 dafür notwendige Qualitätsstandards einführen.

487 Junge Menschen individuell zum Schulabschluss begleiten

488 Egal ob grundlegender Bildungsabschluss, mittlerer Abschluss oder Abitur – unser
489 Ziel ist es, dass jede*r Schüler*in den für sich besten Schulabschluss erreichen
490 kann. Es wird darauf ankommen, dass Ressourcen gezielt und wirksam eingesetzt
491 werden. Alle Schularten benötigen für ihre jeweiligen Aufgaben die
492 entsprechenden Ressourcen. Kinder und Jugendliche individuell zu fördern, das
493 ist und bleibt die zentrale Aufgabe. Damit Schulen dies leisten können, braucht
494 es leistungsfähige und bestmöglich ausgestattete Standorte mit entsprechend
495 anspruchsvollen pädagogischen Konzepten. Wir werden Schulstandorte dabei
496 unterstützen, regional zu kooperieren und voneinander zu lernen. Mit allen
497 Beteiligten werden wir in einen Dialog treten, um die Idee der regionalen
498 Kooperation landesweit zu konkretisieren. Eine daraus entstehende Annäherung der
499 Schularten der Sekundarstufe werden wir unterstützen.

500 Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Lernkultur ein, die eigenständiges Lernen
501 unterstützt. Lehrkräfte benötigen Zeit, um individuelle Förderung und soziale
502 Lernprozesse zu initiieren und zu begleiten. Ein wichtiger Bestandteil sind
503 Coaching-Angebote für Schüler*innen in allen Schularten. Wo Coaching Teil des
504 Schulkonzepts ist, muss dies auch Teil des Lehrdeputats sein. Die Lehrkräfte
505 können den Kindern hier gezielt rückmelden, wo sie mit ihren schulischen und
506 sozialen Fähigkeiten stehen und Impulse für die weitere Entwicklung geben. Uns
507 ist es wichtig, Schüler*innen zu fördern und zu bestmöglichen Leistungen zu
508 ermutigen. Dazu müssen ihre Leistungen schon in der Orientierungsstufe auf dem
509 jeweiligen Niveau bewertet werden. Wir werden die Leistungsbewertung an
510 Werkrealschulen und an Realschulen entsprechend reformieren. Wir setzen uns für
511 eine zukunftsfähige Lernkultur und längeres gemeinsames Lernen ein. Dafür stehen
512 wir und dafür steht die Gemeinschaftsschule.

513 Sport, Musik, Kunst und Theater bereichern das Schulleben und stärken Kinder und
514 Jugendliche dabei, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Als fester

515 Bestandteil des Unterrichts sowie als freiwillige Angebote sind sie
516 unverzichtbar – auch und vor allem in Zeiten einer Pandemie.

517 Den Weg zum Abitur weiterentwickeln

518 In Baden-Württemberg führen viele Wege zum Abitur. Berufliche Gymnasien sind
519 landesweit stark nachgefragt. Gleichzeitig stellen die ersten Oberstufen an
520 Gemeinschaftsschulen ihren Erfolg unter Beweis. Neben dem achtjährigen Gymnasium
521 G8 gibt es die Modellschulen G9. Schüler*innen, die in neun Jahren zum Abitur
522 wollen, haben schon jetzt vielfältige Möglichkeiten dazu.

523 Wir wollen das G8 pädagogisch weiterentwickeln. Das heißt: Die Potenziale aller
524 Schüler*innen sollen individuell bestmöglich gefördert werden. Wir wollen den
525 Teamgedanken unter den Lehrer*innen stärken, um die Förderung noch besser
526 abzustimmen und eine bestmögliche Lernumgebung zu schaffen. Wir wollen Schulen
527 auf dem Weg zu innovativen Konzepten gezielt unterstützen, u. a. indem wir dabei
528 Schulen miteinander, mit der Wissenschaft und anderen Einrichtungen
529 zusammenbringen. Die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen wollen wir weiter
530 ausbauen. Es gilt, die verschiedenen Möglichkeiten im Bereich der Sekundarstufe
531 II gut aufeinander abzustimmen. So können dauerhaft stabile Standorte entstehen.
532 Dabei werden wir die beruflichen Gymnasien weiter im Blick haben und
533 bedarfsgerecht ausbauen.

534 Berufliche Bildung stärken

535 Wir wollen die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der
536 Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ umsetzen.
537 Handwerkliche und soziale Berufe wollen wir gesellschaftlich aufwerten. Die
538 berufliche Bildung und Weiterbildung werden künftig noch wichtiger werden. Wir
539 brauchen ein Changemanagement, das den Veränderungen in der Berufswelt und der
540 Wirtschaft gerecht wird. Ausbildungsangebote und berufliche Bildung für
541 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz müssen künftig wieder stärker in den Blick
542 genommen werden – Stichwort Ausbildungsgarantie. Wir wollen den inklusiven
543 Zugang zur beruflichen Bildung ermöglichen und den Übergang in das Berufsleben
544 aktiv gestalten. Berufsschulen wollen wir attraktiver machen und stärker
545 unterstützen, indem wir personelle und fachliche Ressourcen ausbauen und
546 Schulsozialarbeit stärken. Wir starten eine Imagekampagne und verbinden Betriebe
547 noch stärker mit Berufsschulen. Für geflüchtete Schüler*innen entwickeln wir
548 zusätzliche Angebote. Wir legen stärkeren Fokus auf die Fertigkeiten, die in
549 Zukunft gefragter sein werden, z.B. in den Bereichen Kommunikation,
550 Digitalisierung und Energieeffizienz. Dementsprechend fördern wir den Ausbau der
551 Infrastruktur an den Schulen.

552 Der digitale Wandel wird auch die Weiterbildung verändern. Dies bietet die
553 Chance, mit neuen Angeboten neue Zielgruppen zu erreichen. Im lebensbegleitenden
554 Lernen werden sich die gesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln. Die
555 politische Bildung wird hier einen neuen Stellenwert erhalten. Wir sehen die
556 Weiterbildungsträger als wichtige Partner, um die unterschiedlichen
557 gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen, und werden sie in ihrer Arbeit
558 politisch unterstützen.

559 Sprache als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe

560 Um die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, wollen wir die Alphabetisierung
561 der Gesellschaft weiter in den Blick nehmen und die Grundbildung weiter
562 voranbringen.

563 Kinder mit Migrationsgeschichte sind dreimal häufiger armutsgefährdet. Die
564 soziale Herkunft, der Bildungshintergrund der Eltern sowie Sprachbarrieren
565 tragen in den meisten Fällen dazu bei, dass diese Schüler*innen sich nicht frei
566 in unserem Bildungssystem entfalten können und auf sich allein gestellt sind.
567 Dem möchten wir entgegenwirken.

568 Wir wollen die Sprachbildung an Grundschulen weiter ausbauen und den
569 sprachsensiblen Fachunterricht in allen Schulen verankern. Kinder und
570 Jugendliche mit Migrationshintergrund erhalten gezielten Unterricht in Deutsch
571 als Fremdsprache. Mentor*innenprogramme für Eltern, mit denen wir die Familien
572 begleiten, werden wir bedarfsgerecht weiter ausbauen. Wir möchten verschiedene
573 Lebenswelten besser in unseren Lehrinhalten wiedergeben, damit alle sich mit
574 Schulinhalten identifizieren können und Spaß am Lernen haben. Wir möchten
575 Schüler*innen mit Migrationsgeschichte unterstützen, indem wir ihre ausgeprägte
576 Fähigkeit zu Multiperspektiven und Mehrsprachigkeit fördern und wertschätzen.
577 Wir wollen Diversität und Repräsentation stärken, indem wir mehr Lehrkräfte mit
578 Migrationsgeschichte an unsere Schulen bringen. Den muttersprachlichen
579 Unterricht wollen wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer in staatliche
580 Verantwortung übernehmen und den Konsulatsunterricht abschaffen.

581 Schulen mehr Freiräume geben, Lehrkräfte gewinnen

582 Die Akteur*innen vor Ort sind entscheidend dafür, dass gute Schule gelingt.
583 Schulleiter*innen, Lehrkräfte und auch Schulträger kennen die Verhältnisse vor
584 Ort und die Bedürfnisse ihrer Schüler*innen am besten. Wir wollen den einzelnen
585 Schulen deshalb mehr Verantwortung, Autonomie und Freiräume geben, sich
586 pädagogisch zu entwickeln und den Schulalltag zu gestalten. Den Teamgedanken
587 wollen wir in allen Dimensionen stärken. Die Schulen sollen sich – innerhalb
588 klarer Qualitätsstandards – eigenverantwortlicher entscheiden können, wie sie
589 sich pädagogisch profilieren, Schwerpunkte setzen, Budgets einsetzen und mit wem
590 sie Kooperationen eingehen wollen.

591 Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Schullandschaft und
592 geben wichtige pädagogische Impulse. Wir stehen für eine auskömmliche
593 Finanzierung dieser Schulen.

594 Wir werden ein freiwilliges pädagogisches Bildungsjahr einführen, auch um junge
595 Menschen auf dem Weg in den Lehrberuf zu unterstützen.

596 Wir werden prüfen, wie Lehramtsstudierende in Schulen unterstützend auf
597 Honorarbasis zum Einsatz kommen können.

598 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Verbänden wollen wir das aktuelle
599 Arbeitszeitmodell überprüfen und modernisieren. Unser Ziel ist, auch die
600 Tätigkeiten realistisch abzubilden, die über den reinen Unterricht hinausgehen.

601 Neben den Lehrkräften leisten Schulsozialarbeiter*innen einen essenziellen
602 Beitrag für die Unterstützung unserer Schüler*innen. Wir streben an, die
603 Förderung der Schulsozialarbeit auszubauen. Das Lehramtsstudium soll
604 schulartenübergreifend verstärkt pädagogische und bildungswissenschaftliche
605 Kernpunkte aufgreifen und behandeln. Lehrkräfte, die in den ersten drei Monaten

606 eines Schuljahres einen befristeten Vertrag abschließen, sollen in den folgenden
607 Sommerferien ebenfalls ihre Bezahlung erhalten, wenn sie im kommenden Schuljahr
608 wieder eingestellt werden.

609 Moderne Schulträgerschaft gestalten

610 Egal ob Ganztage, Inklusion oder Digitalisierung – die Aufgaben von Land und
611 Trägern sind eng miteinander verwoben. Wir wollen mit den Kita- und Schulträgern
612 in einen offenen und strukturierten Prozess für eine moderne Trägerschaft
613 eintreten. Wir wollen dazu auch die interkommunale Zusammenarbeit intensivieren.
614 Dies gilt in besonderem Maß auch für die Gestaltung einer zukunftsfähigen
615 Schulstruktur.

616 Darum Grün!

617 Wer Grün wählt, stimmt für

- 618 • den qualitativen Ausbau der Kitas und der Sprachbildung sowie
619 einkommensabhängige Kita-Gebühren
- 620 • eine Fachkräfteoffensive
- 621 • starke Grundschulen mit multiprofessionellen Teams und
622 sozialindexbasierter Ressourcenzuweisung
- 623 • die Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen, leistungsorientierten und
624 sozial gerechten Schulstruktur in der Sekundarstufe
- 625 • eine umfassende Digitalisierung der Schulen, inklusive guter technischer
626 Ausstattung und Angebote zur Medienbildung und politischen Bildung
- 627 • Inklusion als ein der frühkindlichen und schulischen Bildung zugrunde
628 liegendes Prinzip
- 629 • mehr Demokratiebildung in der Schule
- 630 • ein Bekenntnis zur Schule als Ort der Vielfalt und des gesellschaftlichen
631 Zusammenhalts

K10NEU Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 10: Kinder, Jugend und Familie

2 Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken

3 Kinder und Jugendliche sollen in Baden-Württemberg gesund aufwachsen und eine
4 faire Chance auf ein gutes Leben haben. Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen,
5 Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausbauen und sie vor Gewalt
6 schützen – dafür kämpfen wir. Wir unterstützen Familien in ihrer ganzen
7 Vielfalt.

8 Um junge Eltern und ihre neugeborenen Babys bestmöglich zu begleiten, haben wir
9 in Baden-Württemberg das Landesprogramm STÄRKE neu aufgestellt. Auch mit anderen
10 Elternbildungsangeboten und frühen Hilfen setzen wir neue Impulse für die
11 Familienbildung in den Kommunen und Landkreisen. Unser Ziel ist es, sie dabei
12 niedrigschwellig zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und
13 alle Eltern zur Eigenverantwortung zu befähigen. Dafür haben wir als grün-
14 geführte Landesregierung die Entwicklung einer „Rahmenkonzeption Familienbildung
15 BW“ gefördert. Jetzt geht es uns darum, diese Schritt für Schritt umzusetzen.

16 Vielen Familien in Baden-Württemberg geht es materiell gut. Und doch lebt fast
17 jedes fünfte Kind in Armut. Besonders betroffen sind Kinder in Familien mit
18 Migrationshintergrund, Kinder von Alleinerziehenden und Kinder in kinderreichen
19 Familien. Das nehmen wir Grüne nicht hin! Auf Bundesebene streiten wir deswegen
20 für eine wirksame Kindergrundsicherung, um Kinderarmut zu verhindern. Wir setzen
21 uns außerdem dafür ein, Care-Tätigkeiten aufzuwerten und sie angemessen zu
22 bezahlen. Wer eine Erwerbstätigkeit für Erziehungszeiten unterbricht, soll
23 sozial besser abgesichert sein. Wir machen uns stark für ein Rückkehrrecht von
24 Teilzeit auf Vollzeit, für flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie gute und
25 verlässliche Betreuungsangebote.

26
27 Und auch in der Regierungsverantwortung im Land haben wir einiges angestoßen.
28 Unser Ziel: Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen!

29 Mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 haben wir die
30 Grundlage gelegt, damit endlich anerkannt wird: Soziale Ausgrenzung, Armut und
31 besonders Kinderarmut sind eine landespolitische Herausforderung! Um Kinderarmut
32 zu bekämpfen und gleiche Startchancen zu schaffen, haben wir den Ideenwettbewerb
33 „Starke Kinder – chancenreich“ ins Leben gerufen. Wir fördern kommunale und
34 regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut. Weil diese Konzepte sich
35 bewährt haben, wollen wir sie im ganzen Land etablieren.

36
37 Impulse für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickeln und
38 beraten wir – als Konsequenz aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung –
39 mit einem Beirat, in dem Wissenschaft, Politik, Sozialverbände und Betroffene
40 vertreten sind. Mit diesem Beirat wollen wir ein landesweites
41 Familienförderkonzept schaffen, das Familien in benachteiligten Lebenslagen
42 besonders berücksichtigt.

43 Uns ist es ein zentrales Anliegen, Kinder und Jugendliche vor jeglicher Form von
44 Gewalt zu schützen. Dazu haben wir mit zahlreichen Initiativen wichtige
45 Grundlagen gelegt und die Schutzmechanismen verbessert. Wir haben zudem die
46 Mittel für Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie ambulante Hilfseinrichtungen
47 deutlich erhöht. Gleiches gilt für Gewaltambulanzen. Hier können Opfer die
48 Spuren nach einem Gewaltverbrechen gerichtsfest sichern lassen, auch wenn sie
49 noch nicht entschieden haben, ob sie Anzeige erstatten wollen. Wir wollen Kinder
50 und Jugendliche bei Gerichtsverfahren vor Retraumatisierung und
51 Gewissenskonflikten gegenüber Familienangehörigen schützen.

52 Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken und ihnen mehr Gehör
53 verschaffen. Dazu bauen wir ein landesweites, unabhängiges Ombudssystem auf. Es
54 unterstützt sie dabei, ihre Interessen in der Kinder- und Jugendhilfe zu
55 vertreten. Dieses Ombudssystem ist in der Jugendhilfe auch eine wichtige
56 Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder.

57 Demokratie erlernt am besten, wer sie real erlebt: Junge Menschen sollen bereits
58 ab 16 Jahren auf allen Ebenen wählen können. Mit dem Masterplan Jugend und dem
59 Landesjugendplan stärken wir die Strukturen der offenen Jugendarbeit, die von
60 den unterschiedlichsten Vereinen und Einrichtungen getragen wird. Der Masterplan
61 orientiert sich an der Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Er setzt
62 insbesondere darauf, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, Demokratie zu fördern
63 und sozial benachteiligte junge Menschen gezielt zu unterstützen. Damit bringen
64 wir auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen voran. Die landesweite
65 „Servicestelle Partizipation“ unterstützt seit 2018 systematisch die Teilhabe
66 von Jugendlichen.

67 In vielen Initiativen und Formaten vor Ort können junge Menschen Beteiligung
68 erleben. Dazu gehören etwa die Jugendgemeinderäte und Regionalkonferenzen sowie
69 auf Landesebene der Jugendlandtag und der Kindergipfel im Landtag. Wir wollen
70 darüber hinaus einen Jugendrat auf Landesebene einführen, der den jungen
71 Generationen mehr Gehör in der Landespolitik verschafft.

72 Gerade jetzt: Familien fördern und entlasten

73 Familien stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche
74 wachsen in einer Zeit auf, die durch existenzielle Zukunftsängste geprägt ist.
75 Fridays for Future haben diese Ängste auf die Straße getragen. Sie fordern
76 grundlegende Veränderungen ein, um die Klimakrise aufzuhalten. Gleichzeitig
77 leben wir in einer Zeit des rasanten digitalen Wandels. Digitale Kommunikation
78 und Vernetzung sind nicht nur für Kinder und Jugendliche heute
79 selbstverständlich. Umso wichtiger ist es, ihnen eine umfassende Medienkompetenz
80 und einen verantwortungsvollen Umgang mit angesagten sozialen Medien und anderen
81 Internetplattformen zu vermitteln. Das macht sie stark, um nicht auf Fake News
82 und Verschwörungsmythen hereinzufallen.

83 Neue Formen der Kommunikation schaffen neue Möglichkeiten, miteinander in
84 Kontakt zu kommen und zu bleiben. Darin stecken auch neue Chancen für den
85 familiären Zusammenhalt. Getrennt lebende Familien können sich nah sein und
86 täglich austauschen, auch wenn Hunderte Kilometer zwischen ihnen liegen. Doch
87 ein Mehr an Kommunikation und Vernetzung heißt nicht automatisch, dass die
88 Bindungen vertieft und der Zusammenhalt gestärkt werden. Vielen Eltern bereitet
89 der ständige Medienkonsum ihrer Kinder Sorgen.

90 Familie in den 2020er-Jahren heißt, ganz unterschiedliche Rollen und Erwartungen
91 zusammenzubringen. Nicht nur innerhalb der Familie, auch in der Arbeit und im
92 Ehrenamt. Genug Zeit für die Kinder zu haben, den Anforderungen im Job gerecht
93 zu werden, den Haushalt in Schuss zu halten und Freunde nicht zu
94 vernachlässigen: An allen Ecken und Enden gibt es viel zu tun.

95 Die Corona-Krise hat diese Herausforderungen noch einmal verschärft. In den
96 vergangenen Monaten haben Familien mit Kindern eine riesige Last geschultert.
97 Home-Office und Home-Schooling haben viele Familien stark belastet. Viele Frauen
98 wurden in traditionelle Rollenbilder zurückgeworfen. Alleinerziehende hat die
99 Corona-Krise besonders hart getroffen.

100 Die Krise hat nochmals deutlich gemacht: Auch in Baden-Württemberg sind Kinder
101 ein Armutsrisiko. Das darf nicht sein! Deswegen ist es uns wichtig, gerade jetzt
102 Familien mit Kindern zu unterstützen. Als Land ermöglichen wir es den Kommunen,
103 auch in einer wirtschaftlich schwierigen Lage mit rückgehenden Steuereinnahmen
104 ihre Freiwilligkeitsleistungen für Kinder und Familien aufrechtzuerhalten.

105 Wir stärken Familien – in all ihrer Vielfalt

106 Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und ihres
107 Glücks. Familie heißt: Menschen übernehmen dauerhaft füreinander Verantwortung,
108 kümmern sich umeinander und sind füreinander da. Das unterstützen wir in aller
109 Vielfalt: mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder mit Partner*in, mehr-
110 oder gleichgeschlechtlich, mit und ohne Migrationshintergrund, im Rahmen einer
111 biologischen Elternschaft oder als Pflege- und Adoptivfamilie, als Patchwork
112 oder Mehr-Eltern-Konstellation. All diese Familienformen leisten einen wichtigen
113 Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

114 Familien können sich auf uns verlassen. Sie sind das Rückgrat unserer
115 Gesellschaft. Damit sie gut leben können, brauchen sie ein Umfeld, das sie
116 unterstützt. Dazu gehört besonders eine gute soziale Infrastruktur für Bildung,
117 Gesundheit und Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen.

118 Wir geben allen Familien die Unterstützung, die sie brauchen. Das heißt zum
119 Beispiel: Auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen muss es verlässliche
120 und inklusive Bildungs- und Betreuungsangebote geben. Das bedeutet auch, dass
121 wir das Problem Kinderarmut zielgenau und überall im Land angehen. Wir werden
122 ein Präventionsnetz gegen Armut und Bildungsbenachteiligung bis weit ins
123 Jugendalter schaffen.

124 Wir wollen Familien in die Lage versetzen, selbst Verantwortung zu übernehmen.
125 Kinder und Jugendliche sollen in einem Umfeld aufwachsen, in dem demokratische
126 Werte selbstverständlich sind. Sie sollen erleben, dass jeder Mensch etwas
127 beitragen kann.

128 Prävention, Elternbildung und Beratung weiter fördern

129 Wer beteiligt wird, lernt, soziale Verantwortung zu übernehmen. Soziale Arbeit
130 hat hier eine wichtige Unterstützungsfunktion: Sozialarbeiter*innen in Schulen
131 und Kitas sind wichtige Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche. Auch die
132 Verzahnung von Jugendhilfe und Bildungsangeboten eröffnet Freiräume und Ideen,
133 wie ein gutes Leben gestaltet sein kann. Soziale Arbeit beugt damit sozialer
134 Ausgrenzung sowie Gewalt und Kriminalität vor. Die Jugendsozialarbeit leistet
135 eine wichtige Präventions- und Unterstützungsarbeit. Wir wollen sie deshalb

136 bedarfsgerecht ausbauen. Dafür schaffen wir die Rahmenbedingungen in den
137 Sozialräumen und die notwendigen rechtlichen Grundlagen. Dabei ist es uns im
138 Sinne des jeweiligen Sozialraums und der Beschäftigten wichtig, dass bewährte
139 und gewollte Projekte in eine verlässliche Regelfinanzierung übergehen, statt
140 sich kurzfristig von einem Projektantrag zum anderen retten zu müssen. Diese
141 „Projektitis“ muss überwunden werden.

142 Kinder, Jugendliche und Familien brauchen offene und öffentliche Räume, die zu
143 ihren Bedürfnissen passen. Das sind zum Beispiel niedrigschwellige Angebote wie
144 Stadtteil- und Krank. Wir wollen eine Koordinationsstelle auf Landesebene
145 schaffen, um die Kommunen flächendeckend mit solchen Zentren zu versorgen. Die
146 Koordinationsstelle soll die Städte, Gemeinden und Träger dabei beraten und
147 begleiten, Konzepte zu erstellen und Qualitätsstandards weiterzuentwickeln.
148 Hierbei wollen wir die migrationsgesellschaftliche und interkulturelle Öffnung
149 dieser Einrichtungen vorantreiben.

150 In der grün-geführten Landesregierung haben wir vielfältige Maßnahmen für ein
151 kinderfreundliches Baden-Württemberg angestoßen. Diese Vorhaben entfalten ihre
152 Wirkung. Wir wollen sie konsequent fortführen. Damit jedes Kind gesund und
153 sicher aufwächst. Damit Familien stark bleiben. Damit Kinder und Jugendliche von
154 klein auf beteiligt werden.

155 Als zentrales Instrument der allgemeinen Familienförderung wird die
156 Familienbildung weiter gestärkt. Sie wendet sich prinzipiell an alle Familien,
157 enthält jedoch auch wirksame Komponenten zur Armutsprävention und zur
158 Verbesserung von Bildungsverläufen.

159
160 Dazu wird die Struktur auf Landesebene gestärkt. Das beim Landesfamilienrat
161 angesiedelte Netzwerk Familienbildung Baden-Württemberg erhält eine personelle
162 und finanzielle Ausstattung, mit der auch die Beratung und Begleitung aller
163 Familienbildungs-Träger auf kommunaler Ebene erfolgen kann.

164
165 Wir brauchen flächendeckend kommunale Konzepte zu einem bedarfsgerechten,
166 bezahlbaren und niedrigschwelligen Angebot für Familien in allen Lebenslagen und
167 allen Lebensphasen.

168 Familienerholung erhalten und ausbauen

169 Qualitätszeit in der Familie wird zu einem hohen Gut. Mehr als ein Viertel der
170 Familien im Land kann nach den Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichts
171 keinen Urlaub machen. Einrichtungen der Familienerholung in Baden-Württemberg
172 bieten Familien die Möglichkeit zur Erholung und Regeneration, aber auch Zeit
173 für Austausch, Information und Bildung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
174 Familienerholung erhalten bleibt und ausgebaut wird.

175

176 Kein Kind soll in Armut aufwachsen!

177 Kein Kind soll in Armut aufwachsen! Deshalb wollen wir die regional erprobten
178 Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in allen Regionen des Landes etablieren.
179 Im Bund setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein. Sie soll allen Kindern
180 faire Chancen und ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Auch damit wollen wir
181 Kinderarmut wirksam verhindern und gleichzeitig alle Familien unterstützen.
182 Besonders den Müttern und Vätern, die jeden Tag zu kämpfen haben, soll die
183 Kindergrundsicherung ein deutliches Plus im Portemonnaie bescheren.

184 Kinderschutz stärken – Gewalt konsequent bekämpfen

185 Besonders beim Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt – im persönlichen
186 Umfeld und im Internet – sowie beim Schutz vor häuslicher Gewalt bleibt noch
187 viel zu tun. Wir wollen dafür einheitliche fachliche und personelle Standards in
188 der Jugendhilfe durchsetzen. Unser Ziel ist es, flächendeckend eine unabhängige
189 Fachberatung gegen jegliche Form von Gewalt gegen Kinder einzurichten. Bereits
190 jetzt finanzieren wir eine landesweite Dachstruktur, die Einrichtungen gegen
191 sexualisierte Gewalt verbindet. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen sollen
192 mit diesen Partner*innen landesweit verlässliche Netzwerke für den Kinderschutz
193 entstehen – von den Bildungseinrichtungen über freie Träger bis zu den
194 Jugendämtern. Für einen „Masterplan Kinderschutz“ wollen wir eine Vereinbarung
195 mit den Kommunen treffen und auf Landesebene die Funktion einer*eines
196 Beauftragten gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder schaffen. In der
197 Familiengerichtsbarkeit wollen wir Fortbildungen verbindlich machen und
198 angemessen mit Personal ausstatten. Die Strafverfolgung von Gewalt wollen wir
199 personell und fachlich stärken. Die Beweissicherung durch Opferschutzambulanzen
200 wollen wir nach dem Vorbild der Gewaltambulanz Heidelberg landesweit
201 ermöglichen. Um Mädchen in Baden-Württemberg vor weiblicher Genitalverstümmelung
202 (FGM) zu schützen, starten wir eine Präventionskampagne. Ziel ist es, Opfer und
203 Täter über die Mythen rund um weibliche Genitalverstümmelung aufzuklären. Auch
204 im Sexualkundeunterricht und Medizinstudium sollte dieses Thema einen Platz
205 finden.

206 Kinder und Jugendliche, die in Trennungssituationen leben, brauchen
207 Mitbestimmung und Beratung – unabhängig von den Eltern. Dazu gehört das Recht
208 auf einen eigenen Verfahrensbeistand in Familiengerichtsverfahren.

209 Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – für mehr Beteiligung vor Ort

210 Wir wollen vielfältige Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen
211 bekannter machen und sie mit den Beteiligungskonzepten der Schulen sowie den
212 Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit verknüpfen. Dazu wollen wir ein
213 Modellprojekt bei der Landeszentrale für politische Bildung auflegen, das sich
214 an Landeschüler*innenbeiräte, Vertreter*innen von Jugendforen,
215 Jugendgemeinderäte und andere freie Jugendgruppen richtet. Die Jugendlichen
216 selbst sollen die Ausschreibung, die Auswahl und die Begleitung der
217 Projektanträge gestalten. Die politische Bildung innerhalb und außerhalb der
218 Schule wollen wir stärken.

219 Wir haben erreicht, dass Kinder und Jugendliche sich in den Kommunen deutlich
220 mehr einmischen, etwa in Jugendgemeinderäten oder Jugendforen. Das wollen wir
221 weiter ausbauen. Das Wahlalter möchten wir auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken.

222 Das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr bieten heute
223 schon vielen Jugendlichen die Chance, sich zu engagieren und sich persönlich
224 weiterzuentwickeln. Wir haben die Landesmittel dafür kontinuierlich erhöht und
225 stehen für den weiteren Ausbau.

226 Medienkompetenz stärken, Mobilität familiengerecht gestalten

227 Auch im Familienleben ist es wichtig, bewusst, reflektiert und kompetent mit
228 digitalen Technologien umgehen zu können. Um das zu lernen, braucht es
229 Medienangebote in der Schule genauso wie die Unterstützung der Eltern. Kinder
230 und Jugendliche müssen im geschützten Rahmen Erfahrungen sammeln und sich

231 ausprobieren können. Zudem brauchen wir verbindliche Maßnahmen für einen
232 funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz und das Bewusstsein für eine
233 Medienethik.

234 Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen familiengerechte Mobilitätskonzepte
235 erstellen und umsetzen. Gerade in einer Welt, in der sich der Alltag zunehmend
236 an vielen verschiedenen Orten abspielt, ist Mobilität von großer Relevanz. Das
237 betrifft Familien im Alltag in besonderer Weise – ob nun morgens auf dem Weg zu
238 Kita und Schule oder zu Fußballtraining und Klavierunterricht am Nachmittag. Wir
239 setzen uns dafür ein, dass Wege in Städten und Kommunen auch für Familien ohne
240 Auto gut zu bewältigen sind. Eine Verkehrsplanung, die an Familienfreundlichkeit
241 ausgerichtet ist, erhöht die Verkehrssicherheit und stärkt den Erhalt der
242 Nahversorgung.

243 Darum Grün!

244 Wer Grün wählt, stimmt für

- 245 • Baden-Württemberg als starkes Land für Kinder, Jugendliche und Familien in
246 all ihrer Vielfalt
- 247 • Prävention und Schutz vor Kinderarmut und Schutz der Kinder vor jeglicher
248 Form von Gewalt
- 249 • den Ausbau der gelebten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- 250 • mehr Medienbildung und die Stärkung des Jugendmedienschutzes
- 251 • eine Verkehrs- und Bauplanung, die an den Interessen von Kindern,
252 Jugendlichen und Familien ausgerichtet ist

K11NEU Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 11: Gesundheit, Pflege und Demografie

2 Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen

3 Wir Grüne stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein
4 selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Der
5 Grundpfeiler einer modernen Sozialpolitik ist der Ausbau von Prävention sowie
6 ein gutes Gesundheits- und Pflegesystem für alle. Wir wissen, dass die Chancen
7 für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und
8 gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Wir wollen Gesundheitsförderung in allen
9 Politikfeldern verankern.

10 Als grün-geführte Landesregierung haben wir uns deshalb auf den Weg gemacht,
11 Barrieren in der Gesundheitsversorgung abzubauen sowie Teilhabe und Inklusion zu
12 verwirklichen. Wichtig ist uns, dass alle Bürger*innen eine
13 Gesundheitsversorgung aus einer Hand erhalten. Deshalb haben wir in der
14 vergangenen Legislaturperiode damit begonnen, die starre Trennung zwischen
15 ambulanter und stationärer Versorgung zu überwinden. Das Fachpersonal in den
16 Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im Rettungsdienst muss
17 unkompliziert zusammenarbeiten können, um den Genesungsprozess der Patient*innen
18 bestmöglich zu unterstützen. Unser Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und die
19 Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen.

20 Eine gute Gesundheitspolitik verhindert soziale Spaltung und stärkt den
21 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Grüne setzen wir uns auf Bundesebene dafür
22 ein, das bestehende Krankenversicherungssystem zur Bürgerversicherung
23 weiterzuentwickeln. Im Land werden wir Beamt*innen mit dem „Hamburger Modell“
24 mehr Wahlfreiheit bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung ermöglichen: Unsere
25 Staatsdiener*innen sollen sich für die gesetzliche Krankenversicherung
26 entscheiden können, ohne dass ihnen dadurch finanzielle Nachteile entstehen. Das
27 Land zahlt den entsprechenden Arbeitgeberanteil in Form einer pauschalen
28 Beihilfe. Damit stärken wir das Solidarsystem der gesetzlichen
29 Krankenversicherung und schaffen mehr Gerechtigkeit.

30 Gemeinsam durch die Pandemie – gut gerüstet für die Zukunft

31 Bisher sind wir besser durch die Corona-Krise gekommen als die meisten anderen
32 Länder auf dieser Welt. Das liegt auch an den Stärken unseres Gesundheitswesens.
33 Gleichwohl ist die Krise noch lange nicht überstanden. Erst wenn Impfstoffe in
34 ausreichender Menge oder wirksame Therapiemöglichkeiten zur Verfügung stehen,
35 können wir wieder in die gewohnte Normalität zurückkehren. Bis es soweit ist,
36 müssen wir lernen mit dem Virus zu leben. Dabei gilt: Wir müssen das
37 Infektionsgeschehen eindämmen und wollen gleichzeitig einen möglichst normalen
38 Alltag leben. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass wir weiterhin gut und sicher
39 durch die Krise kommen und wir stehen gleichzeitig dafür, dass wir die Lehren
40 aus dieser Krise ziehen, um unser Gesundheitssystem krisen- und zukunftsfest zu
41 machen. Dafür brauchen wir mehr Pflegepersonal in den Kliniken und Heimen und
42 setzen uns für attraktivere Arbeitsbedingungen ein. Den Coronaleugner*innen

43 treten wir mit einem klaren Bekenntnis zur wissenschaftsbasierten Medizin
44 entgegen.

45 Grüne Gesundheitspolitik: gut versorgt in Stadt und Land

46 Wir Grüne stehen für dezentrale, leistungsfähige und innovative
47 Beratungsstrukturen. Wir stellen die bedarfsgerechte Versorgung der
48 Patient*innen in allen Teilen Baden-Württembergs ins Zentrum unserer
49 Aufmerksamkeit. Es darf in der Gesundheitsversorgung der Menschen keinen
50 Unterschied machen, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

51 Als grün-geführte Landesregierung haben wir bereits Anreize geschaffen, damit
52 sich junge Ärzt*innen auf dem Land niederlassen und so die hausärztliche
53 Grundversorgung sicherstellen. Im nächsten Schritt werden wir die Studienplätze
54 für Humanmedizin weiter ausbauen und die Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen
55 familiengerechter gestalten. Dafür wollen wir die Gesundheitssteuerung der
56 Kommunen stärken und die hausärztliche Versorgung sicherstellen, indem wir neue
57 Organisationsformen fördern. Wir werden die Versorgung im ländlichen Raum
58 verbessern, indem wir die digitalen medizinischen Beratungs- und
59 Behandlungsangebote weiter ausbauen. Auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit
60 von Ärzt*innen, medizinisch-technischen Angestellten und anderen
61 Gesundheitsberufen wollen wir ausweiten.

62 Wir stehen für die Etablierung von Primärversorgungszentren. Unter einem Dach
63 kümmern sich dort verschiedene Gesundheitsberufe übergreifend um die
64 Patient*innen und garantieren so eine Versorgung aus einer Hand. Wir werden auch
65 das Konzept von Multifunktionshäusern im ländlichen Raum fördern. Ziel ist es,
66 leerstehende Gebäude in Kommunen für die medizinische Versorgung, persönliche
67 Dienstleistungen und Nahversorgung bereitzustellen. Erst zur Hausärztin, dann
68 zum Frisör und in den Supermarkt – für alles braucht man dann nur noch einen
69 Weg.

70 Medizinische Versorgung muss auch Menschen mit Behinderungen einen
71 gleichberechtigten Zugang gewährleisten. Dafür werden wir die
72 Inklusionskompetenz der Ärzt*innen in Aus- und Weiterbildung stärken. Arztpraxen
73 sollen schrittweise barrierefrei werden.

74 Immer mehr Menschen leiden heute unter psychischen Erkrankungen. Wir lassen
75 diese Menschen nicht allein. Wir verbessern die Aufklärungsarbeit und wollen
76 Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen abbauen. Trotz der
77 hohen Nachfrage finden viele aber nur schwer Zugang zu Hilfsangeboten. Wir Grüne
78 wollen diese Versorgungslücken schließen und damit die seelische Gesundheit der
79 Menschen stärken. Dafür wollen wir die psychotherapeutische Versorgung überall,
80 insbesondere im ländlichen Raum, verbessern und die Schnittstellen zur Beratung
81 und Prävention stärken. Dazu gehören etwa die psychosoziale Beratung sowie die
82 Sucht- und Suizidprävention. Um die klassische Psychotherapie zu unterstützen,
83 setzen wir Grüne uns für evaluierte und zertifizierte digitale Therapie- und
84 Beratungsangebote ein.

85 Die Arbeit des Rettungsdienstes wird in Zeiten des demografischen Wandels immer
86 wichtiger. Seit Jahren steigen die Einsatzzahlen. Hilfsfristen legen fest, in
87 welcher Zeit Rettungswagen bei den Patient*innen sein sollten. Im ländlichen
88 Raum kann diese Vorgabe oft nicht eingehalten werden. Wir Grüne wollen darüber
89 hinaus den Rettungsdienst modernisieren, damit die gesamte Rettungskette so gut

90 und schnell wie möglich funktioniert – von der Ersthilfe bis zum Eintreffen im
91 Krankenhaus. Dafür wollen wir insbesondere den Notfallsanitäter*innen mehr
92 Kompetenzen einräumen. Die Unterstützung durch Telenotärzt*innen sowie die
93 Digitalisierung wollen wir nutzen, um eine landesweite Planung der Standorte von
94 Rettungswachen zu ermöglichen.

95 Vorsorge ist besser als Nachsorge

96 Die Gesundheit erhalten und Erkrankungen vorbeugen – das steht für uns Grüne im
97 Fokus unserer Gesundheitspolitik. Pandemien und Viren machen nicht an Grenzen
98 halt. Deshalb gilt es, verstärkt europäisch zu denken. Wir brauchen eine
99 optimierte, grenzüberschreitende Gesundheitsplanung mit unseren europäischen
100 Nachbar*innen. So können wir personelle Ressourcen und die
101 Gesundheitsinfrastruktur gemeinsam flexibel nutzen. Wir werden den
102 Medizinstandort Baden-Württemberg ausbauen und gemeinsam mit unseren
103 europäischen Partner*innen in die medizinische Forschung, Entwicklung und
104 Produktion investieren.

105 Aber auch in Baden-Württemberg gilt es, die Programme und Initiativen noch
106 besser aufeinander abzustimmen und staatliche Strukturen und Vorsorge weiter
107 auszubauen. Im Zentrum guter Prävention steht für uns der Öffentliche
108 Gesundheitsdienst (ÖGD). Wir werden unsere Gesundheitsämter personell stärken
109 und digital besser ausstatten, um eine flächendeckende Gesundheitsförderung für
110 alle zu ermöglichen. Die aufgelegten Präventionsprogramme sollen
111 wissenschaftlich begleitet und hinsichtlich Effektivität und Effizienz überprüft
112 werden.

113 Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen zur Unterstützung des Immunsystems und
114 zur Förderung der Selbstheilungskräfte im Sinne einer guten Gesundheitsvorsorge
115 und zur Entlastung der Gesundheitssysteme stärker als bisher gefördert werden.

116 Gesundheitsförderung muss noch stärker da verankert werden, wo die Menschen
117 leben, arbeiten, sich engagieren und lernen. Nicht nur der Sportkurs nach
118 Feierabend, sondern auch eine gesundheitsfördernde Wohn- und Arbeitsumgebung und
119 eine ausgewogene Ernährung – insbesondere in Kitas und an Schulen – sind
120 wichtig. Wir wollen, dass schon unsere Kleinsten lernen, was zu einem gesunden
121 Leben gehört. Wir brauchen deshalb landesweite Kampagnen und Konzepte für
122 gesundes Essen in Mensen und Kantinen. Wir wollen aber auch, dass der ÖGD seine
123 Angebote in der Erwachsenenbildung ausweitet.

124

125 Wir unterstützen und fördern den One-Health-Ansatz, der die Gesundheit von
126 Mensch, Tier und Natur ganzheitlich betrachtet und Antibiotikaresistenzen
127 reduzieren möchte. Dabei spielt die Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen
128 aus Humanmedizin, Veterinärmedizin und Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Wir
129 kennen den Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und dem hohen Einsatz von
130 Antibiotika. Durch eine ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung
131 wollen wir den Einsatz von Antibiotika reduzieren.

132 Im Bereich der Förderung der sexuellen Gesundheit werden wir die wertvolle
133 Arbeit der AIDS-Hilfen in Baden-Württemberg weiterhin verlässlich unterstützen.
134 Um Neuinfektionen mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen zu
135 verhindern, wollen wir die Aufklärung über Schutzmöglichkeiten und Risiken sowie
136 Testmöglichkeiten verbessern.

137 Gute Präventionsarbeit begleitet Menschen durch das ganze Leben. Je älter wir
138 werden, desto wichtiger ist Gesundheitsvorsorge. Um das Risiko von
139 Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, kommt der geriatrischen Versorgung
140 eine hohe Bedeutung zu. Wir werden die Behandlungskapazitäten der geriatrischen
141 Zentren ausbauen.

142 Für eine Drogen- und Suchtpolitik, die auf Prävention setzt

143 Für uns Grüne gehört Prävention in den Mittelpunkt der Drogen- und Suchtpolitik.
144 Wir befürworten wirksame und frühzeitige Ansätze, die Abhängigkeit und riskante
145 Konsumformen verhindern oder zumindest verringern, auch durch Resilienz- und
146 Aufklärungsarbeit in den Schulen. Dies gilt bei Alkohol und Tabak, aber auch bei
147 Partydrogen, Medikamenten und Glücksspiel.

148 Der Schutz von Nichtraucher*innen ist uns wichtig. Wir wollen deshalb den
149 Nichtraucherschutz im Sinne der Angestellten in der Gastronomie und von
150 Nichtraucher*innen weiterentwickeln. Wir werden den Gesundheitsschutz auch
151 dadurch deutlich verbessern, dass wir viele bisher geltende Ausnahmen des
152 Rauchverbots abschaffen.

153 Wir Grüne wollen den Konsum von Cannabis entkriminalisieren und legen dabei
154 großen Wert auf Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz. Auf Bundesebene wollen
155 wir mit einem Cannabiskontrollgesetz die Möglichkeit für eine regulierte und
156 kontrollierte Abgabe von Cannabis in Deutschland schaffen. Im Land wollen wir
157 die Höchstgrenze für den Besitz von Cannabis für den zulässigen Eigenbedarf
158 anheben.

159 Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von
160 abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung
161 muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch
162 gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu
163 reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen
164 Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, saubere Spritzen auszugeben oder
165 Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

166 Wir haben im Land den ersten Drogenkonsumraum eingerichtet. Dort können
167 Schwerstabhängige mitgebrachte Suchtmittel konsumieren – unter hygienischen
168 Bedingungen und unter Aufsicht. Wir wollen Drogenkonsumräume in allen
169 Großstädten etablieren, weil sie eine wichtige Überlebenshilfe für die
170 Betroffenen bieten und den öffentlichen Raum durch Rückgang der offenen
171 Drogenszene und ihrer negativen Begleiterscheinungen entlasten.

172

173 Der Pakt für Substitution des Sozialministeriums war ein Meilenstein in der
174 Versorgung von Schwerstabhängigen. Das damit verbundene Monitoring wollen wir
175 gewährleisten, indem wir das Amt einer*eines Landessuchtbeauftragten einrichten.
176

177 Wir werden kontinuierlich überprüfen, welche Auswirkungen Glücksspielangebote
178 aufgrund der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen haben und diese
179 Rahmenbedingungen im Sinne des Spieler- und Jugendschutzes anpassen. Wir werden
180 Strukturen schaffen, um die gesetzlichen Regelungen effizienter zu
181 kontrollieren.

182 Grüne Investitionen in den Krankenhausbau – ökologisch, digital, inklusiv

183 Krankenhäuser sind Kernelemente, damit die Gesundheitsversorgung funktioniert.
184 Als Land schaffen wir mit dem Investitionskostenzuschuss die Grundlage für gute
185 und bedarfsgerechte Krankenhäuser. Noch nie hat das Land so viel in den Neubau
186 von Krankenhäusern investiert wie unter der grün-geführten Landesregierung.
187 Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Investitionen in den Krankenhausbau
188 deutlich erhöhen. Krankenhäuser sind Orte der Daseinsvorsorge, die zunehmende
189 Kommerzialisierung in diesem Bereich lehnen wir ab. Wir unterstützen es,
190 Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft zu erhalten. Wir Grüne stellen die
191 Krankenhausversorgung in Baden-Württemberg in Stadt und Land sicher. Unser Ziel
192 ist es, dem Versorgungsanspruch aller Menschen gerecht zu werden.

193 Dort, wo neue Krankenhäuser gebraucht werden, sollen sie den höchsten
194 medizinischen und ökologischen Standards entsprechen und ein Beispiel für
195 gelebte Inklusion sein. Dazu gehört die bauliche Barrierefreiheit genauso wie
196 Übersetzungen durch Schrift- und Gebärdendolmetscher. Gerade für ältere Menschen
197 ist es wichtig, sich einfach und schnell in der neuen Umgebung zurechtzufinden.
198 Krankenhäuser müssen den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz sensibel begegnen
199 und etwa eindeutige Wegbeschreibungen bereitstellen. Das Krankenhaus der Zukunft
200 ist für uns Grüne digital optimal ausgerüstet und mit anderen Krankenhäusern
201 vernetzt, um regionale und freie Behandlungskapazitäten besser nutzen zu können.

202 Wir investieren im Land massiv, um den Krankenhäusern die besten
203 Rahmenbedingungen zu geben. Im Bundesrat setzen wir uns dafür ein, dass die
204 Fallkostenpauschalen weiterentwickelt und Vorhalteleistungen ausreichend
205 finanziert werden.

206 Geschlechtersensible Gesundheitsvorsorge ausbauen

207 Wir Grüne wollen allen Menschen ein gesundes Leben ermöglichen. Vor allem die
208 Forschung aber vernachlässigt die Frauengesundheit sowie die Gesundheit von
209 nicht-binären, Inter- und Trans-Personen: Medikamente und Therapien werden
210 primär an männlichen Probanden erprobt und Wirkstoffe auf männliche Körper
211 ausgerichtet. Wir wollen die geschlechtersensible Grundlagenforschung ausbauen
212 und so dazu beitragen, diese Erkenntnislücke zu schließen. Auch bei der
213 Diagnostik und Therapie von Krankheiten ist das Wissen um geschlechtsspezifische
214 Unterschiede ausschlaggebend für den Behandlungserfolg. Deshalb wollen wir die
215 geschlechtersensible Medizin strukturell in den Hochschulen verankern und dafür
216 sorgen, dass sie Teil der Ausbildungsinhalte medizinischer Berufe wird.

217 Wir wollen die Schwangerenberatung mit allen Fragen der Familienplanung
218 ausbauen. Ungewollt Schwangere benötigen schnelle, fachliche Informationen und
219 Beratung zu operativen und medikamentösen Abbrüchen. Sie brauchen einen
220 gesicherten, zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch.

221 Alle Gebärenden sollen eine wohnortnahe Geburtshilfe erhalten. Zudem wollen wir
222 den Betreuungsschlüssel für Hebammen verbessern. Wir werden die
223 hebammengeführten Kreißsäle und Geburtshäuser in Baden-Württemberg ausbauen und
224 arbeiten auf ein verpflichtendes Personalbemessungsinstrument für Kreißsäle hin.
225 So wollen wir sicherstellen, dass Hebammen die Frauen bei der Geburt gut
226 betreuen können und gleichzeitig ein faires Gehalt bekommen. Das Land fördert
227 Lehrstühle und Forschungsvorhaben im Bereich der Hebammenwissenschaften. Auch
228 die Akademisierung der Hebammenausbildung eröffnet neue Felder der
229 wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Frauengesundheit.

230

231 Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen brauchen einen
232 diskriminierungsfreien Umgang bei medizinischen Untersuchungen. Die
233 Sensibilisierung und Fortbildung von Mediziner*innen, insbesondere von
234 Gynäkolog*innen und Hausärzt*innen, ist deshalb besonders wichtig.

235 Männer sterben heute im Schnitt sechs Jahre früher als Frauen. Schlaganfälle und
236 Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind dabei die häufigsten Todesursachen.
237 Krankenkassen und betriebliche Gesundheitsförderung müssen sich verstärkt darauf
238 konzentrieren, wie diesen Erkrankungen vorgebeugt werden kann.

239 Pflegende Angehörige stärken

240 Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in den nächsten Jahren steigen. Wir
241 Grüne stehen für eine gute Pflege. Gute Pflege stärkt die Gesundheit, verhindert
242 Krankheiten, fördert die Genesung und lindert Leiden. Die Herausforderungen
243 einer alternden Gesellschaft sind eng verknüpft mit dem Thema
244 Geschlechtergerechtigkeit. Meist pflegen Frauen ihre Eltern oder
245 Schwiegereltern. Dafür geben sie oft ihren Beruf auf oder wechseln in Teilzeit.
246 Die Folge: Sie verdienen weniger, ihre Rentenprognose sinkt. In ähnlich prekären
247 Situationen befinden sich auch Eltern von Menschen mit Behinderungen, die die
248 Pflege und Begleitung ihrer Kinder selbst bewerkstelligen. Viele Pflegende
249 benötigen einen höheren Pflegegrad für ihre zu pflegenden Angehörigen.

250

251 Wir wollen in der Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche
252 Belastungen pflegende Angehörige schultern müssen und welche Unterstützung sie
253 brauchen. Die Mehrzahl der Pflegebedürftigen wird heute in den eigenen vier
254 Wänden betreut. Deshalb wollen wir die häusliche Pflege stärken und Beratungs-
255 und Hilfsangebote für pflegende Familienangehörige ausbauen. Viele Familien
256 werden dabei von ambulanten Pflegediensten unterstützt. Um insbesondere die
257 Angebote im ländlichen Raum attraktiver zu machen, setzen wir uns für eine
258 Erhöhung der Wegebepauschale für ambulante Pflegedienste ein. Leider wird die
259 Arbeit der mobilen Pfleger*innen schlechter bezahlt als die gleichwertige Arbeit
260 im Krankenhaus. Wir Grüne werden uns für die gleiche Bezahlung stark machen.

261 Für uns Grüne ist faire Mobilität auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Wir wollen
262 deshalb mit den Krankenkassen ein „Fair Care“-Gütesiegel für die häusliche
263 Betreuung entwickeln, um faire Arbeitsbedingungen auszuzeichnen. So sichern wir
264 auch Qualitätsstandards bei der Vermittlung von ausländischen Betreuungskräften
265 und Haushaltshilfen und bieten Orientierung für Pflegebedürftige und deren
266 Angehörige. Dazu gehört auch eine verpflichtende Anmeldung in Baden-Württemberg
267 und eine stärkere Überprüfung durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

268 Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz haben wir in Baden-Württemberg neue
269 Maßstäbe gesetzt, um ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu
270 ermöglichen. Wir fördern damit die Vielfalt von Wohnformen und ambulanten
271 Angeboten. Jetzt gilt es, das Gesetz für die kommenden Herausforderungen in der
272 Pflege fit zu machen. Wir Grüne werden den Ausbau von ambulanten Angeboten und
273 Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie das Angebot der ambulanten
274 Palliativversorgung vorantreiben. Damit wollen wir pflegende Angehörige
275 entlasten und stärken, die sich in der anstrengenden häuslichen Pflege allzu oft
276 aufreiben. Auch der flächendeckende Ausbau von Assistenzdiensten für Menschen
277 mit Behinderung gehört dazu.

278 Wir Grüne denken Pflegearbeit in der Familie und kommunale Quartiersentwicklung
279 zusammen. Mit dem Landespflegestrukturgesetz haben wir als grün-geführte
280 Landesregierung dafür gesorgt, dass die Kommunen größere Gestaltungsspielräume
281 bei der Pflege bekommen. Wir haben die Landesstrategie Quartier 2030 erarbeitet,
282 um Stadtteile und Wohnviertel lebendiger, sozialer und generationengerechter zu
283 machen. Um pflegende Angehörige zu unterstützen, wollen wir kommunale
284 Pflegekonferenzen weiter ausbauen. Hier sitzen Pflegende und Pflegebedürftige,
285 Pflegekassen und Kommunen an einem Tisch. Gemeinsam beraten sie, welche
286 Pflegeinfrastruktur und Angebote vor Ort gebraucht werden. Die Pflegekassen
287 werden verpflichtet, die Empfehlungen der kommunalen Pflegekonferenzen zu
288 berücksichtigen, wenn sie Rahmenverträge, Versorgungsverträge sowie
289 Vergütungsvereinbarungen abschließen.

290 Wir wollen sogenannte „Caring Communities“ in öffentlicher Trägerschaft testen.
291 Diese „sorgenden Gemeinschaften“ stehen für eine lebendige
292 Quartiersnachbarschaft, in der man sich kennt, aufeinander achtet und
293 füreinander sorgt. Hier werden pflegende Angehörige durch professionelle
294 Pflegekräfte unterstützt. Auch eine Notfallhilfe für pflegende Angehörige wollen
295 wir etablieren. Wer plötzlich krank wird und nicht mehr pflegen kann, soll im
296 Quartier schnell und unkompliziert eine Übergangsbetreuung für den
297 pflegebedürftigen Vater, für die demenzerkrankte Partnerin oder für das auf
298 Betreuung angewiesene Kind finden.

299 Noch immer gehen Menschen, die erkrankte Angehörige pflegen, ein finanzielles
300 Risiko und wirtschaftliche Abhängigkeiten ein. Tatsächlich aber hat ihr
301 Engagement eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Wir Grüne werden uns im Bund
302 dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige eine starke und faire soziale
303 Absicherung bekommen, die der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Tätigkeit
304 entspricht.

305 Uns Grünen ist bewusst: Gute Pflege kostet Geld. Für viele Pflegebedürftige und
306 deren Angehörige ist das Armutrisiko real. Oft sind die Kosten, die Betroffene
307 als Eigenbeteiligung für Pflegeleistungen aufbringen müssen, nicht verlässlich
308 vorhersehbar. Das bringt so manche*n an den Rand des finanziellen Ruins. Wir
309 Grüne verstehen Gesundheit und Pflege solidarisch. Deshalb unterstützen wir auf
310 Bundesebene einen sogenannten Sockel-Spitze-Tausch. Das heißt: Nicht die
311 Kassenleistungen, sondern der Eigenanteil der Versicherten muss gedeckelt
312 werden. Denn qualitativ hochwertige Pflege muss für jeden Menschen erreichbar
313 und bezahlbar sein.

314 Leistung der Gesundheitsberufe anerkennen und die Pflege stärken!

315 Wer mit und an Menschen arbeitet, muss endlich die gesellschaftliche und
316 finanzielle Anerkennung bekommen, die sie*er auch verdient! Das bedeutet für uns
317 Grüne, dass wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere die Pflegeberufe künftig
318 deutlich besser bezahlt werden. Das Fachpflegepersonal im Krankenhaus, im
319 Rettungsdienst oder in der Altenpflege leistet einen enormen gesellschaftlichen
320 Beitrag. Wir Grüne wollen diese Berufe aufwerten und auf Landesebene gute
321 Arbeits- und Rahmenbedingungen für alle Pflegenden schaffen – egal ob sie zu
322 Hause oder in Pflegeheimen tätig sind. Auch wenn wir im Land dafür schon einiges
323 getan haben, müssen die Personalschlüssel dem tatsächlichen Bedarf entsprechend
324 weiter deutlich verbessert werden. Wir wollen die Zusammenarbeit der

325 Gesundheitsberufe stärken und den nichtärztlichen Gesundheitsberufen mehr
326 Kompetenzen geben.

327 Unsere Gesellschaft wird immer älter. Und damit steigt auch der Bedarf an
328 Gesundheits- und Pflegeberufen. Deshalb ist es wichtig, dass wir konsequent
329 ausbilden. Als Land werden wir die neue generalistische Ausbildung zur
330 Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann unterstützen und mehr Studienplätze an
331 Universitäten und Hochschulen für Pflege und Pflegewissenschaften einrichten.
332 Mit der Akademisierung wollen wir eine europäische Harmonisierung in der
333 Pflegeausbildung anstreben und eine gerechte Bezahlung und
334 Aufstiegsmöglichkeiten sicherstellen.

335 Für uns Grüne ist klar: Gleichwertige Tätigkeiten müssen gleich vergütet werden
336 – egal ob sie in der Altenpflege oder im Krankenhaus erbracht werden. Die
337 aufgewertete Ausbildung soll dazu führen, dass Pflegenden mehr Verantwortung und
338 Mitsprache bekommen. Gute Pflege gibt es nur unter guten Arbeitsbedingungen. Wir
339 setzen uns dafür ein, dass beruflich Pflegenden die Verantwortung und Steuerung
340 für Konzeption und Gestaltung des Pflegebildes, der Pflegepraxis, des
341 Pflegemanagements und der Pflegeforschung übernehmen. Zudem soll es leichter
342 werden, eine Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit zu absolvieren. Auch das
343 Recht auf Weiterbildung werden wir stärken und gleichwertige ausländische
344 Fachabschlüsse schneller anerkennen. Außerdem wollen wir den Zugang für
345 ausländische Pflegekräfte zu Sprachkursen verbessern. Schließlich wollen wir in
346 der Pflege auch einjährige Ausbildungswege fördern, damit die Fachkräfte besser
347 entlastet werden. Pflege muss für alle bezahlbar sein. Die teilweise horrenden
348 Preise der Leasing-Agenturen und freier Pflegekräfte sehen wir deshalb kritisch.

349 Ausbildungsvergütung statt Schulgeld: Bislang müssen viele junge Menschen, die
350 im Gesundheitswesen arbeiten wollen, in ihrer Ausbildung Schulgeld bezahlen.
351 Obwohl das Interesse und der Bedarf an Logopäd*innen, Podolog*innen, Ergo- und
352 Physiotherapeut*innen vorhanden ist, schrecken die Gebühren viele junge Menschen
353 ab. Wir wollen die Attraktivität der Gesundheitsfachberufe steigern. Das
354 Schulgeld werden wir für alle Heilberufe abschaffen und eine
355 Ausbildungsvergütung einführen.

356 Gleichzeitig findet die Pflege immer noch zu wenig Beachtung in den
357 Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens. Noch immer wird über den beruflichen
358 Alltag der Pflegefachkräfte hinwegentschieden. In der laufenden
359 Legislaturperiode haben wir die Vorarbeit geleistet, um in Baden-Württemberg
360 eine Pflegekammer einzuführen. Sie soll als Organisation die Selbstverwaltung
361 der Pflegefachkräfte voranbringen und das Berufsbild stärken. Dabei wollen wir
362 die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern für eine erfolgreiche Umsetzung
363 nutzen. Gleichzeitig werden wir das Recht der Beschäftigten zur selbstbestimmten
364 gewerkschaftlichen Interessenvertretung unterstützen, um gute Tarifverträge zu
365 ermöglichen. Wir werden Pflegenden unterstützen, egal ob sie im stationären,
366 teilstationären, ambulanten oder im häuslichen Bereich arbeiten.

367 Therapievielfalt im Gesundheitswesen

368 Viele Patient*innen haben den Wunsch, im Krankheitsfall zwischen
369 unterschiedlichen qualitätsgesicherten Angeboten und Therapien entscheiden zu
370 können. Dazu gehört für viele Menschen auch die Komplementärmedizin. Wir Grüne
371 wollen für alle den barrierefreien Zugang zur integrativen Medizin
372 sicherstellen. Wir fördern entsprechende Forschungsprojekte wie das

373 Kompetenznetz Integrative Medizin (KIM) und das Akademische Zentrum für
374 Komplementäre und Integrative Medizin (AZKIM) und haben als grün-geführte
375 Landesregierung den ersten Lehrstuhl für integrative Medizin in Tübingen
376 eingerichtet.

377

378 Für Teilhabe und Selbstbestimmung

379 Wir Grüne stehen für eine vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch nach
380 seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich gefördert wird. Wir wollen allen
381 Menschen die Chance geben, ihr Leben selbstständig in unserer Mitte zu
382 gestalten. Unsere Vision ist eine Welt ohne Zugangshürden. Es ist uns wichtig,
383 dass Menschen mit Behinderung gesellschaftlich teilhaben und selbst Einfluss auf
384 politische Entscheidungen nehmen können.

385 Als grün-geführte Landesregierung haben wir deshalb 2015 das Landes-
386 Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) eingeführt. Wir haben damit eine
387 Landesbehindertenbeauftragte eingesetzt und die Stadt- und Landkreise dazu
388 verpflichtet, kommunale Behindertenbeauftragte zu berufen. Mit dem Gesetz haben
389 wir viele weitere Verbesserungen erreicht. So darf es Menschen mit Behinderung
390 nicht verweigert werden, notwendige Hilfsmittel zu nutzen bzw. mitzunehmen. Dazu
391 gehören Blindenhunde für Sehbehinderte und Gebärdendolmetscher*innen für
392 Hörgeschädigte. Nun wollen wir das L-BGG weiterentwickeln, um der inklusiven
393 Gesellschaft noch einen Schritt näher zu kommen.

394 Wir wollen erreichen, dass in Land und Kommunen hauptamtliche
395 Behindertenbeauftragte berufen werden. Wir wollen die Stimmen der Betroffenen im
396 Landesbehindertenbeirat stärken und diesen zu einem Gremium der Selbstvertretung
397 weiterentwickeln, das die Landesregierung berät. Dazu werden wir den Aufbau
398 professioneller Strukturen fördern, denn alle Menschen müssen sich in
399 demokratischen Beteiligungsprozessen einbringen können. Wir werden Fördermittel
400 des Landes für Beteiligungsformate auch unter dem Aspekt der Inklusion prüfen.
401 Außerdem wollen wir einen Partizipationsfonds einrichten, um die Beteiligung von
402 Gruppen mit Beteiligungshemmnissen zu verbessern. Wir werden die Beteiligung von
403 Menschen mit Behinderungen in den Kommunen stärken: Das erreichen wir, indem wir
404 – analog zur Jugendbeteiligung – eine gesetzliche Grundlage schaffen, um
405 kommunale Behindertenbeiräte einzurichten.

406 Chancen geben und Teilhabe für Menschen mit Behinderung ermöglichen

407 Menschen mit Behinderung sollen in allen Lebensbereichen von Anfang an teilhaben
408 können. Das ist unser Ziel. Wir werden deshalb mehr barrierefreie Wohnungen und
409 eine inklusive Arbeitswelt schaffen. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist
410 für uns eine Grundvoraussetzung, um Inklusion und Teilhabe zu verwirklichen.
411 Dabei geht es nicht nur darum, bauliche Hindernisse zu beseitigen. Vielmehr
412 müssen wir auch kommunikative oder soziale Barrieren überwinden. Unser
413 Verständnis von Barrierefreiheit folgt einem ganzheitlichen Inklusionsgedanken.
414 Wir wissen, dass Barrierefreiheit nicht von heute auf morgen kommt. Wir Grüne
415 stellen uns aber dieser großen politischen Herausforderung. Als grün-geführte
416 Landesregierung haben wir wichtige Maßnahmen wie das Landesprogramm für
417 Barrierefreiheit im Nahverkehr ergriffen. Wir werden nicht nachlassen, bis alle
418 Bahnhöfe, Bordsteine und Busse barrierefrei sind. Wir wollen vielfältige und
419 inklusive Wohngebäude. Wir werden barrierefreie Wohnungen bereitstellen und die

420 Fördermöglichkeiten für barrierefreies Wohnen im Land ausbauen. Hier sehen wir
421 besonderen Handlungsbedarf.

422 Als Land wollen wir Vorbild für andere Arbeitgeber*innen sein und eine
423 Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung von sechs Prozent erreichen.
424 Wir werden mehr Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung einstellen und
425 geeignete Arbeitsplätze schaffen. Zudem werden wir Landesmittel bereitstellen,
426 um Menschen mit Behinderung beim Übergang aus der Werkstatt auf den ersten
427 Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gemeinsam mit den Werkstattanbieter*innen wollen
428 wir die Übergangsquoten deutlich erhöhen und dafür finanzielle Anreize schaffen.
429 Menschen mit Behinderung brauchen oft spezielle Arbeitsplätze, damit sie ihre
430 individuellen Fähigkeiten einbringen und entfalten können. Ein solcher Bereich
431 ist die Arbeit als sogenannte Peer-Berater*innen. Sie lotsen andere Menschen mit
432 Behinderung durch verschiedene Lebensbereiche. Sie zeigen Wege auf, berufliche
433 Chancen zu ergreifen und gesellschaftliche Teilhabe wahrzunehmen. Noch immer
434 schrecken viele Arbeitgeber*innen davor zurück, Menschen mit Behinderungen
435 einzustellen. Wir Grüne werden gemeinsam mit anderen Akteur*innen ein Programm
436 in Baden-Württemberg auflegen und eine Aufklärungskampagne für Arbeitgeber*innen
437 starten. Unser Ziel ist es, diese Ängste und Befürchtungen abzubauen.

438 Ein wichtiger Punkt für ein selbstbestimmtes Leben ist für uns die ambitionierte
439 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Der Bund hat das BTHG 2016
440 eingeführt, um die Inklusion zu stärken. Die Umsetzung liegt jedoch bei den
441 Bundesländern. Bei der Eingliederungshilfe setzen wir Grüne im Land auf eine
442 konsequente Personenzentrierung. Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse
443 herzustellen. Daher überprüfen wir die Umsetzung einheitlicher Standards durch
444 ein kontinuierliches Monitoring. Leider sind die Regelwerke des BTHG sehr
445 kompliziert. Wir werden deshalb ein Schulungs- und Vernetzungsprogramm des
446 Landes einrichten. So wollen wir die Beratungsstellen in die Lage setzen,
447 Ratsuchende kompetent und umfassend bei allen Fragen zum BTHG beraten zu können.

448 Das Band der Generationen – zusammen durchs Leben

449 Wer heute in Baden-Württemberg geboren wird, hat beste Voraussetzungen, ein
450 hohes Alter zu erreichen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern werden die
451 Menschen bei uns im Südwesten am ältesten. Wir bauen heute im Land auf eine gute
452 medizinische Versorgung und haben ein starkes soziales und ehrenamtliches Netz.
453 Durch den demografischen Wandel wird sich unsere Gesellschaft enorm verändern.
454 Wir werden immer mehr ältere und hochbetagte Mitbürger*innen haben, viele von
455 ihnen werden pflegebedürftig sein. Zugleich sind ältere Menschen heute aber so
456 aktiv wie nie zuvor. Sie engagieren sich in Vereinen und Nachbarschaftshilfen,
457 in Mehrgenerationenhäusern und sind in der Familienarbeit unersetzlich.
458 Senior*innen wollen aber auch am kulturellen Leben teilhaben. Wir unterstützen
459 deshalb Angebote vor Ort, die den vielschichtigen Lebensrealitäten und
460 Bedürfnissen der Senior*innen gerecht werden.

461 Wir Grüne wollen den Generationenvertrag erneuern. Wir wollen die Chancen des
462 demografischen Wandels nutzen, um Aufgaben in unserer Gesellschaft neu und auf
463 mehr Schultern zu verteilen. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die
464 niemanden zurücklässt und die Interessen verschiedener Generationen nicht
465 gegeneinander ausspielt. Wir werden eine Gesellschaft gestalten, die Chancen und
466 Perspektiven für Jung und Alt bietet.

467 Mit dem Geriatriekonzept des Landes wollen wir ältere Menschen fit halten und
468 ihnen einen Platz in der Mitte der Gesellschaft geben. Unser Ziel ist es, dass
469 sie ihr Leben so selbstständig wie möglich gestalten können. Dabei setzen wir
470 auf den Austausch mit dem Landesseniorenrat sowie mit den Kreis-, Stadt- und
471 Ortsseniorenräten. Mehrfacherkrankungen begegnen wir mit einem ganzheitlichen
472 und sektorenübergreifenden Ansatz aus ambulanten und stationären Hilfen. Wir
473 werden dafür sorgen, wohnortnahe Möglichkeiten der Rehabilitation auszubauen.

474 Darum Grün!

475 Wer Grün wählt, stimmt für

- 476 • eine flächendeckende Gesundheitsversorgung aus einer Hand, damit Menschen
477 in Stadt und Land nachhaltig vor Ort versorgt werden
- 478 • einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst, weil Gesundheit nicht vom
479 privaten Geldbeutel abhängen darf
- 480 • Investitionen in den Krankenhausbau, um unsere Krankenhäuser für die
481 Zukunft fit zu machen
- 482 • bessere Unterstützung und Beratung, damit pflegende Angehörige entlastet
483 werden
- 484 • mehr Personal und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege
- 485 • Barrierefreiheit, weil nur eine Gesellschaft ohne Zugangshürden Teilhabe
486 für alle garantiert
- 487 • eine starke Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen

K12NEU Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 12: Gesellschaft, Integration und Gleichstellung

2 Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam

3 Baden-Württemberg ist ein Land mit einzigartigen Menschen und einer lebendigen
4 und vielfältigen Gesellschaft. Wir alle leben gerne hier. Wir schätzen den
5 Zusammenhalt, dass man füreinander da ist und sich gegenseitig hilft. Nirgendwo
6 sonst in Deutschland engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich im
7 Sportverein, in der Flüchtlingshilfe, in einer Bürgerinitiative oder
8 Kirchengemeinde.

9 In der Corona-Krise haben wir bewiesen, dass wir als Gesellschaft auch mit
10 Abstand zusammenhalten. Viele haben mit angepackt und anderen geholfen: Jüngere
11 haben für Ältere eingekauft, Ältere haben für ihre Nachbarschaft Alltagsmasken
12 genäht, Sportvereine haben Training fürs Wohnzimmer angeboten und Künstler*innen
13 haben Konzerte im Internet gegeben oder vor Krankenhäusern gesungen, um den
14 Patient*innen Mut zu machen. Das war eine große Gemeinschaftsleistung, die
15 einmal mehr gezeigt hat, was wir zusammen alles schaffen können.

16 Auch wenn das Miteinander bei uns in Baden-Württemberg stärker ist als anderswo,
17 nehmen auch bei uns die Fliehkräfte in der Gesellschaft zu. Die liberale
18 Demokratie steht weltweit unter Druck. Menschen erwarten Antworten auf
19 fundamentale Umbrüche unserer Zeit – von der digitalen Revolution über die
20 Globalisierung und die Klimakrise bis hin zur Migration. Der Ton der
21 öffentlichen Debatte wird rauer und brutaler. Der soziale Kitt, der unsere
22 Gesellschaft zusammenhält, bröckelt.

23 Wir Grüne stehen für eine Politik, die Orientierung und Sicherheit im Wandel
24 gibt und das Vertrauen in unser Gemeinwesen stärkt. Wir wollen unser
25 Zusammenleben so gestalten, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben
26 teilhaben können, wahrgenommen werden und den Respekt erfahren, den jede*r
27 einzelne verdient. Uns geht es darum, das Miteinander und Füreinander in unserer
28 offenen Gesellschaft zu fördern und Diskriminierung und Ausgrenzung zu
29 überwinden. Unser Ziel heißt Zusammenhalt in Vielfalt. Deshalb haben wir bereits
30 in den vergangenen Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu einem
31 politischen Schwerpunkt der grün-geführten Landesregierungen gemacht. Diesen Weg
32 wollen wir in den kommenden Jahren beherzt weitergehen. Wir wollen die
33 Abwehrkräfte unserer Gesellschaft gegen Populismus und Polarisierung stärken.
34 Denn miteinander erreichen wir so viel mehr als gegeneinander.

35 Ein starkes Ehrenamt bringt Menschen zusammen

36 Baden-Württemberg ist das Land des bürgerschaftlichen Engagements. Fast die
37 Hälfte aller Menschen in unserem Bundesland engagiert sich freiwillig. Was bei
38 uns viele Menschen ehrenamtlich in den Sport- und Musikvereinen, bei der
39 Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Kirchen, Religionsgemeinschaften,
40 Gewerkschaften und Parteien leisten, ist unbezahlbar.

41 Wir Grüne fördern und stärken ehrenamtliches Engagement. Mit der
42 Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine
43 Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne
44 wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von
45 Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht
46 oder sexueller Orientierung. Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt
47 begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür
48 werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Denn das Ehrenamt braucht gute
49 Rahmenbedingungen. Wir werden unnötige bürokratische Hürden, die viel Zeit und
50 Verwaltungsarbeit kosten, abbauen. Die Vernetzung der Ehrenamtlichen soll
51 gestärkt werden, um die Möglichkeiten für den Austausch von Wissen und Erfahrung
52 zu verbessern. Gutes Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Wir werden
53 mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine
54 Ehrenamtskarte einführen. Sie soll den Ehrenamtlichen einen praktischen Nutzen
55 bieten und ihnen ein paar wohlverdiente schöne Stunden ermöglichen –
56 beispielsweise beim kostenfreien Besuch von Kultureinrichtungen. Im Bund werden
57 wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen.

58 Viele junge Menschen im Land bringen sich aktiv in die Gesellschaft ein: auf der
59 Straße, in zahlreichen Vereinen oder auch im Rahmen von Freiwilligendiensten.
60 Diese Erfahrung wollen wir noch mehr jungen Menschen ermöglichen und ihr
61 Engagement belohnen. Deshalb werden wir die Landesmittel für die
62 Jugendfreiwilligendienste erhöhen und der hohen Nachfrage nach Plätzen im
63 Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)
64 gerecht werden. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs lehnen wir ab –
65 Engagement lebt von Freiwilligkeit und der Motivation und Freude aus sich selbst
66 heraus, sich für etwas einzusetzen. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass
67 soziales und ökologisches Engagement verstärkt beim Hochschulzugang oder einer
68 Ausbildung berücksichtigt wird. Mit einem Freiwilligen-Pass wollen wir
69 ermöglichen, dass jede*r Freiwilligendienstleistende künftig ermäßigte
70 Eintrittspreise beispielsweise in Freibädern und anderen Einrichtungen erhält.

71 Mit Sport verbinden, mit Sport gewinnen

72 Der Sport spielt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine zentrale Rolle,
73 denn Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit
74 verschiedenen Erfahrungen. Im Sport werden die Werte einer offenen und
75 solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist
76 und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne
77 unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung.

78 Sportangebote müssen integrativ sein und Begegnungen ermöglichen. Wir Grüne
79 werden den Breitensport weiterhin partnerschaftlich und verlässlich
80 unterstützen, denn er vermittelt Werte und Bildung und schafft Zusammenhalt.
81 Sportvereine und Verbände benötigen für die Bewältigung ihrer Aufgaben Rückhalt.
82 Deshalb wollen wir den Solidarpakt Sport verlängern, um die Sportvereine auch
83 weiterhin unterstützen zu können. Vielerorts sind Sportstätten die einzigen
84 Orte, an denen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen
85 und gemeinsam ihre Mannschaft unterstützen oder zusammen Sport treiben. Wir
86 Grüne wollen diese Orte nachhaltig sichern und verbessern. Mit dem Solidarpakt
87 Sport III hat die grün-geführte Landesregierung die ehrenamtlichen
88 Übungsleiter*innen besser ausgestattet und die Fördermittel für den Bau von
89 Sportstätten, insbesondere durch ein Sonderprogramm, deutlich erhöht. Wir Grüne

90 wollen beim Bau und Unterhalt von Sportstätten einen Schwerpunkt auf Klimaschutz
91 und Nachhaltigkeit legen.

92 Sportveranstaltungen schaffen einzigartige Erlebnisse für Athlet*innen und
93 Zuschauer*innen, sie sind aber auch eine Herausforderung für die Idee der
94 Nachhaltigkeit. Wir stehen Sportgroßveranstaltungen in Baden-Württemberg offen
95 gegenüber, wollen jedoch sicherstellen, dass Investitionen in Infrastrukturen
96 und Sportstätten im Einklang mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und
97 ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen stehen.

98 Wir Grüne unterstützen die Initiative „Spitzensportland Baden-Württemberg“, um
99 vielen Sportler*innen die Möglichkeit zu geben, sich zu Spitzenathlet*innen
100 entwickeln zu können. Wir machen uns für eine transparente Sportförderung stark,
101 die die Athlet*innen in den Mittelpunkt stellt und duale Karrieren ermöglicht
102 und fördert. Frauen sollen hierbei mittels eines zusätzlichen Förderprogramms
103 besonders unterstützt werden. Wettkampfsport auf allen Ebenen ist begrüßenswert.
104 Leistungssteigerung durch gesundheitsschädigende Mittel und Doping lehnen wir
105 entschieden ab.

106

107 Zum Sportland gehören Schwimmbäder und Schwimmunterricht. Wir setzen uns für
108 eine gute Bäderinfrastruktur ein und wollen den Schwimmunterricht an Schulen und
109 in Vereinen stärken.

110 Wie unsere Gesellschaft ist auch der Sport stets im Wandel. Wir Grüne machen uns
111 dafür stark, dass auch der Sport diesem Wandel standhält. Wir zeigen uns offen
112 für neue Formen des Sports: Millionen Menschen begeistern sich für E-Sport. Wir
113 Grüne wollen gute Rahmenbedingungen für den E-Sport in Baden-Württemberg
114 schaffen – vor allem für Amateur-Vereine. Deshalb sollen E-Sport-Vereine genauso
115 von der Gemeinnützigkeit profitieren können wie andere Sportvereine. Einen
116 Wandel im Sport wollen wir Grüne auch beim Thema Auflösung der strikten
117 Geschlechtertrennung vorantreiben. Dafür wollen wir Projekte und Vereine
118 besonders unterstützen, die Pionierarbeit leisten und den geschlechtergemischten
119 Mannschaftssport normalisieren.

120 Nach der Corona-Pandemie werden viele Hunderttausend sportbegeisterte Menschen
121 hoffentlich wieder die Spiele ihrer Mannschaften in unserem Land besuchen
122 können. Damit diese Veranstaltungen sicher und für jede*n zugänglich bleiben,
123 hat die grün-geführte Landesregierung mit den Stadionpartnerschaften ein Konzept
124 vorgelegt, das Sportveranstaltungen zu dem macht, was sie sein sollten: ein
125 Ereignis, an dem die ganze Familie teilnehmen kann. Wir Grüne unterstützen
126 darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte im Fan- und
127 Amateursportbereich. Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen im Sport
128 ebenso wenig wie in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden. Wir
129 unterstützen Vereine in der Antidiskriminierungsarbeit.

130 Ja zu Vielfalt – Nein zu Hass und Hetze

131 Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere
132 Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextrems und menschenverachtendes
133 Gedankengut. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität
134 auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten – online
135 und offline. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz
136 stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Die
137 Entwicklung der Hasskriminalität in Baden-Württemberg muss Eingang in den

138 Sicherheitsbericht des Landes finden. Wir ermutigen die Opfer von rechter
139 Gewalt: Zeigt Hasskriminalität konsequent an!

140 Wir Grüne wollen, dass es gar nicht erst zu Hassverbrechen kommt. Deshalb setzen
141 wir auf kontinuierliche Prävention. Um allen Dimensionen der gesellschaftlichen
142 Vielfalt gerecht zu werden und sie perspektivisch dort zu bündeln, wollen wir
143 eine Stabstelle Vielfalt einführen, die besonders auch im Bereich Antirassismus
144 tätig wird.

145 Das grün-geführte Sozialministerium hat 2018 die
146 Landesantidiskriminierungsstelle Baden-Württemberg neu eingerichtet. Das ist ein
147 großer grüner Erfolg und ein Meilenstein der baden-württembergischen
148 Antidiskriminierungsarbeit. Diese Landesantidiskriminierungsstelle werden wir
149 finanziell und als unabhängige Stelle personell stärken. Auch die
150 Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche werden wir weiter ausbauen. So schaffen
151 wir überall Zugang zu Information und einheitliche Standards in der Beratung.
152 Die Antidiskriminierungsstelle soll künftig außerdem flächendeckende
153 Informationskampagnen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeiten und
154 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Workshops zur
155 Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche anbieten. Auch von staatlicher Seite
156 dürfen keine Diskriminierungen erfolgen. Darum fordern wir ein
157 Antidiskriminierungsgesetz, das nach dem Vorbild des Allgemeinen
158 Gleichbehandlungsgesetzes ausgestaltet sein soll. Besonders wichtig ist es uns
159 auch, die Themen Antirassismus und Antidiskriminierung in die Schulen zu
160 bringen. Dafür entwickeln wir Konzepte, um vertrauensvolle Anlaufstellen für
161 Schüler*innen und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen.

162 Menschlichkeit und Verantwortung – für ein weltoffenes Baden-Württemberg

163 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg
164 nicht mehr. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Terror, Perspektivlosigkeit und der
165 Zerstörung ihrer Herkunftsregionen durch die Klimakrise. Viele von ihnen suchen
166 Schutz und neue Perspektiven in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-
167 Württemberg. Unser Land konnte bereits vielen Menschen eine neue Heimat geben.
168 Menschlichkeit, Verantwortung und Solidarität bilden den Kern unserer
169 flüchtlings- und asylpolitischen Überzeugungen: Wir wollen Menschen in Not
170 helfen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen in unsere Gemeinschaft
171 einzubringen – davon profitieren nicht zuletzt auch diejenigen, die bereits seit
172 Längerem hier leben. Wir sorgen dafür, dass Geflüchtete bei uns ein neues
173 Zuhause finden, und schaffen langfristige Integrations- und Bleibeperspektiven.

174 In den vergangenen Jahren hat die grün-geführte Landesregierung in einer
175 Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft vielen
176 Geflüchteten geholfen und mit verschiedenen Maßnahmen für eine bessere
177 Unterbringung und Versorgung der Menschen gesorgt, die zu uns gekommen sind.
178 Aber wir wollen auch in Zukunft die Situation in den Flüchtlingsunterkünften
179 weiter verbessern. Der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen soll weiter
180 verkürzt werden. Die Erstaufnahme muss gut ausgestattet und Corona-konform
181 gestaltet werden. Durch kraftvolles und koordiniertes Handeln haben wir neben
182 der Erhöhung des Wohnraumes in der Flüchtlingsaufnahme auch eine erfolgreiche
183 Bundesratsinitiative für Geflüchtete in Arbeit gestartet, um Bleibeperspektiven
184 zu verbessern. Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete sehen wir
185 grundsätzlich kritisch.

186

187 Wir haben außerdem ein Sonderprogramm zur Aufnahme von 1000 traumatisierten
188 jesidischen Frauen und Kindern aufgelegt, die der grausamen Verfolgung durch den
189 sogenannten Islamischen Staat entkommen konnten. Wir bieten ihnen hier Schutz
190 und Sicherheit. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir weitere
191 Sonderprogramme für besonders Schutzbedürftige auflegen.

192 Von Anfang an sollen alle die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu
193 lernen. Durch eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung sollen Geflüchtete
194 künftig von Anfang an über ihre Rechte und die Voraussetzungen der verschiedenen
195 Aufenthaltstitel informiert werden. Wir haben das Ziel, dass Geflüchtete so
196 schnell wie möglich Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung und Arbeit
197 und einer guten Wohnsituation bekommen. Dafür wollen wir das Erreichte
198 überprüfen und weiter verbessern. Gesellschaftliche Teilhabe schließt neben
199 Wohnen und Arbeiten auch die gesundheitliche Versorgung ein. Wir setzen uns
200 daher für die Ausstellung einer Gesundheitskarte mit der Erstregistrierung ein.
201 Zudem wollen wir den anonymen Krankenschein für Menschen ohne Aufenthaltsstatus,
202 sogenannte Papierlose, etablieren.

203 Traumatisierte Geflüchtete brauchen einen schnellen und niedrigschwelligen
204 Zugang zu Hilfe, damit sie eine Perspektive und Chancen auf Teilhabe in der
205 Gesellschaft haben. Daher wollen wir die bestehenden psychosozialen
206 Beratungsstellen zu einer landesweiten Versorgungsstruktur weiterentwickeln.

207 Wir Grüne sind dankbar, dass sich so viele Menschen in unserem Land in der
208 ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe engagieren. Egal, ob es die Landfrauen sind, die
209 Wollsocken für Flüchtlingskinder stricken. Oder der Fußballtrainer, der neue
210 Kicker*innen aus aller Welt in seinem Team mit offenen Armen empfängt. Oder die
211 Deutschlehrerin, die ehrenamtlich an ihren Nachmittagen den Neuankömmlingen
212 erste Sprachkenntnisse vermittelt. Oder die vielen Ehrenamtlichen in den
213 Freundeskreisen, die sich um die kleinen und großen Alltagsprobleme kümmern. Wir
214 Grüne bringen diesem Engagement große Wertschätzung entgegen und werden es
215 weiter gezielt unterstützen.

216 Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg unterstützen die Initiative
217 „Sichere Häfen“ und zeigen damit aktive Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen,
218 die aus Seenot gerettet worden sind oder in Flüchtlingslagern vor den Toren
219 Europas leben. Wir Grüne unterstützen diese Initiative und wollen, dass auch das
220 Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Wir werden daher ein
221 entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf
222 Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei
223 der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten, um so auch unter anderem
224 Verantwortung für die Geflüchteten in Griechenland zu übernehmen. Auf
225 europäischer Ebene setzen wir uns außerdem dafür ein, dass zivile Seenotrettung
226 entkriminalisiert und ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles
227 Seenotrettungssystem aufgebaut wird. Das Sterben im Mittelmeer muss beendet
228 werden!

229 Die beste Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Herkunftsregionen
230 überhaupt erst verlassen zu müssen. Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die
231 Gründe der Flucht und nicht die Menschen auf der Flucht zu bekämpfen. Dafür
232 müssen wir in Europa und im Bund noch viel mehr tun, indem wir unseren Beitrag
233 zu Fluchtursachen erkennen, dafür Verantwortung übernehmen und Maßnahmen

234 ergreifen, wie beispielsweise die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu
235 erhöhen. Die grün-geführte Landesregierung hat mitgeholfen, die wirtschaftliche
236 Situation auf dem Balkan zu stabilisieren. Sie hat im Nordirak wichtige
237 Programme zur Gesundheitsvorsorge und Bildung ins Leben gerufen und wird auch
238 weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur
239 Fluchtursachenbekämpfung leisten.

240 Wer bei uns Asyl beantragt, verdient ein rechtsstaatliches, faires und schnelles
241 Asylverfahren. Nicht alle, die zu uns kommen, werden auch dauerhaft hierbleiben
242 können. Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keine weiteren Gründe, die
243 eine Rückkehr ausschließen, hat für uns die freiwillige Rückkehr Vorrang. Wir
244 setzen dabei auf aktive Rückkehrberatung und gezielte Rückkehrhilfen. Die
245 Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg müssen
246 eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und
247 Abschiebep Praxis gewährleisten. Dabei wollen wir das Kirchenasyl respektieren.
248 Niemand darf in Kriegsgebiete oder in Lebensgefahr abgeschoben werden. Die
249 Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer lehnen wir ab. Dafür fordern
250 wir klare Maßstäbe auf Bundesebene und insbesondere eine engmaschige und
251 ergebnisoffene Überprüfung der Situation in Ländern wie Afghanistan – einem
252 Land, in das wir Abschiebungen in der aktuellen Lage ablehnen. Für Menschen ohne
253 Aufenthaltsrecht ist die Härtefallkommission eine wichtige Anlaufstelle. Diese
254 Kommission kümmert sich um die Schicksale, die durch das Raster unseres Systems
255 fallen. Wir wollen, dass die Härtefallkommission unabhängige und transparente
256 Entscheidungen trifft. Dazu werden wir die Härtefallkommission strukturell und
257 personell ausbauen.

258

259 Ein Asylverfahren darf nicht die einzige Chance für Menschen sein, die nach
260 Deutschland einwandern möchten. Bedingt durch demografischen Wandel und
261 Fachkräftemangel sind wir auf die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland
262 angewiesen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass ein umfassenderes
263 Zuwanderungsgesetz erarbeitet wird.

264 Mit Integration beginnen – neue Mitbürger*innen gewinnen

265 Integration ist eine große Herausforderung und zugleich eine der größten Chancen
266 für unser Land. Grüne Integrationspolitik richtet sich an die ganze
267 Gesellschaft: an alle, die zu uns kommen, aber auch an alle, die schon länger
268 hier leben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die Bereitschaft
269 aller Beteiligten voraussetzt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben.

270 Diejenigen, die zu uns kommen, brauchen bestimmte Voraussetzungen, damit
271 Integration gelingt. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, die deutsche Sprache
272 zu lernen. Sie brauchen Zugang zu guter Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie die
273 Chance, am politischen und gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage unserer
274 demokratischen Werteordnung teilzuhaben. Für die, die schon länger hier leben,
275 bedeutet gelingende Integration: offen zu sein für eine kulturelle Bereicherung
276 und Unterschiede als Chance zu begreifen, nicht als Bedrohung. Ziel unserer
277 Integrationspolitik ist ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt bei einer
278 wachsenden Bevölkerungsvielfalt. Das Band, das unsere Gesellschaft dabei
279 zusammenhält, ist unser Grundgesetz.

280 Wenn Menschen zu uns kommen, wollen wir ab dem ersten Tag mit der
281 Integrationsarbeit beginnen. Wir wollen keine Zeit verlieren, indem wir warten,
282 bis der Aufenthaltsstatus endgültig geklärt ist. Oft dauert es Monate, bis die

283 Bundesbehörden Klarheit geschaffen haben. Deshalb setzen wir uns für eine
284 zeitnahe Arbeitserlaubnis und eine dezentrale Unterbringung unabhängig vom
285 Aufenthaltsstatus ein. Jeder Tag, an dem Geflüchtete und Migrant*innen an
286 unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ist ein Tag gelungener
287 Integration.

288 Als Land gestalten wir Integration maßgeblich mit. Deshalb haben wir als grün-
289 geführte Landesregierung 2016 gemeinsam mit den Kommunen den Pakt für
290 Integration auf den Weg gebracht. Kernstück war ein neu geschaffenes
291 Integrationsmanagement. Heute stehen rund 1000 Integrationsmanager*innen den
292 Geflüchteten im Alltag zur Seite und unterstützen sie mit Integrationsplänen
293 dabei, ein selbstständiges Leben zu führen. Zusätzlich unterstützt der Pakt
294 junge Geflüchtete in Schulen auf ihrem Weg ins Berufsleben und fördert
295 ehrenamtliche, interkulturelle und bürgerschaftliche Strukturen in der
296 Flüchtlingshilfe. Wir Grüne werden die Finanzierung des Paktes für Integration
297 auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen und die Rahmenbedingungen
298 für gute Integration schaffen.

299 Integration findet dort statt, wo sich Menschen begegnen – in Kitas, Schulen,
300 Vereinen, Nachbarschaften und am Arbeitsplatz. Für uns Grüne haben vor allem
301 Familien als Ort der Sicherheit und Vertrautheit einen hohen Stellenwert für
302 eine gelingende Integration. Gerade nach einer traumatisierenden Flucht
303 benötigen Menschen die Gewissheit, dass auch ihre Familie in Sicherheit ist. Nur
304 dann können sie sich mit Herz und Verstand auf die Integration in der Schule,
305 der Ausbildung und am Arbeitsplatz konzentrieren. Wir Grüne wollen deshalb den
306 Familiennachzug erleichtern.

307 Wir setzen uns entschlossen für einfache und unbürokratische Möglichkeiten ein,
308 einen dauerhaften Aufenthaltstitel für Migrant*innen zu bekommen. Sie sollen
309 zeitnah nach Abschluss ihres Asylverfahrens eine Bleibeperspektive erhalten.
310 Dafür wollen wir die gesetzlichen Spielräume wie die Ermessensduldung auf
311 Landesebene konsequent nutzen. Wenn Menschen plötzlich gehen müssen, die gut
312 integriert sind, hier arbeiten und sich ein Leben aufgebaut haben, dann ist das
313 ein herber Verlust für unsere Gesellschaft, den wir vermeiden wollen.

314 Mit dem Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ hat Baden-Württemberg bekräftigt,
315 dass es eine Kultur der Vielfalt und des Respekts pflegt und fortentwickeln
316 will. Das bedeutet für uns auch, dass wir die Arbeit von migrantischen
317 Selbstorganisationen stärken wollen und die Teilhabe von Migrant*innen in
318 unserer Gesellschaft verbessern wollen. Wir unterstützen die interkulturelle
319 Öffnung der Landesverwaltung. Für eine bessere Verständigung brauchen wir mehr
320 Sprachmittlung in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen mehr
321 Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dazu
322 wollen wir die Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere – Willkommen im
323 öffentlichen Dienst“ wieder aufgreifen. Als grün-geführte Landesregierung haben
324 wir auch das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den
325 Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht. Wir werden nun ein landesweites
326 kommunales Netzwerk aufbauen, um Geflüchtete und Migrant*innen schnellstmöglich
327 ins Arbeitsleben zu integrieren. Im Ausland erworbene Qualifikationen und
328 Abschlüsse wollen wir fair anerkennen, nutzen und stärken. Bildung und Sprache
329 sind für Integration, Teilhabe und Chancengerechtigkeit von zentraler Bedeutung.
330 Wir werden deshalb die Angebote für Sprachkurse ausbauen und die begleitende
331 Kinderbetreuung für Geflüchtete mit Kindern sicherstellen.

332 Wir Grüne stehen für eine bunte Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen ohne
333 deutsche Staatsbürgerschaft schneller und unbürokratischer eingebürgert werden
334 können. Wir wissen auch: Integration ist ein Prozess, den die
335 Mehrheitsgesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen, gemeinsam gestalten
336 müssen. Dieser Integrationsprozess kann nur gelingen, wenn beide Seiten offen
337 und tolerant gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen sind. Dazu gehört es,
338 Lebensleistungen, Erfahrungen und Bedürfnisse anzuerkennen. Wir werden die
339 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken und ein positives Bild von
340 Diversität vermitteln.

341 Die Hälfte der Macht den Frauen – überall!

342 Feminismus ist ein Kernanliegen grüner Politik. Wenn Geschlechtergerechtigkeit
343 selbstverständlich gelebt wird, sichert das die Stabilität unserer Gesellschaft,
344 schafft wirtschaftliche Chancen und stärkt unsere Demokratie.

345 Wir Grüne sorgen dafür, dass Frauen und Männer endlich die gleichen Chancen
346 haben. Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns eine
347 Selbstverständlichkeit. Doch leider ist sie noch keine gesellschaftliche
348 Realität. Frauen und Männer sind zwar vor dem Gesetz gleich, aber wir alle haben
349 Rollenbilder im Kopf. Es gibt immer noch Berufe, die als typisch für Frauen oder
350 Männer gelten. Immer noch ist Frauen der Zugang zu Führungspositionen erschwert.
351 Vielfach verdienen Frauen bei gleicher Qualifikation immer noch weniger als
352 Männer. Wir wollen diese Rollenbilder auflösen und einen gesellschaftlichen
353 Aufbruch für Frauenrechte initiieren. Wir Grüne werden nicht nachgeben, bis
354 Frauen wirklich überall die gleichen Rechte, Möglichkeiten und Lebenschancen
355 haben wie Männer!

356 Als grün-geführte Landesregierung haben wir 2016 mit dem
357 Chancengleichheitsgesetz in Baden-Württemberg einen großen Sprung nach vorne
358 gemacht. Darin haben wir festgehalten: Alle Gremien, für die das Land ein
359 Vorschlagsrecht hat, werden zur Hälfte mit Frauen besetzt. Wir haben darin auch
360 festgeschrieben, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Städten mit über
361 50.000 Einwohner*innen einzuführen. Sie treiben die Frauenförderung in den
362 großen Städten entscheidend voran. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen
363 und hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den großen Kreisstädten
364 einführen. Wir wollen Ansprechpartner*innen vor Ort einsetzen, um gleiche
365 Chancen für alle zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Evaluierung des
366 Chancengleichheitsgesetzes wollen wir nutzen, um neue Impulse für die
367 Gleichstellung zu setzen. Um die Gleichstellung in Baden-Württemberg auch in der
368 Landesregierung verpflichtend und kontinuierlich zu verankern, wollen wir eine
369 Landesbeauftragte für Gleichstellung und Diversity etablieren. Einrichtungen des
370 Landes sollen bei öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel
371 Podiumsdiskussionen mindestens ein Drittel weibliche Rednerinnen zum Zug kommen
372 lassen, um die Expertise von Frauen sichtbarer zu machen. So können
373 Fachexpertinnen als Vorbilder wirken. Auch bei landeseigenen Unternehmen wollen
374 wir Gleichstellung fördern sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bekämpfen.
375 Wir unterstützen diese Unternehmen dabei, Gleichstellungsbeauftragte
376 einzuführen.

377 Für uns Grüne ist klar: Auch in den Führungsebenen von Politik müssen Männer und
378 Frauen zu gleichen Teilen repräsentiert sein. Denn nur, wenn alle
379 gesellschaftlichen Gruppen in Entscheidungen eingebunden sind, kann Politik

380 tragfähige Entscheidungen treffen. Baden-Württemberg hat deutschlandweit einen
381 der niedrigsten Frauenanteile im Parlament. Deshalb fordern wir schon lange die
382 Änderung des Landtagswahlrechts und wollen verfassungskonforme Konzepte für die
383 Entwicklung eines Paritätsgesetz prüfen lassen. Damit der Landtag zu dem wird,
384 was er sein soll: ein Spiegelbild unserer Gesellschaft.

385 Gleichberechtigung und Feminismus sind keine reine Frauensache. Um die Bedeutung
386 dieses politischen Ziels zu untermauern, wollen wir den Internationalen
387 Frauentag am 8. März zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Wir wollen einen
388 lebendigen Feiertag einführen, der uns an gesellschaftliche Kämpfe vergangener
389 Tage erinnert und aufzeigt: Wir müssen noch weitere Anstrengungen unternehmen,
390 um echte Gleichberechtigung zu erreichen.

391 Wir Grüne zeigen null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen. Wie ein Brennglas hat
392 die Corona-Krise verdeutlicht: Häusliche Gewalt gegen Frauen ist heute immer
393 noch ein massives Problem. Als Landesregierung haben wir begonnen, die Vorgaben
394 der Istanbul-Konvention umzusetzen und verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an
395 Frauen und häusliche Gewalt zu schaffen. Wir werden diese Arbeit fortführen, bis
396 die Konvention lückenlos verwirklicht ist. Dafür werden wir den
397 Landesaktionsplan „Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen“ fortschreiben. Wir
398 werden verstärkt in die Gewaltprävention investieren und Menschen verstärkt
399 dafür sensibilisieren, Gewalttaten zu erkennen. Gleichzeitig werden wir die
400 Opfer noch besser unterstützen. Wir werden Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie
401 Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt
402 flächendeckend ausbauen und finanziell gut ausstatten. Durch die stärkere
403 Förderung wollen wir ein flächendeckendes Netz aus Frauenhäusern erreichen. Ziel
404 muss es sein, dass es in jedem Landkreis in Baden-Württemberg diese
405 Zufluchtsorte gibt. Im Einklang mit der Istanbul-Konvention möchten wir auf
406 Landesebene eine Koordinationsstelle schaffen, die die verschiedenen
407 Hilfsangebote zusammenbringt. Sie soll den Austausch und die Kooperation der
408 Beratungsstellen fördern und die regionale Versorgungslage im Blick behalten.

409 Wie lange sie in Frauenhäusern bleiben, darüber können nur die Frauen selbst
410 entscheiden. Eine pauschale Begrenzung der Wohnzeit lehnen wir ab. Wir setzen
411 uns dafür ein, dass Frauen nach ihrem Aufenthalt in einem Frauenhaus leichter
412 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum bekommen, um ein neues Leben beginnen zu können.
413 Für Opfer von sexualisierter Gewalt schaffen wir eine bessere Notfallversorgung
414 einschließlich einer anonymen Spurensicherung. Dafür wollen wir eine
415 Gewaltambulanz nach Heidelberger Vorbild in jedem Regierungspräsidium aufbauen.

416
417 Wir kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Menschen
418 in der Prostitution wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung schützen. Das
419 Recht auf Selbstbestimmung steht für uns dabei im Vordergrund. Deshalb werden
420 wir Beratungsangebote ausbauen und Ausstiegsprogramme, die Alternativen
421 aufzeigen, finanziell besser ausstatten.

422 Gewalt gegen Frauen entsteht durch Frauenhass, durch gefährliche
423 Männlichkeitsvorstellungen und Überlegenheitsfantasien. Hass gegen Frauen ist
424 eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir wollen
425 Präventionsarbeit gegen Frauenfeindlichkeit fördern, die auch die
426 Überschneidungen mit anderen Formen der Menschenfeindlichkeit wie Rassismus in
427 den Blick nimmt. Gleichzeitig werden wir Programme in der Schule und in der
428 Kinder- und Jugendarbeit fördern, die Heranwachsende dabei unterstützen, für

429 ihre Rechte und körperliche Selbstbestimmung einzutreten. Um Frauen das Recht
430 zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper auch beim Thema
431 Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten, setzen wir uns auf Bundesebene für die
432 Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch ein.

433 Frau zu sein ist eines der größten Armutsrisiken in Deutschland. Frauen leisten
434 immer noch den Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit in Familie und
435 Haushalt. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, damit
436 Erziehungs- und Familienarbeit endlich gleichberechtigt verteilt werden kann.
437 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn
438 erhalten. Die Einführung eines Lohnatlas für Baden-Württemberg ist ein erster
439 Schritt, Transparenz über die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu
440 schaffen. Er soll die Unterschiede in den Branchen und Regionen beleuchten.
441 Berufe, in denen überproportional oft Frauen beschäftigt sind, sind weiterhin
442 strukturell schlechter bezahlt als andere Branchen. Unser Ziel ist es, diese
443 Berufe aufzuwerten. Mädchen und junge Frauen wollen wir gezielt für Berufe in
444 der Technik, den Naturwissenschaften und der IT begeistern. Damit das gelingt,
445 müssen wir Angebote an unseren Schulen und Hochschulen wie Schüler*innenlabore,
446 Brückenkurse und MINT-Orientierungssemester weiter ausbauen sowie überholte
447 Rollenbilder überwinden. Dazu müssen alle Lehr- und Lernmaterialien entsprechend
448 überprüft und überarbeitet werden.

449 Für ein vielfältiges und buntes Baden-Württemberg

450 Wir Grüne haben Baden-Württemberg ein neues und tolerantes Gesicht gegeben. Wir
451 stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jede*r
452 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben kann. Dafür schaffen wir Grüne die
453 politischen Rahmenbedingungen. Seit wir in Baden-Württemberg regieren, hat sich
454 die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von lesbischen, schwulen,
455 bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen
456 (kurz: LSBTTIQ) deutlich verbessert. Wir haben außerdem damit begonnen, die
457 Verfolgungsgeschichte homosexueller Menschen im Nationalsozialismus und in der
458 Nachkriegszeit historisch aufzuarbeiten.

459 Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ hat die
460 grün-geführte Landesregierung 2015 bundesweit einen Meilenstein in Sachen
461 Sichtbarkeit von Vielfalt gesetzt. Damit verbunden war die Gründung des
462 Landesnetzwerkes LSBTTIQ Baden-Württemberg. Mit seinen über 100
463 Mitgliedsorganisationen ist das Netzwerk ein starker zivilgesellschaftlicher
464 Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir Grüne weitergehen und die
465 queere Netzwerkarbeit weiterentwickeln. Angebote und Beratungen, die in Städten
466 vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen an vielen
467 Stellen im ländlichen Raum. Wir werden deshalb ortsnahe Beratungs- und
468 Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Wo dies
469 nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren. Wir
470 begrüßen es, wenn sich Kommunen für die Einrichtung von Krisenwohnungen für
471 queere Menschen entscheiden, um sie vor Gewalt zu schützen.

472 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Deshalb haben wir im Bildungsplan 2016
473 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ verankert.
474 Wir Grüne wollen diese Leitperspektive weiter stärken und die Sichtbarkeit
475 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs
476 erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches

477 Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine
478 Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner*in ist, um
479 diese Leitperspektive umzusetzen. Aber auch außerhalb der Schule wollen wir
480 queere Jugendliche besser unterstützen. Wir werden mehr Qualifizierungsangebote
481 in der offenen Kinder- und Jugendarbeit schaffen und die strukturellen
482 Beratungs- und Gruppenangebote für LSBTTIQ-Jugendliche im ländlichen Raum
483 ausbauen.

484 Menschen fliehen auf der ganzen Welt aus unterschiedlichen Gründen. In vielen
485 Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer
486 geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa,
487 Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir Grüne werden deshalb
488 verstärkt Konzepte für Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf in den
489 Landeserstaufnahmestellen erarbeiten.

490 Auch Dank grüner Politik können LSBTTIQ-Menschen heute so offen leben wie noch
491 nie. Wir freuen uns, dass immer mehr queere Menschen eine Familie gründen. Wir
492 wollen für Regenbogenfamilien und queere Gruppen einen festen Anlaufpunkt
493 schaffen, an dem sie sich in Vertrautheit austauschen können. Wir werden deshalb
494 die Gründung von Regenbogenhäusern in Baden-Württemberg unterstützen.

495 Weil unsere Gesellschaft immer älter wird, gibt es auch immer mehr offen lebende
496 queere Menschen, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Gerade ältere queere
497 Menschen haben in ihrem langen Leben vielfach Diskriminierung erlebt. Ebenso
498 steigt die Zahl der Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, die in
499 unseren Pflegeeinrichtungen leben. Auch sie haben besondere Bedürfnisse. Wir
500 Grüne wollen deshalb die kultursensible Pflege stärken und besser auf die
501 individuellen Belange der zu pflegenden Menschen eingehen. Insbesondere bei der
502 Versorgung transsexueller, transgender und intersexueller Menschen bedeutet
503 dies, einen sensiblen Umgang mit der Körperlichkeit der Bewohner*innen zu
504 entwickeln. Dazu wollen wir das Thema kultursensible Pflege in der Aus- und
505 Weiterbildung von Pflegekräften stärken und Pflegeeinrichtungen für das
506 Qualitätssiegel „Diversitycheck“ gewinnen. Einrichtungen erhalten den
507 „Diversitycheck“, wenn sie eine offene Willkommenskultur und Kommunikation
508 umsetzen sowie kultursensible Standards in der Wohn- und Lebenswelt schaffen. So
509 bietet das Siegel Pflegebedürftigen Orientierung und schafft Vertrauen.

510 Nur wenn wir Grüne regieren, geht es mit der Gleichstellung voran. Wir haben die
511 Gleichstellung im Landesrecht umfassend verwirklicht. Wir werden auch weiterhin
512 eine starke Stimme für Vielfalt, Akzeptanz und gleiche Rechte im Bundesrat sein.
513 Durch die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes wollen
514 wir den Diskriminierungsschutz stärken. Wir Grüne unterstützen Nicht-binäre,
515 Trans- und Inter-Personen bei ihrem Kampf für ihre Menschenrechte und ihr Recht
516 auf körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmung. Wir fordern die
517 Überarbeitung der Richtlinie zur Blutspende, um den praktischen Ausschluss von
518 homo- und bisexuellen Männern zu beenden und die diskriminierende Regelung in
519 Bezug auf transgeschlechtliche Menschen abzuschaffen. Außerdem treten wir für
520 ein wirksames Verbot von sogenannten „Konversionstherapien“ ein. Diese
521 wissenschaftlich unhaltbaren Pseudotherapien, die darauf abzielen, die
522 homosexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität eines Menschen zu
523 ändern, sind gefährliche Scharlatanerie.

524 Religion und Weltanschauung: gemeinsam in den Dialog treten

525 Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet das gemeinsame Fundament, das unsere
526 Gesellschaft verbindet und zusammenhält. Niemand darf wegen seines Glaubens oder
527 Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Wir Grüne treten für die
528 religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen auf der
529 Grundlage unserer Verfassung ein. Wir sehen alle Religionen in unserem Land als
530 gleichberechtigt an und fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch.
531 Als Grüne bekennen wir uns fest zum grundgesetzlichen Schutz der Sonn- und
532 Feiertage. Sie sind ein zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und
533 Gesellschaft und verschaffen allen Menschen eine Zeit der Erholung, der
534 Besinnung und der Begegnung.

535 Wir Grüne stehen im regelmäßigen konstruktiv-kritischen Austausch mit den
536 christlichen Kirchen. Die unzähligen Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden
537 schaffen Orte der Begegnung und stärken in vielen Städten und Dörfern das
538 soziale Klima und ein wertschätzendes Miteinander. Die vielen karitativen
539 Einrichtungen, die Unterstützung von Geflüchteten und die
540 Entwicklungszusammenarbeit im Globalen Süden wären ohne kirchliches Engagement
541 kaum denkbar. Gleichzeitig wollen wir mit den Kirchen weiter auch einen
542 kritischen Dialog pflegen, weil wir beispielsweise ihre Sonderstellung im
543 Arbeitsrecht für nicht mehr zeitgemäß halten.

544 Nicht erst seit dem schrecklichen Anschlag auf die Synagoge in Halle beobachten
545 wir mit großer Sorge die Zunahme von Judenhass und Antisemitismus auch bei uns
546 im Land. Wir Grüne stellen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.
547 Der Schutz des jüdischen Lebens in unserem Land ist eine gesamtgesellschaftliche
548 Aufgabe. Wir wollen die Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden-
549 Württemberg deshalb weiter unterstützen und das Verständnis für jüdische
550 Geschichte und Traditionen in unserem Land stärken. Die grün-geführte
551 Landesregierung hat dazu bereits als erstes Bundesland einen
552 Antisemitismusbeauftragten ernannt, der wertvolle und wichtige Arbeit leistet.
553 Wir Grüne bekennen uns klar zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels und
554 positionieren uns gegen die BDS-Kampagne, die Israel durch Boykottaufrufe
555 politisch, wirtschaftlich und kulturell angreifen und isolieren will.

556 Der Schutz von und der Dialog mit Muslim*innen ist uns ein wichtiges Anliegen.
557 Wir setzen uns ein für einen differenzierten Blick und die klare Trennung
558 zwischen Religion, Migration und Extremismus. Viele Muslim*innen erfahren
559 antimuslimischen Rassismus. Diese Alltagsdiskriminierung reicht von Anfeindungen
560 bis hin zu Angriffen. Diesem Hass stellen wir uns als Grüne entschieden
561 entgegen! Strukturell gibt es bisher auf Landesebene keine gemeinsame
562 Organisation, die alle hier lebenden Muslim*innen vertritt. Deshalb wollen wir
563 ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis mit dem Land schaffen, z.B. in
564 Form eines Forums mit Vertreter*innen der verschiedenen Strömungen des Islam, um
565 der Pluralität unter Muslim*innen gerecht zu werden und klar zu signalisieren,
566 dass es „den Islam“ so nicht gibt. Dadurch stärken wir die rechtliche
567 Gleichstellung der Muslim*innen mit anderen Glaubensgemeinschaften und schaffen
568 auslandsunabhängige Ansprechpartner*innen auch für zivilgesellschaftliche
569 Akteur*innen. An zahlreichen Schulen im Land haben wir islamischen
570 Religionsunterricht eingeführt. So können Kinder und Jugendliche in ihre
571 Glaubenstradition hineinwachsen und religiöse Bildung in deutscher Sprache
572 erfahren. Das führt zu mehr Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt und trägt so zur
573 religiösen und kulturellen Verständigung bei. Es ist im Sinne einer vernünftigen
574 Integrations- und Bildungspolitik, dass islamische Religion an Schulen

575 grundgesetzkonform vermittelt wird. Unabdingbar ist hierbei die Förderung der
576 Ausbildung von Imamen in Deutschland. Darüber hinaus wollen wir die islamische
577 Seelsorge in staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Gefängnissen durch
578 qualifiziertes und geeignetes Personal gewährleisten. Wir werden uns dafür
579 einsetzen, dass die Anliegen kleinerer Religionsgemeinschaften ebenfalls gehört
580 werden.

581 Die Zahl der konfessionsfreien Menschen steigt in Baden-Württemberg jährlich.
582 Wir werden daher dafür sorgen, dass die Perspektive von konfessionsfreien
583 Menschen in gesellschaftlichen und ethischen Debatten mitgedacht wird. Dazu
584 wollen wir unter anderem die humanistischen Verbände besser in Dialogprozesse
585 einbinden. Zur Religionsfreiheit gehört auch, sich ohne Hindernisse dafür
586 entscheiden zu können, einer Religion nicht mehr anzugehören oder an einer
587 Tradition nicht teilhaben zu wollen. Die Kommunen erheben unterschiedliche
588 Gebühren für den Kirchenaustritt. Wir halten deshalb eine grundsätzliche
589 Neuordnung der Gebühren für notwendig.

590 Wir Grüne sind davon überzeugt, dass wir mehr über die Gemeinsamkeiten lernen
591 müssen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Ein wichtiger Aspekt ist deshalb
592 ein Angebot für Ethik- und Werteunterricht in der Grundschule ab der ersten
593 Klasse. Hier lernen alle Kinder von Anfang an, friedlich mit der Vielfalt an
594 Religionen und Weltanschauungen umzugehen. Um den friedlichen Dialog auch im
595 späteren Leben zu verbessern, werden wir die Servicestelle Friedensbildung in
596 Baden-Württemberg finanziell stärken und personell ausbauen.

597 Darum Grün!

598 Wer Grün wählt, stimmt für

- 599 • eine Ehrenamtsoffensive, mit der wir das bürgerliche Engagement in unserem
600 Land noch besser unterstützen
- 601 • eine Politik, die den Sport und seine zusammenführende Kraft stärkt
- 602 • eine Flüchtlingspolitik, die sich an Menschlichkeit und Verantwortung
603 orientiert
- 604 • Gleichstellungsbeauftragte, die Chancengleichheit für alle Geschlechter
605 verwirklichen
- 606 • eine ambitionierte Frauenpolitik, die Gewalt gegen Frauen entschieden
607 entgegentritt
- 608 • ein Diversity-Management an Schulen, das Kinder lehrt, mit der Vielfalt
609 unserer Gesellschaft umzugehen

B4 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.11.2020
Tagesordnungspunkt: TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

- 1 Unsere Gesellschaft steht auf einem stabilen rechtsstaatlichen Fundament. Wir
2 können auf unsere politischen und gesellschaftlichen Institutionen vertrauen.
3 Sie sind stark und leistungsfähig – das zahlt sich auch in Ausnahmesituationen
4 wie der Corona-Pandemie aus. Unser Gemeinwesen ist lebendig durch starke
5 Kommunen und Menschen, die sich einbringen. Es lebt von einer vielfältigen
6 Kunst- und Kulturlandschaft und von unabhängigen Medien. Doch unsere freie,
7 demokratische Gesellschaft ist kein Selbstläufer. Wir müssen sie jeden Tag mit
8 Leben füllen und aktiv schützen. Dazu wollen wir unsere Politik des
9 Gehörtwerdens konsequent weiterführen und noch mehr Beteiligungsmöglichkeiten
10 schaffen. Wir werden kulturelle Bildung an den Schulen verankern und
11 Medienbildung als Schlüsselkompetenz noch stärker fördern. Wie man ein
12 Smartphone bedient, lernen junge Leute im Handumdrehen. Wir wollen sie auch
13 darin stark machen, sich selbstbestimmt in der medialen Welt und Social Media zu
14 bewegen. Die Kommunen sind der zentrale Ort für politische und gesellschaftliche
15 Teilhabe. Wir werden ihnen weiterhin verlässlich zur Seite stehen. Die weltweite
16 Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt: Wir müssen über Grenzen hinweg
17 denken und handeln. Deshalb werden wir unsere Allianzen in Europa und der Welt
18 vertiefen. Denn die großen Herausforderungen wie Klimaschutz und eine gerechtere
19 Globalisierung meistern wir nur gemeinsam.
- 20 Es geht um viel: Leben und stärken wir die Werte, auf denen unsere Gesellschaft
21 gründet: Freiheit, Demokratie, europäische Solidarität.

Begründung

Präambel zum Kapitelblock "Grün wählen und Baden-Württemberg leben"

K13NEU Ein humaner Rechtsstaat ist der Garant für Freiheit und Demokratie

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

1 Kapitel 13: Inneres, Recht und Verfassung

2 Ein humaner Rechtsstaat ist der Garant für Freiheit und Demokratie

3 Ein Leben in einer freien und offenen Gesellschaft – das zu garantieren ist für
4 uns Grüne elementare Aufgabe des Rechtsstaates. Wir wollen einen selbstbewussten
5 Staat, der sein Handeln erklärt, begründet und überprüfbar macht. Der das
6 Vertrauen in staatliche Institutionen stärkt, indem er Kontrollinstrumente
7 bereitstellt und die Entscheidungen der Justiz nachvollziehbar macht. Menschen,
8 die Unrecht begangen haben, führt der Rechtsstaat wieder in die Mitte der
9 Gesellschaft zurück. Seine Sicherheitspolitik ist vorausschauend und basiert auf
10 Erkenntnissen, die wissenschaftlich belegt sind.

11 Das Fundament unseres Gemeinwesens sind Bürger*innen, die sich einmischen!
12 Grundlage dafür ist: Alle haben umfassende Möglichkeiten, direkt an
13 Entscheidungsprozessen und Veränderungen mitzuwirken. Damit wir gut
14 zusammenleben können, ist Vertrauen unerlässlich. Die Bürger*innen müssen von
15 der Integrität demokratischer Institutionen überzeugt sein und sich alle
16 gleichermaßen gesehen und gehört fühlen. Dann ist unsere Gesellschaft stabil und
17 für Herausforderungen gut gerüstet.

18 Wir Grüne stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Transparenz. Diese
19 Politik haben wir als grün-geführte Landesregierung erfolgreich mit Leben
20 gefüllt: Mit dem Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
21 haben wir eine in Deutschland einmalige Stelle geschaffen. Baden-Württemberg ist
22 bundesweite Spitze in Sachen Bürgerbeteiligung und hat bei der direkten
23 Demokratie sehr stark aufgeholt.

24 Unsere Bürger*innen haben vielfältige Möglichkeiten, ihre Meinungen zu äußern.
25 Auf unserem Online-Beteiligungsportal können sie zu Gesetzesvorhaben Stellung
26 nehmen und ihre Interessen deutlich machen. Sie wollen bei Großprojekten
27 umfassend beteiligt werden – der Planungsleitfaden verpflichtet die
28 Landesverwaltung dazu. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen für
29 Volksabstimmungen verbessert und die informelle Bürgerbeteiligung bei der
30 Planung von Infrastrukturprojekten eingeführt. Die Bürger*innen können nun in
31 den Städten und Gemeinden auch über die Bauleitplanung abstimmen – und damit
32 über das wichtigste Planungswerkzeug der städtebaulichen Entwicklung einer
33 Kommune. In zahlreichen Projekten haben wir Bürgerbeteiligungen umgesetzt – und
34 damit beispielsweise Konflikte bei der Planung des Nationalparks Schwarzwald
35 oder der neuen Justizvollzugsanstalt Rottweil gelöst. Wir fördern lokale
36 Projekte und bringen so die Bürgerbeteiligung zu konkreten Themen ins Land.

37 Politik des Gehörtwerdens: Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausbauen

38 Wir werden unseren Weg der Politik des Gehörtwerdens beherzt weitergehen. Wir
39 wollen die Bürgerbeteiligung auf Landesebene und vor Ort in den Kommunen weiter
40 stärken und den Bürger*innen näherbringen. Dazu gehört auch die Einführung von
41 direktdemokratischen Elementen auf Landkreisebene. Wir wollen zukünftig bei
42 wichtigen Gesetzen und politischen Vorhaben Bürger*innenräte aus zufällig

43 ausgewählten Bürger*innen beteiligen. Um die Ideen, Anliegen und Sorgen der
44 Bürger*innen noch besser einbeziehen zu können, wollen wir zu Beginn der
45 kommenden Legislaturperiode ein landesweites Bürger*innenbeteiligungsverfahren
46 ähnlich der Grand Débat in Frankreich durchführen. Dabei wollen wir mit den
47 Bürger*innen über ihre Vision für Baden-Württemberg 2030 ins Gespräch kommen.
48 Wir wollen darüber diskutieren, wie wir gemeinsam die großen Herausforderungen
49 der Zeit gestalten – vom Klimawandel über die Digitalisierung bis hin zum
50 wirtschaftlichen Strukturwandel.

51 Den Gemeinden wollen wir es ermöglichen, sich eine Beteiligungssatzung zu geben.
52 Zudem sollen informelle Beteiligungsverfahren in die Gemeindeordnung aufgenommen
53 und der Einwohnerantrag vereinfacht werden. Wir wollen das
54 Volksabstimmungsgesetz weiterentwickeln und die Hürden von Volksbegehren und
55 Volksabstimmungen weiter senken. Den Volksantrag wollen wir so ausbauen, dass
56 Beteiligungsprozesse aktiv eingefordert werden können. Auch Internet-Formate der
57 Beteiligung werden wir erweitern und ein Online-Vorschlagswesen entwickeln, in
58 dem Bürger*innen mit wenigen Klicks Vorschläge zu Themen der Landespolitik
59 einbringen können.

60 Unmittelbare Demokratie und kollektive Willensbildung drücken sich aber auch in
61 Formen des sozialen Protests aus. Das Versammlungsgesetz stammt noch aus den
62 1970er-Jahren und ist auf Bundesebene verankert. Wir machen uns für ein modernes
63 und demokratieförderndes Landesversammlungsgesetz stark. Dabei wollen wir uns
64 beispielsweise am Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein
65 orientieren.

66 Für ein modernes Wahlrecht

67 Wir Grüne setzen uns für ein modernes Wahlrecht ein, das das ganze Land in den
68 Blick nimmt: Unsere ländlichen Wahlkreise ebenso wie unsere Städte, Frauen wie
69 Männer, Alte wie Junge, Alteingesessene wie Migrant*innen. Wir streiten deshalb
70 seit Jahren für eine Modernisierung des Landtagswahlrechts und wollen ein
71 personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste
72 einführen. 2019 haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Jetzt ist der
73 richtige Zeitpunkt für die strukturelle Stärkung von Frauen, Menschen mit
74 Behinderungen, jungen Menschen und Migrant*innen, damit der Landtag zu einem
75 echten Abbild unserer Gesellschaft wird.

76 Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Was heute entschieden wird,
77 betrifft sie morgen! Darum wollen wir ihrer Stimme mehr Geltung verschaffen.
78 Jede*r dritte Jugendliche in Baden-Württemberg engagiert sich ehrenamtlich. Und
79 auch die weltweiten Klimastreiks belegen: Junge Menschen möchten sich einbringen
80 und ihre Zukunft aktiv mitgestalten. Bei den Kommunalwahlen haben wir das
81 Wahlalter bereits auf 16 Jahre gesenkt, damit sie mitentscheiden können. Nun
82 wollen wir das auch bei Landtagswahlen erreichen! Außerdem sollen sich 16- und
83 17-Jährige bei Kommunalwahlen selbst zur Wahl stellen können, also das passive
84 Wahlrecht erhalten. Die kommunale Ebene ist der richtige Ort, um Jugendlichen
85 noch mehr Mitspracherechte zu geben. Das Mindestalter bei Kandidat*innen für
86 Bürgermeister*innenwahlen wollen wir auf 18 senken und die Höchstaltersgrenzen
87 abschaffen. Unsere Gesellschaft in Baden-Württemberg ist vielfältig. Auch
88 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gehören zu uns dazu. Wer hier
89 lebt, soll auch mitentscheiden können. Deswegen möchten wir ihre Möglichkeiten
90 der politischen Teilhabe weiter ausbauen: Wir fordern das Wahlrecht für EU-

91 Bürger*innen bei Landtagswahlen und auch das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige
92 auf kommunaler und Landesebene. Auch das Wahlrecht von Wohnsitzlosen wollen wir
93 uneingeschränkt ermöglichen.

94

95 Um die Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen zu stärken, werden wir die
96 Direktwahl von Landrät*innen einführen und ihre Amtszeit an die
97 Kommunalwahlperiode koppeln. Bei Wahlen zu (Ober-)Bürgermeister*innen und
98 Landrät*innen soll es eine echte Stichwahl geben. Wir werden prüfen, ob diese
99 bereits in den ersten Wahlgang integriert werden kann. Die unechte Teilortswahl
100 hat sich überlebt. Wir wollen sie im Dialog mit den Kommunen prüfen.

101 Für Transparenz, Unabhängigkeit und Datenschutz

102 Bürger*innen haben Anspruch darauf, Zugang zu Informationen der öffentlichen
103 Verwaltung zu bekommen. Dafür haben wir als grün-geführte Landesregierung mit
104 dem Informationsfreiheitsgesetz gesorgt. Dieses Gesetz wollen wir zu einem
105 modernen Transparenzgesetz weiterentwickeln, etwa indem wir Auskunftsrechte
106 ausweiten. Die grünen Landtagsabgeordneten geben schon seit vielen Jahren
107 freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. Dazu wollen wir
108 zukünftig alle Abgeordneten verpflichten! Wir wollen ein Lobbyregister, das
109 transparent macht, welche Interessenvertreter*innen mit dem Landtag in Kontakt
110 sind. Jedes Gesetz wird zudem mit einem legislativen Fußabdruck versehen – also
111 einer Liste mit allen Lobbyist*innen, zu denen es im Zuge der
112 Gesetzeserarbeitung Kontakt gab. Zusätzlich wollen wir in Konfliktfällen eine
113 mindestens 18-monatige Karenzzeit, bevor Mitglieder der Landesregierung in die
114 Privatwirtschaft wechseln dürfen. Auch Geschäftsführer*innen kommunaler
115 Unternehmen sollen ihre Einkünfte offenlegen müssen.

116 Bei uns gilt schon lange: „Datenschutz ist Bürger*innenrecht.“ Das Recht auf
117 informationelle Selbstbestimmung ist ein elementares Gut in unserer Demokratie.
118 Deswegen haben wir den Landesbeauftragten für Datenschutz und
119 Informationsfreiheit in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestärkt. Diesen
120 Weg gehen wir weiter. Unser Fokus liegt auf Datensparsamkeit und
121 Datensicherheit. Daten müssen an sicheren Orten gespeichert werden, die strengen
122 Datenschutz- und Zugriffsregelungen unterliegen.

123 In Freiheit und Sicherheit zusammenleben

124 Mit uns als grün-geführter Landesregierung ist Baden-Württemberg so sicher wie
125 nie zuvor! In den vergangenen Jahren ist die Zahl der klassischen
126 Kriminalitätsdelikte deutlich zurückgegangen – insbesondere bei
127 Wohnungseinbrüchen. Wir haben unsere Sicherheitsbehörden sowie Spezialeinheiten
128 für die Terrorismusabwehr gestärkt. Mit Städten, die besonders durch
129 Kriminalität belastet sind, haben wir erfolgreich Sicherheitspartnerschaften
130 abgeschlossen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Kriminalität ist auf dem
131 niedrigsten Stand seit über 30 Jahren. Unser besonderer Dank und unser ganzer
132 Respekt gilt den Polizist*innen sowie den Mitarbeitenden der Feuerwehr und der
133 Rettungsdienste. Leider erfahren sie immer häufiger gewalttätige Übergriffe und
134 Respektlosigkeit. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Die grün-geführte
135 Landesregierung hat die Rechtsgrundlagen dafür geschaffen, dass das Land
136 Schmerzensgeldansprüche von Beamt*innen übernimmt, die Opfer von Gewalttaten
137 wurden.

138 Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für ein
139 freiheitliches Leben. Allerdings bringen gesetzgeberische Maßnahmen und
140 planvolles Regierungshandeln allein nicht mehr Sicherheit: Dafür braucht es
141 hochmotivierte und gut ausgebildete Polizist*innen.

142
143 Wir sind überzeugt: Ein humaner Rechtsstaat ist der entscheidende Garant für ein
144 Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit. Es ist ein gefährlicher Irrweg, auf
145 Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer weitergehenden Einschränkungen
146 unserer Freiheits- und Bürger*innenrechte zu reagieren. Wir stehen dafür, die
147 bestehenden Gesetze konsequent anzuwenden. Wir setzen auf Sicherheitsbehörden,
148 die rechtsstaatlich handeln und gut ausgestattet sind. Deshalb haben wir die
149 Polizei mit der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte der
150 Landespolizei gestärkt. Diesen Weg führen wir weiter. Gut ausgestattet heißt
151 auch: Die Polizei muss aus technischer Sicht auf der Höhe der Zeit sein. In der
152 nächsten Legislaturperiode werden wir daher die Digitalisierung der Polizei
153 weiter voranbringen. Daher wollen wir für schnelles Internet in jedem
154 Polizeirevier sorgen, die Ausstattung mit mobilen Endgeräten verbessern und die
155 Polizei bei der Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum stärken. Dazu gehört
156 auch die Sensibilisierung im Umgang mit Cybercrime-Delikten. Die Bereitstellung
157 zusätzlicher gefährlicher Waffen, wie z.B. Elektroschockpistolen, lehnen wir ab.
158 Zudem wollen wir die zweigeteilte Laufbahn einführen.

159 Um die Polizeireform zu evaluieren, haben wir die Mitarbeiter*innen der Polizei
160 befragt. Diese umfassende Basisbefragung war in dieser Form bislang einmalig und
161 hat gezeigt: Basisbeteiligung ist unsere grüne Kernkompetenz. Die Rückmeldungen
162 haben wir zum Anlass für Verbesserungen genommen. Im nächsten Schritt wollen wir
163 einen Sicherheitsplan 3 auflegen, um die polizeilichen Einsatzkräfte
164 entsprechend der Bevölkerungs- und Kriminalitätsschwerpunkte gerecht zu
165 verteilen.

166 Eine bürgernahe Polizei ist auch Spiegelbild unserer vielfältigen und diversen
167 Gesellschaft. Schon jetzt gehört Baden-Württemberg zu den Bundesländern, die im
168 Vergleich besonders viele Frauen im Polizeidienst haben. Wir haben viel dafür
169 getan, dass auch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Polizeidienst
170 eintreten. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir setzen uns dafür ein, dass
171 sich die gesellschaftliche Vielfalt bis in die Führungspositionen widerspiegelt.

172
173 Polizist*innen üben einen sehr anspruchsvollen Beruf aus, bei dem sie häufig
174 schwierigen Situationen ausgesetzt sind. Dabei muss es für Polizeibeamt*innen
175 möglich sein, Fehler und Schwächen einzugestehen. Hierfür bedarf es einer
176 funktionierenden Fehlerkultur mit entsprechenden Unterstützungsangeboten wie zum
177 Beispiel Supervisionen. Außerdem wollen wir das psychosoziale
178 Gesundheitsmanagement bei der Polizei verbessern.

179 Zu einem sicheren Baden-Württemberg gehören auch die vielen Haupt- und
180 Ehrenamtlichen in den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen. Wir
181 werden sie weiterhin bei der Modernisierung und Beschaffung ihrer Ausstattung
182 sowie bei einer hochwertigen Aus- und Weiterbildung unterstützen. Wir werden das
183 freiwillige Engagement dieser Gruppe, aber auch vieler anderer Ehrenamtlicher
184 mit einer Ehrenamtskarte honorieren. Als amtliches Dankeschön bekommen die
185 Inhaber*innen einer solchen Karte Vergünstigungen, zum Beispiel beim Eintritt in
186 Schwimmbäder oder Museen.

187 Vertrauen in den Rechtsstaat stärken

188 Zu einem souveränen Staat gehört eine funktionierende Fehlerkultur: Die
189 staatlichen Vertreter*innen sind ansprechbar, reflektieren und handeln mit
190 offenem Visier. Sie begründen ihr Handeln nachvollziehbar und setzen sich
191 transparent mit den Argumenten anderer auseinander. Damit stärken wir das
192 Vertrauen in staatliche Strukturen.

193

194 Das Petitionsrecht ist ein elementarer Bestandteil unserer Politik des
195 Gehörtwerdens. Es stellt sicher, dass der Landtag für alle Bürger*innen
196 ansprechbar ist. Dieses Recht gilt es weiterhin zu schützen und auszubauen.
197 Daher haben wir die Möglichkeit geschaffen, Petitionen auch online einzureichen.
198 In einem weiteren Schritt wollen wir nun die Möglichkeit der Mitzeichnung
199 ermöglichen. Daneben wollen wir die Erkenntnisse der einzelnen
200 Petitionsverfahren noch stärker systematisch erfassen und in das zukünftige
201 Handeln des Landtages und der Landesregierung einfließen lassen.

202 Mit dem Amt der*des Bürger- und Polizeibeauftragten haben wir als grün-geführte
203 Landesregierung eine neutrale Stelle geschaffen, die Menschen im Umgang und bei
204 Konflikten mit den landeseigenen Verwaltungs- und Polizeibehörden unterstützt.
205 Sowohl Bürger*innen als auch Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie
206 den Eindruck haben, dass sich Angehörige der öffentlichen Verwaltung oder der
207 Landespolizei nicht richtig verhalten haben. Damit stärken wir das
208 partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerschaft, Polizei und Staat und
209 unterstützen eine dialogorientierte Polizei- und Verwaltungskultur. Wir werden
210 dieses Amt enger an den Landtag angliedern und stärken, indem wir es personell
211 ausbauen und mit weiteren Befugnissen ausstatten. Der*die Bürger- und
212 Polizeibeauftragte soll u.a. das Recht auf Auskunft und Akteneinsicht gegenüber
213 der Polizei bekommen. Darüber hinaus muss die Unabhängigkeit der Kontrolle von
214 Polizei und Verwaltung auch in strafrechtlichen Ermittlungen gestärkt werden.
215 Hierfür werden wir ein wirksames Konzept erarbeiten.

216 Die individualisierte und anonymisierte Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen
217 wird zunehmend zum europäischen Standard. Wir wollen diese auch für
218 Einsatzkräfte der Polizei in Baden-Württemberg einführen. Die Regelungen zum
219 Einsatz von Bodycams wollen wir so weiterentwickeln, dass sie auch die
220 Bürger*innenrechte schützt.

221 Mit dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) kann die Arbeit des Landesamtes
222 für Verfassungsschutz regelmäßig überprüft werden. Wir haben das Gremium mit
223 erweiterten Kontrollbefugnissen wie Akteneinsichts- und Zugangsrechten
224 ausgestattet. Bedienstete des Landesamtes für Verfassungsschutz können sich nun
225 zudem direkt an das Kontrollgremium wenden, ohne den Dienstweg einzuhalten. Wir
226 wollen das PKG weiter stärken, denn Demokratie lebt von Kontrolle:
227 Beispielsweise soll der Landesdatenschutzbeauftragte künftig an allen Sitzungen
228 teilnehmen. Das PKG soll auch öffentlich tagen und sich mit den
229 Parlamentarischen Kontrollgremien anderer Bundesländer noch besser vernetzen
230 können.

231 Für eine moderne, bürgerrechtsorientierte und evidenzbasierte Sicherheitspolitik

232 Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik stützt sich auf wissenschaftliche
233 Erkenntnis. Wir lehnen es ab, nach Gewalttaten die Sicherheitsgesetze reflexhaft

234 zu verschärfen. Ziel sollte vielmehr sein, Straftaten mit Prävention zu
235 verhindern. Daran wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur ausrichten.

236 Sicherheit heißt für uns nicht nur klassische polizeiliche Kriminalprävention.
237 Auch städtebauliche und sozialarbeiterische Belange gehören für uns dazu. Mit
238 dem Gesamtkonzept „Sichere öffentliche Räume“ haben wir umfangreiche und vor
239 allem interdisziplinäre Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum
240 vorgelegt: Wir vernetzen damit Akteur*innen, entwickeln die kommunale
241 Kriminalprävention weiter, bauen Hilfs- und Beratungsangebote aus, stärken die
242 Straßensozialarbeit und nehmen städtebauliche Aspekte in den Blick. Dieses
243 Konzept werden wir umsetzen und ausbauen. Wir wollen den Kommunen dabei mehr
244 Handlungsspielräume geben. Dafür wollen wir die landesweiten Sperrzeiten
245 abschaffen. Wir Grüne wollen rechtsstaatlich, effektiv und wirkungsvoll für
246 Sicherheit in Baden-Württemberg sorgen – mit Instrumenten, die einen
247 sicherheitspolitischen Mehrwert bieten. Konkret schlagen wir deshalb eine Task
248 Force im Innenministerium vor. Sie soll intensiv daran arbeiten, offene
249 Haftbefehle in Baden-Württemberg schnell zu vollstrecken. Im Bund machen wir uns
250 für eine Verschärfung des Waffenrechts stark.

251 Wir wollen einen modernen Sicherheitsbericht, der das Dunkelfeld intensiver
252 wissenschaftlich auswertet – also die Straftaten, die nicht amtlich registriert
253 werden. Auf diese Weise erhalten wir die Grundlage für eine evidenzbasierte
254 Sicherheitspolitik. In den vergangenen 20 Jahren wurden die Sicherheitsgesetze
255 deutlich verschärft. Wir werden diese unter bürgerrechtlicher Perspektive
256 überprüfen und gebotene Verbesserungen vornehmen. Insbesondere die intelligente
257 Videoüberwachung wollen wir kritisch auswerten. Der öffentliche Raum ist für uns
258 ein Ort der freien Begegnung. Deshalb setzen wir der Videoüberwachung des
259 öffentlichen Raums klare Grenzen. Bürger*innen müssen in einem öffentlichen
260 Register einsehen können, wo diese stattfindet. Die konventionelle
261 Videoüberwachung findet vor allem im öffentlichen Nahverkehr und bei privaten
262 und öffentlichen Liegenschaften statt: Wir machen uns dafür stark, diese
263 regelmäßig unter Einbindung des Landesdatenschutzbeauftragten zu evaluieren.

264 Wir stellen uns entschieden gegen Versuche, die biometrische Überwachung
265 einzuführen. Wir bleiben bei unserem „Nein“ zur Vorratsdatenspeicherung.

266
267 Der Sinn von Strafen liegt vor allem darin, Täter*innen wieder in die
268 Gesellschaft einzugliedern und künftige Straftaten zu verhindern. Das Strafrecht
269 anzuwenden, ist nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Ultima
270 Ratio. Und das soll auch so bleiben! Wir unterstützen daher Maßnahmen und
271 Reformen zur Haft- und Strafvermeidung. Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen
272 einschränken. Programme wie „Schwitzen statt Sitzen“ wollen wir stärken und
273 veraltete Strafvorschriften überprüfen. Bagatelldelikte wie das Containern
274 sollen entkriminalisiert werden. Gleichzeitig wollen wir Wirtschaftskriminalität
275 effektiv verfolgen. Es darf nicht sein, dass Kleinstkriminalität geahndet wird –
276 für schwere Wirtschaftskriminalität aber keine Kapazitäten zur Verfügung stehen.
277 Wir wollen den Kleinkriminalitäts-Erlass für Schäden bis 25 Euro wieder
278 einführen.

279
280 Wir möchten die Befugnisse der Polizei zur heimlichen Überwachung begrenzen.
281 Dabei muss die Integrität informationstechnischer Systeme gewahrt werden. Wir
282 lehnen Zwangshintertüren und Generalschlüssel für Messengerdienste ab und wollen
283 Sicherheitslücken schließen, statt sie auszunutzen. Wenn sich heimliche

284 Überwachung nicht vermeiden lässt, muss die Priorität darauf gelegt werden, den
285 Betroffenen im Nachhinein den Rechtsweg zu ermöglichen, indem ihnen die
286 Überwachung mitgeteilt wird. Flankierend wollen wir das rechtsstaatliche
287 Kontrolldefizit während der heimlichen Überwachung abfedern, indem wir ein
288 parlamentarisches Kontrollgremium einführen, das sich mit geheimen Maßnahmen der
289 Polizei befasst.

290 Wir stellen uns jeder Aufweichung des Trennungsgebots von Polizei und
291 Verfassungsschutz entgegen und machen uns für einen bundesweiten Reformprozess
292 der Landesämter für Verfassungsschutz stark. Wir wollen ein Institut schaffen,
293 das offen zugängliche Quellen auswertet und so verfassungsfeindliche
294 Bestrebungen wissenschaftlich analysiert. Nachrichtendienstliche Mittel sollen
295 nur bei gewaltbereiten Organisationen eingesetzt werden. Wir stützen uns auf die
296 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und wollen den Einsatz
297 von V-Leuten grundlegend reformieren und drastisch einschränken. Sie sollen nur
298 in absoluten Ausnahmefällen aktiv werden, wenn das Innenleben äußert
299 gefährlicher, verfassungsfeindlicher Organisationen nicht anders ausgeleuchtet
300 werden kann. V-Leute dürfen selbst keine Straftaten begehen. Wenn sie Hinweise
301 auf Straftaten geben, müssen diese uneingeschränkt verfolgt werden. Wir wollen
302 den Landesverfassungsschutz dazu verpflichten, dem Landtag über den Einsatz von
303 V-Leuten proaktiv und regelmäßig Bericht zu erstatten.

304 Konsequenz gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Hasskriminalität

305 Wir Grüne stellen uns konsequent gegen jeglichen gewaltbereiten Extremismus. Die
306 rechtsterroristischen Attentate der vergangenen Jahre zeigen auf schmerzliche
307 Weise: Insbesondere Rechtsextremismus und Hasskriminalität bedrohen unsere freie
308 und offene Gesellschaft ganz massiv. Traurige Beispiele aus jüngster Zeit: der
309 Anschlag in Hanau, das Attentat auf eine Synagoge in Halle sowie die Ermordung
310 des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. In den vergangenen Jahren
311 haben wir daher einen Paradigmenwechsel eingeleitet und ein Antiterror-Paket
312 Rechtsextremismus geschnürt: Wir haben unsere Sicherheitsbehörden mit weiteren
313 Stellen und Mitteln ausgestattet und im Landesamt für Verfassungsschutz eine
314 spezielle Abteilung eingerichtet.

315 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit äußern sich aber nicht nur
316 in physischer Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen. Es gibt Alltagsrassismus
317 und strukturell bedingte Diskriminierung. Diese Erfahrungen sind für viele
318 Betroffene häufig am prägendsten, weil sie Tag für Tag damit konfrontiert sind.
319 Uns geht es auch darum, diese Strukturen und unser eigenes Verhalten kritisch zu
320 hinterfragen. Darauf aufbauend werden wir politische Strategien gegen Rassismus
321 noch gezielter entwickeln und in unsere parlamentarische Arbeit einbringen
322 können. Für uns ist klar: Wir müssen uns mit diesen Erfahrungen
323 auseinandersetzen und Menschen vor Diskriminierung besser schützen. Wir stehen
324 an der Seite der Black-Lives-Matter-Bewegung und solidarisieren uns mit
325 Organisationen, Vereinen und Initiativen, die sich für Antirassismus und
326 Antidiskriminierung einsetzen.

327 Wir Grüne wollen mit Herz und Haltung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
328 entgegentreten – mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Rassismus,
329 Rechtsextremismus und Hasskriminalität. Die einzelnen Maßnahmen betreffen sowohl
330 Polizei und Justiz als auch die Zivilgesellschaft:

331 Wir wollen die Mitarbeitenden in Sicherheitsbehörden und Justiz besser darin
332 ausbilden, politisch motivierte Hasskriminalität zu bekämpfen und mit den
333 Betroffenen sensibel umzugehen. Mit mehr Pflichtfortbildungen werden wir dieses
334 Ziel erreichen. Landesweit wollen wir an jeder Dienststelle des polizeilichen
335 Staatsschutzes eine Kontaktperson benennen, die für die Bekämpfung von
336 Hasskriminalität zuständig ist. Eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft soll diese
337 Fälle dann mit Entschlossenheit und Expertise verfolgen. An diese soll die
338 Empfehlung ergehen: Wenn ein Fall von Hasskriminalität vorliegt, sollte
339 regelmäßig das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung beachtet
340 werden.

341 Die überwältigende Mehrheit der Mitarbeitenden in den Sicherheitsbehörden steht
342 zu unseren demokratischen Werten. Klar ist aber auch: Wir dürfen rechtsextreme
343 Vorfälle nicht als Einzelfälle verharmlosen. Um ein besseres Lagebild zu
344 erhalten, müssen der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den
345 zuständigen Behörden auf der bestehenden Gesetzeslage verstärkt werden. Nur so
346 kann es eine umfassende Analyse von möglichen Netzwerkstrukturen geben. Wir
347 wollen konsequent gegen rechtsextreme Bestrebungen und Vorfälle in
348 Sicherheitsbehörden vorgehen, denn sie stellen ein immenses Sicherheitsrisiko
349 dar. Wer unsere Demokratie infrage stellt und andere bedroht, darf nicht Teil
350 der Sicherheitsbehörden unseres Staates sein. Strukturen und Instrumente des
351 „Whistleblower-Schutzes“ werden wir implementieren und ausbauen. Damit weiten
352 wir auch die EU-Whistleblower-Richtlinie auf Verstöße gegen nationales Recht
353 aus. Wir wollen das Ombudswesen weiter stärken und die Stelle der*des Bürger-
354 und Polizeibeauftragten aufwerten.

355 Mit einer wissenschaftlichen Studie wollen wir Erkenntnisse darüber gewinnen,
356 welche Erfahrungen Bürger*innen mit öffentlichen Stellen gemacht haben. Dabei
357 soll es um verschiedene Formen der Diskriminierung gehen wie zum Beispiel das
358 Racial Profiling. Gleichzeitig wollen wir mit der Studie auch die Haltung der
359 Mitarbeiter*innen in den Sicherheitsbehörden in Erfahrung bringen. Damit können
360 wir uns ein Bild verschaffen und auf Grundlage einer validen Datenbasis mögliche
361 Gegenmaßnahmen ergreifen. Wir setzen uns für den Abbau von Vorurteilen ein. Alle
362 Menschen in dieser Gesellschaft müssen das Gefühl haben, sich vertrauensvoll an
363 die Polizei wenden zu können. Damit stärken wir das Vertrauen in den Staat.

364 Zivilgesellschaftliches Engagement, Forschung und politische Bildung sind unsere
365 wichtigsten Instrumente im Kampf gegen rechts. Darum werden wir die
366 Landeszentrale für politische Bildung stärken und Präventionsangebote sowie
367 Deradikalisierungsprogramme ausweiten. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz
368 wollen wir Projekte und Träger unterstützen, die sich gegen Rassismus und für
369 eine plurale Demokratie einsetzen – mit einer stetigen und ausgebauten
370 Strukturförderung. Daneben wollen wir ein regelmäßiges, wissenschaftliches
371 Demokratiemonitoring durchführen, das über den Zustand der Demokratie im Land,
372 aber auch die Erwartungen der Bürger*innen an die Demokratie aufklärt. Wir
373 werden Meldemöglichkeiten für Hetze im Netz verlässlich fördern und
374 bedarfsgerecht ausweiten. Das gleiche gilt für Beratungsangebote für Menschen,
375 die von rechter Gewalt betroffen sind, wie zum Beispiel die Fachstelle
376 „Leuchttlinie“. Mit einem Forschungsprojekt wollen wir untersuchen, welche
377 individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen Hasskriminalität in Baden-
378 Württemberg hat. Wir werden das Projekt #RespektBW der Landesregierung und die
379 begleitende Informationskampagne „BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass“
380 fortführen. Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit Verschwörungsmythen

381 ausweiten und stärken. Wir haben am Generallandesarchiv Karlsruhe eine
382 Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet, die wir weiterentwickeln
383 werden. Daran anschließend werden wir eine Forschungsstelle etablieren, um mit
384 wissenschaftlichen Methoden das Spektrum rechtsextremistischer Akteur*innen und
385 Ideologien zu erforschen. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
386 Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wollen wir nach
387 Abschluss der Strafverfolgungsaufgaben am bestehenden Standort weiterentwickeln.
388 Sie soll zu einem Zentrum für Dokumentation, Forschung, Information, Erinnerung
389 und Begegnung werden. Dazu wollen wir bereits jetzt den Grundstein legen. Ihr
390 Ziel soll es sein, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte zu
391 fördern.

392

393 Wir sehen, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Rassismus,
394 Antisemitismus und Diskriminierungen gegen Sinti und Roma äußern sich nicht nur
395 in offener Hasskriminalität, sondern auch in Alltagssituationen wie auf dem
396 Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem. Teilhabe ist ohne den Abbau von
397 institutioneller Diskriminierung nicht möglich. Deshalb möchten wir
398 Kooperationen mit migrantischen Organisationen schaffen, die Antirassismusbearbeitung
399 aus Perspektive der Betroffenen machen. Wir werden kritische Rassismusforschung
400 an Hochschulen in Baden-Württemberg dauerhaft etablieren. Auch in der
401 Schulbildung wollen wir antirassistisches Denken verankern. Das Lehramtsstudium
402 muss eine Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus umfassen. Für
403 Lehrkräfte wollen wir entsprechende Fort- und Weiterbildungen ausbauen.

404

405 Islamismus nachhaltig und konsequent bekämpfen

406

407 Wir Grüne lehnen jegliche islamistischen und extremistischen Bestrebungen
408 konsequent ab. Islamist*innen bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere
409 freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Anschläge von Wien, Nizza,
410 Conflans-Sainte-Honorine und Dresden haben noch einmal gezeigt, dass wir
411 gegenüber dieser Gefahr einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine aktive
412 Zivilgesellschaft brauchen. Das geht nur gemeinsam mit den Muslim*innen, nicht
413 gegen sie. Wir stellen uns antimuslimischen Ressentiments und Rassismus in
414 unserer Gesellschaft klar entgegen.

415

416 Islamistische Bestrebungen weisen wir mit einem zielgerichteten Maßnahmenpaket
417 aus Bildung, Prävention und juristischer Konsequenz in die Schranken. Dabei sind
418 alle Instrumente kontinuierlich auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und
419 Wirksamkeit zu überprüfen. Auch gegen nichtislamistische extremistische
420 Organisationen mit Verbindungen ins Ausland müssen wir konsequent vorgehen.
421 Hierzu sind insbesondere auch die Grauen Wölfe („Ülkücü-Bewegung“) zu zählen.

422

423 In Baden-Württemberg haben wir die Sicherheitsbehörden für die Terrorismusabwehr
424 mehrfach gestärkt. Sie brauchen wirksame Instrumente. Den intensiven
425 behördenübergreifenden Informationsaustausch auf Landes- und Bundesebene,
426 insbesondere im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin (GTAZ), gilt es zu
427 verstetigen und personell zu stärken. Zudem drängen wir auf eine Reform des
428 GTAZ, um seine Arbeit und Zuständigkeiten klarer zu regeln. Die bestehenden
429 Präventionsangebote, inklusive Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogrammen,
430 müssen weiter ausgebaut, besser ausgestattet und verstetigt werden.

431 Für eine starke, leistungsfähige und humane Justiz

432 Eine leistungsfähige und humane Justiz ist das Fundament unseres Rechtsstaates.
433 Kriminelles Fehlverhalten muss zeitnah sanktioniert werden. Neben der Polizei
434 wollen wir den Weg der Stärkung auch bei der Justiz weitergehen. Wir haben daher
435 in der vergangenen Legislaturperiode über 1000 neue Stellen in der Justiz
436 geschaffen – und wir werden hier weitermachen! Dazu gehört auch, die Justiz für
437 Berufseinsteiger*innen attraktiver zu machen.

438 Denn nur dann können Gerichtsverfahren – von Zivilrechtsstreitigkeiten über
439 Strafprozesse bis hin zu Asylverfahren – schnellstmöglich durchgeführt werden.
440 Und nur dann kann die Justiz auch bei besonderen Lagen wie Großverfahren
441 kurzfristig reagieren. Schneller, effektiver Rechtsschutz und Strafen, die der
442 Tat auf dem Fuße folgen, sind für den Rechtsfrieden unerlässlich. Ein baden-
443 württembergisches Erfolgsmodell sind die Häuser des Jugendrechts, in denen
444 Sozialarbeit und Jugendhilfe mit Polizei und Staatsanwaltschaft
445 zusammenarbeiten. Hier helfen wir jungen Menschen, anstatt sie auszugrenzen.
446 Andere Bundesländer haben das Konzept bereits übernommen. Wir wollen den
447 flächendeckenden Ausbau in Baden-Württemberg weiter voranbringen. Die
448 Wahrnehmung ihrer Rechte muss für alle Bürger*innen unabhängig vom Geldbeutel
449 möglich sein. Angebote, die Zugang zum Recht für jede*n garantieren, wollen wir
450 weiter ausbauen und vereinfachen. Dazu gehören etwa Bürgertelefone,
451 Rechtsantragsstellen, die kostenfreie Beratungshilfe und die Prozesskostenhilfe.

452 Die Digitalisierung verändert unsere Justiz grundlegend. Baden-Württemberg ist
453 hier in Deutschland Vorreiter. Dies eröffnet Chancen auf mehr Bürgernähe durch
454 direkte, digitale Zugangsmöglichkeiten und auf eine effektivere Organisation der
455 Gerichte. Wir wollen diese Chancen nutzen – nicht zuletzt, damit der
456 gerichtliche Rechtsschutz auch in Zeiten einer Pandemie sichergestellt bleibt.
457 Gesetzlich sind beispielsweise auch Videoverhandlungen möglich. Sie dürfen nicht
458 daran scheitern, dass es den Gerichten an der technischen Ausstattung fehlt.
459 Zudem wollen wir möglichst vielen Beschäftigten ein mobiles Arbeiten ermöglichen,
460 das umwelt- und familienfreundlich ist.

461 Die Justiz soll möglichst viele Erfahrungswelten widerspiegeln. Nur so sind
462 sachgerechte Entscheidungen möglich. Und nur so ist sichergestellt, dass sich
463 alle Menschen unserer vielfältigen Gesellschaft von der Justiz repräsentiert
464 fühlen. Das erhöht die Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen bei den
465 Bürger*innen. Deshalb wollen wir mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der
466 Justiz. Obwohl Frauen mittlerweile über die Hälfte der neu eingestellten
467 Richter*innen und Staatsanwält*innen stellen, sind sie in Führungspositionen
468 noch immer stark unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern! Dafür wollen wir
469 beispielsweise Funktionsämter auch in Teilzeit ermöglichen. Die Einstellung
470 neuer Richter*innen sollte transparent, die jeweilige Gerichtsbarkeit und der
471 Präsidialrat sollten miteinbezogen sein. Wir wollen die Entscheidungen, wer
472 warum eingestellt und befördert wird, nachvollziehbarer machen. Gleiches gilt
473 auch für die dienstrechtlichen Beurteilungen. Wir wollen evaluieren, an welchen
474 Stellen die Prüfungsordnungen der Juristischen Staatsprüfungen und das
475 Referendariat modernisiert werden müssen. Unter anderem wollen wir ein
476 Referendariat in Teilzeit ermöglichen und Prüfungskommissionen mit mehr Frauen
477 besetzen.

478 Die Justiz und der Rechtsstaat müssen für die Bürger*innen nahbar und
479 nachvollziehbar sein. Möglichkeiten dazu bieten das Güterichtermodell und die
480 Mediation. Sie helfen den Parteien, ihren Konflikt eigenverantwortlich zu lösen.

481 Wir wollen das Güterichtermodell flächendeckend durch dafür ausgebildetes
482 Personal anbieten. Außerdem wollen wir eine Mediationskostenhilfe einführen.

483 Die Öffentlichkeitsarbeit der Justiz muss ausgebaut werden. Sie ist ein
484 wichtiges Element, um Gerichtsverfahren und Entscheidungen auch über die
485 herkömmlichen Medien hinaus nachvollziehbar und verständlich zu kommunizieren.
486 Wir befürworten eine stärkere Selbstverwaltung der Justiz. Die
487 Gerichtsorganisation muss stärker als bisher bei den Gerichten selbst liegen und
488 demokratisch strukturiert sein. Wir wollen das ministerielle Einzelweisungsrecht
489 von Justiz- und Innenministerium einschränken, um unabhängige Ermittlungen zu
490 garantieren.

491 Für nachhaltigen Opferschutz und einen humanen Strafvollzug

492 Auf unsere Initiative hin wurde im Landtag die AG „Moderner Strafvollzug“
493 eingerichtet. Die wichtigsten Handlungsempfehlungen der Expert*innen werden wir
494 umsetzen. Das betrifft beispielsweise die Förderung der Resozialisierung der
495 Inhaftierten, dringend notwendige bauliche Maßnahmen und die Arbeitsbedingungen
496 der Beschäftigten im Vollzug. Darüber hinaus wollen wir bestehende Regeln des
497 Justizvollzugs auf Wiedergutmachung bzw. Opferorientierung ausrichten.

498 Ein Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er den Menschen in seiner Obhut
499 humane Haftbedingungen gewährt und menschenrechtliche Vorgaben berücksichtigt.
500 Hier wollen wir ansetzen, beispielsweise mit einem Bauprogramm zur
501 Modernisierung von Justizvollzugsanstalten, mit Spezialabteilungen für ältere
502 Gefangene und Online-Zugängen. Zudem müssen die Aus- und
503 Weiterbildungsmöglichkeiten – insbesondere im Jugendstrafvollzug – ausgebaut
504 werden. Die Gefangenenseelsorge wollen wir für alle Glaubensrichtungen, bei
505 denen Ausbaubedarf besteht, ausweiten. Menschen in staatlichem Gewahrsam
506 brauchen eine Person, der sie sich anvertrauen können und die ihnen eine Stimme
507 gibt. Deswegen wollen wir die Stelle einer*s Justizvollzugsbeauftragten am
508 Landtag einrichten, die*der im Jahresturnus an den Landtag und an die
509 Landesregierung berichtet. Der Zuständigkeitsbereich wird sich am Vorbild der
510 Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter orientieren. Er soll alle Formen
511 freiheitsentziehender Maßnahmen in Einrichtungen des Landes umfassen. Dazu
512 gehören auch die Abschiebehaft, der polizeiliche Gewahrsam und die
513 psychiatrische Unterbringung.

514 Eine humane Justiz gibt dem Opferschutz höchste Priorität. Wir haben aus diesem
515 Grund die Opferentschädigungen verdoppelt und die Stelle einer*s
516 Opferschutzbeauftragten geschaffen. An diese Stelle können sich Betroffene von
517 Gewalttaten wenden, um passende Unterstützungsangebote zu finden. Wir wollen die
518 Stelle stärken und Strukturen des Opferschutzes weiterentwickeln. Dazu gehört
519 insbesondere der Ausbau der verfahrensunabhängigen, pseudonymisierten
520 Spurensicherung und der Traumaambulanzen. Wir wollen unter Leitung der*des
521 Landesopferschutzbeauftragten zentrale Lotsen an jedem Landgericht installieren
522 und den Täter-Opfer-Ausgleich stärken.

523 In bestimmten Verfahren – beispielsweise zu Kinderschuttsachen – sollen
524 nachgewiesene Fortbildungen bzw. Vorkenntnisse Voraussetzung der
525 Stellenübertragung sein. Auch die Verfahren selbst wollen wir mit Blick auf den
526 Opferschutz überprüfen und verbessern. Eine Reviktimisierung der Betroffenen
527 muss verhindert werden. Wir wollen es zum Beispiel den Opfern sexualisierter

528 Gewalt ersparen, in der Strafverhandlung auf ihre*n Peiniger*in zu treffen. Dazu
529 werden wir der Videobefragung noch mehr Geltung verschaffen.

530 Darum Grün!

531 Wer Grün wählt, stimmt für

- 532 • mehr Mitbestimmung und Transparenz sowie einen bürgernahen Staat mit
533 aktiven, aufgeklärten Bürger*innen, die sich einmischen
- 534 • Vielfalt und eine offene Gesellschaft auf allen Ebenen
- 535 • Sicherheit und Freiheit, die Hand in Hand gehen – weil Sicherheit kein
536 Selbstzweck ist, sondern Voraussetzung für ein freiheitliches Leben

K14NEU Unsere Demokratie braucht eine lebendige Kultur- und Medienlandschaft

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

1 Kapitel 14: Kultur und Medien

2 Unsere Demokratie braucht eine lebendige Kultur- und Medienlandschaft

3 Kunst und Kultur sind Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Durch Kultur kommen
4 wir über gemeinsam Erlebtes miteinander ins Gespräch. Wir können uns austauschen
5 und Visionen entwickeln. Kultur baut Brücken, überwindet Barrieren und darf
6 gleichzeitig irritieren. Sie muss frei und für alle zugänglich sein, egal woher
7 wir kommen, wo wir wohnen oder wie viel wir verdienen. Kunst und Kultur stiften
8 Identität. Sie öffnen den Blick für Innovation und Kreativität. Kulturpolitik
9 heißt für uns, Ermöglichungs- und Begegnungsräume zu schaffen. Auch freie und
10 vielfältige Medien stärken unsere lebendige Demokratie. Die Medienvielfalt
11 erhalten und die Medienbildung stärken – dafür steht grüne Politik.

12 In den vergangenen zwei Jahren hat der Dialogprozess „Kulturpolitik für die
13 Zukunft“ stattgefunden. Er hat gezeigt: Wenn wir wollen, dass Teilhabe und
14 Innovation in der Kultur gleichermaßen gelingen, dann müssen wir die kulturelle
15 Bildung stärken. Daher haben wir das Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung und
16 Vermittlung gegründet. Gleichzeitig haben wir die Mittel für kulturelle Bildung
17 erhöht und interkulturelle Angebote für alle Altersgruppen gestärkt. Das
18 Querschnittsthema kulturelle Bildung entfaltet eine Wirkung in alle
19 künstlerischen Sparten und alle Publikumsgruppen hinein und strahlt weit über
20 den Kulturbereich hinaus.

21 Als grün-geführte Landesregierung haben wir den Kulturstandort Baden-Württemberg
22 in den vergangenen Jahren ausgebaut und dabei auch den Nachwuchs im Blick
23 gehabt: Kinder und Jugendliche haben freien Eintritt in die Dauerausstellungen
24 der Landesmuseen. Wir haben große Programme aufgelegt, um die Kultur im
25 ländlichen Raum zu fördern. Wir haben Initiativen für innovative
26 Zwischennutzungsprojekte auf den Weg gebracht. Und nicht zuletzt haben wir
27 unsere erfolgreichen Kunst- und Musikhochschulen wie auch die Film-, Pop- und
28 Theaterakademie deutlich gestärkt.

29 Der Kulturbereich erlebt derzeit eine umfassende Transformation. Beweglichkeit
30 und Offenheit sind gefragt. Das haben wir etwa bei unseren Landesmuseen unter
31 Beweis gestellt. Das Ergebnis von Konzeptionsphasen, Neuausrichtung und
32 zielgerichteter Mittelaufstockung sind neue Kombinationen aus digitalen und
33 analogen Erfahrungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für das Publikum, aber auch
34 neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Teams.

35 Von dieser Transformation ist ebenso der Medienbereich betroffen. Wir leben in
36 einer Gesellschaft, die von Medien geprägt ist. Medienpolitik nimmt eine
37 zunehmend bedeutendere Rolle ein. Sie ist ein wichtiger Ausgangspunkt für eine
38 moderne Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Wir brauchen daher eine
39 vielfältige Medienlandschaft mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk
40 in einem gut funktionierenden dualen System. Wir brauchen eine Vielzahl von
41 privaten Anbietern und Presseverlagen. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut
42 unseres Grundgesetzes. Dazu gehört eine ungehinderte Berichterstattung – von der

43 Informationsbeschaffung bis zur Verbreitung eines Beitrags. Für uns ist dies
44 eine notwendige Voraussetzung für eine freiheitliche und lebendige Demokratie.
45 Informations- und Medienkompetenz sind dafür Grundpfeiler. Wir wollen alle
46 Menschen in Baden-Württemberg dazu befähigen, sich in der medialen Welt sicher
47 und eigenständig zu bewegen und Fake News und Verschwörungsmythen zu
48 durchschauen.

49 Kultur im Dialog gestalten

50 In Kunst und Kultur zeigt sich die Vielfalt unserer Gesellschaft und unseres
51 Landes. Wir haben in Baden-Württemberg ein reichhaltiges und hochwertiges Kunst-
52 und Kulturangebot: international renommierte Häuser, Ensembles, Clubs, Festivals
53 und freischaffende Künstler*innen, aber auch neue Entwicklungen, eine
54 wirtschaftsstarke Kreativwirtschaft, eine lebendige Soziokultur, eine
55 abwechslungsreiche Breitenkultur, eine feste regionale Verankerung und ein
56 herausragendes bürgerschaftliches Engagement. Die Corona-Krise mit ihren
57 Einschränkungen bei Auftritten und Veranstaltungen hat gezeigt, was wir ohne
58 Kunst und Kultur vermissen. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass Baden-
59 Württemberg weiterhin ein starkes Kulturland bleibt!

60 Über die vergangenen zwei Jahre hinweg hat der Dialogprozess „Kulturpolitik für
61 die Zukunft“ stattgefunden. Mehr als 1250 Beteiligte aus Kunst und Kultur,
62 Verwaltung und Politik haben auf unsere Initiative hin im ganzen Land diskutiert
63 – über notwendige Veränderungen und die Anforderungen an eine
64 zukunftsorientierte Kulturförderung und Kulturarbeit. Die Ergebnisse dieses
65 Prozesses wollen wir in den nächsten Jahren umsetzen. Dazu gehört unter anderem:
66 Kulturförderung muss verlässlich sein. Exzellenz und Breite sind gleichermaßen
67 wichtig. Kurzfristige Projektförderung sollte an vielen Stellen durch
68 langfristige Fördermodelle ersetzt werden. Zugleich sind Projektförderungen
69 wichtig, um Innovation voranzutreiben und auf Sondersituationen zu reagieren.
70 Hier gilt es, eine gute Balance zu finden.

71 Club- und Nachtkultur sind ein Standortfaktor. Daher wollen wir der Clubkultur
72 Perspektiven schaffen, als Kulturräume gefördert werden zu können, sowie
73 Sperrzeiten für die Gastronomie abschaffen. Den Dialog zwischen Anwohner*innen,
74 Verwaltung, Clubs und Bars – beispielsweise durch das Konzept der
75 Nachtbürgermeister*innen in verschiedenen Städten – begrüßen wir als Instrument
76 dafür.

77 Zudem wollen wir mit der LiveKomm und der PopAkademie eine Anlaufstelle
78 schaffen, die Konzepte und Programme zur Förderung der Popkultur im Land
79 konzipieren.

80 Wir setzen uns auch in der Kulturarbeit für höhere Transparenz ein. So sollen
81 die Gehälter der Leitungsebene von kulturellen Einrichtungen des Landes und von
82 kulturellen Einrichtungen, die eine Förderung des Landes erhalten, künftig
83 ebenso veröffentlicht werden wie dies bei Unternehmensbeteiligungen des Landes
84 bereits umgesetzt wird. Wir werden ergebnisoffen untersuchen, ob statt eines
85 traditionellen Intendant*innenmodells vermehrt Teamlösungen insbesondere für die
86 Leitung großer Einrichtungen umgesetzt werden könnten.

87 Klimaschonende Maßnahmen und nachhaltige Strategien spielen auch im
88 Kulturbereich eine immer größere Rolle. Wir werden diese noch stärker
89 unterstützen! Nachhaltigkeitsprojekte wie das „Green Shooting“ im Filmbereich

90 wollen wir daher anpassen und auf andere Kulturbereiche ausweiten,
91 beispielsweise auf die Musikfestival- oder Clubszene. Künftig soll jede
92 Kultureinrichtung des Landes ein Nachhaltigkeitskonzept zu Klima- und
93 Umweltschutz sowie zu sozialen Strukturen erarbeiten. Wir werden diese
94 Möglichkeit auch für die weiteren Kultureinrichtungen im Land öffnen.
95 Koordinieren werden wir diese und weitere Vorhaben in einer Landesstrategie.

96
97 Wir setzen Innovationsimpulse über den Kulturbereich hinaus. Kultur ist in allen
98 Teilen des Landes stark: in den städtischen Metropolen wie in den ländlichen
99 Räumen. Daran arbeiten wir konsequent weiter. Parallel dazu haben wir die
100 Filmkonzeption neu aufgestellt und insbesondere den Bereich Animation und
101 Visuelle Effekte gestärkt. Und schließlich: Der Dialogprozess muss weitergehen –
102 partizipativ und offen.

103 Medienbildung als Schlüsselkompetenz ausbauen – gegen Fake News und Hass im Netz

104 Neben der Kultur sichert auch die freie und vielfältige Medienlandschaft in
105 Baden-Württemberg gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Motor für Innovationen und
106 Kreativität.

107 Souverän mit Medien und digitalen Angeboten umgehen zu können – das ist in den
108 vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Es ist eine Schlüsselkompetenz in
109 einer zunehmend digitalen Welt. Darum haben wir die Medienbildung in den
110 Lehrplänen verankert, die Initiative Kindermedienland weiter ausgebaut, eine
111 Strategie für eine umfassende Medienbildung und Medienpädagogik verfasst und die
112 freien Radios stärker unterstützt. Wir haben Runde Tische zur Medienzukunft und
113 einen medienpolitischen Kongress durchgeführt. Wir haben eine breite Kampagne
114 gegen Hass und Hetze im Internet aufgesetzt. Bei der Landesanstalt für
115 Kommunikation haben wir einen weiteren finanziellen Spielraum geschaffen, um
116 unter anderem private regionale Fernsehanbieter zu unterstützen.

117 Die Bedeutung der Medien für unsere Demokratie und Gesellschaft lässt sich nicht
118 hoch genug bewerten. Doch der digitale Wandel fordert insbesondere die
119 Medienvielfalt und -freiheit enorm heraus. Die „Kostenloskultur“ des Internets
120 setzt Medienhäuser zunehmend unter Druck, sich zu verändern. Auch
121 Internetgiganten wie Facebook und Google haben enormen Einfluss darauf, wie wir
122 Medien konsumieren. Das erfordert Regulierung und Transparenz. Eine Antwort
123 könnte sogar eine alternative, datenschutzkonforme europäische Plattform sein.
124 Wir werden nicht lockerlassen, Fake News und Hass im Netz zu bekämpfen! Darüber
125 hinaus werden wir geeignete Diskussions- und Kommunikationsformate zur
126 Entwicklung und Zukunft der Medienlandschaft in Baden-Württemberg etablieren.
127 Diese sollen sich sowohl an die Medienbranche als auch an die Gesellschaft
128 richten.

129 Für eine transparente und verlässliche Kulturförderung

130 Wir Grüne wollen überall im Land Räume für Kultur schaffen, in denen sie sich
131 frei und unabhängig entfalten kann. Eine transparente und verlässliche Förderung
132 ist uns daher ein wesentliches Anliegen. Dabei setzen wir auf stetigen Dialog
133 mit den Kulturschaffenden.

134 Kunst- und Kulturschaffende übernehmen Verantwortung für ihr Umfeld und sind
135 vielfältig engagiert. Dafür brauchen sie eine Basis, auf die sie bauen können.
136 Wir unterstützen die Kultur dabei, sich nachhaltig aufzustellen: ökonomisch,

137 indem wir für eine verlässliche Finanzierung sorgen, die sich an die
138 tarifvertragliche Entwicklung anpasst. Ökologisch, weil auch der Kulturbetrieb
139 klimaneutral gestaltet werden kann. Und sozial, indem wir Barrieren abbauen und
140 Teilhabe ermöglichen.

141 Anpassung an Veränderungen ist ein dauerhafter Prozess. Wir unterstützen die
142 Kultureinrichtungen daher auch bei Themen der Organisationsentwicklung.

143 Kultur als Beruf braucht Sicherheit. Die Folgen der Corona-Krise haben die
144 Brisanz einer der zentralen Leitfragen grüner Kulturpolitik deutlich gemacht:
145 Wie können wir Kunst und Kultur resilient, also krisenfest machen? Das heißt
146 auch: Wie kann die Arbeitssituation für Künstler*innen verbessert werden? Kultur
147 und Kreativwirtschaft stellen wichtige Wirtschaftsbranchen dar, in denen
148 zahlreiche Menschen in Baden-Württemberg tätig sind. Jedoch arbeiten und leben
149 zu viele Künstler*innen und Kulturschaffende in prekären Verhältnissen. Daher
150 setzen wir uns konkret dafür ein, dass eine tarifvertragliche Bezahlung zum
151 Standard wird. Für uns ist der Mindestlohn die Lohnuntergrenze im Kulturbereich.
152 Freiberufliche Leistungen sollen angemessen vergütet werden. Wir versetzen
153 Kultureinrichtungen in die Lage, faire Honorarverträge abschließen zu können.
154 Wir wollen die Situation der Lehrbeauftragten und Kunstvermittler*innen weiter
155 verbessern. Auch Prinzipien der „Guten Arbeit“ wie Gleichstellung und Vielfalt
156 sowie soziale Nachhaltigkeit gehören für uns zur Kultur als fairer
157 Arbeitgeberin. Das gilt auch für die Besetzung von Gremien und Jurys. Unsere
158 landeseigenen Kultureinrichtungen haben hier Vorbildfunktion und sollen bei
159 diesen Themen weiter vorangehen. Wir werden zudem ein Länderbündnis schmieden
160 und die Rolle der Künstlersozialkasse an die realen Bedürfnisse anpassen.

161 Kulturelle Bildung an Schulen stärken, Zugang zu Kultur für alle erleichtern

162 Wir führen fort, was wir in den vergangenen Jahren begonnen haben: Angebote von
163 Kultureinrichtungen, aber auch von freien Künstler*innen sollen an allen Schulen
164 und anderen staatlichen Einrichtungen selbstverständlich sein. Wir werden
165 kulturelle Bildung als selbstverständlichen, integralen Teil des Schulprogramms
166 stärken. Dies wird einer unserer Schwerpunkte der kommenden Legislatur.
167 Kulturelle Angebote sind aber auch außerhalb der Schule für Menschen aller
168 Altersgruppen wichtig.

169 Kunst ist von zentraler Bedeutung – für unsere Gesellschaft, für unser
170 Zusammenleben und für uns persönlich. Auch das hat uns die Corona-Krise vor
171 Augen geführt: Plötzlich musste die große Vielfalt unserer Kulturangebote
172 eingeschränkt werden. Diese schmerzliche Erfahrung hat unsere Auffassung
173 bestärkt, wie wichtig es ist, den Zugang zu Kultur zu erleichtern und mehr
174 Menschen zu beteiligen. Wir wollen die Öffnung der Kultureinrichtungen in die
175 Gesellschaft hinein unterstützen – als öffentliche Orte der Begegnung und des
176 Dialogs. Das bedeutet auch, dass wir den Zugang ganz unmittelbar und physisch
177 verbessern – für alle Gruppen unserer Gesellschaft. Wir unterstützen den freien
178 Eintritt für Kinder und Jugendliche in unsere staatlichen Museen auch weiterhin.
179 Wir werden inklusive Angebote im gesamten Kulturbereich stärken. Als
180 Begegnungsort braucht Kunst vor allem Räume – wir werden daher das Sanierungs-
181 und Bauprogramm für die Kultur fortsetzen. Und wir wollen Kulturangebote
182 außerhalb von Ballungsgebieten besser an den öffentlichen Verkehr anbinden.
183 Zudem möchten wir ÖPNV-Tickets als KombiTickets für Eintrittskarten zu
184 Kulturveranstaltungen auf breiter Fläche einführen.

185 Wir wollen die Vielfalt an künstlerischen und kulturellen Angeboten stärken. Mit
186 dem Innovationsfonds haben wir ein Förderinstrument geschaffen, das wir
187 fortführen werden. In Zukunft wollen wir den Fonds noch stärker darauf
188 ausrichten, dass sich Diversität und Multiperspektivität in den Programmen
189 spiegelt und die Partizipation des Publikums gestärkt wird. Wir unterstützen die
190 Häuser darin, auch ihre Teams interkultureller zu bilden.

191 Wir unterstützen die Kultur im digitalen Zeitalter. Die Digitalisierung
192 ermöglicht neue Zugänge für alle Gruppen unserer Gesellschaft. Während der
193 Corona-Krise sind viele digitale Kunstprojekte entstanden. Sie haben gezeigt,
194 was möglich ist und wie viele Menschen darüber erreicht werden können. Die Krise
195 hat aber auch deutlich gemacht, wie unverzichtbar das Live-Erlebnis ist – für
196 die Künstler*innen und für das Publikum.

197 Neue und innovative Technologien werden im gesamten Kunstbereich und speziell im
198 Film immer wichtiger. Die digitale Transformation betrifft alle Sparten der
199 Kunst und verlangt umfassende Konzepte, Beratung und Ausstattung. Hier sind wir
200 in den vergangenen Jahren mit Programmen wie „Digitale Wege ins Museum“ und der
201 Entwicklung der neuen Filmkonzeption vorangegangen. Diesen Bereich wollen wir
202 weiter ausbauen und stärken.

203 Kolonialkunst: Wir übernehmen Verantwortung

204 Mit dem Thema Restitution und Provenienzforschung schlagen wir
205 verantwortungsvoll ein Kapitel vergangener Kulturpolitik auf. Unser Ziel:
206 Kulturgüter des Landes, die während der Zeit des Kolonialismus oder des
207 Nationalsozialismus widerrechtlich angeeignet wurden, zu identifizieren und
208 möglichst an die rechtmäßigen Eigentümer*innen zurückzugeben. Darauf aufbauend
209 treiben wir Gemeinschaftsprojekte voran, bei denen sich Hochschulen und
210 Kultureinrichtungen in Baden-Württemberg mit der kolonialen Geschichte unserer
211 Museums- und Universitätsammlungen auseinandersetzen. Das Linden-Museum in
212 Stuttgart beispielsweise arbeitet zusammen mit Studierenden der Universität
213 Tübingen und Experten aus Namibia die Geschichte seiner herausragenden
214 ethnologischen Sammlung auf. Das konsequente Ergebnis können Rückgaben von
215 Objekten wie der Bibel und Peitsche von Hendrik Witbooi an Namibia sein. Solche
216 Rückgaben stehen für einen gewissenhaften Umgang mit der Geschichte und ein
217 vertrauensvolles Miteinander in der Gegenwart.

218 Medienvielfalt als Basis freiheitlicher Demokratie fördern

219 Kultur und Medien haben eine enorme Innovationskraft. Und sie sind ein
220 eigenständiger Wirtschaftsfaktor in unserem Innovationsland. Baden-Württemberg
221 hat eine starke Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaftsszene, die auch für
222 andere Wirtschaftszweige immer wichtiger wird. Wir verbinden die kreativen
223 Potenziale unserer klugen Köpfe mit der Kraft unserer heimischen Wirtschaft. So
224 bauen wir Baden-Württemberg weiter zu einem zentralen Ort für die Zukunft von
225 Kultur, Medien und digitalen Formaten aus. Wir setzen auf eine lebendige
226 Kreativwirtschaft und den Mehrwert, den die enge Verzahnung von analogen und
227 digitalen Inhalten bringt. Die Potenziale und die Innovationskraft von Medien
228 und Kultur wollen wir mutig und noch umfassender heben. Dazu werden wir die
229 Förderung in diesem Bereich stärken. Institutionen wie die Medien- und
230 Filmgesellschaft (MFG), das Zentrum für Kunst und Medien (ZKM), die Filmakademie
231 und das Kompetenzzentrum Kulturelle Bildung werden wir noch enger miteinander
232 verknüpfen. Mit vereinten Kräften bewältigen wir die Herausforderungen von

233 morgen: Durch Vernetzung, Förderung, unterstützende Strukturen und Kooperationen
234 werden wir sowohl der gestiegenen Bedeutung der Kreativwirtschaft als auch der
235 Medienpolitik, Medienkunst und Medienbildung gerecht.

236 Wir wollen die Medienvielfalt erhalten und den Qualitätsjournalismus stärken.
237 Daher setzen wir uns für den Erhalt eines starken öffentlich-rechtlichen
238 Rundfunks in einem funktionierenden dualen System ein. Wir stellen uns allen
239 Versuchen entschieden entgegen, diese Errungenschaften zurückzudrehen. Wir
240 werden die öffentlich-rechtlichen Sender darin unterstützen, Zielgruppen zu
241 erreichen, bei denen sie sich bisher schwertun. So erfüllen sie ihren Auftrag,
242 für alle da zu sein. Dabei spielen insbesondere digitale Angebote, die sich an
243 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten, eine zentrale Rolle. Unser
244 Ziel ist es, zusammen mit Rheinland-Pfalz den SWR-Staatsvertrag weiter zu
245 erneuern und dabei insbesondere die Strukturen, Arbeitsbedingungen und
246 Zukunftsfähigkeit im SWR in den Fokus zu nehmen.

247 Wir werden Qualitätsjournalismus fördern, den Aus- und Fortbildungsbereich
248 stärken und Kinder an das Qualitätsprodukt Zeitung aktiv heranführen. Auch die
249 privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter sind elementarer Teil unserer
250 vielfältigen Medienlandschaft ebenso wie die freien Radios, die wir weiterhin
251 unterstützen werden. Den Medienstandort Baden-Württemberg werden wir durch ein
252 Programm zur kommunalen Kofinanzierung von Gründungs- und Acceleratorzentren
253 weiter stärken.

254 Wir werden uns für ein zeitgemäßes Medienkonzentrationsrecht einsetzen.
255 Medienplattformen und Medienintermediäre wie Suchmaschinen oder Videoplattformen
256 müssen entsprechend reguliert werden. Überlegungen, eine europäische
257 Medienplattform zu etablieren, unterstützen wir. Wir stärken die Landesanstalt
258 für Kommunikation. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die
259 Landesmedienanstalten insbesondere bei der Aufsicht über Intermediäre und
260 Plattformen sowie bei den Entwicklungen und der Aufsicht im (digitalen)
261 Medienbereich, etwa beim Jugendmedienschutz, eine starke Rolle einnehmen. Dafür
262 benötigt das Landesmediengesetz endlich ein umfassendes, digitales Update!

263 Auch die Aufgaben und die Bedeutung öffentlicher Bibliotheken haben sich in den
264 vergangenen Jahrzehnten stark verändert und weiterentwickelt. Sie sind
265 Wegbereiterinnen der Bildungsgerechtigkeit und Vorreiterinnen der
266 Digitalisierung, der Vermittlung von Wissen und Medienkompetenz. Sie sind Lern-
267 und Arbeitsorte und Orte der Begegnung. Sie bieten Möglichkeiten der Teilhabe
268 auch für soziale Gruppen, die sonst unterrepräsentiert sind. Damit sind die
269 öffentlichen Bibliotheken Teil essenzieller kultureller Daseinsvorsorge für jede
270 Kommune. Öffentliche Bibliotheken sind für uns wichtige Wissensspeicher. Wir
271 planen daher ein gemeinsames Strategiepapier mit den Kommunen und den
272 bibliothekarischen Verbänden zur Weiterentwicklung der öffentlichen
273 Bibliothekslandschaft in Baden-Württemberg.

274 Medienbildung ist eine Schlüsselqualifikation in einer zunehmend digitalisierten
275 Welt. Damit ist weit mehr gemeint, als Handy, Tablet und Co. technisch bedienen
276 zu können. Wir werden die erfolgreiche Initiative Kindermedienland verstetigen
277 und weiter ausbauen. Der Ausbau einer umfassenden Informations- und
278 Medienkompetenz wird eines unserer großen und bedeutenden Projekte der nächsten
279 Legislaturperiode.

280 Darum Grün!

281 Wer Grün wählt, stimmt für

- 282 • die umfassende Unterstützung der Kultur- und Medienlandschaft bei der
283 digitalen Transformation
- 284 • eine transparente und verlässliche Förderung
- 285 • den weiteren Ausbau von kultureller Bildung und Medienbildung als
286 Voraussetzung für Teilhabe

K15NEU Echter Zusammenhalt entsteht in lebenswerten Kommunen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

1 Kapitel 15: Kommunen

2 Echter Zusammenhalt entsteht in lebenswerten Kommunen

3 Es sind unsere großen und kleinen Städte, unsere Universitätsstädte, unsere
4 Gemeinden im städtischen Umland und im ländlichen Raum, die Baden-Württemberg
5 zum lebens- und liebenswerten Zuhause für alle Menschen machen. Wir Grüne
6 unterstützen die Kommunen, denn wir wollen die Demokratie vor Ort stärken. Wir
7 stehen für Partizipation in der Lokalpolitik. Wir stehen für eine nachhaltige
8 Orts- und Stadtentwicklung. Und wir stehen für Vielfalt und Pluralität in den
9 kommunalen Räten.

10 Damit die Kommunen ihre Aufgaben gut erfüllen können, haben wir sie als grün-
11 geführte Landesregierung finanziell so gut ausgestattet wie kein anderes
12 Bundesland: Die jährlichen Einnahmen unserer Städte und Gemeinden sind seit 2011
13 um fast die Hälfte gestiegen. Wir haben damit die kommunale Selbstverwaltung
14 gestärkt und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung der Kommunen gefördert.
15 Zum Beispiel konnte die Betreuungsquote in den Kitas angehoben werden, weil wir
16 die Landesbeteiligung deutlich erhöht haben. Unser Pakt mit den Kommunen zum
17 Klimaschutz hilft, landesweit die Klimaziele zu erreichen. Der darin neu
18 gesetzte Schwerpunkt auf „Sanierung vor Neubau“ schont die Umwelt. Die
19 Landesförderung erleichtert es den Städten und Gemeinden, Geflüchteten zu
20 integrieren. Behindertenbeauftragte stärken die Teilhabemöglichkeiten für
21 Menschen mit Behinderungen.

22 Wir unterstützen die Kommunen – auch und besonders in der Corona-Krise

23 Die Corona-Krise fordert alle öffentlichen Haushalte heraus. Besonders stark
24 betroffen sind die Kommunen. Wir Grüne stehen fest an der Seite der Städte,
25 Gemeinden und Landkreise. Gerade auch in der Krise unterstützen wir sie darin,
26 ihre Aufgaben zu erfüllen und die Weichen für eine klimagerechte und
27 solidarische Zukunft zu stellen.

28 Der Wohnort ist für die meisten Menschen der Lebensmittelpunkt. Ob es um
29 gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Klimaschutz oder eine klima- und
30 menschengerechte Mobilität geht: Der Ursprung des Bewahrens wie auch des Wandels
31 liegt in den Kommunen. Damit die Kommunen die große Aufgabe der Daseinsvorsorge
32 nachhaltig erfüllen können, stärken wir ihnen verlässlich den Rücken. Sie stehen
33 vor der Herausforderung, die Bedarfe ihrer Bürger*innen zu erfüllen und
34 gleichzeitig sorgsam mit den Ressourcen umzugehen.

35 Mit einer vorausschauenden Wirtschafts- und Strukturpolitik stärken wir den
36 ländlichen Raum und schützen zugleich unsere Lebensgrundlagen. Wir machen den
37 ländlichen Raum zu einem attraktiven Lebensort für alle – durch eine wohnortnahe
38 Grundversorgung und Gesundheitsinfrastruktur, eine leistungsfähige digitale
39 Infrastruktur, ein gutes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, ein lebendiges
40 kulturelles Leben sowie ein flächendeckendes und vielfältiges Bildungsangebot.
41 Die bedarfsgerechte medizinische Versorgung und die gute Ausstattung der
42 Krankenhäuser wird auch mit Landesmitteln gewährleistet.

43 Wir fördern eine nachhaltige Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge

44 Als grün-geführte Landesregierung haben wir die Novelle des Klimaschutzgesetzes
45 beschlossen. Sie verpflichtet auch die Kommunen zu mehr Klimaschutz: Alle neuen
46 Gebäude, für die keine Wohnnutzung vorgesehen ist, sowie größere überdachte
47 Parkplätze müssen künftig über Photovoltaik-Anlagen verfügen. Städte und
48 Gemeinden müssen zudem eine kommunale Wärmeplanung vorlegen, um eine
49 klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen.

50 Bessere Luft und weniger Lärm in den Städten – wir sorgen dafür! Das Land hilft
51 den Kommunen dabei, Ökologie und Lebensqualität vor Ort zu verbinden – durch
52 passgenaue finanzielle Förderprogramme und den angemessenen rechtlichen Rahmen.
53 Wir orientieren die Fördermittel des Landes nicht nur an den örtlichen Bedarfen,
54 sondern auch konsequent an Kriterien der Nachhaltigkeit.

55 Umweltfreundliche Mobilität hängt maßgeblich davon ab, dass der öffentliche
56 Nahverkehr gut ausgebaut und die Wege für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen
57 sicher, barrierefrei und komfortabel sind. Dann lassen immer mehr Menschen das
58 Auto stehen und steigen auf klimafreundliche Verkehrsmittel um.

59 Doch das allein reicht nicht aus. Deshalb wollen wir die Kommunen darin
60 bestärken, eine wirksame Parkraumbewirtschaftung und -verknappung anzugehen, um
61 den öffentlichen Raum freizumachen und Menschen zusammenzubringen.

62 Wir richten die Verkehrsförderprogramme für die Kommunen deshalb so aus, dass
63 nicht nur Straßen mitfinanziert werden. Vielmehr sollen die Städte und Gemeinden
64 vor allem denjenigen ein gutes und sicheres Angebot machen können, die
65 umweltfreundlich unterwegs sind. Die Kommunen werden wir bei der Verkehrswende
66 an vielen Stellen stärken und unterstützen: durch eine verbesserte Infrastruktur
67 und die Vernetzung des Rad- und Fußverkehrs, durch verbesserte Carsharing-
68 Angebote und durch den Ausbau des ÖPNV mit optimierter Taktung und attraktiver
69 Preisgestaltung. Modellversuche, die gemeinsam mit Vorreiterkommunen auf den Weg
70 gebracht werden, sind dafür ein wirkungsvolles Mittel.

71 Unser Ziel: Mit nur einem Ticket und einem Bezahlvorgang sollen die Menschen im
72 Land alle Verkehrsmittel nutzen können – von Bahn, ÖPNV und Carsharing bis hin
73 zum Leihrad.

74 Wir fördern neben dem Neubau auch die energetische Sanierung von kommunalen
75 Gebäuden. Die Solar-Offensive für die Dächer der Gemeinden treibt den Ausbau
76 Erneuerbarer Energien voran. Wir unterstützen die Kommunen finanziell dabei, die
77 ökologische und regionale Abfallverwertung auszuweiten.

78 Wir unterstützen die Gründung und ökologische Ausrichtung von Stadtwerken. So
79 stärken wir eine nachhaltige kommunale Daseinsvorsorge.

80 Der sorgsame Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ist ein wichtiges Ziel
81 für kommunale Entwicklung. Die Biodiversität auf landwirtschaftlichen Feldern
82 und Grünflächen sowie in Naherholungsgebieten wollen wir schützen. Wir
83 reduzieren den Flächenverbrauch, indem bei der Sanierung von Wohnquartieren und
84 Gewerbeflächen neben energetischen auch flächenoptimierende Kriterien
85 berücksichtigt werden.

86 Dem Leitsatz „Innenverdichtung vor Außenentwicklung“ wollen wir weiter folgen,
87 denn er wirkt der Zersiedlung der Landschaft entgegen. Die Innenverdichtung muss

88 jedoch so erfolgen, dass innerstädtische Freiflächen erhalten bleiben, denn sie
89 sind für Gesundheit, Wohlbefinden und ökologische Vielfalt unabdingbar.
90 Stadtentwicklung muss berücksichtigen, dass jede*r Zugang zu Grün- und
91 Freiflächen hat, unabhängig vom Einkommen. Außerdem wollen wir zukünftigen
92 Generationen die Möglichkeit erhalten, Flächen nach ihren Bedarfen zu nutzen.
93 Zukunftsgerichtete Stadtentwicklung ist eine Herausforderung, denn sie berührt
94 unterschiedliche Interessen wie Architektur, Stadtplanung, Soziales,
95 Klimatologie und Ökologie. Wir wollen ein Stadtumweltzentrum schaffen, das die
96 Kommunen beim Abwägungsprozess dieser verschiedenen Interessen durch Fachwissen
97 und begleitende Mediation unterstützt.

98 In den Empfehlungen des Landes ist fest verankert, dass sich Kommunen bei der
99 Beschaffung auch an nachhaltigen Kriterien orientieren sollen. Wenn die
100 kommunalen Ämter und Schulen fair gehandelte Produkte benutzen, wird Baden-
101 Württemberg zum Fairtrade-Spitzenreiter!

102 Wir unterstützen unsere Feuerwehren im Land nachhaltig. Wir haben die
103 Landesfeuerweherschule in Bruchsal erweitert, um mehr Engagierte der Feuerwehr im
104 Land aus- und weiterbilden zu können. Auf unsere Feuerwehrleute warten neue
105 Herausforderungen: Im Zuge der Klimaerhitzung steigt die Waldbrand- und
106 Hochwassergefahr. Dafür muss die Feuerwehr im Hinblick auf Ausrüstung und
107 Ausbildung gewappnet sein. Weil uns eine gut ausgestattete Feuerwehr ein
108 wichtiges Anliegen ist, geben wir als Land die Einnahmen aus der
109 Feuerschutzsteuer jedes Jahr an die Kreise und Kommunen weiter. Wir wollen, dass
110 alternative Antriebsformen auch im Fuhrpark der Feuerwehren genutzt werden. Wir
111 wollen deshalb verstärkt die Beschaffung von E-Autos als Führungs- und
112 Versorgungsfahrzeuge fördern.

113 Wir stärken Demokratie, Partizipation und Bürgerfreundlichkeit vor Ort

114 Demokratie lebt vor Ort. Deshalb haben wir die Erleichterungen bei der direkten
115 Demokratie hartnäckig verteidigt. Dazu gehören die niedrigeren Hürden bei
116 Bürger*innenbegehren und -entscheiden genauso wie das Recht der Bürger*innen,
117 über die Aufstellung von Bebauungsplänen zu entscheiden. Kreis-, Stadt- und
118 Ortsseniorenräte unterstützen die Beteiligungsmöglichkeiten der älteren
119 Mitbürger*innen, und auch Kinder und Jugendliche gestalten die Kommunen mit –
120 schließlich sind sie unsere Zukunft! Deshalb haben wir die Beteiligungsrechte
121 von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung verankert. Wir haben das
122 aktive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Jetzt können junge
123 Menschen mitbestimmen, wer sie in den kommunalen Räten vertritt. Nicht zu
124 unterschätzen ist, wie wichtig all diejenigen für die Kommunalpolitik sind, die
125 im Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsrat ehrenamtlich die Interessen der
126 Bürger*innen vor Ort vertreten. Sie wollen wir stärken! Dafür haben wir die
127 Rahmenbedingungen für ihr Ehrenamt verbessert, etwa durch die finanzielle
128 Entlastung bei den Betreuungskosten von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen.
129 Zudem streben wir eine Regelung für Sitzungszeiten an, die familienfreundlich
130 ist und sich mit Beruf und Ausbildung gut vereinen lässt. Daneben wollen wir
131 gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Anpassung der gesetzlichen
132 Vorgaben prüfen, um die Möglichkeit zu schaffen, kommunale Gremiensitzungen auch
133 außerhalb von Notlagen online durchführen zu können.

134 Wir stärken die direkte Demokratie in den Kommunen, indem wir die informelle
135 Bürger*innenbeteiligung in die Gemeindeordnung aufnehmen und das Alter der

136 Antragsberechtigten für Einwohner*innenanträge auf 14 Jahre absenken. Wir wollen
137 das Wahlrecht auf kommunaler Ebene auf Nicht-EU-Bürger*innen und Wohnungslose
138 ausweiten: Alle Menschen, die das wollen, sollen sich an demokratischen
139 Prozessen an ihrem Wohnort beteiligen können. Dazu wollen wir allen
140 Interessierten, auch wenn sie tagsüber berufstätig sind, kommunalpolitische
141 Debatten zugänglich machen. Wir schaffen daher Rechtssicherheit für Streamings
142 von Sitzungen der baden-württembergischen Ortschafts- und Gemeinderäte,
143 Kreistage und Regionalversammlungen. Die Gremien sollen dann selbst entscheiden
144 können, ob und welche ihrer Sitzungen aufgezeichnet oder live übertragen werden.
145 Unsere Gemeinderäte stärken wir, in dem wir die Weiterbildungsangebote für
146 kommunale Rät*innen ausbauen. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dabei auf
147 Förderprogramme für Frauen legen, um den Frauenanteil in den kommunalpolitischen
148 Gremien und an den Rathausspitzen zu erhöhen.

149 Für mehr Vielfalt und Pluralität in den kommunalen Räten

150 Wir wollen mehr Vielfalt in den kommunalen Räten erreichen und die Zahl der
151 Rät*innen mit Migrationshintergrund sowie der Frauen erhöhen. Deshalb machen wir
152 uns dafür stark, bestehende Hemmnisse abzubauen. Auf Bundesebene setzen wir uns
153 dafür ein, Kommunalpolitiker*innen besser vor Beleidigungen, Bedrohungen und
154 Angriffen zu schützen – online und offline.

155 Vielfältige Möglichkeiten, das gesellschaftlichen Leben vor Ort mitzugestalten
156 und sich einzubringen – das macht eine lebendige Gemeinde aus. Kommunen, die die
157 Mitsprache der Bürger*innen mit Projekten aktiv fördern, können auf die
158 Beteiligung des Landes zählen. Dazu zählen beispielsweise Beiräte, die die
159 gewählten Gremien beraten und neben Expert*innen auch mit Zufallsbürger*innen
160 besetzt werden können.

161 Smarte Städte und Regionen: Wir treiben die Digitalisierung voran

162 Wir werden die Bürokratisierung beim Ehrenamt weiter abbauen, um so die
163 Verwaltung und die Bürger*innen zu entlasten. Indem wir das Onlinezugangsgesetz
164 umsetzen, unterstützen wir eine bürger*innenfreundliche Verwaltung und sorgen
165 für mehr Transparenz. Dazu wollen wir zum Beispiel verstärkt digitale und
166 mehrsprachige Dienstleistungen fördern. Mit der Landesförderung für Smarte
167 Städte und Regionen treiben wir die digitale Entwicklung in den Kommunen voran,
168 um Bürger*innen den Alltag zu erleichtern.

169 Digitale Modellkommunen, die vom Land unterstützt werden, entwickeln open-
170 source-basierte Programme und Apps. Diese können landesweit von anderen Städten
171 und Gemeinden übernommen werden. Wichtige Formulare und Verwaltungsangebote wie
172 die Anmeldung zum Kindergarten oder der Bauantrag sollen barrierefrei und
173 mehrsprachig digital zur Verfügung gestellt werden.

174 Für mehr interkommunale Zusammenarbeit

175 Ein gutes Zusammenleben und die vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an
176 der Gemeindegrenze. Die Klimakrise lehrt uns: Wir müssen Grenzen überwinden, um
177 Chancen zu nutzen. Wir werden deshalb Regionen fördern, die durch verstärkte
178 interkommunale Zusammenarbeit mehr und mehr zusammenwachsen wollen.

179 Schon jetzt arbeiten Kommunen in vielen Bereichen zusammen: etwa bei
180 Schwimmbädern, Stadtwerken, allgemeinen Verwaltungsaufgaben sowie bei
181 kulturellen und sozialen Einrichtungen. Indem wir mehr interkommunale

182 Kooperation ermöglichen, entlasten wir so auch die kommunale Verwaltung. Wir
183 fördern zudem Modellregionen, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den
184 Einzelhandel und das Handwerk entwickeln. Damit entlasten wir Umwelt und
185 Infrastruktur, optimieren den Flächenverbrauch und stärken regionale
186 Wirtschaftsstrukturen.

187 Darum Grün!

188 Wer Grün wählt, stimmt für

- 189 • die Förderung einer nachhaltigen kommunalen Daseinsvorsorge inklusive
190 neuer ökologisch ausgerichteter Stadtwerke
- 191 • eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Orts- und Stadtentwicklung
- 192 • die Stärkung von Demokratie, Partizipation und Bürgerfreundlichkeit
- 193 • mehr Vielfalt und Pluralität in den kommunalen Räten
- 194 • ein gutes Leben in Stadt und Land

K16NEU Bleiben wir der Welt verbunden und in Europa zuhause

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

1 Kapitel 16: Europa und Internationales

2 Bleiben wir der Welt verbunden und in Europa zuhause

3 Baden-Württemberg liegt mitten im Herzen Europas – wir leben Europa! Für uns
4 Grüne ist darum die Europäische Einigung Staatsräson. Wir pflegen einen
5 selbstverständlichen Austausch mit unseren europäischen Nachbar*innen. Und wir
6 profitieren von der europäischen Integration: Kaum eine Region in Europa ist
7 dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit so wohlhabend wie Baden-Württemberg.
8 Wir Grüne stehen ein für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und die globalen
9 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Werte sind
10 Grundlage unserer grünen Regierungspolitik in Baden-Württemberg, in Europa und
11 in unseren internationalen Beziehungen. Ressortübergreifend haben wir die
12 entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs erarbeitet und dabei die
13 Zivilgesellschaft in dem breit angelegten Beteiligungsprozess
14 „Weltbürger:gefragt!“ einbezogen. Auf dem „Europadialog Baden-Württemberg“
15 gründet das europapolitische Leitbild der Landesregierung.

16 Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss
17 bei der Krisenbewältigung auf verlässliche Füße gestellt werden. Dafür braucht
18 es europäische Solidarität statt nationaler Alleingänge! So haben Krankenhäuser
19 des Landes Patient*innen aus dem Elsass aufgenommen, die schwer an COVID-19
20 erkrankt waren, als die Kapazitäten vor Ort nicht mehr ausgereicht hatten.

21 Für ein grenzüberschreitendes Gesundheitsmanagement

22 Die Corona-Krise lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Daher fordern wir Grüne,
23 innerhalb der EU ein gemeinsames Management für eine grenzüberschreitende
24 öffentliche Gesundheit aufzubauen. Hierzu gehört ein Bettennachweissystem, um
25 freie Behandlungskapazitäten in Europa besser nutzen zu können. Wir werden
26 entschieden für eine koordinierte Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vom
27 Bodensee bis zum Oberrhein arbeiten. Hierfür wollen wir die Kooperation mit der
28 Schweiz und Frankreich weiterentwickeln. Das trinationale Kompetenzzentrum
29 TRISAN und der neue Grenzüberschreitende Ausschuss (GRÜZ) sind dabei wichtige
30 Bausteine. Auch den Katastrophenschutz wollen wir besser mit unseren Nachbarn
31 abstimmen. Der koordinierte EU-Katastrophenschutz rescEU benötigt eigene
32 Kompetenzen und Kapazitäten. Nur so kann das Katastrophenmanagement in
33 Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten und Bundesländern bedarfsgenau gesteuert
34 werden.

35 Um unsere internationalen Abhängigkeiten in der Gesundheitsversorgung zu
36 verringern, wollen wir die Beschaffung von Medikamenten, Impfstoffen,
37 medizinischen Geräten und Schutzkleidung diversifizieren. Wir Grüne wollen die
38 Produktion in Europa und an den bestehenden Standorten in Baden-Württemberg
39 stärken. Wir werden gezielt in Forschung und Entwicklung im Medizin- und
40 Pharmaziebereich investieren.

41 Internationale Allianzen für Klima- und Umweltschutz vertiefen

42 Mit unserer nachhaltigen Industrie und innovativen Forschungslandschaft haben
43 wir die Möglichkeit, die Zukunft Europas mitzugestalten. Fester Bestandteil
44 unseres europäischen Projekts für das neue Jahrzehnt ist die klimafreundliche
45 Transformation der Wirtschaft. Mit dem European Green Deal hat sich die EU einen
46 konsequenten Klimaschutz vorgenommen. Wir wollen Baden-Württemberg zum
47 Musterland machen, das den Green Deal ambitioniert umsetzt. Wir müssen die Ziele
48 des Pariser Klimaabkommens erreichen und zugleich Arbeitsplätze in Europa
49 erhalten und neue schaffen. Unser grün-geführtes Land war entscheidend an der
50 Gründung der „Under2 Coalition“ beteiligt. In dieser Initiative arbeiten
51 innovative Regionen aus der ganzen Welt beim Klimaschutz zusammen. Baden-
52 Württemberg hat sich hier mit der Weiterentwicklung seines Klimaschutzgesetzes
53 bereits ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir unterstützen den Beschluss des
54 europäischen Parlamentes, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mehr als 60
55 Prozent bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Unser Ziel ist es, gemeinsam
56 die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Baden-Württemberg soll hierzu
57 einen fairen Beitrag leisten. Wir werden auch bestehende regionale und
58 internationale Allianzen im Umweltsektor vertiefen. Dafür werden wir die
59 Zusammenarbeit der vier Motoren Europas – Katalonien, Auvergne-Rhône-Alpes,
60 Lombardei und Baden-Württemberg – intensivieren. Wir werden eine ambitionierte
61 Klimapolitik zur Agenda der Internationalen Bodenseekonferenz und des
62 Oberrheinrats machen. Außerdem werden wir unsere grüne Klimapolitik im Rahmen
63 der „Under2 Coalition“ vorantreiben und Klimaschutz sowie Klimaanpassung zum
64 Schwerpunkt im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des
65 globalen Südens machen.

66 Da das Atomkraftwerk in Fessenheim abgeschaltet ist, wollen wir unseren Beitrag
67 zum deutsch-französischen „Zukunftsprozess Fessenheim“ leisten und ein positives
68 Beispiel für einen erfolgreichen Strukturwandel setzen. Dafür werden wir die
69 Region gemeinsam zu einem Forschungs- und Zukunftsstandort für Erneuerbare
70 Energien machen. Wir wollen die Energiewende europaweit voranbringen. Daher
71 setzen wir uns dafür ein, eine Erneuerbare-Energien-Union zu schaffen, die die
72 umfassende Nutzung grüner Energien fördert und koordiniert. Wir werden im
73 Bundesrat auf eine Revision des überalterten und einseitig auf die Nutzung der
74 Atomenergie ausgerichteten EURATOM-Vertrags hinwirken.

75
76 Drei der vier Schweizer Atomkraftwerke stehen mehr oder weniger direkt an der
77 Grenze. Alle Schweizer Kraftwerke haben ihre technische Laufzeit bereits
78 überschritten. Wir wollen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die
79 Abschaltung auch des Atomkraftwerkes Leibstadt und der Uraltmeiler Beznau I und
80 II erreichen. Wir fordern, dass das Land und die baden-württembergischen
81 Kommunen in den betroffenen Regionen an der Suche nach einem Schweizer Atommüll-
82 Endlager in der Grenzregion zu Baden-Württemberg gleichberechtigt mitwirken
83 können.

84 Neustart für fairen Handel – Globalisierung ökologisch und sozial gestalten

85 Wir Grüne stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht
86 gestaltet und in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale, ökologische und
87 menschenrechtliche Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt. Unser Ziel
88 ist eine Handelspolitik, die kommunale Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der
89 Rekommunalisierung schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen
90 Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der
91 sogenannten regulatorischen Kooperation garantiert. Sonderrechte und

92 Sonderjustiz für Investoren lehnen wir ab. Handelsabkommen dürfen es Staaten und
93 der EU nicht erschweren, eigene höhere Standards in Bezug auf Klima-, Umwelt-,
94 und Verbraucher*innenschutz festzulegen. Das sind unsere Maßstäbe für die
95 Zustimmung zu Handelsabkommen. Deshalb lehnen wir CETA in der jetzigen Form ab.
96 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren gegen CETA steht
97 noch aus. Erst danach wird die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat
98 ein Ratifizierungsgesetz vorlegen. Unsere Position dazu werden wir davon
99 abhängig machen, ob unsere formulierten Anforderungen an EU-Handelsabkommen
100 erfüllt sind. Das Mercosur-Abkommen mit Südamerika lehnen wir ab, weil es
101 unseren Ansprüchen an Umwelt- und Klimaschutz und an die Menschenrechte nicht
102 ansatzweise genügt.

103 Mobilität, Bildung und Forschung über Grenzen hinweg gestalten

104 Wir alle sind Europa. Als europäische Bürger*innen leben und gestalten wir
105 europäischen Zusammenhalt im Alltag. Deshalb setzen wir uns für das
106 Landtagswahlrecht für alle EU-Bürger*innen ein, die dauerhaft in Baden-
107 Württemberg leben. Wir unterstützen die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur
108 Förderung von Städtepartnerschaften und kulturellem und zivilgesellschaftlichem
109 Austausch. Damit Europa noch besser zusammenwachsen kann, wollen wir die
110 Verkehrslücken zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass am Oberrhein schließen
111 und bestehende Verbindungen wie die Bahnlinie Stuttgart-Zürich erweitern. Dabei
112 setzen wir auf die Förderung klimafreundlicher Mobilitätskonzepte und werden den
113 grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen und attraktiver gestalten. Die 2017 in
114 Betrieb genommene Straßenbahn zwischen Kehl und Straßburg ist ein Erfolg – wir
115 werden dem weitere solche Projekte folgen lassen!

116 Über eine mehrsprachige App möchten wir ein ÖPNV-Ticket für die gesamte Region
117 Oberrhein anbieten und die Vernetzung der unterschiedlichen Mobilitätsträger
118 verbessern. Dazu gehört auch, das kostengünstige Baden-Württemberg-Ticket auf
119 Ziele im Elsass und in der Schweiz zu erweitern. Wir Grüne engagieren uns für
120 ein starkes europäisches Bahnnetz, die Anbindung Baden-Württembergs durch
121 europäische Nachtzüge, für das Schließen von Lücken im grenzüberschreitenden
122 Bahnverkehr und die Reaktivierung von Bahnverbindungen über den Rhein.
123 Insbesondere die Bahnlinie zwischen Freiburg und Colmar ist für uns ein
124 wichtiges europa- und verkehrspolitisches Projekt. Wir setzen uns für die
125 zeitnahe Einführung einer europäischen Umweltplakette ein. Auch im Bildungs- und
126 Forschungsbereich wollen wir Europa zur gelebten Normalität machen. Französisch
127 als Sprache des Nachbarn muss wieder Grundschulfach ab der ersten Klasse sein.
128 Das Potenzial attraktiver Austauschprogramme soll nicht nur für Studierende,
129 sondern auch für Schüler*innen aller Schularten und auch für Auszubildende
130 weiter gestärkt werden. Wir wollen die Idee von Europäischen Universitäten
131 weiterentwickeln und dabei helfen, dass EUCOR zu einem gemeinsamen Campus mit
132 grenzüberschreitendem Semesterticket wird. Zu dem trinationalen Verbund EUCOR
133 gehören fünf Universitäten in der Oberrheinregion: Basel, Freiburg, Haute-
134 Alsace, Strasbourg und das Karlsruher Institut für Technologie. Auch eine
135 deutsch-französische Berufsschule wollen wir ins Leben rufen. Das Programm
136 „Erasmus +“ werden wir weiter ausbauen. Die Entwicklung von Zukunftstechnologien
137 lebt von internationalem Austausch! Etwa bei der Forschung an Künstlicher
138 Intelligenz wollen wir den grenzüberschreitenden Austausch zwischen
139 Wissenschaftler*innen sowie gemeinsame Forschungsprojekte fördern. Wir setzen
140 uns dafür ein, das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon
141 Europe“ ambitionierter auszugestalten. Die Inhalte des Programms orientieren

142 sich an wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu Gesundheit, Umwelt oder Verkehr.
143 Ziel ist es, die wissenschaftliche Exzellenz in Europa zu fördern.

144 Das grenzenlose Arbeiten in Europa braucht soziale Leitplanken, die europaweit
145 eingehalten werden. Wir werden weiterhin die aufsuchende, mobile Beratung für
146 Lkw-Fernfahrer*innen an Autobahn-Rastplätzen unterstützen. Wir kämpfen
147 transnational mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und werden
148 staatliche Kontrollen ausbauen. Mit einem mehrsprachigen Flyer werden wir über
149 EU-Arbeitsbedingungen informieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir wollen
150 eine gerechte Bezahlung ausländischer Arbeitskräfte auch in der Praxis umsetzen
151 und werden die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken.

152 Donaunraumstrategie als politisches Projekt zur Demokratieförderung
153 weiterentwickeln

154 Wir wollen den Donaunraum zur europäischen Lebensader machen. Baden-Württemberg
155 als Ursprungsland der Donau engagiert sich bereits intensiv in der
156 Donaunraumstrategie. Diese wollen wir über die wirtschaftliche Kooperation hinaus
157 als politisches Projekt weiterentwickeln. Dafür möchten wir Austauschprojekte
158 für Studierende, Azubis und Schüler*innen, für Start-ups und im Wissenschafts-
159 und Medienbereich fördern. Für uns Grüne ist wichtig, dass die
160 Donaunraumstrategie der Demokratieförderung dient. Wir brauchen ein klares
161 Bekenntnis zu Bürger*innenrechten. Wir fordern von allen Donaunraumerstaaten
162 ein Einstehen für eine humane Flüchtlingspolitik, eine liberale
163 Minderheitenpolitik etwa gegenüber den Roma und ein konsequentes Vorgehen gegen
164 Korruption. Auch die Gleichberechtigung der Geschlechter ist uns Grünen ein
165 wichtiges Anliegen. Wir werden weiterhin Frauenprojekte für Sinti und Roma in
166 Südosteuropa unterstützen. Wir sagen dem Frauenhandel gemeinsam mit anderen
167 Staaten wirksam und konsequent den Kampf an!

168 Das gemeinsame Einstehen für die Menschenrechte, eine humane Flüchtlingspolitik,
169 eine liberale Minderheitenpolitik und ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption
170 ist Fundament der Europäischen Union und Voraussetzung für eine Partnerschaft
171 mit uns. Die gegenwärtigen Regierungen von Polen und Ungarn, die Frauen das
172 Recht auf Abtreibung absprechen, LSBTTIQ-freie Zonen ausrufen oder
173 antisemitische Verschwörungsmethoden verbreiten, können wir daher nicht als
174 Partnerinnen betrachten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Teil der
175 Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu stärken, der die europäischen Werte
176 teilt.

177 Entwicklungszusammenarbeit voranbringen: Wir tragen globale Verantwortung

178 Wir wollen unserer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und für die
179 Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards gerecht werden.
180 Deshalb hat die grün-geführte Landesregierung die Verwaltungsvorschrift des
181 Landes für eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung erlassen. Diese
182 wollen wir ökologisch und sozial weiterentwickeln und ihre Regelungen
183 verbindlicher machen. Ihre Umsetzung muss durch Schulungsangebote, Monitoring,
184 Transparenz, ambitionierte und messbare Ziele sowie neue Instrumente wie die
185 Etablierung einer Landeskompentenzstelle für nachhaltige Beschaffung
186 sichergestellt werden. Landeseigene Unternehmen, die auch außerhalb von
187 Deutschland Geschäftsbeziehungen unterhalten, wollen wir dazu verpflichten,
188 Vorreiter bei der Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten (due diligence)
189 zur Einhaltung fairer, sozialer und ökologischer Produktionsbedingungen in der

190 gesamten Lieferkette zu werden. Im Bund setzen wir uns für ein ambitioniertes
191 Lieferkettengesetz ein, das verbindlich menschenrechtliche Sorgfaltspflichten
192 verankert und effektive Sanktionsmöglichkeiten eröffnet, wenn diese verletzt
193 werden.

194 Baden-Württemberg lebt von seinen starken, weltweit tätigen Unternehmen und
195 seiner lebendigen Zivilgesellschaft. Sie bergen großes Potenzial, unsere
196 internationale Zusammenarbeit fit zu machen für die globalen Herausforderungen
197 und den überfälligen ökologisch-sozialen Transformationsprozess des neuen
198 Jahrzehnts! Die vielen Akteur*innen und Projekte in der
199 Entwicklungszusammenarbeit werden wir Grüne weiterhin fördern und über alle
200 Bereiche vernetzen. Dabei legen wir besondere Aufmerksamkeit auf die
201 wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen zum europäischen
202 Nachbarkontinent Afrika. Entwicklungszusammenarbeit ist für uns eine
203 Querschnittsaufgabe. Das heißt: Baden-Württemberg übernimmt weltweit
204 Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung
205 der Zukunft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das breite Netzwerk der
206 entwicklungspolitischen Akteur*innen weiterhin intensiv unterstützen und den
207 entwicklungspolitischen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der
208 Wissenschaft und der Wirtschaft vertiefen. Über den Rat für
209 Entwicklungszusammenarbeit sowie über Informations- und Netzwerkplattformen
210 werden wir dafür sorgen, die vorhandenen Ressourcen noch wirksamer nutzen zu
211 können. Projekte und das Engagement in Ländern des Globalen Südens sind dabei
212 von großer Bedeutung. Genauso wichtig ist es, hierzulande die Bildung für
213 nachhaltige Entwicklung und das Globale Lernen im schulischen und
214 außerschulischen Bereich zu fördern sowie ein entwicklungspolitisches
215 Bewusstsein zu schaffen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit
216 der eigenen Vergangenheit. Daher wollen wir die deutsche und europäische
217 Kolonialvergangenheit zu einem festen Bestandteil in den Lehrplänen und -
218 materialien an Schulen und Universitäten machen und diese bei der Aus- und
219 Fortbildung von Lehrkräften stärker verankern. Der deutsche Kolonialismus hat
220 auch sichtbare Spuren in Form von Denkmälern, Straßennamen, Gebäuden und
221 Institutionen hinterlassen. Wir unterstützen die kritische Auseinandersetzung
222 mit diesem Erbe und wollen dies mit der Fachexpertise des Landesarchivs und der
223 historischen Fakultäten der Landesuniversitäten unterstützen.

224 Wir wollen den begonnenen Perspektivenwechsel der globalen Verantwortung als
225 wirtschaftsstarkes Land weiter vorantreiben. Wir werden dazu beitragen, dass
226 unsere Wirtschafts- und Lebensweise die Lebensgrundlage unserer Partnerländer
227 respektiert und nicht zerstört. Konsequente Nachhaltigkeit bestimmt daher nicht
228 nur unsere politischen Inhalte, sondern auch die Arbeitsweise unserer
229 Institutionen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg wollen wir stärken
230 und weiterentwickeln. Die konkreten Ziele der einzelnen Ressorts sollen noch
231 systematischer und deutlicher an Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung
232 ausgerichtet werden. Über die Maßnahmen und Fortschritte sollen die
233 Landesministerien jährlich öffentlich berichten.

234 Die Landesförderung und unser Engagement werden wir im Sinne der
235 entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs auf ausgewählte
236 Partnerregionen des Landes fokussieren. Dazu werden wir die aufgebauten und
237 bewährten Strukturen nutzen. Der Landespartnerschaft mit Burundi, die über das
238 Kompetenzzentrum Burundi der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-
239 Württemberg (SEZ) koordiniert wird, kommt für uns besondere Bedeutung zu: Sie

240 ist über Jahrzehnte als Graswurzelpartnerschaft gewachsen. Was wir mit Kritik
241 und Sorge beobachten, ist die Menschenrechtslage in Burundi. Daher wollen wir
242 den Einsatz für Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft
243 noch weiter stärken.

244 Darum Grün!

245 Wer Grün wählt, stimmt für

- 246 • ein Baden-Württemberg, das auch in Krisenzeiten internationale Solidarität
247 lebt und lokal handelt
- 248 • mehr europäische Souveränität bei der Beschaffung wichtiger
249 Gesundheitsgüter wie Medikamente, Impfstoffe, medizinische Geräte und
250 Schutzkleidung durch die Produktion in Europa und Baden-Württemberg
- 251 • die Weiterentwicklung der Donaoraumstrategie als politisches Projekt –
252 über wirtschaftliche Kooperationen hinaus
- 253 • die Stärkung und den Ausbau einer fairen, nachhaltigen öffentlichen
254 Beschaffung und die Verankerung von Klimaschutz und Menschenrechten in
255 Handelsabkommen
- 256 • globale nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit